G 1800 E

# Blätter für deutsche und internationale Politik

**Frank Deppe**
**Thesen zur Diskussion um die Mitbestimmung und zum „Koalitionskompromiß"**

**Hermann Etzel**
**Europa? Begriff, Problem und Wahn der „Europäer"**

**Gerhard Bessau**
**Weltwährungskrise — Weltwirtschaftskrise**
**Zur Beschleunigung des strukturellen Niedergangs der kapitalistischen Wirtschaftsordnung**

**Wilfrid Schilling**
**Italien zwischen „Historischem Kompromiß" und Kulturkampf**

**E. Berliner**
**Das monopolistische Problem der Massenbasis, die „Deutschen Führerbriefe" und Alfred Sohn-Rethel**

**Hans Heinz Holz**
**Technik und gesellschaftliche Wertordnung**

## 2'74

**Februar 1974 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM**
**Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM**

**Pahl-Rugenstein Verlag Köln**

# Februar 1974

CHRONIK DES MONATS JANUAR 1974 . . . . . 109

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zu Lebers Weißbuch . . . . . *Rainer Rilling* 112

Zur Verfassungsdebatte der CDU/CSU . . . . . *Theo Schiller* 116

Internationales Symposium „Globale Probleme der Zivilisation" . . . . . *Edgar Gärtner* 119

HAUPTAUFSÄTZE

Thesen zur Diskussion um die Mitbestimmung und zum „Koalitionskompromiß" . . . . . *Frank Deppe* 123

Europa? Begriff, Problem und Wahn der „Europäer" . . . *Hermann Etzel* 133

Weltwährungskrise — Weltwirtschaftskrise. Zur Beschleunigung des strukturellen Niedergangs der kapitalistischen Wirtschaftsordnung . . . . . *Gerhard Bessau* 139

Italien zwischen „Historischem Kompromiß" und Kulturkampf . . . . . *Wilfrid Schilling* 149

Das monopolistische Problem der Massenbasis, die „Deutschen Führerbriefe" und Alfred Sohn-Rethel. Anmerkungen und Dokumentation zu einer unvollkommenen Enthüllung . . . . *E. Berliner* 154

Technik und gesellschaftliche Wertordnung . . . . . *Hans Heinz Holz* 175

AUS AUSLÄNDISCHEN ZEITSCHRIFTEN

Zum Problem der Truppenreduzierung in Europa . . . . . *Juri Kostko* 188

BÜCHER

Autorenkollektiv, Grundlagen und Praxis der Wirtschaftsreform in der UdSSR . . . . . *Albert Engelhardt* 193

Jürgen-Peter Stössel, Psychopharmaka — die verordnete Anpassung . . . . . *Manfred Bosch* 196

Kurzrezensionen: Bücher von Günter Friedrichs, Wolfgang Hoffmann, Carola Bielfeldt u. a., Roland Meister, Hans See, Albert Soboul, Fritz Menne . . . . . 197

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher . . . . . 201

MEDIENKRITIK

Aufregend, die Tagesschau . . . . . *Rolv Heuer* 203

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Dokument über die „europäische Identität", beschlossen auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der neun EG-Staaten in Kopenhagen am 14. Dezember 1973 (Wortlaut) . . . . . 204

Politische Erklärung der Konferenz der Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas in Brüssel vom 28. Januar 1974 (Wortlaut) . . . . . 207

# Blätter für deutsche und internationale Politik

*Monatsschrift · Neunzehnter Jahrgang · Heft 2/1974*

*Herausgeber*

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER †
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KUHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL †
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

*Redaktion*

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

*Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115*

# Chronik des Monats Januar 1974

*1. 1. — U N O. In den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ziehen Bjelorußland, Kamerun, Costa Rica, der Irak und Mauretanien (anstelle von Guinea, Indien, Panama, Sudan und Jugoslawien) als neue Mitglieder für 1974/75 ein. Neben den ständigen Mitgliedern mit Vetorecht (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich und China) gehören dem Rat bis zum 31. Dezember 1974 außerdem Indonesien, Kenia, Peru, Australien und Österreich an. — Am 10. 1. gibt Generalsekretär Waldheim am Sitz der Weltorganisation eine Pressekonferenz. Auf die Frage, ob sich der UN-Wirtschafts- und Sozialrat mit dem Problem der „weltweiten Energiekrise" befassen solle, antwortet Waldheim, es sei Sache der Mtigliedstaaten, entsprechende Initiativen zu ergreifen. — Am 18. 1. schlägt der französische Außenminister Jobert in einem Schreiben an Generalsekretär Waldheim die Einberufung einer Weltkonferenz über die Probleme der Energieversorgung unter dem Patronat der Vereinten Nationen vor. — Am 31. 1. beantragt Algerien beim UN-Generalsekretariat die Einberufung einer Sondersitzung der Generalversammlung, um die Problematik der Rohstoffverteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu diskutieren.*

*2. 1. — N a h e r O s t e n. Mit der dritten Sitzung der Militärexperten Israels und Ägyptens wird im Palais des Nations in Genf die Nahostkonferenz fortgesetzt. Im Anschluß heißt es in einem Kommunique, die Besprechungen hätten „eine wichtige Etappe erreicht". — Vom 3.—6. 1. hält sich*

der israelische Verteidigungsminister Dajan in Washington auf. Wichtigster Gesprächspartner ist US-Außenminister Kissinger. — Am 9. 1. kündigt ein amerikanischer Regierungssprecher eine weitere Reise des amerikanischen Außenministers in den Nahen Osten an. Am gleichen Tag werden in Genf die Verhandlungen der militärischen Arbeitsgruppe vertagt. — Am 11. 1. reist Außenminister Kissinger über Madrid nach Assuan und später nach Jerusalem. An den folgenden Tagen besucht Kissinger mehrfach Ägypten und Israel, um mit den führenden Politikern der beiden Staaten (u. a. mit Präsident Sadat und Ministerpräsidentin Golda Meir) zu konferieren und Vorschläge auszutauschen. — Am 18. 1. unterzeichnen die Generalstabschefs Elazar (Israel) und Gamasi (Ägypten) am Kilometerstein 101 auf der Straße von Suez nach Kairo eine Vereinbarung, die eine „Entflechtung" der beiderseitigen Truppen vorsieht. Die Unterzeichnungszeremonie steht unter Leitung von General Siilasvuo (Finnland), des Kommandanten der UN-Truppen im Nahen Osten. Ägypten und Israel verpflichten sich, „die Feuereinstellung zu Lande, zu Wasser und in der Luft" strikt einzuhalten und „keine militärischen oder halbmilitärischen Aktionen" gegeneinander zu unternehmen. Die Entflechtung der Truppen östlich und westlich des Suez-Kanals und eine damit verbundene Reduzierung der militärischen Ausrüstungen in diesem Gebiet sollen innerhalb von 40 Tagen abgeschlossen sein. Zwischen der ägyptischen und der israelischen Frontlinie sollen UN-Einheiten stationiert werden, deren Kontingente nicht von Staaten gestellt werden dürfen, die einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat haben. — Am 21. 1. trifft der ägyptische Außenminister Fahmi in Moskau ein. In einem Kommuniqué über den Besuch, das am 24. 1. veröffentlicht wird, bezeichnen beide Seiten die Teilnahme Syriens und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) an der zweiten Phase der Genfer Nahost-Friedenskonferenz als wünschenswert. — Am 22. 1. billigt die israelische Knesset nach achtstündiger Debatte das vorgesehene „Disengagement" an der Suez-Front mit 76 gegen 35 Stimmen. — Am 23. 1. beginnen die Rückzugsoperationen.

4. 1. — Chile. Der Generalsekretär der seit dem Putsch vom 11. September 1973 verbotenen Sozialistischen Partei Chiles, Carlos Altamirano, erklärt vor Journalisten in Havanna, seit der Machtübernahme durch das Militär seien über 15 000 Personen ermordet und Hunderttausende gefoltert. Es gebe gegenwärtig mehr als 30 000 politische Häftlinge. Dazu hätten 200 000 Personen ihre Arbeitsstelle und 25 000 Studenten ihren Studienplatz verloren. Altamirano, der von der Junta steckbrieflich gesucht wird, hatte in Havanna an einer Militärparade anläßlich des 15. Jahrestages der kubanischen Revolution teilgenommen.

9. 1. — Berlin. Der Westberliner Regierende Bürgermeister Schütz und Sowjetbotschafter Jefremow treffen in der Botschaft der UdSSR in der Hauptstadt der DDR zu einem längeren Gespräch zusammen. Einzelheiten werden nicht mitgeteilt. In einer gemeinsamen Mitteilung heißt es lediglich, die Unterredung sei in einer „offenen und sachlichen Atmosphäre" geführt worden. Schütz und Jefremow waren zuletzt im Oktober 1973 in Westberlin zusammengetroffen. — Am 23. 1. faßt das Bundeskabinett in Bonn den Beschluß, ein „Umweltbundesamt" in Westberlin zu errichten. Die DDR-Nachrichtenagentur ADN erklärt noch am gleichen Tage, die Bundesregierung müsse sich bewußt sein, welche Verantwortung sie mit dieser Entscheidung „und allen sich daraus ergebenden Folgen" übernommen habe.

— Großbritannien. Das Unterhaus debattiert in einer Sondersitzung die zum 7. 1. von der Regierung eingeführte Drei-Tage-Arbeitswoche in vielen Bereichen der Industrie und des Handels. Premierminister Heath begründet die Anordnungen mit den Aktionen der Bergarbeiter, die seit dem 12. November 1973 keinerlei Überstunden mehr leisten. Dadurch habe sich die Kohleproduktion um fast 30 Prozent verringert. Der Führer der Labour-Opposition, Harold Wilson, antwortet dem Premierminister, „eine hoffnungslose Krise" habe es schon vorher gegeben. Die Handelsbilanz in den Monaten September, Oktober und November sei ungünstiger gewesen als in irgendeinem Vergleichsjahr.

10. 1. — USA. Das Weiße Haus veröffentlicht den Text eines Schreibens, mit dem Präsident Nixon zu einer „Konferenz wichtiger industrieller Verbraucherländer" im Frühjahr 1974 nach Washington ein-

lädt, um die Entwicklungen in der internationalen Energiesituation zu diskutieren und ein „Verbraucher-Aktionsprogramm" auszuarbeiten. Die Einladung ist an die Regierungen Kanadas, Großbritanniens, der Bundesrepublik, Frankreichs, Italiens, Japans, der Niederlande und Norwegens gerichtet. In einem weiteren Brief an die Mitgliedstaaten der Organisation erdölexportierender Länder (Abu Dhabi, Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Iran, Irak, Kuweit, Libyen, Nigeria, Katar, Saudiarabien, Venezuela) unterrichtet Nixon deren Regierungen über die Ziele der geplanten Konferenz.

*11. 1. — Kuba/USA.* Das kubanische Außenministerium verbreitet eine Erklärung zu den Beziehungen mit den Vereinigten Staaten, in der es u. a. heißt: „Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Kuba beruhte auf der Entscheidung der Regierung der USA. Das gegen unser Land verhängte Embargo stellte eine aggressive Handlung dar, mit der die Entschlossenheit des kubanischen Volkes beantwortet werden sollte, seine volle Souveränität wahrzunehmen. Folglich hat die kubanische Revolutionsregierung keinen Grund dazu und auch nicht die Absicht, den ersten Schritt auf dem Wege zu einer Wiederherstellung dieser diplomatischen Beziehungen zu unternehmen ..."

*12. 1. — Tunesien/Libyen.* Nach einem mehrstündigen Gespräch auf der Mittelmeerinsel Djerba unterzeichnen Präsident Habib Bourguiba von Tunesien und Oberst el-Ghadhafi, Vorsitzender des Revolutionsrates von Libyen, überraschend eine Deklaration über die Vereinigung ihrer beiden Länder. Der neue Staat soll den Namen „Islamische Arabische Republik" tragen und eine einheitliche Verfassung, einen Präsidenten, sowie eine gemeinsame Legislative und Exekutive besitzen. Eine zunächst für den 18. Januar 1974 angesetzte Volksabstimmung wird abgesagt. Präsident Bourguiba erklärt bei seiner Rückkehr in Tunis, er hoffe, daß „Algerien, Mauretanien und mit der Zeit auch Marokko" sich der Föderation anschließen werden.

*17. 1. — Abrüstung.* Nach mehrwöchiger Pause werden in Wien die Verhandlungen über einen gegenseitigen Truppenabbau in Mitteleuropa wieder aufgenommen. Es handelt sich um die 15. Plenarsitzung seit Beginn am 30. Oktober 1973. Die Verhandlungen sind vertraulich.

*19. 1. — Frankreich.* Die französische Regierung gibt den Wechselkurs des Franc für zunächst sechs Monate frei. Frankreich scheidet damit aus dem „Währungsverbund" (feste Paritäten der Währungen untereinander bei freier Kursbildung gegenüber dem US-Dollar) aus, dem jetzt nur noch die Bundesrepublik, die Benelux-Staaten, Dänemark, Schweden und Norwegen angehören.

*20. 1. — SPD.* Der Parteivorstand faßt den Beschluß, die Kandidatur des FDP-Vorsitzenden und Bundesaußenministers Walter Scheel für das Amt des Bundespräsidenten bei der Wahl am 15. Mai 1974 zu unterstützen.

*21. 1. — China.* Das Außenministerium in Peking bekräftigt in einer Erklärung die Ansprüche der Volksrepublik China auf die im Südchinesischen Meer gelegenen Paracel-Inseln (Hsisha-Inseln). Um diese Inselgruppe war es Anfang Januar zu einer diplomatischen Kontroverse mit Südvietnam und am 20. 1. zu einem Seegefecht zwischen Einheiten der chinesischen und der südvietnamesischen Flotte gekommen.

*24. 1. — Bundestag.* Bundeskanzler Brandt unterbreitet dem Parlament den jährlichen „Bericht zur Lage der Nation", an den sich eine Debatte anschließt. Gleichzeitig wird dem Bundestag ein Tätigkeitsbericht der Regierung über das erste Jahr der Legislaturperiode der zweiten SPD/FDP-Koalition zu geleitet.

*29. 1. — Belgien.* König Baudouin unterzeichnet ein vom amtierenden Premierminister Leburton vorgelegtes Dekret über die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen. Nach dem Scheitern der Drei-Parteien-Kaolition aus Christlich-Sozialen, Sozialisten und Liberalen wird damit die erst 1975 auslaufende Legislaturperiode vorzeitig beendet.

*31. 1. — BRD/MRV.* Mit einem Notenaustausch in London nehmen die Bundesrepublik und die Mongolische Volksrepublik diplomatische Beziehungen auf. Das Auswärtige Amt in Bonn gibt bekannt, der BRD-Botschafter in Tokio werde die Bundesrepublik in Ulan Bator, der MRV-Botschafter in Warschau die Mongolische Volksrepublik in Bonn vertreten.

# Zu Lebers Weißbuch

„Da die Entstehung eines Krieges noch nie in der öffentlichen Betrachtungsweise so sinnlos erschien wie heute", erklärte Ende 1973 der SPD-Staatssekretär Berkhan auf einer Tagung der wehrpolitischen Ausschüsse aus 16 Landesbezirken seiner Partei, „wird die Forderung nach Kürzung oder gar endgültiger Streichung aller Verteidigungskosten mit einem erheblichen moralischen Rigorismus vor allem von der Jugend verfochten. Es muß verhindert werden, daß diese Tendenz zu einem qualitativen Abbau der Verteidigungsbereitschaft führt."

Das am 15. Januar 1974 in drei Sprachen und 180 000 Exemplaren publizierte „Weißbuch 1973/1974 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und Entwicklung der Bundeswehr" versucht denn auch auf 256 Seiten nachzuweisen, daß — um mit Berkhans eigenen Worten zu sprechen — die Entstehung von Kriegen offenbar nichts an Sinnträchtigkeit verloren hat. Tatsächlich scheint diese Bundesregierung trotz aller Dilemmas, in der ihre Militär- und Rüstungspolitik inzwischen steckt, trotz aller Phrasen, Halb- und Unwahrheiten, die — wie zu zeigen sein wird — das Weißbuch sorgfältig anzusammeln bestrebt und gezwungen ist, immer mehr bemüht, diese Sinnträchtigkeit mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten und zu propagieren. So ist auch das neue Weißbuch ein erneutes Beispiel dafür, daß sich Entspannung und friedliche Koexistenz einerseits, militärische Aufrüstung und Abschreckungsgleichgewicht andererseits eben nicht in aller Harmonie und Stimmigkeit ergänzen, wie es die zahlreichen Variationen („Keine Entspannung ohne Sicherheit") der klassischen Standbein-Spielbein-Formulierung des einstigen Verteidigungsministers Helmut Schmidt fingieren, sondern sich fundamental und prinzipiell widersprechen. Das heißt: auch das neue Weißbuch ist ein Indiz für die Genuinität der Tendenz zur Aufhebung dieses Widerspruchs, zur Liquidation der Entspannungstendenz durch Aufrüstungs- und Abschreckungspolitik. Es ist aber zugleich auch ein Indiz bewußter Reflexion dieser Widersprüchlichkeit.

Die sich seit Anfang der 70er Jahre in Europa vollziehende Abkehr von der Phase des Kalten Krieges, die das veränderte inner- und außengesellschaftliche Bedingungsgefüge auch der Militärpolitik der BRD widerspiegelt, stellt diese Militärpolitik naturgemäß vor außerordentliche Legitimationsprobleme. Die Legitimation der militärischen Kosten wird sozusagen proportional zur konkreten Realisierung des Prinzips der friedlichen Koexistenz in den zwischenstaatlichen Beziehungen und zur Ausprägung eines — objektiv determinierten — subjektiven Bewußtseins der Völker der sozialistischen Länder von der historisch progressiven Qualität ihrer Gesellschaftssysteme brüchig; für beide Vorgänge sind die Entwicklung der DDR und ihr Verhältnis zur BRD ein gutes Beispiel. Der steten Gefährdung der zwei prinzipiellen Grundvoraussetzungen der bundesdeutschen Militär- und Sicherheitspolitik — der Annahme der militärischen Aggressivität der sozialistischen Länder und der Annahme der zumindest grundsätzlichen Überlegenheit bürgerlicher Gesellschaftsordnungen — muß daher das Hauptaugenmerk öffentlicher Legitimationsanstrengungen gelten. Die Palette der Rechtfertigungsmittel muß unter veränderten Bedingungen erweitert, umgruppiert und verfeinert werden; traditionelle Rechtfertigungen müssen intensiviert, neue eingeübt werden; die materielle Basis der Legitimationssicherung bedarf der Stärkung. Alle diese Tendenzen finden sich in der militärpolitischen Szenerie der letzten

Monate und auch in dem neuen Weißbuch 1973/1974 wieder.

Was die traditionellen Rechtfertigungen angeht, so läßt sich gegenwärtig (verglichen etwa mit den Jahren 1969/1972) tatsächlich eine bemerkenswerte Intensivierung feststellen, die — angesichts der Stagnation der Ostpolitik — sicherlich nicht nur taktische Ursachen im Zusammenhang mit den augenblicklichen Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen besitzt.

Während Georg Leber erst jüngst behauptete, „daß es der Sowjetunion weiterhin auf die Expansion ihres Einflusses ankomme" („Die Welt" vom 16. Januar 1974) und diese ihre politische Ordnung als „ideologischen Exportartikel bereit" halte, deklariert das neue Weißbuch: „Die Sowjetunion sucht trotz nuklearer Parität mit den Vereinigten Staaten ihren Einfluß in der Welt auszuweiten. Sie verstärkt ihre Präsenz in Asien, Afrika und auf den Ozeanen". Andernorts heißt es dann, daß „der Warschauer Pakt im Gegensatz zu den Entwicklungen in den NATO-Staaten seine Rüstung forciert" und im Gegensatz zur NATO in Sachen Abrüstung „kritische Zurückhaltung" geübt hätte. Wie sich derlei delikate Behauptungen mit den Tatsachen vertragen, kümmert die Weißbuch-Autoren offenbar wenig. Festzuhalten bleibt, daß die Verteidigungsausgaben der Sowjetunion von 17,9 Mrd Rubel 1970 auf 17,6 Mrd Rubel 1974 gesenkt wurden und somit der Anteil der Militärausgaben an den staatlichen Gesamtausgaben um über 20 % von 11,7 % auf 9,1 % fiel; in der BRD dagegen sind die Militärausgaben im selben Zeitraum um rund 30 % gestiegen. Allein der Beschaffungsfinanzplan für den Zeitraum 1973/1977 sieht Rüstungsausgaben in Höhe von 57,1 Mrd DM vor. Auch die NATO und die USA haben ihre Ausgaben massiv gesteigert, nachdem es zwischenzeitlich zu einem kurzen Absinken der amerikanischen Aufwendungen gekommen war. Die Skala der Rüstungsvorhaben aufzuzählen, ist müßig; es bliebe höchstens zu erwähnen, daß das Weißbuch über die immer stärkere Kritik an dem 50-Millionen-Projekt MRCA souverän hinweggeht.

Das neue Weißbuch arbeitet nicht nur mit Halbwahrheiten und Verdrehungen (weitere Beispiele etwa: zu niedrige Angaben der Militäraufwendungen, dementsprechend irreführende Vergleiche). Es gibt generell keine differenzierte, Erklärungs- und Datenalternativen einschließende und differierende Angaben wissenschaftlicher Institute berücksichtigende Darstellung. Es verniedlicht die Rüstungsprozesse in den NATO-Staaten und überdimensioniert die Rüstungsprozesse in den sozialistischen Staaten; es ignoriert Untersuchungen zu Rüstungs- und Militarisierungsprozessen in der BRD und befleißigt sich sparsamster Information über die anstehenden milliardenträchtigen Rüstungsvorhaben. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit neueren Kritiken der Nuklearstrategie oder der auch von diesem Weißbuch erneut favorisierten Art und Weise der Strategiebegründung durch höchst problematische Vergleiche des militärischen „Kräfteverhältnisses" sucht man vergebens. Dieser — notwendig apodiktische und unvollständige — Überblick zeigt, daß die Autoren der auch in früheren Weißbüchern geübten Praxis inhaltlicher Abschottung gegenüber jenen Erklärungsalternativen und alternativen politischen Konzeptionen treu bleiben, die auch nur tendenziell den Realitätsgehalt des „harten Kerns" vorherrschender Legitimationsmuster antasten könnten: der These von der militärischen Aggressivität der sozialistischen Staaten.

Gleichwohl finden sich Reflexionen der geänderten militärpolitischen Bedingungen und entsprechende argumentative Umgruppierungen und Ergänzungen. Beträchtliches Aufsehen hat die Äußerung Lebers bei der Übergabe des Weißbuches erregt, „daß die Soldaten

der Streitkräfte keines Feindbildes bedürften" („Die Welt" vom 16. Januar 1974); sie müßten vielmehr über die Werte unterrichtet sein, für die sie einzustehen hätten. Nun ist eine Armee ohne Feindbild gewiß ein Ding der Unmöglichkeit. Die verbale Ablehnung eines Feindbildes wird aber einfach deshalb notwendig — und diese Äußerung steht nicht allein —, weil mit dem „freien Fluß von Meinungen und Informationen", den etwa der Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR zustande gebracht hat, die Kategorie „Feind" in breiten Kreisen der Bevölkerung bereits zunehmend an Realitätsbezug verliert. Dementsprechend wird die Gewinnung einer eigenen politischen Identität über das Vehikel der Feindorientierung zumindest in der Tendenz immer schwieriger, wie beredte Klagen aus der Bundeswehr seit 1969 belegen. Auch das Weißbuch selbst durchbricht ja in bestimmter Weise diese Feindorientierung, indem es sich — wenngleich versteckt — die nationalistische und konvergenztheoretische These von der Interessenidentität der „Supermächte" hinsichtlich der Festlegung politischer und militärischer Rahmenbedingungen gegenüber kleineren und kleinen Akteuren zu eigen macht. Die dieser formalen, da vom sozialökonomischen Inhalt internationaler politischer Beziehungen abstrahierenden und zugleich zutiefst unhistorischen These zugrundeliegende inhaltliche Identifikation der Interessen der UdSSR und der USA (etwa an Begrenzung der Rüstungskosten, der Verhinderung globaler wie regionaler Konflikte, der Festschreibung des Kräftegleichgewichts etc.) verbietet natürlich die Behauptung von der einseitigen militärischen Aggressivität der sozialistischen Staaten und muß deshalb die traditionelle Feindbildorientierung durchbrechen, freilich nur um die Behauptung der Aggressivität selbst quasi hinterrücks nunmehr nationalistisch begründet wieder aufleben zu lassen.

Die Kehrseite der verbalen und teilweise auch tatsächlichen Abkehr vom Feindbild ist die Propagierung der „Werte", für die die Soldaten einzustehen hätten. Dazu gehört die Abwehr inhaltlicher Kritik an der Bundeswehr und ihrem Auftrag ebenso wie die Propagierung einer „Integration" von Militär und Gesellschaft. Diesem Zweck dient unter anderem ein neuer Abschnitt in den Weißbüchern unter dem Titel „Landesverteidigung und Gesellschaft". Der Ausgangspunkt des Abschnittes ist, daß die „Landesverteidigung" als Aufgabe aller Bürger verstanden werden muß: „Die Soldaten der Bundeswehr werden ihren Auftrag nur dann selbstbewußt erfüllen können, wenn sie sich des Vertrauens einer breiten Bevölkerungsmehrheit zu den Streitkräften sicher sind" (Weißbuch). Um nachzuweisen, daß die Bevölkerung keineswegs einer „Entspannungseuphorie" (Leber) erlegen sei und — so der Argumentationsgang — folglich auf ein entsprechendes Vertrauensverhältnis geschlossen werden kann, bedient sich das BMVg ausgerechnet des Instruments der Meinungsumfrage. Auch die Identifikation der Soldaten mit ihren militärischen Pflichten sollte auf diese Weise ermittelt werden. Bei der Interpretation der Umfragen vollzieht das Weißbuch geradezu tolle Kapriolen. Die Umfragen ergaben, daß ganze 14 % der Dienstleistenden „ganz gern", jedoch 57 % „nicht gern" Soldat geworden seien. Nach der Untersuchung des Bielefelder EMNID-Instituts ist der Anteil der Bundesbürger, die die Bundeswehr für „sehr wichtig" oder „wichtig" halten, von 68 % im März 1970 auf 50 % im April/Mai 1973 gefallen, während sich die Quote derer, die die Bundeswehr als „nicht so wichtig", „unwichtig", „überflüssig", „schädlich" oder „gefährlich" betrachten, gleichzeitig von 27 % auf 40 % erhöht hat. Aus der ersten Umfrage schließt das BMVg verwegen, daß sich der wehrpflichtige Soldat mit seinen militärischen Pflichten identifiziere. Zu der anderen Umfrage

meint das BMVg in völliger Umkehrung seiner Argumentation, sie messe in Wirklichkeit „nicht die Einstellung des Bürgers zu Bundeswehr und Landesverteidigung" (Leber), sondern die jeweilige Einschätzung der außen- und sicherheitspolitischen Situation durch die Bevölkerung, der entsprechend sich dann die Einschätzung der Bundeswehr verändere. Die hohe Negativquote sei demnach ein Vertrauensindiz, da in Zeiten erfolgreicher Entspannung (ansonsten wird vor Entspannungstendenzen beharrlich gewarnt) in den Augen der Bürger die Bundeswehr an Bedeutung verliere. Offensichtlich hat auch sozialdemokratisches Marketing seine Schwierigkeiten mit der Vermittlung überzeugender „Werte".

Die „Welt" hat die politische Zielsetzung des Leber-Weißbuches recht präzise umschrieben: „Psychologisch ... empfiehlt es sich allerdings, nicht alles auf einmal zu verlangen, sondern zunächst für die Einsicht zu werben, daß westliche Abrüstung angesichts östlicher Aufrüstung der Sicherheit nicht frommt." Es gelte dann, „den Kurs der Realität (auf friedliche Koexistenz — d. V.) entsprechend zu korrigieren", damit „die Abschreckung ... wieder als die eigentliche Gewähr für den Frieden erkannt wird" („Die Welt" vom 16. Januar 1974); damit aber ist zugleich die relative Schwäche dieser Position deutlich: „Die Tendenz zur Abrüstung ... wird sich unter den momentanen Gegebenheiten kaum umkehren lassen. Nur das Bemühen, den Prozeß zu bremsen, der auf einen allmählichen Abbau der Abschreckung hinausläuft, liegt vorerst im Bereich der Möglichkeiten", diagnostizierte dasselbe Blatt zwei Wochen zuvor. Das Weißbuch reflektiert diese eingeschränkten Möglichkeiten ebenso wie die Erklärungen Lebers, „Kapitalhilfe" an die UdSSR erst dann zu gewähren, wenn der „letzte notwendige Pfennig" für die Landesverteidigung investiert sei. Derlei außenpolitische Ausflüge in den Bereich der „Osthilfe" — eine bemerkenswerte Wortprägung der „Welt" — mit dem Ziel, wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der BRD und sozialistischen Ländern zu verhindern, zeigen ganz unverhüllt die entspannungsfeindliche Absicht.

Das neue Weißbuch macht erneut die Notwendigkeit deutlich, über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg eine politisch-praktische und wissenschaftliche antimilitaristische Kooperation zu entwickeln. Sie wird sich auf drei Punkte richten müssen:

— Aufgreifen der materiellen Restriktionen (hierfür sind die zahlreichen Bürgerinitiativen z. B. gegen Fluglärm ein Beispiel);

— offensive inhaltliche Kritik der vorherrschenden Legitimationen („Bedrohung aus dem Osten" etc.);

— Entwicklung gezielter politischer Kritik an extrem entspannungsfeindlichen Entwicklungen, verbunden mit der Entwicklung allgemeiner sicherheitspolitischer Alternativen.

Während den ersten Punkten bislang vor allem die Aufmerksamkeit einzelner gewerkschaftlicher und antimilitaristischer Gruppen oder der DKP galt, gibt es neuerdings auch Anstrengungen der Jungsozialisten, die allgemeine und schicke Kritik an Rüstungskosten und Militärpolitik in eine konkretere praktische Kritik umzuwandeln. Dies geschieht freilich nicht ohne Widersprüche. Der auf ihrem Bundeskongreß Ende Januar beschlossene Antrag „Zur sicherheits- und friedenspolitischen Situation in Europa" etwa reproduziert ausgeschmückt mit linkem Vokabular die These von der Interessenidentität der „Supermächte": „Das Recht, über gesellschaftliche Entwicklung selbst zu bestimmen, ist unter den gegenwärtig in Europa bestehenden politischen und militärischen Verhältnissen in Ost- und Westeuropa weitgehend außer Kraft gesetzt, soweit und sobald es den Systemzusammenhalt der Militärblöcke und die vermeintlichen oder tatsächlichen Interessen der beiden Führungs-

mächte, den USA und der UdSSR, bedroht oder zu bedrohen scheint." Repräsentanten des Finanzkapitals sind sich des antagonistischen Charakters dieser Interessen offenbar wesentlich bewußter als die Jusos. David Rockefeller, Vorsitzender der Chase Manhattan Bank (der größten Bank der kapitalistischen Welt) erklärte zum Beispiel in einem Interview mit der Zeitschrift „U.S. News and World Report" (am 13. August 1973): „In den vergangenen 20 Jahren hatten wir die Handelsbeziehungen (zu den sozialistischen Ländern — d. V.) zum überwiegenden Teil abgebrochen, und das hat sie nicht in die Knie gezwungen, zu kommen und uns zu bitten, hat sie nicht daran gehindert, sich neu auszurüsten und mächtiger zu werden in der Welt." Und das „Handelsblatt" beschrieb diesen prinzipiellen Gegensatz anläßlich der Ölkrise erst vor einigen Wochen etwas resigniert: „Und militärische Aktionen? (gegen arabische Staaten — d. V.) Gäbe es keine Sowjetunion und die Gefahr einer nuklearen Konfrontation, wäre die Besetzung der Ölfelder zwar militärisch leicht zu schaffen. Doch auch dieser Weg scheidet unter den heutigen Gegebenheiten aus" („Handelsblatt" vom 29. November 1973).

Rainer Rilling

# Zur Verfassungsdebatte der CDU/CSU

Das 25jährige Jubiläum des Grundgesetzes wird von der CDU/CSU als besonders willkommener Anlaß benutzt, um ihre seit langem sattsam, ja bis zum Erbrechen bekannten Litaneien erneut in konzentrierter Form und in der erschlichenen Weihe einer „Verfassungsdebatte" abzuspulen. Dabei geht es vordergründig um den seit 1969 nie abgerissenen Versuch, die Ergebnisse der Wahlen und Regierungsbildungen von 1969 und 1972 rückgängig und das Scheitern des Mißtrauensvotums vom April 1972 ungeschehen zu machen. Doch nimmt diese Variante des Parteienclinches inzwischen Ausmaße an, die alle Demokraten aufschrecken müssen, wenn sie nicht bald aus dem Exil Nekrologe auf das Grundgesetz schreiben wollen. Die CDU ist nämlich dabei, endgültig eine fundamentale Grenze der grundgesetzlichen Ordnung zu überschreiten: sie ist nicht mehr bereit, die Verfassung des Grundgesetzes als politischen Handlungsrahmen für verschiedenartige und widersprüchliche politische Richtungen, Programme und Überzeugungen zu akzeptieren, sondern erhebt einen Alleinvertretungsanspruch auf das GG und setzt es nur noch als Schneidemesser zwischen Verfassungsfreund und Verfassungsfeind an.

In dieser Selbsternennung der CDU zur einzigen Partei der Verfassungsfreunde zeichnen sich bereits deutlich die Möglichkeiten und Wege zum Verfassungsbruch ab, was die von manchen Unvorsichtigen zum Ausdruck gebrachte unverhohlene Sympathie für den faschistischen Putsch in Chile hinreichend aktualisiert. In der Methode, mit der die CDU ihre Verfassungsdebatte vorbereitet hat, liegt dieser Monopolanspruch klar zutage. Ihr im Bundestag eingebrachter Antrag betreffend „Wahrung der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik" ist von vornherein so formuliert, daß die Regierungsparteien ihm nicht zustimmen können, und diese Spekulation auf seine Ablehnung ist sein einziger Sinn: damit die Regierungsparteien im künftigen demagogischen Streufeuer vollends zu Verfassungsfeinden erklärt werden können, weil sie nicht Sätze unterschreiben wollten wie: „Zur freiheitlich-demokratischen-rechtsstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes gibt es keine Alternative" oder „Demokratische Parteien und Verbände dürfen keine gemeinsame Sache mit Verfassungsfeinden machen".

Wie immer in solchen Krisen, wird der Plan einer Erhöhung des Preises für Währungsgold hervorgeholt. Mit 42 US-Dollar je Unze (135 Dollar kostete die Unze Gold im Januar 1974 auf dem freien Markt) ist es in der Tat unterbewertet, was im Interesse der USA liegt. Daher haben die USA derzeit wohl keine Veranlassung — zumal ohne ersichtliche Gegenleistung —, besonders Italien und Frankreich aus potentiellen Schwierigkeiten zu helfen.

Hankels Alternative zu Abwertungswellen und antiquiertem Goldstandard sind die Sonderziehungsrechte. Eine nachhaltige Bereinigung der Währungskrisen wird damit ebenfalls nicht erreicht, bleibt doch davon das Überakkumulationsproblem unberührt; noch stärkerer Exportboom und noch mehr Inflation würden es lediglich für kürzere Zeit verdecken.

Was Hankel gar nicht zu erkennen vermag: Die sich in solcher Negativität offenbarende Dialektik des Kapitals vollzieht sich in jener eigentümlichen Gesetzlichkeit, welche gleichgültig ist gegen alle Versuche ihrer immanenten Beherrschung. Was an wissenschaftlichem Scharfsinn und statistischer Akribie aufgeboten wird, um zu lenken, um zu regulieren, um die scheinbar ziellose Bewegung in eine antizipierte Bahn zu zwingen — es kommt stets zu spät. Deterministisches Denken vermag eben allenfalls ex post zu reagieren, weil es den Umschlag von Quantitäten in Qualitäten nicht einmal modellhaft nachvollziehen kann. In Ansehung des Investitions-Profit-Mechanismus auf der Basis des monopolistischen Kapitaleigentums läge die Ex-ante-Lösung dieses Umschlagproblems allein auf dem Felde offener gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, mit dem Ziel, den monopolkapitalistischen Aneignungs- und Verteilungsmodus politisch außer Kraft zu setzen.

# Italien zwischen „Historischem Kompromiß" und Kulturkampf

Von Wilfrid Schilling, Gonte di Oggebbio

Italien bietet politisch wie wirtschaftlich das gewohnte Bild: eine Vielzahl von Krisen jeder Art, denen die von DC-Parteisekretär Fanfani nach dem Zusammenbruch der Andreotti-Regierung und ihrer Rechtstendenzen konstruierte Mitte-Links-Koalition unter Mariano Rumor zu begegnen versucht. Die dabei erzielten Ergebnisse sind keineswegs ermutigend. Kaum zu relativer Ruhe gekommen, liegt über der Koalition die Drohung eines neuen Bruches. Tritt er ein, und bei realistischer Betrachtung der Dinge erscheint er fast unvermeidlich, so steht für das, was später kommt, einmal mehr ein tiefschwarzes Fragezeichen.

Die Ursachen dieser das Land bedrohenden Krise liegen in einem gesellschaftlichen Umwandlungsprozeß, in einer grundlegenden Auseinandersetzung zwischen

dem gestrigen Konservativismus religiöser Prägung, politisch verkörpert durch starke Teile der Christdemokraten, und andererseits jenen Kräften, die Italien dem Stand des moderneren und fortgeschritteneren Europa anpassen wollen, also grob gesagt: in den weltlichen Parteien. Der Zankapfel, um den es geht, heißt Ehescheidung. Vor annähernd vier Jahren in einer vergleichsweise zum restlichen Europa (außer Spanien) abgemilderten Form eingeführt, ist sie zum Auslöser für einen Kulturkampf geworden, der, politisch bis ins letzte ausgeschlachtet, unvermeidlich finstere Konsequenzen in einem neuen Schisma der Volksmassen haben muß. Obwohl die Ehescheidung, einige Male vor dem Verfassungsgerichtshof als mit der Verfassung und dem 1929 von Mussolini mit dem Vatikan abgeschlossenen Konkordat unvereinbar angefochten, vom Verfassungsgerichtshof immer wieder als im Einklang mit der Verfassung stehend erklärt wurde, gaben sich die ultrakatholischen Kreise nicht zufrieden. Sie sammelten die nötigen Unterschriften für ein Referendum zur Abschaffung der Scheidungsgesetze, das nach der Verfassung bis spätestens im Mai dieses Jahres über die Runden gehen muß. Einem Beben vergleichbar, das, aus der Tiefe kommend, einen breiten Oberflächenriß hervorruft, wird davon auch die Regierungskoalition nicht verschont bleiben, in der neben den Christdemokraten die weltlichen Scheidungsbefürworter der Sozialisten, Sozialdemokraten und Republikaner sitzen. An Kompromißvorschlägen, um das Unheil doch noch abzuwenden, hat es nicht gefehlt. Diese Vorschläge kamen nicht von den drei weltlichen Regierungsparteien, sondern von der kommunistischen Opposition, und basierten auf einer Modifizierung der Scheidungsgesetze, die die religiöse Bindung katholischer Ehepartner weitgehend berücksichtigt. Sie gehören in einen größeren Kontext, ausgearbeitet von dem KPI-Sekretär Berlinguer, veröffentlicht in der „Rinascita" im Oktober letzten Jahres, bekanntgeworden unter dem Begriff „Historischer Kompromiß".

Es wäre unnütz, sich mit Reaktionen und Spekulationen beschäftigen zu wollen, deren Repräsentanten in blindem Antikommunisteneifer vom „Umfall" der KPI bis zur bevorstehenden „Machtergreifung" in der sogenannten Konzilrepublik (Koalition zwischen Christdemokraten und Kommunisten unter Ausschaltung aller anderen Parteien) sämtliche Tasten drückten. Dabei wurde vor allem übersehen, daß der vorgeschlagene „Historische Kompromiß" nichts anderes ist als eine Wiederholung der nie verlassenen politischen Linie der KPI, wie sie von Togliatti auf dem Exilparteikongreß von Lyon in den „Thesen von Lyon" festgelegt worden war und die davon ausgeht, daß Rettung und Fortschritt Italiens nur in einem Dialog und der Zusammenarbeit mit den katholischen Massen und den übrigen sozial fortschrittlichen Kräften möglich ist. Diese Kardinalthese Togliattis hat Berlinguer in einer auf die aktuellen Probleme abgestellten konzentrierten Form noch einmal aufgestellt.

Konkret sieht das so aus, daß angesichts der reaktionär-faschistischen Machenschaften, wie sie in Chile zur Tragödie geführt haben, zur Erhaltung der Demokratie in Italien den Faschisten nirgends auch nur ein Fußbreit politischen Bodens überlassen und auch der kleinste und lokalste Ansatzpunkt, die Entwicklung nach links voranzutreiben, genutzt wird. Selbstverständlich schließt dieses Angebot der KPI auch einen Kompromiß in der Frage des Referendums und damit der Ehescheidung ein, um (gestützt auf das polnische Modell) schwere Schäden für die Demokratie infolge eines religionskriegsartigen Kulturkampfes abzuwenden, was ganz dem politischen Verantwortungsbewußtsein und Vermächtnis Togliattis entspricht. Die KPI möchte diese zusätzliche Spaltung des Landes vermieden wissen, nicht weil sie besonders oder mehr als andere davon betroffen würde, sondern

weil sie auch hier der faschistischen Reaktion, die nicht aus religiösen, ethischen oder gar sittlichen, sondern lediglich aus ganz handfesten politischen Motiven heraus den Fürsprech der Unverletzlichkeit der Ehe und des Referendums spielt, entgegenarbeiten muß.

Es ist kein Zufall, daß die alles andere als sittenstrengen italienischen Neofaschisten das Bündnis mit den Ultrakatholiken suchen, die zusammen mit den Bischöfen in falscher Verteidigung des Glaubens auf dieser Auseinandersetzung zum Schaden des Volkes bestehen.

Welche Haltung nimmt der Vatikan dazu ein? Wie immer in so heiklen Angelegenheiten: eine sogenannte neutrale. Er läßt sich nicht darüber aus, ob er nun das Referendum will oder nicht. Und aus dieser unbestimmten Haltung heraus, die ihren Niederschlag in der christdemokratischen Führung findet, läßt man apathisch der Entwicklung freien Lauf. Da heißt es, man könne als Katholik selbstverständlich nicht für die Scheidung sein. Dafür wird nach einer zivilen Art der Auseinandersetzung gerufen; Ansichten, die vor diesem schweren Dilemma auch die übrigen Vertreter der weltlichen Parteien bremsend vertreten. Ob sich das jedoch angesichts der von sehr interessierter Seite rücksichtslos angeheizten Kreuzzugsstimmung praktisch verwirklichen läßt, wenn einmal die politisch verquickten Leidenschaften auflodern, muß bezweifelt werden. Dann werden nämlich die Realitäten die allerbesten Vorsätze überrennen. Daß die christdemokratische Führung von der kommunistischen Ankündigung, im Falle eines Scheiterns aller Bemühungen zur Verhinderung des Referendums die Massen zu mobilisieren, wenig erbaut ist, versteht sich am Rande.

Überhaupt liegen die Dinge innerhalb der Christdemokratie auch nicht so einfach, wie man für gewöhnlich annimmt. Es gibt nämlich nicht wenige Katholiken, die der Meinung sind, Kirche und Staat im Dorf zu lassen; für die zwar das Sakrament der Ehe Gültigkeit besitzt, die aber Nicht- und Andersgläubigen gegenüber in dieser Frage christliche Toleranz walten lassen wollen. Sie sehen nun, heraufbeschworen von Fanfanis Schwäche, eine Wiederauflage der alten Auseinandersetzung von Guelfen und Ghibellinen auf das Land zukommen, die nach den Worten eines linken Christdemokraten ein De Gasperi stets zu verhindern wußte.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß von allen Parteien die Christdemokraten den größten und gefährlichsten Einsatz spielen. Treten sie massiv gegen die Ehescheidung ein, so laufen sie Gefahr, ihre weltlichen Koalitionspartner auf lange Zeit hinaus gründlichst zu verprellen, was regierungsmäßig gesehen ganz fragwürdige Aspekte aufwerfen würde. Muß es ihnen nicht eiskalt über den Rücken laufen, wenn der Kardinal Antonio Poma, Vorsitzender der Bischofskonferenz und einer der eifrigsten Befürworter des Referendums, Äußerungen von sich gibt wie: „Mir erscheint das ganz einfach. Kommt für einen Katholiken zuerst die Wahrung der Moral oder die Furcht vor politischen Komplikationen?"

Man kann sich unschwer die internen Spannungen vorstellen, die als getreues Spiegelbild vieler anderer Widersprüche hinter den Kulissen der Christdemokraten herrschen. So gesehen, ist es tatsächlich verwunderlich, daß der Vatikan auf das kommunistische Angebot einer für ihn durchaus tragbaren Sanierung der Situation noch nicht eingegangen ist, nachdem doch grundsätzliche Veränderungen eingetreten sind wie die Aufhebung der Exkommunizierung der Kommunisten, die Einleitung einer vernunftgebundenen Ostpolitik und eine zunehmend realistische Beurteilung des kapitalistischen Materialismus und seiner verderblichen moralischen Einflüsse auf die Gesellschaft. Danach wäre die Durchführung des Referendums nicht als das Ende einer gewiß behutsam vorgenommenen Neu-

orientierung über längere Zeiträume hinweg zu werten, sondern eher als eine zweifellos negative Erscheinung innerhalb des Gesamtbildes einer zunehmenden Aufgeschlossenheit, in dem Beharrung und Fortschritt im Widerstreit liegen.

Nicht zuletzt erklärt sich auch daraus die der Togliatti-Linie entsprechende maßvolle Erklärung Berlinguers, daß die Kommunisten bei der von ihnen ungewollten Auseinandersetzung nicht in die Terminologie des Religionskrieges abfallen werden. Dies kann leider keine Garantie dafür sein, daß nicht von der anderen Seite tüchtig Öl ins Feuer geschüttet wird, um ganz bewußt die Hitzegrade eines Kulturkampfes zu erzielen. Vollkommen unbeleckt von religiösen Glaubenssätzen, haben die Neofaschisten ein rein demagogisches Interesse daran, aus einem bedauernswerten Zustand, der anachronistisch die viel wichtigeren Probleme des Landes überwuchert, politisches Kapital zu schlagen. Für sie ist das Referendum nur ein politisches Instrument, verbunden mit der großen Hoffnung, die Geister aufeinanderzuhetzen und ihren bei den letzten Lokalwahlen in Kleinbürgerkreisen angeschlagenen moralischen Kredit auf billige Weise als patriotische Sittenhüter wieder aufzupolieren und gleichzeitig die Christdemokraten, die man des Einverständnisses mit den Kommunisten bezichtigt, von rechts her gehörig unter Druck zu setzen, zu kompromittieren und von ihren jetzigen Koalitionspartnern in der Regierung zu trennen, mit einem Wort: das Land nach rechts zu zerren. Von sozialdemokratischer wie republikanischer Seite wurde dazu bemerkt, daß das neofaschistische Engagement im Kontext der vom Faschismus verfolgten „Strategie der Spannung" gesehen werden müßte und genau so dazugehöre wie Bombenattentate, Terror und Pläne zur Beseitigung der demokratischen Ordnung.

Warum hat der christdemokratische Parteisekretär Fanfani, einer der gewiegtesten Füchse unter den Politikern der Halbinsel, das Angebot des „Historischen Kompromisses" für die gegenwärtige Situation zurückgewiesen (historisch deshalb, weil an einem Scheidepunkt der politischen Entwicklung gemacht)? Und was steckt hinter Angebot und Absage? Daß sich das Land wirtschaftlich wie politisch in einer Krise befindet, die Regierung auf schwachen Füßen steht und die demokratischen Institutionen bedroht sind, ist kein Geheimnis. Um die Demokratie (der tagtäglich durch gewollte wie ungewollte Anschläge Abbruch getan wird) und ihre Institutionen zu stützen und zu schützen und, nicht zu vergessen, unter dem Eindruck des tragischen chilenischen Beispiels ist Berlinguers Angebot ergangen, in Verbindung mit einer neuen Art von Opposition, die ihre Aufgabe nicht in der Obstruktion um ihrer selbst willen sieht, sondern in der Stabilisierung jener breiten antifaschistischen Plattform, von der aus auch die notwendige soziale Reformpolitik vorangetrieben werden kann.

Obwohl die Position der Christdemokraten verbraucht und geschwächt ist, sprach Fanfani das fast obligatorische „Nein" aus, gewürzt mit stereotypen Ausflüchten und Begründungen aus alten Arsenalen, wobei er freilich ausdrücklich einzuräumen genötigt war, welche Bedeutung den Kommunisten in der Front der verfassungsmäßigen und verfassungsstützenden Parteien für den Bestand der Demokratie zukommt. (Aufschlußreicherweise haben Italiens Christdemokraten die chilenischen Vorgänge weit eindeutiger verurteilt als die bundesrepublikanischen und sich in der Schuldfrage von den chilenischen distanziert.) So ist es in der Engpaßsituation, in der sich heute Italien befindet, normal geworden, von der Frage einer kommunistischen Regierungsbeteiligung zu reden und zu schreiben, neuerdings nicht nur aus Befürchtungen, sondern auch aus Hoffnungen heraus, welcher Art die letzteren auch immer sein mögen.

Daß die Gefahr von rechts, wo nach Chile erst recht von einem Putsch geträumt

wird, keine Erfindung einer gezielten Propaganda ist, um den Kommunisten den Weg zu ebnen, zeigen die andauernden Enthüllungen über faschistische Umsturzpläne, deren Fäden in Padua und Verona zusammenlaufen. Von Padua aus wurde die „Strategie der Spannung" vom Frühjahr 1969 an mit Bombenattentaten in die Praxis umgesetzt, um ein Höchstmaß an Terror, Unsicherheit und Anarchie im Lande zu erzeugen, wobei nach bewährten Vorbildern der Verdacht auf die Linke gelenkt wurde. Das begann mit Dynamitanschlägen in der Universität Padua, in Trient, auf der Mailänder Mustermesse, in Eisenbahnzügen, mit dem Blutbad in der Mailänder Landwirtschaftsbank, wurde mit dem lokalen Bürgerkrieg in Reggio Calabria fortgesetzt, mit Handgranatenwürfen auf die Polizei in Mailand, einem blutigen Eisenbahnattentat in Kalabrien. Fehl schlug ein Attentat auf einen vollbesetzten Schnellzug in einem Rivieratunnel, das bei einem Gelingen Hunderte von Opfern gefordert hätte, weil der Jungfaschist, der vorher mit linksextremistischen Zeitungen in der Hand durch die Abteile gelaufen war, sich beim Scharfmachen der Sprengladung verletzte und gefaßt wurde. Und daß auch der sich harnäckig als anarchistischer Einzelgänger propagierende Bertoli, der im vergangenen Jahr vor dem Mailänder Polizeipräsidium eine Bombe unter die Menschenmenge warf, eine faschistische Vergangenheit hat, steht fest.

Viele dieser Verbrechen wären vermeidbar gewesen, wenn die Urheber nicht auf die Verschleierung durch eine faschistisch durchsetzte Bürokratie hätten bauen können, die Ermittlungen fehlleitete und Beweise verschwinden ließ. Die einst von den christdemokratischen Leadern aufgebrachte, bequeme und stets wiederholte These von der Gewalttätigkeit einander entgegengesetzter Extreme verstummte vollends, als einige mutige Richter und Staatsanwälte in Padua die faschistische Putschisten-Organisation „Windrose" demaskierten und damit mitten ins Netz der schwarzen Verschwörung hineingriffen. Allen Anzeichen nach ist man sich plötzlich der Gefahr von rechts bewußter geworden, nachdem die Staatsanwaltschaft Padua die Listen der zur Stunde x zu liquidierenden 1617 Personen und die dazugehörenden Pläne in Händen hielt. Demnach sollte der Präsident der Republik, Leone, genauso hinterhältig ermordet werden wie Ministerpräsident Rumor und Innenminister Taviani, dem eine Höllenmaschine in seinem Dienstwagen zugedacht war. Weitere Ermittlungen deckten schließlich ins Heer reichende Querverbindungen auf und führten zur Festnahme eines Obristen, einem Haftbefehl gegen den verschwundenen General Nardelli sowie Untersuchungsverfahren gegen einige höhere Offiziere, die den demokratischen Staat, dem sie den Treueid geschworen hatten, stürzen wollten. Daß sich die Wühlarbeit dort abspielte, von wo aus die Bombendrahtzieher Freda und Ventura agierten und wo auch das Gros des Heeres stationiert ist, im Raume Bergamo, Padua und Verona (NATO-Quartier), dürfte nicht weiter wundernehmen. Man kann gespannt sein, welche Spuren sich zu den finanzierenden Kapitalisten ergeben.

Nun ist Italien gewiß nicht Chile und nicht Griechenland, wie auch die übergroße Mehrzahl der italienischen Offiziere für faschistische Parolen unempfänglich sein dürfte, von den jungen Dienstpflichtigen ganz zu schweigen, auf die es bei einem Putsch letztlich ankäme, was die Streitkräfte betrifft. Doch die Gefahr zu leugnen oder zu verkleinern (die nichts mit dem unbedeutenden Wählerprozentsatz der Rechten zu tun hat), wäre ausgesprochen töricht und leichtfertig, nachdem die Faschisten unter dem Schutz des schwerwiegenden Versäumnisses einer jahrzehntelangen Außerachtlassung der Verfassung (die jede Apologie der Faschisten unter Strafe stellt) in alle Bereiche des öffentlichen Lebens und selbst in das Parlament eingedrungen sind. Die Lehre daraus kann nur in äußerster demokrati-

scher Wachsamkeit, Selbstkritik und dem Zusammenwirken aller verfassungstreuen Kräfte gezogen werden. Welchen Rückhalt auch hier die größte kommunistische Partei Westeuropas mit ihren neun Millionen Wählern bietet, liegt auf der Hand. Die anachronistische Auseinandersetzung über das Scheidungsreferendum aber lenkt nur von den brennenden Problemen des Landes ab und gibt den faschistischen Todfeinden der Demokratie groteskerweise über eine Volksbefragung die hochwillkommene Möglichkeit, die politischen Wässer gründlich zu trüben, um darin zu fischen.

# Das monopolistische Problem der Massenbasis, die „Deutschen Führerbriefe" und Alfred Sohn-Rethel

## Anmerkungen und Dokumentation zu einer unvollkommenen Enthüllung

Von E. Berliner

In den Nummern 72 und 73 der „Deutschen Führerbriefe" vom 16. und 20. September 1932 erschien unter der Überschrift „Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus" ein Artikel, der bis zum heutigen Tage zu Recht von der marxistischen Geschichtsschreibung als ein Schlüsseldokument für den Nachweis der bewußten und planmäßigen Errichtung der nazifaschistischen Diktatur durch das Monopolkapital betrachtet wird [1]). Der erste Teil dieses Artikels, dessen Verfasser — wie bei den „Führerbriefen" allgemeine Brauch — anonym blieb, trug den Untertitel: Von der Sozialdemokratie zum Nationalsozialismus; der zweite Teil beschäftigte sich mit der „Eingliederung des Nationalsozialismus", womit die Eingliederung in das Herrschaftssystem des Kapitals gemeint war.

Der Kerngedanke des Artikels wird am besten aus folgenden Sätzen deutlich: „Das Problem der Konsolidierung des bürgerlichen Regimes im Nachkriegsdeutschland ist allgemein durch die Tatsache bestimmt, daß das führende, nämlich über die Wirtschaft verfügende Bürgertum zu schmal geworden ist, um seine Herrschaft allein zu tragen. Es bedarf für diese Herrschaft, falls es sich nicht der höchst gefährlichen Waffe der rein militärischen Gewaltausübung anvertrauen will, der Bindung von Schichten an sich, die sozial nicht zu ihm gehören, die ihm aber den unentbehrlichen Dienst leisten, seine Herrschaft im Volk zu verankern und dadurch deren eigentlicher oder letzter Träger zu sein. Dieser letzte oder ‚Grenzträger' der bürgerlichen Herrschaft war in der ersten Periode der Nachkriegskonsolidierung die Sozialdemokratie."

1) Siehe z. B. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin (DDR) 1966, S. 593 ff.

jetzt sprachlich vollzieht; zweitens zielt dieser Satz natürlich auf die Verketzerung etwa der hessischen Rahmenrichtlinien für das Fach Gesellschaftslehre und zieht damit die Kultusminister mehrerer sozialliberaler Landesregierungen unmittelbar in das Schußfeld der Verfassungsfeind-Kanonen. Dann stellt die CDU fest: „Die Hochschulen sind kein rechtsfreier Raum" und pflanzt sich damit Gewehr bei Fuß auf, um in das sprachlich erschlichene Vakuum die hinlänglich angekündigten Salven von Ordnungsrecht, staatlicher Fachaufsicht, Berufsverbot und sonstigen als „Recht" ausgegebenen Gewaltrepressionen abzufeuern.

Nach einer These über Gewährleistungen der „Bürgerfreiheit", die zwar die Gewaltenteilung, die „Entfaltungsfreiheit der parlamentarischen Opposition" und die „Achtung vor dem Verfassungsgericht" erwähnt, nicht aber die demokratische Legitimität der Mehrheitsinteressen und der Parlamentsmehrheit, kommt die CDU dann zum Kern der Sache: „8. Auch die soziale Marktwirtschaft beruht auf den Prinzipien der Machtverteilung und der Gegenmacht. Der Wettbewerb unabhängiger (!) Unternehmen und das Gleichgewicht der Kräfte unter den Sozialpartnern (!) sind zu fördern." Damit ist klargestellt, daß die „soziale Marktwirtschaft", d. h. die sozial verbrämte Kapitalwirtschaft, gegen den eindeutigen Wortlaut des Grundgesetzes zum integralen Bestandteil der „verfassungsmäßigen Ordnung" gemacht und als solcher gewahrt werden soll. Das läßt keinen Zweifel mehr darüber zu, daß die monopolistischen Verfassungsfreunde von der CDU den vom Grundgesetz abgesteckten Rahmen durchbrochen haben.

Wer die Gegner der „sozialen Marktwirtschaft" zu vogelfreien Verfassungsfeinden erklärt, hat mit dem Grundgesetz gebrochen und wird es in der Konsequenz auch brechen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn die CDU in ihrem Antrag außer in der ersten These schon nicht mehr den Begriff „freiheitlich-demokratische Grundordnung" verwendet, sondern nur noch von der „freiheitlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland" spricht. „Freiheitliche Ordnung" ist aber nun allemal in der herrschenden politischen Sprache der BRD zum propagandistischen Sonntagsrock für die kapitalistische Wirtschaftsordnung verdreht worden, und wir erfahren aus dem CDU-Antrag, daß „sie zu bejahen und zu verteidigen, zum Erziehungsauftrag der Schule (gehört)" und daß „die Einheit Europas und die atlantische Gemeinschaft" sie zu schützen bestimmt sind. Die Katze, die schon lange aus dem Sack ist, hat es also nicht einmal mehr nötig, auf weichen Pfoten zu gehen. Der gestiefelte Kater hat schon klirrende Sporen. In der Debatte der Verfassungsfreunde gegen die Verfassungsfeinde wird er sich wieder ein Stück mehr zu jenem „Leoparden" aufblähen, der bisher schon als Exportartikel dem Rüstungskapital und den teils diktatorischen Staaten der „freien Welt" gleichermaßen gute Dienste geleistet hat.

Theo Schiller

# Internationales Symposium „Globale Probleme der modernen Zivilisation"

Das Internationale Institut für den Frieden, Wien, und das Institut für internationale Beziehungen, Prag, veranstalteten vor einigen Wochen in Prag ein wissenschaftliches Symposium zum Thema „Globale Probleme der gegenwärtigen Zivilisation" (13. bis 15. Dezember 1973). Die vom Institut für den Frieden in den letzten Jahren angereg-

ten internationalen Diskussionen zwischen bekannten Wissenschaftlern verschiedener Weltanschauung aus Ost und West sind in ihrer Bedeutung rasch gewachsen. Erinnert sei hier nur an die internationale Auseinandersetzung mit der Aggressionstheorie (die Materialien dieses Symposiums wurden von Walter Hollitscher bei der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart herausgegeben), das Symposium über die europäische Zusammenarbeit im Umweltschutz, das Symposium über den Charakter internationaler Konflikte (hrsg. von Wilfried v. Bredow bei Pahl-Rugenstein) u. a.

Seit dem Symposium „Die wissenschaftlich-technische Revolution und das Problem der Erhaltung des Friedens" im März 1973 wird das Wiener Institut nun auch zu einem wichtigen Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung verschiedener Wissenschaftler mit den Projekten des „Club of Rome". Im März hatte Aurelio Peccei, der Gründer des „Club", die bisherige und zukünftige Arbeit bei dieser Vereinigung vorgestellt. In Prag waren nun neben Peccei als weitere Vertreter des „Club of Rome" (CoR) noch Thor Heyerdahl, bekannter Schriftsteller, Elisabeth Mann-Borghese, Tochter Thomas Manns, bekannte Meeresforscherin, und Adam Schaff, Europäisches Koordinationszentrum der UNESCO für Sozialforschung und Dokumentation, Wien, anwesend.

Im Vordergrund der Vorträge und Diskussion stand auch diesmal die Notwendigkeit der intersystemaren Kooperation. Allerdings war die Thematik weitgehend auf die provokativen Theorien des „Club of Rome" ausgerichtet: die wissenschaftlich-technische Revolution und ihre ökonomischen und sozialen Folgen, Bevölkerungswachstum und Ernährungsprobleme (als Vorgriff auf das von der UNO für 1974 ausgerufene Wetbevölkerungsjahr, wozu im August ein Welttreffen der Bevölkerungswissenschaftler in Bukarest geplant ist), Energie- und Rohstoffressourcen, Urbanisierung, Probleme der Entwicklungsländer, „Wohlstandsgesellschaft" und „Qualität des Lebens".

Obwohl die Symposien des Wiener Instituts natürlich nicht konkrete Verhandlungen über die internationale Zusammenarbeit zum Gegenstand haben, sollte man die hier erarbeiteten Diskussionsergebnisse nicht unterschätzen. Solche Ansätze zur internationalen Zusammenarbeit bei globalen Problemen haben eine Realisierungschance nicht nur infolge der Teilnahme einflußreicher Persönlichkeiten, ihre Wirkung geht vorwiegend davon aus, daß hier auch an recht schwierigen Problemen demonstriert wird, daß eine internationale Verständigung trotz divergenter Ansichten und Interessen möglich ist.

Daß alle Vorschläge zur Zusammenarbeit in konkreten Einzelfragen an den weiteren Ausbau der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und an ernsthafte Abrüstungsmaßnahmen geknüpft sind, wurde wohl von keinem Teilnehmer bestritten. Schwierigkeiten ergeben sich u. a. daraus, daß über den einzuschlagenden Weg oft die gegensätzlichsten Ansichten vorliegen und daß es darüber hinaus wohl kaum ein Gebiet der intersystemaren Kooperation gibt, das nicht von der Verschärfung des internationalen ideologischen Kampfes betroffen wäre. Daß es ernsthafte internationale Umweltprobleme gibt, wird von niemandem in Zweifel gezogen. Aber wie auf kaum einem anderen Gebiet gehen in der Frage nach der grundlegenden Richtung der Verbesserung der Umweltbedingungen die Ansichten auseinander. Die in dieser Frage vom Westen ausgehenden Vorstellungen über internationale Zusammenarbeit basieren oft auf pessimistischen Zukunftseinschätzungen, wie sie besonders in dem 1972 vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) vorgelegten „Bericht des Club of

Rome" [1]) dargelegt wurden. Maßnahmen zur Beschränkung des Wirtschaftswachstums etwa oder ein internationales Management der Ressourcen, das letzten Endes nur an den Interessen der hochentwickelten kapitalistischen Länder ausgerichtet ist und die Interessen der Entwicklungsländer ignoriert, werden kaum den Beifall sozialistischer Wissenschaftler finden können, die im übrigen, von den gleichen aktuellen Umweltproblemen ausgehend, fast durchweg zu recht optimistischen Zukunftsbildern gelangen. Am Beginn des Symposiums war es überhaupt schwer vorstellbar, wie zwischen Weltuntergangspropheten und Marxisten überhaupt eine Verständigung möglich sein könnte.

Daß es dennoch zumindest zwischen einem Teil der Vertreter so gegensätzlicher Standpunkte zu recht fruchtbaren Diskussionen kam, lag zunächst einmal daran, daß die Teilnehmer von Anfang an weitgehend auf Polemik verzichteten und sich auf die positive Darlegung ihrer Standpunkte beschränkten. Die konkreten Kooperationsvorschläge konzentrierten sich dann auf solche Probleme, die gelöst werden müssen, egal, ob man ein optimistisches oder ein pessimistisches Zukunftsbild im Auge hat. In Prag war es unter anderem das Problem der Reinhaltung der Weltmeere.

Der erste Tag des Symposiums war weitgehend von den vier Hauptreferaten ausgefüllt. Jaromir Sedlak, Direktor des Instituts für internationale Beziehungen, sprach über „Die Zivilisation der Umwelt — Zur Kritik der nichtmarxistischen Ökologie". Aurelio Peccei ging in seinem Referat zwar wieder weitgehend von dem der MIT-Studie zugrundeliegenden Konzept aus, zeigte aber in den Diskussionen der Arbeitssitzungen eine erstaunliche Flexibilität und eine weitgehende Bereitschaft zur intersystemaren Kooperation, auch wenn diese von ihm konvergenztheoretisch begründet wurde. Bei den übrigen anwesenden „Club"-Mitgliedern waren solche Ansichten nicht feststellbar.

Weitaus schwieriger gestaltete sich die Diskussion mit jenen Weltuntergangspropheten, die auf ihre Weise die Umweltschutzbewegung in den kapitalistischen Ländern stark negativ zu beeinflussen vermochten. Ihre Position wurde mit großem Eifer und Nachdruck von Edward Goldsmith, Herausgeber der englischen Zeitschrift „The Ecologist" und Mitautor des „Blueprint for Survival", vertreten.. Von einem biologistischen Ansatz ausgehend, kann Goldsmith wie seine Jünger die Lösung der aktuellen Umweltprobleme nur in einer Rückkehr zur Kultur der Jäger und Sammler sehen. Daß dieser Weg jemals eingeschlagen wird, glaubt Goldsmith natürlich selbst nicht. Deshalb seine nicht nur pessimistische, sondern bereits ausgesprochen resignierende Haltung gegenüber den anstehenden Aufgaben des internationalen Umweltschutzes. Daß eine solche Haltung als Basis für eine internationale Zusammenarbeit nicht taugt, ist einleuchtend.

In scharfem Kontrast zu Goldsmiths einseitiger Charakterisierung der anstehenden Umweltprobleme arbeitete das sowjetische Akademiemitglied E. K. Fjodorow, einer der international bekanntesten Umweltforscher, sehr genau die im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution sich entwickelnden qualitativen Veränderungen im Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur heraus. Natürliche Begrenzungen des menschlichen Strebens nach ständig sich vervollkommnender Naturbeherrschung gibt es nach Fjodorow nicht. Technische Lösungen für eine rationale Umweltgestaltung sind weitgehend vorhanden. Der Schlüssel zur Lösung der anstehenden Probleme liegt eindeutig auf dem Gebiet der Politik und Wirtschaft. Zu dieser prinzipiellen Einsicht müssen

[1]) Vgl. Edgar Gärtner, Zur Funktion des „Club of Rome", „Blätter", 10/1974, S. 1053 ff.

sich auch Nichtmarxisten durchringen, wenn sie sich für eine engere intersystemare Kooperation im Umweltschutz aussprechen.

Auf einen gemeinsamen Nenner kann man die Aussagen eines so vielfältigen Teilnehmerkreises [2]) natürlich nicht bringen. Auf der einen Seite wurde deutlich, welche riesigen internationalen Probleme auf dem Gebiet des Umweltschutzes noch zu lösen sind, auf der anderen Seite tauchte aber auch eine ganze Reihe von Argumenten zugunsten einer optimistischeren Einschätzung der Zukunft der Menschheit auf. Deutlich wurde hier jedoch, daß in dem Maße, wie für die hochentwikkelten Industrieländer verschiedener Gesellschaftsordnung nicht nur konkrete Lösungen für aktuelle Umweltprobleme heranreifen, sondern sich bei entsprechenden gesellschaftlichen Veränderungen auch Wege zu einem echten materiellen Überfluß öffnen, die Probleme der Entwicklungsländer als eigentliche globale Zivilisationsprobleme um so mehr ins Blickfeld treten. Leider waren diese Länder auf dem Prager Symposium nicht vertreten, wenn man einmal von Argentinien (Alberto Mallmann) absieht. Die Arbeit der von ihm geleiteten Barlioche Foundation verdient größere Beachtung. Hier werden Computermodelle erstellt, die auf den Interessen der Entwicklungsländer basieren sollen. Zum Glück gingen die Diskussionsbeiträge einiger der übrigen Anwesenden, wie Hagolani (BRD), Radi (Ungarn) und E. Mann-Borghese, neben der Umweltverschmutzung auch auf die Probleme der Entwicklungsländer ein. Deutlich wurde auch hier, daß Lösungen nur bei Erhaltung des Friedens und einer Senkung der Rüstungsausgaben möglich sind. Deshalb wurde die UNO-Resolution zur Reduzierung der Militärausgaben der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates um 10 % vom 7. Dezember 1973 unterstützt.

2) An den Diskussionen beteiligten sich so bekannte Wissenschaftler wie der englische Physiker Eric Burhop (Präsident der Weltföderation der Wissenschaftler), Walter Hollitscher (Kanzler des Instituts für den Frieden), Gerhard Kade (Darmstadt), Radovan Richta (Akademie der Wissenschaften der CSSR), Ernst F. Winter (Transnational Research Center der UNO, Wien), Hans C. Binswanger (St. Gallen), Pierre Biquard (Paris), Vincent Labeyrie (Tours), Engelbert Broda (Institut für Physikalische Chemie, Wien), Hannes An Der Lan (Zoologisches Institut der Universität Innsbruck), Gerhart Bruckmann (Österreichische Gesellschaft für Zukunftsforschung, Wien), Leo Gabriel (Institut für Friedensforschung der Universität Wien), der Biophysiker Georg Fuchs (Präsident des Internationalen Instituts für den Frieden), Stanley M. Grennfield (Unterstaatssekretär im US Environmental Agency, Washington), Elhanan Hagolani (Hamburg), Elisabeth Helander (Abteilung für Umweltschutz im finnischen Innenministerium), Sven Linnér (Universität Uppsala), Carlos Alberto Mallmann (Barlioche Foundation, Argentinien), Thomas Schönfeld (Institut für Anorganische Chemie, Wien) und andere. Insgesamt waren mehr als sechzig Teilnehmer erschienen.

**Hefte zu politischen Gegenwartsfragen**

Neu im Februar

11 Gärtner/Goldberg, Wachstumsdiskussion und Umweltkrise

12 Altaiski, Anmerkungen zum X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas und zur Politik Mao Tse-tungs

13 Castro, Kampf und Tod Salvador Allendes

Jeder Band DM 3,—

**Pahl-Rugenstein**

# Thesen zur Diskussion um die Mitbestimmung und zum „Koalitionskompromiß"*)

Von Frank Deppe

1) Ende Januar wurde das Kompromißpapier der Koalitionsparteien SPD und FDP zur Mitbestimmung veröffentlicht. Sogleich geriet es in den Mittelpunkt öffentlicher Kontroversen. Während führende Sozialdemokraten den „geradezu historischen Rang dieses Vorgangs für die Arbeiterbewegung" feiern (Holger Börner, „Welt der Arbeit", 1. Februar 1974), überbieten sich die Repräsentanten der Kapitalinteressen wieder einmal in der Polemik und Demagogie gegen die Konzeption der paritätischen Mitbestimmung. So erklärte z. B. der Wirtschaftsrat der CDU am 32. Januar 1974: „Die Antwort der Wirtschaft (Arbeitnehmer wie Unternehmer) und der Gesellschaft (Verbraucher und Steuerzahler) auf diese verschleierte, dafür aber um so gefährlichere Absicht einer schweren Systemveränderung sollte daher in einem kategorischen Nein bestehen!" Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben bislang mit zurückhaltender Kritik reagiert. Eine dezidierte Stellungnahme wird erst vom Bundesausschuß des DGB, der am 16. Februar tagt, zu erwarten sein. Der neuen Mitbestimmungsregelung, die am 1. Januar 1975 in Kraft treten könnte, sollen Kapitalgesellschaften (u. a.: Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften und GmbHs) mit mehr als 2000 Beschäftigten unterliegen. Der Aufsichtsrat besteht aus 20 Mitgliedern — davon 10 Anteilseignervertreter und 10 Vertreter der Lohnabhängigen. Diese unterteilen sich in 7 Unternehmensangehörige und 3 Vertreter der Gewerkschaften. Die Hauptversammlung der Aktionäre wählt die 10 Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat. Die Vertreter der Lohnabhängigen werden durch ein Wahlmännergremium gewählt, für das die Gruppen der Beschäftigten (Arbeiter, Angestellte und leitende Angestellte) sowie der Betriebsrat ein Vorschlagsrecht haben. Dieses Gremium wählt 10 Aufsichtsratsmitglieder — auch die von den Gewerkschaften vorgeschlagenen 3 Mandatsträger —, wobei gewährleistet sein muß, daß auf die Arbeiter, die Angestellten und die leitenden Angestellten je mindestens 1 Aufsichtsratsmandat entfällt. Auf den nach dem Montanmitbestimmungsgesetz vorgeschriebenen „neutralen 11. Mann" im Aufsichtsrat wurde verzichtet. Dafür erhält der Aufsichtsratsvorsitzende, der mit zwei Drittel der Stimmen des Aufsichtsrats zu wählen ist, bei Stimmengleichheit für die zweite Abstimmung einen Stichentscheid. Ein Mitglied des Vorstandes muß vorwiegend für Personal- und Sozialangelegenheiten zuständig sein. Die Bestimmung des Montanmitbestimmungsgesetzes, nach der dieses Vorstandsmitglied, der Arbeitsdirektor, des qualifizierten Vertrauens der Vertreter der Lohnabhängigen im Aufsichtsrat bedarf, wurde aufgegeben.

Angesichts dieser Vorlage gilt es, die bisherigen Erfahrungen der Mitbestimmungspraxis im Kontext der Entwicklung gesellschaftlicher Widersprüche in der BRD sowie der Ziele, Aufgaben und Möglichkeiten der Arbeiterbewegung — vor allem natürlich der Gewerkschaftsbewegung — zu bestimmen. Dies setzt zunächst

*) Diese Thesen beruhen auf einem Manuskript, das zum Kongreß der „Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft" im Oktober 1973 in Hamburg vorgelegt wurde.

einige allgemeine Überlegungen zur Funktion der Arbeiterbewegung in der kapitalistischen Gesellschaft sowie eine — gewiß fragmentarische — Analyse des Charakters der Klassenauseinandersetzungen in der BRD voraus. Danach können einige konkrete Bestimmungen zur politischen Einschätzung des jetzt vorliegenden Koalitionskompromisses in der Mitbestimmungsfrage entwickelt werden.

2) Die Funktionsbestimmung der Arbeiterbewegung setzt freilich einen bestimmten Begriff von Gesellschaft voraus. Wird das gegenwärtige gesellschaftliche System der BRD als „entwickelte Industriegesellschaft" klassifiziert, das sich aus einer unbestimmten Vielzahl von „Subsystemen" komponiert, so geht die spezifische Bestimmung des Charakters dieser Gesellschaft, der Konstitutionsbedingungen auch der sozialökonomischen, politischen und ideologischen Einzelerscheinungen und ihres Vermittlungszusammenhangs, verloren. Ist hingegen die private Profitproduktion, die Verwertung des Kapitals durch die Verwertung der Arbeitskraft im Produktionsprozeß und der darin implizierte, fundamentale Gegensatz von wertschaffender und wertaneignender Tätigkeit als das nach wie vor bestimmende Prinzip der gesellschaftlichen Entwicklung und der Entfaltung ihrer inneren Widersprüchlichkeit anerkannt, so stellt sich die Frage nach Inhalt und Zielrichtung von Mitbestimmungs- und Demokratisierungsstrategien notwendig mit einer anderen Akzentuierung: Demokratisierung kann nicht im Sinne formaler Gleichheits- und Freiheitskonzeptionen reaktualisiert werden. Demokratisierung muß ihrer materiellen Substanz nach auf die Produktionsverhältnisse und damit auf Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit sowie auf Bewußtseinsprozesse, die ein wesentliches Element dieses Kräfteverhältnisses darstellen, bezogen sein.

3) Diese Konzentration der Fragestellung auf die geschichtliche Rolle der Arbeiterbewegung ist weder eine historisch überlebte Orthodoxie noch eine partikularisierende Begriffsverengung. Die Arbeiterbewegung kann nicht als eine Bewegung unter vielen begriffen werden, die im Konzert einer „multidimensionalen und -frontalen Emanzipationsstrategie" mitwirkt. Die Bestimmung der Klasse der Lohnabhängigen als der Hauptkraft gesellschaftlicher Veränderungen und der Arbeiterbewegung als der Organisationsform des Klassenbewußtseins resultiert vielmehr aus der Erkenntnis, daß nur der kollektive Agent der gesellschaftlichen Produktion, die Klasse der Lohnabhängigen, durch die kämpferische Formulierung und Durchsetzung seiner Interessen die Bedingungen für die Aufhebung des Gegensatzes von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung zu verwirklichen vermag. An dieser „historischen Mission" festzuhalten, hat mit einer idealistischen „Glorifizierung des Proletariats" nichts zu tun; es beruht im Gegenteil auf den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen, die die erweiterte Reproduktion des Kapitalverhältnisses, damit die historische Tendenz der kapitalistischen Akkumulation hervorbringt. Dieses Gesetz, das durch die historisch konkreten Bewegungsformen der bürgerlichen Gesellschaft bestätigt wird, ist Ausdruck der der Kapitalakkumulation immanenten Notwendigkeit, mit der Entwicklung der Produktivkräfte zugleich den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit zu verallgemeinern, d. h. mit der Ausdehnung der Macht des Kapitals zugleich den Widerspruch zwischen dem — auf einer immer engeren Basis stehenden — privatkapitalistischen Charakter der Produktions- und Aneignungsverhältnisse und dem gesellschaftlichen Charakter der Anwendung der Produktivkräfte zu vertiefen.

4) Die Entwicklung der Arbeiterbewegung und des Klassenbewußtseins kann nicht als ein historisch kontinuierlicher Prozeß verstanden werden. Die objek-

tive Grundlage für die Herausbildung der organisierten Arbeiterbewegung mit Massencharakter ist die nationale Verallgemeinerung kapitalistischer Produktion, die reelle Subsumption der Arbeitskraft unter das Kapital (Verallgemeinerung der relativen Mehrwertproduktion) sowie die Herstellung des kapitalistischen Weltmarktes. Gleichwohl sind mit dem Kapitalverhältnis selbst Schranken für die Entwicklung von Klassenbewußtsein gesetzt. Die Formen, „wie die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion in der äußeren Bewegung der Kapitale erscheinen", verkehren in der unmittelbaren Erfahrung und im gesellschaftlichen Bewußtsein die gesellschaftlichen Beziehungen der Produzenten zu einer „Bewegung von Sachen, unter deren Kontrolle sie stehen, statt sie zu kontrollieren" (Karl Marx). Das spontane Wirken dieser „Mystifikationen" wird einerseits durch den Kampf der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung, dessen wichtigstes Resultat auch die Entwicklung von Klassenbewußtsein als der kollektiven Einsicht in den gesellschaftlichen und historisch transitorischen Charakter des Kapitalverhältnisses ist, durchbrochen und modifiziert. Andererseits schließen die zyklische Bewegung kapitalistischer Produktion sowie die periodische Überwindung struktureller Widersprüche durch die Konzentration der ökonomischen und politischen Macht des Kapitals die Möglichkeit ein, die Intensität der Klassenauseinandersetzungen einzuschränken, das Wirken der „Mystifikationen" im Sinne der Verbreitung reformistischer und sozialpartnerschaftlicher Ideologien zu befördern. Die diskontinuierliche Geschichte der Arbeiterbewegung, der Wechsel zwischen Perioden relativer Stabilität und revolutionärer Erschütterung, die innere ideologische und schließlich organisatorische Differenzierung der Arbeiterbewegung sind Ausdruck dieser Tendenzen.

5) Die Gewerkschaften sind ein wesentliches Element der Arbeiterbewegung. Sie sind — historisch und systematisch betrachtet — die ursprüngliche und erste Form der Organisation der Lohnabhängigen. Durch ihren Zusammenschluß und durch ihren Kampf wird die Vereinzelung der Arbeitskraft gegenüber dem Kapital (individueller Arbeitsvertrag), das Konkurrenzverhältnis zwischen den Arbeitern im Sinne einer solidarischen Interessenvertretung aufgehoben. Nur durch die kollektive Interessenorganisation kann der „grenzenlose Heißhunger des Kapitals nach der Einsaugung unbezahlter Mehrarbeit", die willkürliche Ausdehnung der Arbeitszeit sowie die Intensivierung der Arbeit auf ein gesellschaftlich durchschnittliches Maß, das die Produktions- und Reproduktionsfähigkeit der Lohnabhängigen gewährleistet, reduziert werden, und nur durch die — in langen Klassenauseinandersetzungen durchzusetzende — kollektive Interessenorganisation kann sich das Bewußtsein der gemeinsamen Klassenlage, gemeinsamer Klasseninteressen und der gemeinsamen Konfrontation dieser Interessen mit den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entwickeln. Damit stoßen die gewerkschaftliche Organisation und der gewerkschaftliche Kampf aber zugleich an ihre Grenzen: Einerseits vermag dieser Kampf die durch das Wertgesetz und die Kapitalbewegung determinierte Bewegung des Lohnes nicht außer Kraft zu setzen. Er bringt diese Gesetze überhaupt erst voll zur Wirkung. Andererseits zwingt der gewerkschaftliche Kampf den bürgerlichen Staat zu unmittelbar ökonomischen und sozialen bzw. politisch-rechtlichen Maßnahmen, die zwar den ökonomischen Forderungen der Gewerkschaftsbewegung Rechnung tragen (z. B. Begrenzung des Arbeitstages, Sozialversicherung, Arbeitsschutzgesetze etc.), die aber zugleich Elemente einer ökonomischen, politischen und ideologischen Stabilisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse darstellen können. Aus dieser „integrativen Funktion" des gewerkschaftlichen Kampfes, der die unmittelbare, spontane Erfahrung der ökonomischen Erscheinungsformen des Kapital-

verhältnisses umsetzt, ging die Erkenntnis der Arbeiterbewegung hervor, daß der ökonomische, gewerkschaftliche Kampf nur ein — wenn auch zentrales — Element des umfassenden, politischen Kampfes der Arbeiterbewegung sein kann. Das Übergewicht der Gewerkschaftsbewegung in der nationalen Arbeiterbewegung in längeren Perioden kapitalistischer Prosperität (z. B. in Deutschland nach 1896) signalisiert daher immer auch ein Zurückdrängen der politischen Perspektive der Arbeiterbewegung, die zunehmende Orientierung auf reformerische Ziele sowie einen beschleunigten Zerfallsprozeß von Klassenbewußtsein.

6) Mit dem Anwachsen der Stärke der Arbeiterbewegung und dem potentiell erweiterten Krisenpotential der kapitalistischen Wirtschaft kann die Stabilisierung des Gesamtsystems nicht mehr hinreichend durch den spontanen Mechanismus von Prosperität und Krise, durch die „Naturwüchsigkeit" von Bewußtseinsmystifikationen gesichert werden. Die Bewältigung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit sowie der Schranken der kapitalistischen Produktion selbst bedarf vielmehr der unmittelbaren staatlichen Regulierung. Ebenso wie der bürgerliche Staat mit fortschreitender Monopolisierung gezwungen ist, aus der Funktion des vorwiegend „außerökonomischen Gewaltverhältnisses" herauszutreten und unmittelbar in den Produktionsprozeß zu intervenieren, d. h. die ökonomische Potenz des staatlichen Politikmonopols dazu einzusetzen, dem tendenziellen Fall der Profitrate des Gesamtkapitals entgegenzuwirken, kann sich in der gleichen Weise die politische Regulierungsfunktion des bürgerlichen Staates nicht mehr in der bloßen Unterdrückung von Klassenkämpfen und -organisationen (z. B. „Sozialistengesetz") erschöpfen. Die Erhaltung des „sozialen Friedens" — namentlich in Prosperitätsphasen — verlangt vielmehr die Integration der Organisationen der Lohnabhängigen in den bürgerlichen Staat sowie die Integration der Belegschaften auf der Ebene der Betriebe. Diese Strategie der Kooperation bzw. der friedlichen „Sozialpartnerschaft", deren Ziel die Eindämmung von Konfliktpotentialen und die „Zähmung" der Organisationen der Arbeiterbewegung ist, kann freilich nur durch politische Zugeständnisse in der Form der Anerkennung der Organisationen der Arbeiterbewegung sowie von Zugeständnissen im Bereich der betrieblichen Mitbestimmung realisiert werden. Allerdings ist die Existenz eines starken reformistisch orientierten Flügels der Arbeiterbewegung Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Strategie. Die reformistischen Parteien und Gewerkschaften fungieren also gleichsam als „Transmissionsriemen" für die Umsetzung der Integrationspolitik, deren Doppelcharakter stets darin gesehen werden muß, daß sie die Anerkennung der Stärke der Arbeiterbewegung mit der rechtlichen und politischen Integration ihrer Politik in das Konzept der Stabilisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu verbinden sucht. An die Stelle der repressiven Auflösung autonomer Klassenorganisationen tritt also der Versuch ihrer Unterordnung bzw. ihrer Einbeziehung in das bestehende Herrschaftssystem. Daß diese Integrationsstrategie in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft wieder durch eine brutale Disziplinierung und Unterdrückung verdrängt werden kann, hat der Faschismus nachdrücklich demonstriert.

7) Die geschichtliche Entwicklung der Mitbestimmung in Theorie und Praxis bestätigt diese allgemeine Bestimmung ihres Doppelcharakters. Die ersten — im 19. Jahrhundert freiwillig von Unternehmern zugestandenen — „Arbeiterausschüsse" wurden von dem Bestreben, Konflikte durch Gewinn- bzw. Entscheidungspartizipation zu reduzieren, getragen. Im „Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst" (1916) wurden Arbeiterausschüsse für gewerbliche Betriebe obligatorisch; zugleich war jedoch die bedingungslose Einordnung der Gewerk-

schaften in die imperialistische Kriegspolitik und Kriegswirtschaftspolitik diesem Gesetz vorausgesetzt und implizit. Die Regelung weitgehender Mitbestimmungsrechte in der Weimarer Verfassung von 1919 (Art. 165) sowie im Betriebsrätegesetz von 1920 reflektierte hingegen eine völlig gewandelte Konstellation im Kräfteverhältnis der Klassen. Nunmehr war die herrschende Klasse gezwungen, aufgrund der Bedrohung ihrer ökonomischen und politischen Herrschaftspositionen durch die erstarkten revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung dem reformistischen Teil der Arbeiterbewegung — insbesondere den „freien Gewerkschaften" — die „Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit" zuzugestehen. Viele dieser Zugeständnisse im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaftspolitik" wurden bekanntlich nach der kapitalistischen Konsolidierung (1923/24) wieder revidiert. Gleichwohl übernahm der ADGB 1928 (Hamburger Kongreß) die Forderung, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter müsse in der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis in die höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation, verwirklicht werden (Naphtali u. a.: Wirtschaftsdemokratie). Auch das 1951 verabschiedete Mitbestimmungsgesetz für den Montanbereich war seiner Form und Intention nach das Ergebnis der spezifischen Verschiebungen im Kräfteverhältnis der Klassen, die sich bis zum Beginn der 50er Jahre in der nachfaschistischen Restaurationsperiode vollzogen hatten. Auf der einen Seite reflektierte es in seiner beschränkten Reichweite die schon wieder geschwächte Position der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung, der es nicht gelungen war, ihre — im Münchener Programm von 1949 zusammengefaßte — Konzeption einer demokratischen und sozialen Planung des Wirtschaftsprozesses — auf der Basis der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und umfassender betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung — zu verwirklichen. Auf der anderen Seite kam in der Kampfbereitschaft der Arbeiter der Montanindustrien sowie im zunächst breiten Widerstand der Unternehmer gegen die gesetzliche Verankerung der bereits 1947 im Zuge der Entflechtung eingeführten Mitbestimmung zum Ausdruck, daß dieses Gesetz — unabhängig von der sozialpartnerschaftlichen und integrationistischen Interpretation seiner Funktion — kein freiwilliges Zugeständnis des Kapitals war, sondern von den Lohnabhängigen im Kampf durchgesetzt werden mußte.

8) Nach den bisherigen Überlegungen bedeutet die Forderung nach Mitbestimmung keine prinzipielle Infragestellung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Sie bewegt sich noch im Rahmen des bestehenden Systems, zumal dann, wenn sie von der Vorstellung der „Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit" und der ihr korrespondierenden „Sozialpartnerschafts"-Ideologie geprägt wird. Freilich sind Mitbestimmungsforderungen aber immer auch ein notwendiger Bestandteil des Kampfes der Arbeiterbewegung um die Erweiterung ihrer demokratischen Rechte. In diesem Sinne kann der Kampf um Mitbestimmung selbst zu einem wichtigen Element des Klassenkampfes werden. Dies setzt allerdings voraus, daß dieser Kampf durch eine demokratische Massenbewegung getragen wird und daß er darüber hinaus in dieser Mobilisierung, die zu einer wesentlichen Bedingung für die Entwicklung von Klassenbewußtsein wird, Forderungen präzisiert, die die Erweiterung demokratischer Rechte der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen in der Wirtschaft als Eingriffe in die Profit- und damit die Machtsphäre des Kapitals ausweisen. Wirtschaftliche Mitbestimmung ist mithin Teilforderung in einem Gesamtkonzept gesellschaftlicher Demokratisierung; sie ist zugleich — sofern sie als Element einer umfassenderen Strategie der demokratischen und Arbeiterkontrolle entwickelt wird — eine Übergangslosung, die die unmittelbaren Interessen an der Demokratisierung mit der Erringung von

autonomen Gegenmachtpositionen der Lohnabhängigen und der Perspektive einer fundamentalen Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zu verknüpfen vermag.

9) In den 50er und frühen 60er Jahren erwies sich das Mitbestimmungsgesetz in der Praxis als ein Hebel der sozialen Integration gerade in denjenigen Industriezweigen, deren Beschäftigte nach 1945 noch den klassenbewußten und kampfbereiten Kern der Arbeiterbewegung in den Westzonen gebildet hatten. Gleichwohl wird man die Ursachen dieser Integrationsfunktion, die auch von den Gewerkschaften selbst zunehmend in den Mittelpunkt ihrer Mitbestimmungspolitik gerückt wurde, weniger in den politischen und rechtlichen Bindungen des Gesetzes als vielmehr in der allgemeinen Stabilisierung des kapitalistischen Restaurationsprozesses und dem Aufschwung der Rekonstruktionskonjunktur suchen müssen. Die weit überdurchschnittlichen Wachstumsraten des Sozialprodukts und der industriellen Produktion bildeten die Grundlage der relativen Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Lohnarbeiter, beseitigten weitgehend die unmittelbaren sozialen Mißstände, die noch bis zum Beginn der 50er Jahre Anstöße gewerkschaftlicher Mobilisierung vermittelten (Hunger, katastrophale Wohnverhältnisse, Arbeitslosigkeit etc.) und wirkten so in der Richtung einer verminderten Intensität der Klassenauseinandersetzungen. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß diese Prozesse noch durch den inneren und äußeren Kalten Krieg gegen Sozialisten und Kommunisten verstärkt wurden. In diesem gesellschaftlichen und politischen Zusammenhang vollzog sich die Transformation der Mitbestimmungskonzeption vom Element eines — auf die gesamte Gesellschaft bezogenen — gewerkschaftlichen Reformkonzeptes in ein — um einige sozialpolitische Aspekte bereichertes — betriebswirtschaftliches Reformkonzept. Diese Transformation, die im Grunde nur ein Moment jener allgemeinen Anpassung an sozialpartnerschaftliche Positionen gewesen ist, die die SPD und die Mehrheit des DGB bis zum Ende der 50er Jahre vollzogen hatten, kam besonders während der seit 1958 im Montanbereich fortwirkenden Strukturkrise darin zum Ausdruck, daß sich die paritätische Mitbestimmung hier tendenziell in ein Instrument der Kontrolle über die Arbeiter und Angestellten verwandelte. Daß in den letzten Jahren einzelne — von den Gewerkschaften vorgeschlagene — Arbeitsdirektoren disziplinarische Maßnahmen gegen die Sprecher von Belegschaften, die spontan die Arbeit verweigerten, vertraten, bestätigt einmal mehr diese Funktionsverkehrung der Mitbestimmung.

10) Seit der Mitte der 60er Jahre — zusammengeballt zunächst in der Krise 1966/67 — haben sich in der Gesellschaft der BRD tiefgreifende Wandlungen vollzogen, die zugleich den Rahmen für die Entwicklung der Gewerkschaftspolitik sowie des gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Lohnabhängigen darstellen. Die an die Oberfläche der politischen Erfahrungen tretenden gesellschaftlichen Entwicklungswidersprüche sind zunächst vorwiegend im Sinne „gesellschaftlicher Randkonflikte" interpretiert worden. Dem schien zunächst zu entsprechen, daß aktive Demokratisierungsimpulse sich zuerst nicht im Produktions-, sondern im Reproduktionsbereich — vor allem im Ausbildungssektor — entfalteten. Spontane Bewegungen, die — ihrer sozialen Zusammensetzung wie ihrer politischen Zielsetzung nach — nicht mehr eindeutig auf traditionelle Muster von Klassenkämpfen und -organisationen zurückzuführen waren, förderten verschiedene Theorie- und Strategievarianten, die allesamt um die These vom „Absterben" des Klassenkampfes oszillierten und das proletarische Klassenbewußtsein als eine Residualkategorie klassifizierten. Solchen Theoremen liegt zumeist die Auffassung zugrunde, daß es der spätkapitalistischen Gesellschaft

und ihrem Staat gelungen sei, vermittels der umfassenden Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts den traditionell für die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft bestimmenden Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gleichsam zu neutralisieren und damit dauerhaft das Bewußtsein der Lohnabhängigen zu deformieren. Konflikte in gesellschaftlichen Randbereichen signalisieren demzufolge einen neuen Typus politischer Loyalitätskonflikte und zugleich neue Demokratisierungspotentiale — sie sollen eine neue Ebene politischer Willensbildung und vor allem der bürokratischen Machtkontrolle schaffen, die durch die zunehmende Zentralisierung politischer Entscheidungsstrukturen (Verselbständigung der Exekutive und der Ministerialbürokratien, Entfunktionalisierung der Parlamente, Verlust der innerparteilichen Demokratie etc.) verloren gegangen schien.

11) Die jüngste Entwicklung hat freilich solche Ansätze in der Praxis korrigiert. Immer deutlicher zeigt sich, daß die im Reproduktionsbereich aufgebrochenen Loyalitätskonflikte zu einer Überwindung des Bewußtseins von der quasi-neutralen, gleichsam über den Klassengegensätzen stehenden Vermittlungsfunktion der Staatstätigkeit führen. Dem ist die Erkenntnis vorausgesetzt, daß den Widersprüchen im Reproduktionsbereich nicht ein durch Technokratien bzw. durch „bürokratische Verkrustung" vermitteltes Demokratiedefizit zugrunde liegt, sondern daß diese Widersprüche selbst Ausdruck kapitalistischer Schranken der Entwicklung der Produktivkräfte sind, die gerade vom Staat verlangen, daß er durch seine ökonomische und politische Regulierungstätigkeit der Tendenz zur Vergrößerung des Drucks auf die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals entgegenwirkt. Die wachsende Vergesellschaftung der Produktion und die daraus resultierenden — nationalen und internationalen — Anforderungen an die Kapitalakkumulation erzwingen eine Stufe der Zentralisierung der Kapitalmacht und der politischen Macht der zentralen Staatsorgane, die die Entscheidungsgewalt über die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen immer mehr aus dem unmittelbaren Einflußbereich der Betriebe, der kommunalen Körperschaften, der Bildungspolitik der Länder etc. herausverlagern. Die Forderung nach Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche ist also objektiv eine Form der Kritik dieser kapitalistischen Vergesellschaftungs- und Zentralisierungstendenz. Der Erfolg solcher Initiativen wird daher notwendig davon abhängen, ob es ihnen gelingt, die Vermittlung partikularer und spontaner Interessen mit dem Grundkonflikt von Kapital und Arbeit begrifflich und praktisch herzustellen und auf diesem Wege der Illusion einer „basisdemokratischen Autonomie" zu entgehen.

12) Wichtiger als der — zum Teil in äußerst widersprüchlichen Formen verlaufende — Lernprozeß spontaner Bewegungen in der Reproduktionssphäre ist jedoch die Bewegung in der Produktionssphäre, der Prozeß der wachsenden gewerkschaftlichen Kampfbereitschaft und der Entwicklung von Klassenbewußtsein, der sich seit den Septemberstreiks des Jahres 1969 zum dominierenden Merkmal sozialökonomischer Konflikte in der BRD entfaltet hat. Die Kette der Abwehrreaktionen immer größerer Teile der Lohnabhängigen gegen Profit- und Preissteigerungen, gegen die absolute und relative Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen, die sich vielfältiger Aktionsformen — von der spontanen, betrieblichen Arbeitsniederlegung bis zum gewerkschaftlich organisierten Streik — bedienen, hat die Gewichtungen in der Klassenauseinandersetzung, deren idealistische Verkehrung noch in der Hochphase der antiautoritären Intellektuellenbewegung als legitim erscheinen mochte, in der Praxis wieder zurechtgerückt. Sie haben jedoch zugleich die Chance eröffnet, daß der

verschärfte, offene Konflikt von Lohnarbeit und Kapital als Bezugsrahmen für die Orientierung spontaner „Ein-Punkt-Bewegungen" im Reproduktionsbereich, als Bezugsrahmen für die Erkenntnis und Formulierung gemeinsamer Interessen anerkannt wird.

13) Die gewerkschaftlichen Lohnkämpfe der letzten Jahre haben traditionelle Bewertungsschemata des Verhältnisses von Konjunkturbewegung und gewerkschaftlicher Tarifpolitik, von gesellschafts- und lohnpolitischen Funktionen des gewerkschaftlichen Kampfes verunsichert. Die — immer wieder beschworene — gesamtwirtschaftliche Ordnungsfunktion der Gewerkschaften wird in Frage gestellt — und zwar nicht durch die spontanen, betrieblichen Arbeitsniederlegungen, sondern durch jene Bedingungen, die diese erst hervorbringen. In dem Maße, wie sich die für die Lohnpolitik entscheidenden volkswirtschaftlichen Kennziffern (z. B. Profit- und Preisentwicklung, Produktivitätssteigerung) der effektiven Wirkung von Tarifverträgen entziehen, werden die Gewerkschaften durch Loyalitätsreduzierung von seiten der Lohnabhängigen bedroht und geschwächt. Insofern stellt sich den Gewerkschaften die Aufgabe, autonome Gegenmachtpositionen zu entwickeln, die verhindern können, daß sich z. B. durch unkontrollierte Preissteigerungen trotz tariflich abgesicherter Nominallohnsteigerungen die Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten verschlechtern. Das politische Instrumentarium, dies zu verhindern, muß freilich außerhalb der Logik der ausschließlich lohnpolitischen Modelle entwickelt werden: im Bereich einer gewerkschaftlichen Gesellschaftspolitik, die im Kampf um Mitbestimmungs- und Kontrollrechte (die die Gestaltung der Arbeitsbedingungen ebenso betreffen wie die zentralen Unternehmensentscheidungen) weiter zu entwickeln ist. Das Vermittlungsglied zwischen dieser notwendigen Aufgabe und den derzeitigen sozialen Auseinandersetzungen repräsentiert das höhere gewerkschaftliche Selbstbewußtsein der Belegschaften, das um die Notwendigkeit und Möglichkeit der konfliktorientierten Durchsetzung von Interessen weiß, das die Autonomie der Interessen der Lohnabhängigen gegenüber kapitalistischen Interessen und der staatlichen Wirtschaftsregulierung erkennt und das Mitbestimmung nicht darin sieht, in der Spitze des Unternehmens Mitverantwortung für die Politik des Kapitals zu übernehmen, sondern als umfassenden — von den unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen ausgehenden — Prozeß der Kontrolle begreift.

14) Das Konzept einer betriebsnahen Tarifpolitik, das seit Beginn der 60er Jahre von einer Gruppe von Gewerkschaftern als eine — an die unmittelbaren betrieblichen Interessen anknüpfende — Mobilisierungsstrategie vertreten wurde und das später noch um das Konzept der „Mitbestimmung am Arbeitsplatz" ergänzt wurde, scheint durch die gegenwärtigen, spontanen Lohnbewegungen in hohem Maße bestätigt. Wenn sich die Belegschaften auf Betriebsebene das erkämpfen, was ihnen durch die „Starrheit" regionaler Tarifverträge vorenthalten wird, so zeigt sich gleichzeitig eine Gefahr: In der Lohn- wie in der Mitbestimmungspolitik könnte die Realisierung dieser Konzeption — trotz des durchaus positiven Mobilisierungseffektes, den eine betriebsnah orientierte Gewerkschaftspolitik auszulösen vermag — zu einer ungleichmäßigen betrieblichen und sektoralen Lohnpolitik führen, die ihrerseits eine einheitliche Interessenvertretung untergräbt und damit in ein Auseinanderbrechen gemeinsamer sozialökonomischer wie gesellschaftspolitischer Interessen umschlagen könnte. Die Hierarchisierung der Kapitale entsprechend der von ihnen erzielten Profitmasse erwiese sich so als ein Katalysator für eine neue soziale Hierarchisierung zwischen privilegierten und diskriminierten Gruppen der Lohnabhängigen; denn — wie auch die Be-

wegung der Effektivlöhne erkennen läßt — die Kapitale, die die höchste Profitmasse realisieren, sind am ehesten in der Lage, den im Zuge einer betriebsnahen Tarifpolitik formulierten Lohnforderungen zu entsprechen. Die Erfahrungen mit dieser Politik in anderen Ländern (z. B. in Großbritannien und den USA) bestätigen diese für die gewerkschaftliche Gesamtbewegung zentrifugalen Momente einer betrieblichen Lohnpolitik. Erfolge kann diese Strategie nur insofern zeitigen, als es gelingt, die ökonomischen Forderungen mit dem Kampf um die Erringung von autonomen Gegenmachtpositionen im Betrieb als Basis für weitere Auseinandersetzungen zu verknüpfen.

15) Auch die Forderung nach Mitbestimmung am Arbeitsplatz unterliegt den im Zusammenhang der betriebsnahen Tarifpolitik angedeuteten Gefahren, sofern diese von einer falschen Autonomievorstellung getragen wird, d. h. sofern sie als ein autonomer, institutioneller Mechanismus — neben den bereits bestehenden Organen der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung (Betriebsrat, Vertrauensleutekörper) — etabliert werden soll. Es ist daher keineswegs zufällig, daß solchen Programmen von seiten der Unternehmerverbände akklamiert wurde, die darin neue Methoden der Produktivitätssteigerung durch höhere Arbeitsplatzzufriedenheit, höhere Identifikation mit der Arbeit und bessere Kommunikationsmöglichkeiten sahen. Gleichwohl stellt sich für die gewerkschaftliche Mitbestimmungspolitik das Problem der Einwirkungsmöglichkeiten der Lohnabhängigen auf die unmittelbaren Arbeitsbedingungen um so dringlicher, denn gerade der physische und psychische Druck, der von Arbeitsgeschwindigkeit, Lohnbemessungsverfahren, Lärm, Schmutz, Unfallgefahr usw. ausgeht, gewinnt neben den unmittelbaren Lohnfragen — wie die jüngsten spontanen Arbeitsniederlegungen in Großbetrieben der Automobilindustrie belegen — einen immer zentraleren Stellenwert für die Ausbildung eines gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins. Insofern kommt den Tarifauseinandersetzungen in der Metallindustrie von Nord-Württemberg/Nord-Baden (1973) eine für die Entwicklung der Gewerkschaftspolitik entscheidende Bedeutung zu: Hier sind zum erstenmal von den Metallarbeitern im Arbeitskampf Forderungen durchgesetzt worden, die die betriebliche Kontrolle der Arbeitsbedingungen in den Mittelpunkt stellen. Die Kontrolle der Arbeitsbedingungen wird also in diesem Fall unmittelbar mit dem Kampf um gewerkschaftliche Gegenmachtpositionen sowie um die Erweiterung der Kontrollrechte betrieblicher Vertretungsorgane verbunden. Darüber hinaus beruht die Realisierungschance dieser Form erweiterter Mitbestimmung auf der starken Kampfposition und -erfahrung, die die Lohnabhängigen dieser Region in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre gewonnen haben. In diesen beiden Momenten und in ihrem Zusammenwirken besteht die neue Qualität dieses Sozialkonflikts, der der weiteren Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der BRD, aber auch der Mitbestimmungsdiskussion neue Impulse vermitteln kann. Zugleich demonstriert dieser Konflikt, daß sich mit der Ausweitung des realen Spielraums von Mitbestimmungs- und Kontrollmöglichkeiten auf der Basis des verschärften Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital und der eingeschränkten Effizienz staatlicher Regulierungsinstrumentarien neue autonome Handlungsmöglichkeiten ankündigen, die in der BRD lange Zeit sowohl theoretisch als auch praktisch tabuiert waren.

16) Die gewerkschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre zeigen, daß die sozialen Auseinandersetzungen in der BRD eine neue Stufe erreicht haben. Auf der einen Seite hat die gewerkschaftliche Aktion an Breite und Tiefe gewonnen: mehr und mehr Gruppen der Lohnabhängigen werden in die lohn- und gesellschaftspolitischen Konflikte einbezogen, und die Forderungen beschränken sich längst nicht

mehr ausschließlich auf Fragen einer „gerechteren" Verteilung des gesellschaftlichen Wertprodukts. Bei den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse ist schon heute das Bewußtsein vorhanden, daß die tarif- und gesellschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften nur durch eine politische Veränderung des Kräfteverhältnisses von Kapital und Arbeit durchzusetzen sind. Die Einsicht, daß der gewerkschaftliche Kampf nur noch in der Einheit von aktiver Tarifpolitik, betrieblicher Machtkontrolle des Kapitals (Mitbestimmung), Preiskontrollen, staatlicher, demokratisch kontrollierter Investitionssteuerung und Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und der markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen programmatisch und praktisch weiter entwickelt werden kann, läßt einmal mehr die Schranken erkennen, an die die sozialpartnerschaftliche und integrationistische Politik angesichts der realen, allgemein erfahrbaren Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Entwicklung geraten sind. Auf der anderen Seite stellt gerade dieser Wandel zunehmend die traditionelle Loyalität der Gewerkschaftsführungen gegenüber der SPD in Frage; denn wollen die Gewerkschaften jetzt nicht ihre Glaubwürdigkeit einbüßen, so sind sie — auch durch den Druck der eigenen Mitgliederschaft — gehalten, an der Autonomie ihrer Forderungen auch gegen die Anstrengungen einer sozialdemokratisch geführten Regierung, die Gewerkschaftspolitik den Maßstäben einer kapitalistischen Stabilisierungsstrategie zu unterwerfen, festzuhalten.

17) Vor diesem Hintergrund müssen Funktion und Inhalt des jetzt ausgehandelten Mitbestimmungskompromisses der Regierungsparteien bewertet werden. Dieser ist *formal* ein Zugeständnis an die Forderungen des DGB und trägt insofern der gewachsenen Macht der Gewerkschaftsbewegung in der BRD sowie dem höheren Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse Rechnung. Gleichwohl zeichnet sich diese Kompromißkonzeption durch den Versuch aus, durch Zugeständnisse an antigewerkschaftliche Positionen, wie sie insbesondere in der FDP repräsentiert sind, die Erweiterung der Mitbestimmung als einen Hebel zur Integration auf der Basis der Sozialpartnerschaft, zur Spaltung der Lohnabhängigen sowie zur Schwächung des gewerkschaftlichen Einflusses in den Mitbestimmungsorganen zu benutzen. So wurden fundamentale, unverzichtbare Elemente der Mitbestimmungsforderung des DGB übergangen. Der wichtigste Punkt ist zweifellos die Schaffung von Sonderrechten für die Gruppe der leitenden Angestellten. Damit hat sich nicht nur die von reaktionären Standesorganisationen wie der ULA und den Unternehmerverbänden selbst vertretene Ideologie der „Dritten Kraft" bzw. des „dispositiven Faktors" durchgesetzt, sondern angesichts der bewußten Privilegierung dieser Kategorie, die nun einmal *entweder* Lohnabhängige *oder* Kapitalfunktionäre sind, ist die reale Parität untergraben und wird im Regelfall kaum gegeben sein. Darüber hinaus wird nach dem vorliegenden Entwurf der gewerkschaftliche Einfluß im Aufsichtsrat geschwächt; denn gegenüber dem Montanmitbestimmungsgesetz bedeutet das Vorschlagsrecht der Gewerkschaften für 3 Vertreter eindeutig eine Zurückdrängung der Gewerkschaften, wie es seit langem von den Gegnern der paritätischen Mitbestimmung gefordert wird. Auch die Einrichtung eines Wahlmännergremiums steht den Vorschlägen des DGB entgegen: Die Kontrolle der Mitbestimmungsträger durch Betriebsräte und Belegschaften wird erschwert bzw. unmöglich gemacht. Schließlich bedeutet die ausschließliche Orientierung an der Beschäftigtenzahl als Kriterium für den Geltungsbereich der Mitbestimmung eine Einschränkung, die die wirtschaftliche Rolle gerade der technologisch hochentwickelten, kapitalintensiven Produktionsbereiche übergeht.

18) Der vorliegende Entwurf entspricht also in zentralen Fragen — durch die Schwächung der Gewerkschaften und der Betriebsräte sowie durch die Spaltung

und Hierarchisierung der Belegschaften — den Vorstellungen der Gegner einer paritätischen Mitbestimmung und demokratischen Machtkontrolle. Er negiert zudem die Notwendigkeit der Kontrolle der Vertreter der Belegschaften und der Gewerkschaften in den Mitbestimmungsorganen und zementiert zugleich deren Bindung an das „Betriebswohl" und an die „Friedenspflicht". Damit wird der Inhalt der gewerkschaftlichen Mitbestimmungskonzeption in sein Gegenteil verkehrt. Die sozialpartnerschaftliche Strategie der Integration der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen in das bestehende Herrschaftssystem erweist sich so als das tragende Skelett dieses Scheinkompromisses.

# Europa?

## Begriff, Problem und Wahn der „Europäer"

Von Hermann Etzel

Wer oder was ist oder beansprucht diesen schönen Namen, dessen griechische Vorsilbe „eu" die optimistische Flagge der Richtigkeit, des Erfolgs und Glücks gehißt hat? Ist es nur die von Zeus entführte phönikisch-semitische Schwester des Kadmos, des Gründers des böotischen Theben, aus dessen Drachensaat geharnischte, sich gegenseitig bis auf fünf umbringende Männer erwuchsen? Oder die topographisch-politische Bezeichnung der in den Atlantik vorspringenden Halbinsel des asiatischen Festlandmassivs, des Siedlungsraums also der Germanen, Romanen, Slawen, von dem einmal die stärksten materiellen, geistigen, politischen Ströme und Impulse, großartige Pionierleistungen und Entdekkungen ausgingen, von dessen Westen und Kolonialismus freilich auch bedauerliche, nicht wiedergutgemachte Untaten, Landraub, Ausrottung, zwangsweise Aussiedlung in Reservationen, Verschleppung von Sklaven verübt wurden? Oder ist es etwa Kennwort und Losung für einen ideologisch-politischen Antagonismus, ist es ein Verbund von Militärpakten und wirtschaftlichen Zweckorganisationen, ist es die Montanunion, sind es die Sechs der EWG, die Sieben der WEU oder die Neun der EG oder einer bundesstaatlich integrierten, nur staatenbündisch strukturierten oder noch loser gebauten Europäischen Union (EU)? Diese Neuner ringen immer noch um ihre sogenannte atlantisch-europäische „Identität" *), um die Klarstellung ihres geopolitisch-strategischen Standorts, ihrer organisatorischen Struktur, ihrer Aufgaben und ihres technischen Instrumentariums.

Zwar atlantisch geimpft und bis vor kurzem amerikanisch gleichgeschaltet, sind die Neun ihrer Rolle als Schildknappen-Außenstelle allmählich überdrüssig geworden. Das arabische Ölembargo hat sie vollends aufgestört. Sie wollen sich nur noch als gleichwertige und gleichberechtigte Partner der gegen Zahlung von Anwesenheitsgeld vorerst noch in Europa präsent bleibenden USA. Die „Europäer" (Jobert, Leber in Brüssel) wissen recht gut, daß die Gegenwart der

*) Vgl. Dokumente dieses Heftes. D. Red.

Transozeanier nur so lange anhält, wie es ihre innen- und außenpolitischen Interessen zu gebieten scheinen, wobei unklar bleibt, ob und inwieweit sie den vorläufig noch aufgespannten Atomschirm im gegebenen Fall zuklappen würden. Was ein Chamäleon ist, bleibt ein Chamäleon, auch wenn es seine Farbe wechselt, und Proteus bleibt Proteus, welche Gestalt auch immer er annehmen mag. So kommen die in Kopenhagen oder Brüssel werkenden Reißbrettechniker, sich von dem legitimen Gedanken und Ziel der Staaten- und Völkergemeinschaft des *ganzen* ungeteilten europäischen Kontinents distanzierend, immer wieder auf die partikularistische, wenn nicht separatistische Planung eines Kleineuropa zurück, das sie zu einem den Weltmächten in jedem Betracht ebenbürtigen Machtfaktor aufbauen möchten. Das ist Kurzsichtigkeit auf beiden Augen, ist eine irreale, mit Tatsachen und nüchternen Überlegungen unvereinbare Wahnvorstellung. Soviel Köpfe, so viel Sinn'. Auf Schritt und Tritt ist offenkundig, daß die verschiedensten, einander oft entgegengesetzten Verhältnisse, Interessen, Temperamente, Systeme, Potentiale und Geschichtsabläufe zusammengekoppelt werden sollen. Die Neun sind keine Serapionsbrüder. Die Zahl der Ursprünge und Ursachen ihrer Unruhe und Unrast, ihrer Unsicherheit und Divergenzen ist Legion. Sie sind geopolitischer, geschichtlicher, charakterlicher, nicht selten pathologischer Natur, sind die Folgen des Mangels an politischem Realismus und nicht zuletzt das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs, seiner Folgen und seiner Liquidation. Nichts deutet darauf, daß eine kleineuropäische Union politische Wirklichkeit wird, deren internationaler Stellenwert dem der USA, der Sowjetunion, der Gemeinschaft der Blockfreien oder der Volksrepublik China gleich- oder auch nur nahekommen könnte. Die Urheber, Einpeitscher und Auguren des Projekts selbst dürften sich keiner Täuschung hingeben. Daher ihr weit ausgestreckter Termin: in den 80er Jahren soll es soweit sein. Das ist eine Frist ad calendas graecas. Wer kann sagen, was dann sein wird und wohin die jetzt ins Gleiten geratenen Umbildungen des globalen Gleichgewichts führen!

In der Phase internationaler Entspannungspolitik wirkt der kleineuropäische Betrieb unzeitgemäß störend und mindert die Glaubwürdigkeit beteuerten Friedenswillens, denn in seinem Kernmotiv ist er eben doch Kalter Krieg und Spaltpilz gegen Gesamteuropa. Bei einer Konferenz der Staatschefs der EG-Länder ließen das arabische Ölembargo und der massive Streit über die Gründung, Aufbringung und Verteilung eines Regionalfonds den stets unterschwellig neidvoll bestehenden Gegensatz zwischen den reichen, arrivierten (Frankreich, Bundesrepublik) und den zurückgebliebenen oder zurückgefallenen (Britannien, Italien, Irland) Mitgliedern akut aufbrechen und zu einem echten Zerwürfnis werden. Kann es sinnvoll sein, über dem Abgrund immanenter Spannungen und Gegensätze den Bau einer sezessionistischen kleineuropäischen Union errichten zu wollen? Genügt nicht der Zankapfel Israel, den waghalsige berufsmäßige Spalter (Korea, Taiwan, Vietnam u. a.) gepflanzt haben, sollen noch andere hinzukommen? So reifen nicht, sondern faulen die goldenen Lebensäpfel der Hesperiden.

Es könnte zweckmäßig sein, die drei Hauptakteure der EG ein wenig ins Prisma zu nehmen.

*Britannien*

Aus normannisch-angelsächsisch-schottischer Synthese entstanden, in der Zucht feudaler Eton-Mentalität elitär hochgebildet, großbürgerlich liberal, gewerkschaftlich aufgeklärt, progreßistisch, radikal und durch hervorragende Leistungen auf allen Gebieten der Friedensarbeit und der Kriegsführung geschichtlich imponierend, ist diese Großverbraucherin von Dynastien heute ehrenwerter Wurm-

fortsatz eines ehemals weltumspannenden Empires, von dem es trotz der Erschütterungen des Umbruchs in einem großzügigen Stil der Würde und der Prozedur Abschied genommen hat. Einstmals als seafaring nation ganz und gar auf Weltwirtschaft und Weltverkehr eingestellt, wird es heute unter den völlig gewandelten Verhältnissen von sozialen und politischen Metastasen, von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Streiks in Schlüsselindustrien heimgesucht, die die Produktivität lähmen und weit umstürzender sind als der Geschichte gewordene Dockarbeiterstreik im vorigen Jahrhundert. Das britische Pro-Kopf-Sozialprodukt ist nur halb so groß wie das französische und das westdeutsche, und Neureiche halten das einst so hochstolze Britannien für das Armenhaus Europas und nennen es den kranken Mann an der Nordsee. Das von Labour und den Gewerkschaften tödlich gehaßte und verabscheute Toryregime hat sich den akuten und chronischen Problemen und Notständen gegenüber als nicht erfolgreich erwiesen. Auch des verbissenen, aus einem Untergrund gespeisten Bürger- und Konfessionskriegs in Nordirland vermag es nicht Herr zu werden. So ist nicht zu verwundern, daß das ehedem hochfeine englische Pfund an fast perniciöser Anämie leidet, daß nicht wenige Regionen des Landes als zurückgeblieben, unterentwickelt gelten, daß Heath bei der EG-Debatte über den Regionalfonds die Zurückziehung der Zustimmung zur Agrarpolitik der EG androhen und Labour-Wilson im Aufwind näherrückender Parlamentswahlen den Austritt aus der EG ankündigen konnte.

Kritiker, vor allem westdeutsche, möchten die Gründe der britischen Schwierigkeiten, die eine Minderung des politischen Ansehens und Einflusses des Inselstaates zur Folge haben, auch in einem Mangel an Fleiß, Arbeitslust, Unternehmungsgeist und in dem angeblich unverkennbaren nationalcharakterlichen Phlegma des Briten sehen. Mag sein. Aber Widerwillen gegen ökonomische Hektik, wirtschaftlichen Veitstanz und aufgeregte Lebensformen, also Überlegtheit, besonnene Ruhe — Eile mit Weile — und ein Einschuß von Vorsicht und Illusionslosigkeit hinsichtlich der Bedingtheit und Grenzen von Reformen und Fortschritt sind durchaus positive Charakterzüge. Britannien genoß kaum einen Marshallplan wie die als Bollwerk und Magnet, als Klopffechter des Kalten Krieges sich unrühmlich verdingende Bundesrepublik, hatte keinen Zustrom energetischer Arbeitskräfte aus östlichen Siedlungsräumen und der DDR und hatte nicht Antrieb und Ansporn des ungeheueren Erneuerungsbedarfs für die durch Bomben zerstörten Industrieanlagen und Wohngebiete.

Die Hauptursache der unbefriedigenden Lage Großbritanniens beruht auf seiner exklusiv atlantisch-amerikanisch orientierten Politik und Verflechtung. Das britische Volk sollte sich von diesem seinem grundlegenden Irrtum lösen und sein Heil in einem gesamteuropäischen System suchen und finden statt in der kostspieligen Beteiligung an einer irrealen kleineuropäischen Weltmachtspielerei, die nur gefährliche Gegenkräfte herausfordert. Einen anderen Heilsplan und Heilsweg britischer Rehabilitation gibt es nicht. Ihm gegenüber sind Ölbohrungen in der Nordsee oder die Tunnelierung des Ärmelkanals nur Anliegen der zweiten Linie. Die Briten zahlen den Preis dafür, daß ihre Wählermehrheit bei den letzten Parlamentswahlen die Tories in den Sattel gehoben und einem Mann kleinbürgerlichen Zuschnitts den Weg und Zugang zum Amt des Premiers geöffnet hat, der jetzt von der Macht nicht wanken und weichen will. Die soziale und politische Eruption in Britannien ist die Äußerung einer grenzenlosen Enttäuschung und Erbitterung der Massen über den andauernden, die Zukunft verdüsternden Niedergang ihres Landes im atlantischen Kielwasser. Bei einer kritischen Betrachtung der nicht mehr zu leugnenden Verschiebung des geopoliti-

schen Gleichgewichts fragen sie sich wahrscheinlich, worin der Aufstieg des Ostens begründet liegt. Darum wollen sie den Sturz der Tories und Änderungen des gesellschaftlichen Systems. In den Kaminen rumort es, sagte ein französischer Enzyklopädist vor der Revolution ...

*Frankreich*

Auch Frankreich hat eine stolze Geschichte und einzigartige Leistungen aufzuweisen. Hätte es der Welt nur seine Große Revolution und die Verkündung der Menschenrechte geschenkt, es hätte genug für Jahrhunderte getan. Seit Wilhelm dem Eroberer (Hastings) und dem auf französischer Erde ausgetragenen Hundertjährigen Krieg, besonders aber seit Wilhelm III. von Oranien, dem großen Gegner Ludwigs XIV. und der französischen Vormacht in Europa, seit der Wegnahme des französischen Kanadas, seit der Schlacht von Abukir (Nelson) und der Napoleonischen Kontinentalsperre besteht ein latentes, zeitweilig auch offenes Ressentiment Frankreichs gegen England, dessen normannische Inseln immer noch unmittelbar vor der französischen Kanalküste liegen. Auch das gaullistisch auferstandene, aus der NATO ausgeschiedene Frankreich ist davon nicht frei. In einer europäischen Union würde es das erste Pult beanspruchen und eine supranationale Atommacht, auch nur in der Vorhofform eines Atomkomitees, wie überhaupt jede bundesstaatliche Gestaltung mit Parlament, Regierung und Verfassungsgerichtshof strikt ablehnen. Äußerstenfalls auf die staatenbündische Formel Union der „Vaterländer" (de Gaulle) würde es sich einlassen. In der gegenwärtigen EG-Phase will es echte politische Konsultationen nur außerhalb der Gemeinschaft durch die Staatschefs oder ihre Außenminister geführt wissen. An solchen integral französischen Grundauffassungen hält die leidenschaftlich nationalistisch-hegemonistisch gerichtete Politik des gaullistischen Rothschildmannes Pompidou unverrückbar und obstruktionell fest, mag es um Verhandlungen und Beschlüsse der Brüsseler Kommission, Zollverhandlungen im GATT oder andere Institutionen und Konferenzen gehen. Wie Britannien durch seinen Liefervertrag mit Iran, so hat auch Frankreich in seinem Vertrag mit Saudi-Arabien an seiner supranationale oder internationale Regelungen ablehnenden Öl-Politik festgehalten, und Bonn wird voraussichtlich nachziehen. Der von Nixon unternommene Versuch, die Europäer, Japan und Kanada auf seiner Februar-Konferenz zu einer internationalen Solidarisierung zu bewegen, dürfte scheitern und die von Scheel erneut beschworene „europäische Identität" nicht sichtbar werden. In Peking hat er in den Wein des atlantischen Sanguinikers Scheel reichlich Wasser getan. Darum werden die nuklearen Zündungen im Südpazifik systematisch fortgesetzt, und darum wurde neuer Generalsekretär der gaullistischen Stammpartei UDR ein beredter Verteidiger der Force de Frappe, Alexandre Sanguinetti. Damit steht nicht im Widerspruch, daß Pompidou seine Partner und die Öffentlichkeit zeitweilig durch Vibrationen und Schwankungen seiner Taktik und Methode in Erstaunen versetzt. Er befürchtet als Ergebnis eines sowjetisch-amerikanischen Einvernehmens einen nicht mehr sehr fernen massiven Abzug der US-Truppen aus Europa und die Neutralisierung der Bundesrepublik. Gleich vielen seiner Landsleute ist er cholerisch und neurotisch angehaucht. Daran und darum leidet er, und deshalb findet sich, solange ein Habicht über dem Hühnerhof zu kreisen scheint, der gallische Hahn von Zeit zu Zeit bei den zusammenflatternden Hühnern ein.

Wie Britannien hat auch Frankreich den Ehrgeiz, bei dem Introitus einer etwaigen kleineuropäischen Union mit einem möglichst guten politischen Potential aufzuwarten. Dies könnte die Überlegung Pompidous bei seinem Versuch gewesen sein, die zehn ehemaligen afrikanischen Kolonien Frankreichs für den Gedanken

der Gründung eines Commonwealth à la française zu gewinnen. Doch ist ihm, scheint es, bei dem ganzen Projekt einer antagonistischen europäischen Union nicht recht wohl zumute. Wahrscheinlich würde er den Plan eines gesamteuropäischen Sicherheitspakts vorziehen, und darum richtet er immer wieder freundliche Blicke und Worte nach Moskau. Es wird sich bald herausstellen, daß es auch für sein Land wie für die deutsche Bundesrepublik keinen anderen Weg gibt.

*Bundesrepublik*

Die wirtschaftlichen, geistigen, technischen und künstlerischen Leistungen der hochbegabten und eminent fleißigen Deutschen stehen hinter jenen anderer Völker nicht zurück, sie sind eindrucksvoll, auf dem Gebiet frühzeitiger sozialer Fürsorge und Versicherung waren sie beispielhaft. Beklagenswert ist ihre Nationalgeschichte. Sie verstanden es nicht, ihre staatliche Existenz zu stabilisieren wie andere Völker. Immer sind sie von Gipfeln in die Tiefe gestürzt. Die Ursachen sind vielschichtig: ihre völkische oder stammesmäßige Zusammensetzung, ihr dynastischer Pluralismus, natürlich auch ihre geopolitische, geographische Lage und vor allem eigenartige Charakterzüge spielen eine wesentliche Rolle. Sie sind allergisch, überlassen sich leicht subjektivistischen, affektmächtigen, auch romantischen Vorstellungen und Komplexen, die tief in ihr Seelenleben und ihre Gedankenwelt hineinwirken und sie daran hindern, objektiv zu sein, wo nüchterner Realismus höchstes Gebot wäre. Ihr nationales Tonikum ist unterentwickelt oder verkümmert. Aus solcher Verstrickung, einem wahren Syndrom von Pathologien, handeln sie dann falsch und mißachten oder zerstören die Voraussetzungen, von denen die Wahrung ihrer nationalen Existenz abhängt. Ihr nicht allzu hochentwickelter Sinn für nationale Würde macht sie für Ausländerei anfällig. Wer kann die Frage beantworten, ob ein anderes Volk imstande gewesen wäre, die rabiate nazistische Raserei und Barbarei hinzunehmen oder mitzumachen, die ein Kainszeichen aufgedrückt hat, das nicht so leicht wie ein Tonband zu löschen ist?

Die Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik beweist die Richtigkeit der skizzierten Psychoanalyse. Kaum aus den Beschlüssen der Londoner Sechsmächtekonferenz und den Frankfurter Dokumenten geboren, zögerte sie nicht, sich als Vorwerk des Kalten Krieges gegen den Osten zur Verfügung zu stellen und sich für diese nicht sehr ehrenvolle und existentiell nicht unbedenkliche Verdingung bezahlen zu lassen. Während die Weltmächte um Entspannung und Vermeidung einer Eskalation von Konflikten und vor allem um die Verhinderung einer atomaren Konfrontation bemüht sind, leisten sich in der Bundesrepublik einsichtslose Leute, ermuntert durch Zurufe aus dem Störpotential der Flüchtlings-Landsmannschaften, törichte Animositäten gegen den Osten, gegen die Sowjetunion, die DDR, Polen und Jugoslawien. Bei China, dem vermeintlichen Erbfeind der SU, suchen sie sich anzubiedern, und obwohl sie wissen, daß das nazistische Reich den Osten heimtückisch überfallen, dort gemordet, geraubt, „ganze Arbeit gemacht" und die Bundesrepublik bis jetzt keine Reparationen dorthin geleistet hat, bemängeln sie verbilligte oder öffentlich verbürgte Kredite für Polen und Jugoslawien, applaudieren sie oppositionellen Intellektuellen in der SU und wenden sich als „Demokraten" gegen den Empfang von Mitgliedern der Volkskammer, der den Eindruck mache, als seien sie „Abgeordnete".

Der Bundesverteidigungsminister Leber möchte der durch die Deutschen abgrundtief geschädigten SU „keinen Pfennig Kapitalhilfe" leisten, solange sie den Westen mit fortgesetzter Aufrüstung zu kostspieligen Verteidigungsanstrengun-

gen zwinge. Warum soviel Unverstand? Druck erzeugt Gegendruck, nicht nur physikalisch, auch psychologisch. Will Herr Leber ein zweiter Noske werden? Fehlt ihm das Gefühl dafür, daß solche Unfreundlichkeit den Sowjets über die Leber kriecht und dort ein wahrscheinlich auch durch Stalingrad noch nicht getilgtes Trauma erneut virulent macht und die unerläßliche Aussöhnung stört? Er befindet sich in Gesellschaft jener US-Abgeordneten, die durch politischen Druck von außen auf die sowjetische Innenpolitik einwirken und die Gewährung der Meistbegünstigung davon abhängig machen wollen, daß Moskau den Sowjetbürgern das Recht der freien Auswanderung zubilligt. Aber mit solcher Methode wird das Gegenteil von dem erreicht, was gewollt ist. Das gilt auch für Kleineuropa. Je mehr es erörtert, vorgestellt, angedroht wird, desto stärker ist die Reaktion der Gegenseite. Den Franzosen hat das Moskau klar zu verstehen gegeben. Die Rechnung und Zeche der antagonistisch geschwellten Heldenbrüste zahlen nicht die intransigenten Verkünder, sondern die Völker.

*Zusammenfassung und Schlußfolgerung*

Der nach dem Zweiten Weltkrieg in wilder Hypertrophie ausgebrochene amerikanische Expansionismus hat seinen Höhepunkt überschritten. Es waren Rausch und Sieg des quantitativen plus-ultra-Denkens. In zentrifugaler Ausweitung und Verdünnung wurden die wirtschaftlichen und strategischen Potenzen und Potentiale verschwendet, statt sie in zentripetaler Ökonomie und Konzentration zu verdichten, zu entwickeln und zu steigern. Der internationalen Engagements war kein Ende. Kein Wunder, daß es bei diesem expansiven Sturm und Drang zu Säuren, Reaktionen, Krisen und lauernden, bangen Spannungen kam, deren apokalyptische Entladung nicht mehr ausgeschlossen schien. Die beiden Wahlsiege der Präsidentschaft Nixons haben die Zäsur einer sich anbahnenden Ernüchterung und Besinnung markiert, die sich in der mit Moskau einhergehenden Entspannungspolitik offenbarte. Bei dieser Wende leistete die veristische Einsicht der amerikanischen Politik in die für den Osten günstige Veränderung des globalen Gleichgewichts wirksame Hilfe.

Auf dieser Straße wird sich die Führung der USA weiterhin bewegen müssen, dann wird sich das Roßhaar, an dem das nukleare Damoklesschwert aufgehängt war, zum festen Tau verstärken. Voraussetzung ist, daß die US-Politik wirklich davon abläßt, nach dem Grundsatz „Teile und herrsche" zu handeln, nicht nur in Asien, sondern überall, auch in Europa. Nixon weiß, daß die Zeit der verstreuten, weit vorgeschobenen Außenposten und Vorwerke vorbei und die Stunde da ist, Inventur zu machen und das Übermaß der Stützpunkte und Besetzungen zu reduzieren. Die NATO, von der sich Frankreich fernhält, ist wie der Bagdad- und der SEATO-Pakt kein Effektivfaktor mehr. Das Projekt einer atlantisch-europäischen Identität ist ein Phantom. Die Neun der EG, unter denen sich wirtschaftlich unterentwickelte, atomfreie Partner befinden, sind über das Was und Wie hoffnungslos zerstritten. Ihre Zukunft kann nur im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung gesichert werden. Der Friedenswille der SU ist ebenso unbestreitbar wie ihre machtmäßige Möglichkeit, sich eine dauerhafte Friedenserhaltung zu leisten. Das alles wissen außer Nixon doch auch der Prokurist des Weißen Hauses, Kissinger, das Pentagon und Verteidigungsminister Schlesinger. Es mag nicht leicht sein, sich von einer Welt liebgewordener Vorstellungen und gewohnter Einrichtungen zu trennen. Aber das darf den Schritt nach vorn nicht aufhalten. Die amerikanische Politik sollte so klug und großzügig sein, auf die ihrer nicht würdige Ranküne einer spalterischen kleineuropäischen Union zu verzichten. Die „Europäer" ihrerseits sollten so intelligent sein, die Aussichtslosigkeit ihres kleinkarierten Großmacht-Gernegroß-Gehabes

zu erkennen, damit sie nicht als Apostrophen-Europäer zu Katastrophen-Europäern werden.

Gesamteuropa, dieser durch Völkerwanderungen usurpierte, durch den Sendungs- und Machtanspruch der Nachfolgerin des Römischen Weltreichs mißbrauchte und von „Thron und Altar" in Selbstzerfleischung geführte, zerschundene europäische Subkontinent, hat das Ur- und Naturrecht darauf, endlich in Ruhe gelassen zu werden, um zu sich selbst zu kommen. Das Ziel kann aber nicht durch von außen hereinwirkende Machteinflüsse, Eingriffe und Manipulationen, sondern nur durch die eingeborenen, europaeigenen Friedenskräfte selbst erreicht werden. In dieser Schau ist das spalterisch-kleineuropäische Projekt ein Hindernis. Zwar läßt ihm seine innere Brüchigkeit kaum eine Chance. Aber die hartnäckigen Bemühungen seiner Architekten, Eideshelfer und Interessenten, es am Leben zu erhalten und durch diskriminierende Verdächtigung der Absichten anderer Mächte und durch ideologische Vorwände zu rechtfertigen, erschweren, verzögern und gefährden das Friedenswerk in und durch Gesamteuropa. Ceterum censeo: man muß die kleineuropäischen Gaukeleien entlarven.

# Weltwährungskrise – Weltwirtschaftskrise

## Zur Beschleunigung des strukturellen Niedergangs der kapitalistischen Wirtschaftsordnung

Von Gerhard Bessau

I

In den USA, der Bundesrepublik, in Großbritannien oder Italien steigen in diesen Wochen die Arbeitslosenzahlen anomal an, stagniert das reale produktive Wachstum, ist ein Ende der Inflation nicht abzusehen, geraten scheinbar stabile politische Fronten ins Wanken. In dieser Situation wird die „Erdölkrise" mit massivem propagandistischen Aufwand in den Rang eines alles verursachenden Deus ex machina erhoben, der für Nullwachstum, Inflation, Währungskonfusion ebenso wie für die zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen verantwortlich gemacht wird.

In der Bundesrepublik manövrieren Bundesregierung und bürgerliche Presse die Argumentation genau in diese Richtung, so daß die öffentliche Aufmerksamkeit auch hierzulande von den effektiven Gründen der längst in Erscheinung getretenen Krise abgelenkt werden soll.

Der Sachverständigenrat steckte dafür in scheinobjektiver, da nicht nachprüf-

[1]) Entfällt.
[2]) Entfällt.

barer statistischer Manier den Rahmen ab, als er in seinem Sondergutachten „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise" vom 19. Dezember 1973 für 1974 eine Zunahme des Bruttosozialprodukts in Preisen von 1962 von höchstens 1 %, eine des Preisindexes des privaten Verbrauchs um mindestens 7 %, eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von wenigstens 400 000 Betroffenen prognostizierte [3]). Am 6. Januar 1974 sprach Bundeswirtschaftsminister Friderichs von den „Grenzen des Wachstums", die „jetzt" durch die verfügbare Energie, „bisher" durch die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit gezogen werden [4]), und „Die Zeit" glaubte unter dem 21. Dezember 1973 weitaus Bedrohlicheres vorauszusehen: „Die Milliarden der Ölscheichs gefährden das westliche Währungssystem" [5]). Allgemeiner Tenor am Vorabend der „Konzertierten Aktion" vom 10. Januar 1974 und zum Auftakt der neuen Lohnrunden war angesichts einer völlig intakten Versorgungslage mit Treibstoff dennoch der unablässige Hinweis auf eine immer noch drohende Energiekrise durch unzureichende Ölzufuhr.

Alle diese Erklärungen sind durch den Umstand gekennzeichnet, daß sie der Wahrheit, dem historischen, ordnungspolitischen Aspekt der Krisenlage keinen Raum geben. Fakten und Daten aus dem Systemkonnex zu lösen und schlechthin als naturgegebene zu behandeln, eröffnet der Propaganda, der Demagogie ihr spezifisches Wirkungsfeld. Hier kommt es allein auf die Auslegung an: diejenige Version setzt sich — wissenschaftlich eingesegnet — als „richtige" durch, die das monopolistische Profitstreben von den Krisenursachen am glaubwürdigsten abzieht.

Dem ist entgegenzuhalten:

1) Schon seit Jahren wurde in den entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften die Differenz zwischen Energieangebot und -nachfrage beständig größer.

2) Zwischen den erdölproduzierenden Staaten außer den sozialistischen und den kapitalistischen existiert kein aktueller Systemwiderspruch. Dies spielt besonders für den Kapitalverkehr sowie für die internationale Währungssituation eine gravierende Rolle.

3) Erst nach der weitgehenden Nationalisierung der Erdölproduktion konnten die betreffenden Staaten zu einer autonomen Preispolitik übergehen. Konsequenterweise orientiert sie sich am inflationären Niveau der kapitalistischen Industriestaaten.

4) Mithin ist die US-Dollarinflation der letzten 10 Jahre mit nachfolgendem weltweiten Geldwertverfall die monetäre Quelle für die relativ höheren Deviseneinnahmen der betreffenden erdölproduzierenden Staaten.

5) Zwischen der US-amerikanischen Dollarexpansion, der globalen USA-Militärpolitik und der tendenziell anschwellenden Überinvestition in den Vereinigten Staaten besteht eine Wechselbeziehung. Ebenso besteht eine wechselseitige Beziehung zwischen Überinvestition, Exportoffensive, Rüstungswachstum und Binneninflation in den außeramerikanischen kapitalistischen Staaten. Diese inner- und außeramerikanischen Beziehungskomplexe verknüpfen sich zu einem international auftretenden Krisensyndrom steigenden Grades.

Mit anderen Worten: Ansatzpunkt einer Untersuchung über die aktuellen Krisensymptome des kapitalistischen Weltsystems ist ihr historisches Bezugsgeflecht. Aus Gründen gesamtwirtschaftlicher Profitsicherung und Kapitalverwertung weisen alle ökonomisch relevanten politischen Entscheidungen in eine Bahn, die

[3]) Deutscher Bundestag, Drucksache 7/1456, S. 11.
[4]) „Die Welt", 7. 1. 1974, S. 1.
[5]) „Die Zeit", 21. 12. 1973, S. 33.

aus dem gefährlichen Zyklus von Konjunktur — Krise — Rüstung — Krieg am Ende nicht mehr hinausführt, wie es Genesis und Verlauf des Vietnam-Krieges demonstrieren.

Es sei zunächst von den unbestrittenen Fakten ausgegangen, wie sie signifikant sind für die Zerrüttung des kapitalistischen Weltwährungssystems. Im Vordergrund steht dabei die Zerstörung der goldähnlichen Existenz des US-Dollars aus sich heraus im Laufe zweier Jahrzehnte. Indem die Dollarmenge in den Tresoren währungskräftiger ausländischer Notenbanken in steigendem Maße den Goldvorrat der Vereinigten Staaten übertraf, wurde die Bretton-Woods-Bestimmung einer Goldeinlösungspflicht der amerikanischen Regierung schon seit längerem eine papierene Verpflichtung. Am 15. August 1971 wurde sie gegenüber den ausländischen Notenbanken offiziell aufgehoben. Es folgten die Abwertungen des Dollars am 18. Dezember 1971 um fast 8 % und am 12. Februar 1973 um 10 %. Weiterhin wurde der Dollarkurs seitens aller im sogenannten Zehnerclub zusammengeschlossener kapitalistischer Industriestaaten freigegeben. Im Rahmen der EWG kam es zur Bildung einer Währungsgemeinschaft aller Mitgliedsländer außer Großbritannien, Irland und Italien am 11. März 1973. Der aus den USA geflossene Dollarstrom schlug sich nieder in sprunghaft steigenden Währungsbeständen weniger exportintensiver kapitalistischer Industrieländer, in allmählich, dann seit Jahresende 1973 freilich schneller wachsenden Dollarreserven der Erdölstaaten, vor allem aber in den die staatlichen Reserven weit in den Schatten stellenden Dollarvolumen der multinationalen Konzerne.

In Zahlen ausgedrückt: Anfang 1973 repräsentierten die Währungsreserven der BRD, der Schweiz, Frankreichs und Japans insgesamt einen Wert von ca. 90 Mrd US-Dollar [6]), Ende März 1972 verfügten die wichtigsten erdölproduzierenden Staaten (ohne die USA) über Devisen-, also größtenteils Dollarüberschüsse in Höhe von ca. 6,5 Mrd US-Dollar-Gegenwert [7]), die sogenannten Rohstoffländer wiesen überdies Ende 1971 ca. 6 Mrd Eurodollarbestände aus [8]).

Demgegenüber sammelten sich zur gleichen Zeit Dollarbeträge in Höhe von 268 Mrd bei den multinationalen Konzernen an [9]).

Selbst wenn jene Berechnungen stimmen sollten, wonach die arabischen Erdölstaaten im Jahre 1980 Devisenüberschüsse im Umfang von 175—190 Mrd Dollar erwirtschaftet haben sollen [10]), blieben sie ganz erheblich hinter der dann sich progressiv noch stärker vervielfachenden Dollarkraft der multinationalen Konzerne zurück. Außerdem ist im Hinblick auf einen solch langen Schätzzeitraum zu berücksichtigen, daß die kalkulierten Devisenüberschüsse der arabischen Erdölstaaten lediglich bei unveränderten Terms of trade diese Höhe erreichen; modifizierten sie sich zu ihren Ungunsten, so würden statt dessen die Devisenbestände der internationalen Monopole, aber auch der kapitalistischen Industriestaaten verhältnismäßig rascher anwachsen.

Die Aufhebung des Bretton-Woods-Systems wurde durch die Einführung der sogenannten Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds zu kompensieren versucht. Sie sind zwar wertmäßig am Gold orientiert, nach dem Maßstab 1 SZR = 0,888671 Gramm Gold, sie sind indessen aber nicht in Gold eintauschbar. Diese Retortenwährung soll nach und nach die Funktion des Dollars als Reservewährung übernehmen. Sie werden den Mitgliedstaaten des Wäh-

6) Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, H. 4, Berlin (DDR) 1973, S. 19.
7) Internationaler Währungsfonds, Jahresbericht 1972, Washington D. C., S. 68.
8) Ders., S. 66.
9) „Wirtschaftswoche", 34/1973, S. 61.
10) „Die Zeit", a. a. O.

rungsfonds nach ihren Einlageanteilen zugeschlagen und stiegen seit der Erstzuteilung Ende 1970 von 3,1 Mrd auf 8,8 Mrd Einheiten Ende März 1972 an, wobei die USA 1,8 und Großbritannien 0,9 Mrd für sich beanspruchten [11]).

Jacques Rueff veranschaulichte den eigentlichen Sinn dieses Mediums wie folgt: „Im System der Sonderziehungsrechte ... erhält das Defizitland die ausländische Kaufkraft ... als Geschenk. ... Denn die Möglichkeit, die Sonderziehungsrechte zu Käufen im Ausland zu nutzen, steht ausschließlich den Defizitländern zu." Rueff zitiert eine aufschlußreiche Passage aus dem Konzept, wonach ein Staat „die Ziehungsrechte benutzen kann, um eine Veränderung seiner Bruttoreserven zu vermeiden", und folgert daraus: „Dieser vieldeutige Satz hat eine weitreichende Bedeutung. Er besagt nämlich, daß die Vereinigten Staaten ihre Sonderziehungsrechte dazu benützen können, um einer Einlösungsforderung von Dollarguthaben selbst dann zu begegnen, wenn ihre laufende Zahlungsbilanz kein Defizit ausweist. So grotesk es klingen mag: Mit der Annahme dieser Bedingung haben sich die Gläubigerländer bereit erklärt, Dollarforderungen mit ihrer eigenen Währung einzulösen, falls die Einlösung verlangt wird. ... Was besonders frappiert, ist der Mangel jedes objektiven Kriteriums für die alljährliche Emission von Ziehungsrechten. Man kann sich leicht die politischen Pressionen vorstellen, welche die großen Schuldner ..., die Vereinigten Staaten und England, ausüben werden. Jede internationale Währungskrise, jede große Kapitalfluchtbewegung ... wird Anlaß für eine Vermehrung der Ziehungsrechte sein. Mächtige Inflationswellen werden die Folge sein in den Gläubigerländern ebenso wie in der übrigen Welt" [12]).

## II

Rueff, Prototyp neoliberaler Wirtschaftspolitiker, analysiert den Sachverhalt von einem konservativen Standpunkt aus, sein Ideal ist die Rückkehr zur goldgedeckten Währung. Von Keynes beeinflußte bürgerliche Theoretiker sehen in den Sonderziehungsrechten Lösungsmöglichkeiten fortschrittlicher Natur. Sozialistische politische Ökonomie geht hingegen von realen klassenbedingten Kriterien aus.

Differieren im Urteil über die unmittelbaren gesellschaftlichen Auswirkungen nicht nur sozialistische und bürgerliche Politiker oder Wissenschaftler, sondern auch bürgerliche untereinander, so verläuft die Trennlinie hinsichtlich der Ursachen und Alternativen klassenbedingt zwischen den Sozialisten und deren Kontrahenten.

Um einige Positionen in der Auseinandersetzung um das konjunkturelle Gewicht der Währungskrise in der BRD zu markieren: innerhalb des bürgerlichen Lagers wird ihr von den keynesianistischen Wirtschaftspolitikern der hauptsächliche Grund für die Binneninflation zugeschrieben unter Hinweis auf die gleichgerichteten Erscheinungen in allen kapitalistischen Staaten; Neoliberale halten dies für eine Schutzbehauptung, die das Versagen in Sachen „Stabilität" kaschieren soll.

Für die sozialistische Auffassung ist diese Kontroverse zwar nicht unerheblich, die dabei ins Feld geführten Argumente sieht sie aber als sekundär an, weil aus ihrer Sicht zum einen nationale und internationale Prozesse, zum anderen Wirtschaft und Politik, Basis und Überbau nicht für sich isoliert betrachtet werden können. Die unmittelbar in Erscheinung tretenden gesellschaftlichen Auswirkun-

11) Internationaler Währungsfonds, a. a. O., S. 68.
12) Jacques Rueff, Geld aus der Retorte oder Gold, „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 7. 6. 1969, S. 15.

gen der sich wechselseitig bedingenden krisenträchtigen Entwicklungen sind für die sozialistische Theorie enträtselbare Chiffren ihres widersprüchlichen Gesamtzusammenhangs.

Damit sei zur prinzipiellen Differenz zwischen Sozialisten und Nichtsozialisten übergeleitet.

Vom Standpunkt der bürgerlichen Ökonomie ist die Weltwährungskrise ein technisches Problem sui generis. Es müßte selbstverständlich so bald wie möglich gelöst werden, nehmen doch die desintegrativen Folgen für das Wachstum und die Stabilität der kapitalistischen Ordnung bedrohliche Ausmaße an. Allein, so wird stets hinzugefügt, dieses Problem habe nichts mit einer existentiellen Systemkrise zu tun; der moderne Kapitalismus sei mehr denn je lebens- und entfaltungsfähig; seine temporäre Anfälligkeit, von Fall zu Fall auftretende Schwächesymptome wären zwar unleugbar, aber im Zuge der Korrektur falscher Einstellungen und Verhaltensweisen, insbesondere fehlerhafter politischer Anpassung instrumentell, wenn auch nur annäherungsweise, zu bewältigen. In dieser Hinsicht sei die Währungskrise Auswuchs einer politischen Einstellungs- und Verhaltensstörung; völlig könne dieser irrationale Einschuß nie ausgeschaltet werden, er beruhe in der dem absolut Vernünftigen unzugänglichen Natur des Menschen („Psychologismus") oder in psychischen Konventionen, denen blindlings größere Gruppen suggestiv beeinflußbarer Menschen folgen. Was erreichbar wäre, ist eine zumindest mittelfristig stabile partielle Bereinigung der Störungen und eine darauf gründende systemimmanente Krisenabwehr.

Die sozialistische Theorie hält die Ableitung ökonomischer Krisen aus dem nicht weiter abzuleitenden psychischen Sosein der Individuen für wissenschaftlich haltlos. Sie erblickt darin den Ideologiecharakter bürgerlicher Wirtschaftslehren. Sie kritisiert diese Ideologie nicht um einer intellektuellen Selbstgerechtigkeit willen, sie kritisiert diese Ideologie, um den Mechanismus des kapitalistischen Ordnungsgefüges aufzudecken. Sie erblickt darin die Voraussetzung für überzeugende Alternativen, für den angesichts dieser Alternativen zu liefernden Nachweis, daß nicht eine biologisch konstante Beschaffenheit des Menschen Krisen und gesellschaftliche Zerrüttung, Desintegration und Krieg, nationale sowie internationale Ausbeutung und Unterdrückung heraufbeschwört, sondern daß die psychische Deformierung erst hervorgerufen wird durch die sich ständig verschärfende naturgesetzliche Motorik der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Kritik der bürgerlichen Wirtschaftsideologie ist für die sozialistische Theorie zugleich immer ein aufklärerischer Schritt zur Bewußtseinserhellung derjenigen Klassen, die an jeder Krise substanziell und materiell verlieren, der ökonomisch durch das Institut des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln vollständig Abhängigen. Die Kritik soll ihnen das Erfordernis der Systemveränderung vermitteln.

## III

Der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft sind seit Keynes die sogenannten Multiplikatorwirkungen von Investitionsausgaben, Export, Haushaltsdefiziten oder Rüstungsfinanzierung bekannt. Sie bedeuten eine Vermehrung der eingesetzten Geldmengen, vor allen Dingen infolge ihres Durchlaufs im Bankensystem. Aus der Einsicht in diese Multiplikatorprozesse resultiert ja die Regulierungspolitik der Notenbanken. Wo aber liegt die Quelle des multiplikativ erzeugten Geldüberhangs? Die bürgerliche Wirtschaftslehre bleibt hier völlig unbestimmt. Für sie gibt es mannigfache Quellen, jede fließt autonom. Infolgedessen existieren — angesichts der Notwendigkeit, die Inflation zu erklären — verschiedene, mehr

oder weniger voneinander streng separierte Krisenbegriffe. Sie operiert nicht mit einem einheitlichen, synthetischen Krisenbegriff, ansonsten müßte sie das Faktum einer Dauerkrise des Kapitalismus in ihr Kalkül einbeziehen. Indem sie sich jedoch von der klassischen politischen Ökonomie abwandte und in den Abstraktionen der „reinen Ökonomie" aufging, verbaute sie sich den methodischen Zugang, zum einen dieser Dauerkrise überhaupt gewahr zu werden, zum anderen ihre tendenziellen Zuspitzungen im Zusammenhang mit der wachsenden Herrschaft monopolistischer Kapitalmacht adäquat zu erfassen.

Ihre morphologische Verschiedenheit, mal den Produktions-, mal den monetären Bereich durchziehend und schließlich in beiden Bereichen hervorbrechend, wird daher als eine wesentliche aufgefaßt. Das Institut für Weltwirtschaft an der Universität zu Kiel kommt für 1974 beispielsweise zu folgender doppeldeutiger Einschätzung: „Die Konjunktur befindet sich in fast allen westlichen Industrieländern in der Abschwungphase. Da sich ... gleichzeitig mit der Verschlechterung der Beschäftigungslage international die Inflation kaum vermindern, ja ... verstärken dürfte, wird sich ... der Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität erheblich verschärfen" [13]).

Der Begriff des Zielkonflikts enthüllt deutlich die uneinheitliche Anschauungsweise. Sie versagt vollends vor der Notwendigkeit, die Reaktion der politischen Sphäre theoretisch zu bewältigen. Die bürgerliche Wirtschaftslehre steht der Tatsache, daß die kapitalistische Evolution etwa in Deutschland stets antidemokratische Effekte auslöst, verständnislos gegenüber; sie ignoriert die innere Verbindung zwischen monopolistischer Zentralisation, Militarismus, Faschismus und bundesrepublikanischer Restauration. Ebensowenig kann sie die Wechsellagen der Dauerkrise aus einer weltpolitischen Perspektive heraus begreifen. Für sie existiert nicht das politisch-ökonomische Kontinuum von Weltkriegen, Inflationen, Massenarbeitslosigkeit, von Hochrüstung, Korea-, Vietnam-, Nahostkrieg, von heutiger „Stagflation" und Vivisektion der kapitalistischen Weltwährungsordnung.

Diese politischen und wirtschaftlichen Phänomene sind keineswegs einander wesensfremd. Dies erhellt der synthetische Krisenbegriff. Er basiert auf nachstehender Erkenntnis: Die Zerstörung des Geldwerts, außenwirtschaftlich in der Zerrüttung der Währungen zum Vorschein kommend, ist unausweichliche Konsequenz des permanenten Versuchs, die fallende Tendenz der volkswirtschaftlichen Durchschnittsrendite entweder — wie vor der endgültigen Herausbildung des staatlich regulierten Monopolkapitalismus — durch eine absolute Reduzierung des Lohnfonds, oder — wie in der Gegenwart — durch eine investitionsgespeiste absolute Steigerung der Profitmasse zu vermeiden.

Der Unterschied zwischen beiden Versuchen ist so zu umreißen: Die absolute Verringerung des Lohnfonds mit anschließender Kapitalentwertung wurde ohne direkten staatlichen Eingriff vorgenommen; der Staat stand in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre der Massenarbeitslosigkeit zunächst hilflos gegenüber. Die Stimulierung der Profitmasse heute ist das Ergebnis umfassender staatlicher Regulierung. Die damit verbundene Inflation ist das einzig verbleibende Instrument, um Überproduktionskrisen und Massenarbeitslosigkeit nicht explosiv ausbrechen zu lassen, sondern die Krise gleichsam zu strecken.

Inflation und Arbeitslosigkeit schließen sich nicht aus. Die Freisetzung von Arbeitskräften erfolgt allerdings zögernd. Tritt indes eine relative Beschleunigung ein, so klassifiziert dies die bürgerliche Lehre als „Stagflation", ohne erklären zu können, warum die Wachstumseinschränkung an einem bestimmten Punkt nicht mit einem Abbau des Geldüberhangs kompensiert werden kann.

[13]) „Die Weltwirtschaft", H. 2, Tübingen 1973, S. 21.

Selbst der engagierteste Verfechter des Kapitalismus kann nicht daran vorbeigehen, daß Stagflationen immer häufiger auftreten. Man kann davon ausgehen, daß die Arbeitslosigkeit rasch in die Höhe schnellen würde, leiteten die hochentwickelten kapitalistischen Staaten ohne weitreichende Eingriffe in die Verfügungsgewalt des privaten Kapitaleigentums wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation ein. So stellt denn auch das Kieler Weltwirtschaftsinstitut lapidar fest: „Daß man angesichts zunehmender Arbeitslosenzahlen weiterhin weltweit die Inflationsbekämpfung fortsetzen wird, erscheint wenig wahrscheinlich. Vielmehr muß mit Lockerungen des Restriktionskurses ... gerechnet werden [14]).

Umgekehrt fiele der Geldwert noch schneller, wollte der Staat jegliche Unterbeschäftigung beseitigen, ohne seine Wirtschafts- und Finanzpolitik von Grund auf zu ändern.

Ausgaben- wie Steuerpolitik reflektieren im heutigen kapitalistischen System wie nie zuvor dessen gesellschaftlichen Grundwiderspruch. Auf der einen Seite wird ein umfangreiches steuerpolitisches Instrumentarium eingesetzt, um die Profitmasse des privaten Kapitals durch ständig stärkere Investitionsanreize auszudehnen, mit dem fatalen Resultat drohender Überkapazitäten bis hin zur Überproduktion; auf der anderen Seite wird eine umfassende Kapazitätseinschränkung oder die Stillegung ganzer Sektoren mit unvermeidlicher Dauerarbeitslosigkeit größeren Ausmaßes durch die Finanzierung parasitärer Produktion, im wesentlichen der Rüstung, zu verhindern versucht. Das Wichtigste ist dabei ein sofort wirksamer Einkommenseffekt, Sozialplanung steht konjunkturpolitisch außerhalb der Überlegungen, wie die Auftragsskala zwecks Behebung der derzeitigen Krise in der BRD beweist: Kauf von Lastwagen für die Bundeswehr, Bau von Kasernen und Kernkraftwerken, Bahnhöfen und Hauptpostämtern, Autobahnen, Straßen sowie Modernisierung des Bonner Regierungsviertels [15]).

Was allerdings politisch von größter Tragweite ist: der mit dem Staat verschlungene Monopolkapitalismus steht und fällt mit der Rüstung, es sei denn, die Kapitalverwertung kann durch forcierten Güterexport aufrechterhalten werden. Japans Nachkriegsentwicklung ist hierfür exemplarisch. Es hat den im Vergleich zu den USA, Großbritannien oder der BRD niedrigsten Anteil der Rüstungs- an den Staatsausgaben und am Sozialprodukt, das japanische Exportwachstumstempo übertraf hingegen im Zeitraum von 1951 bis 1971 das der genannten anderen Staaten ganz erheblich.

*Rüstungsausgaben in Prozent des Bruttosozialprodukts und der Staatsausgaben in Japan, den USA, Großbritannien und der BRD im Jahre 1971*

| | *Anteile am Bruttosozialprodukt* | *Anteile an den Staatsausgaben* |
|---|---|---|
| *Japan* [16]) | *2,1* | *8,4* |
| *USA* [17]) | *8,0* | *34,0* |
| *Großbritannien* [17]) | *5,7* | *19,1* |
| *BRD* [17]) | *3,9* | *26,1* |

*Exportwachstum in Prozent Japans, der USA, Großbritanniens und der BRD im Zeitraum von 1951—1971*

| | *Japan* | *USA* | *Großbritannien* | *BRD* |
|---|---|---|---|---|
| *1951/1961* | *213* | *41* | *53* | *266* |
| *1961/1971* | *468* | *110* | *102* | *207* [18]) |

14) „Die Weltwirtschaft", a. a. O., S. 21.
15) „Wirtschaftswoche", 45/1973, S. 23.
16) Börsen- und Wirtschaftshandbuch 1971, Frankfurt/M 1971, S. 353.
17) Dass. 1972, a. a. O., 1972, S. 242.
18) „Wirtschaftswoche", 19/1972, S. 72.

In bezug auf die Inflation hat der Exportüberschuß eine gleichgerichtete Wirkung wie die Rüstung; der Geldüberhang — verstärkt durch den Exportmultiplikator — nimmt in dem Maße zu, wie die Exporte die Importe überflügeln. Verständlicherweise läßt sich eine solche Expansion nicht ununterbrochen fortsetzen. Spätestens dann, wenn die internationale kapitalistische Konkurrenz der einseitigen Exportoffensive ein Ende zu setzen beginnt, müssen die freiwerdenden Kapazitäten zur Vermeidung von Untersbeschäftigung parasitär genutzt werden. 1971 wurde die japanische Wirtschaftslage unter diesem Aspekt etwa wie folgt beurteilt: „Der konjunkturelle Abschwung ..., der im Herbst 1970 einsetzte, hat sich im Verlauf des Jahres 1971 verstärkt. Trotz des Kurswechsels der Geld- und Fiskalpolitik konnte der Rückgang der Kapazitätsauslastung ... nicht aufgefangen werden. ... Außer der Stahlindustrie befinden sich die Textilindustrie, die Elektrogeräteindustrie und Teilbereiche der chemischen Industrie ... auf der Schattenseite der Konjunktur. Es handelt sich dabei um Branchen, deren komparative Nachteile ... infolge der abrupten außenwirtschaftlichen Anpassung besonders kraß hervortreten" [19]). Die Reaktion des Staates bestand in einer starken Ausweitung der Staatsausgaben, darunter vor allem der Rüstung.

Ursache für ein steigendes Rüstungsvolumen ist mithin der vorherige überdimensionierte Kapazitätsaufbau. Der Übergang macht sich bei abflachendem Exportzuwachs unmittelbar bemerkbar, sobald der binnenwirtschaftliche Warenabsatz infolge sinkender Realeinkommen der abhängig Beschäftigten auf Grenzen stößt.

## IV

Triebkraft der uferlosen Kapitalakkumulation ist die Konkurrenz, heute die weltumspannende Konkurrenz der Monopole. Aus bürgerlicher Sicht begreift man diesen Vorgang als schlechthin fortschrittlich. In Wirklichkeit zerstört der Konkurrenzmechanismus aber die Grundlagen des Systems und reißt die Gesellschaft, in erster Linie die abhängigen Klassen in mehr oder weniger reißende Krisenstrudel hinein. Der Konkurrenzkampf zwingt nämlich die privaten Kapitaleigentümer dazu, die Produktivität durch Steigerung der Arbeitsintensität sowie des technischen Aufwands immer wieder zu erhöhen. Die dadurch bedingte Zunahme der volkswirtschaftlichen Investitionsquoten hat zur Folge, daß die Rentabilität pro eingesetzter Kapitaleinheit im Vergleich zu früheren Zyklen rückläufig ist. Die bürgerliche Theorie konstatiert empirisch eine „abnehmende Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals", die, wenn nicht gegengesteuert wird, zur allgemeinen Stagnation führt. Der Sachverständigenrat erblickt hierin zu Recht einen Grund für die in der BRD drohende Krisensituation, wenn er in seinem Jahresgutachten 1973 schreibt, „daß seit vielen Jahren die durchschnittliche reale Rendite des in der Bundesrepublik eingesetzten Kapitals dem Trend nach sinkt" [20]).

Gingen die Unternehmen dazu über, die abnehmende Kapitalrendite vermittels umfangreicherer Kürzungen der Lohnfonds zu kompensieren, wäre eine Massenarbeitslosigkeit die Folge. Aus politischen Erwägungen kann dies für das System keine Lösung sein. Infolgedessen kommt es darauf an, in Kooperation mit dem Staat die Kapitaleinheiten zu vermehren, und je schneller dies geschieht, desto rascher nimmt wieder die Profitmasse zu, vorausgesetzt, der Absatz der Produktion ist von vornherein gesichert. Das Kapital kann sich tatsächlich nur erhalten, wenn es sich auf längere Sicht ausdehnt. Die Anarchie des kapitalistischen Konkurrenzkampfes im Zusammenhang mit dem tendenziellen Druck auf

[19]) „Die Weltwirtschaft", H. 2, a. a. O., 1971, S. 102 ff.
[20]) Deutscher Bundestag, Drucksache 7/1273, Ziffer 328.

die Kapitalrentabilität einschließlich der Gefahr überproportionaler Kapitalvernichtung, die unter Umständen selbst große nationale Monopole vernichten kann (z. B. Rolls Royce oder Lookheed), läßt es nicht zu, daß über sinnvolle volkswirtschaftliche Sättigungsgrenzen nachgedacht wird.

Hieraus ergibt sich ein Bündel von Konsequenzen, welches die doppelt wirkende Krise des Gesamtsystems, Inflation und Stagnation, hervorruft:

1) Verstärkte Konzentration und Zentralisation des Kapitals ermöglichen eine Anhäufung der Kapitalsummen, die erforderlich sind, um das Investitionsniveau so weit heraufzuschrauben, daß die akkumulierte Profitmasse den Fall der Profitrate zumindest wieder ausgleicht und überspielt. Die monopolistische Preisgestaltung ist die äußerliche Erscheinung dieses Ballungsvorgangs. Unter der Herrschaft der Monopole gibt es kein Absinken des Preisspiegels mehr.

2) Richtet sich der Preis an der Profitmaximierung aus, so dient demnach die unternehmerische Preispolitik der Finanzierung der Investitionen. Es handelt sich hierbei um die sogenannte Selbst- oder Innenfinanzierung. Das Entscheidende liegt in ihrer steuerlichen Begünstigung, ja, Förderung. Das Steuerrecht ist also auf die Maximierung der Profitmasse zugeschnitten. Es kennt keine Selektionen im Sinne gesellschaftlicher Planung. Insofern kommt es jenen zugute, die in jeweils größerem Maße investieren können, und das sind in erster Linie Großunternehmen. Die Investitionstätigkeit entspringt der einzelunternehmerischen Profitlage, deshalb ist sie ungeplant, ungezügelt.

3) Von Bedeutung ist die geldmengenstimulierende Wirkung der Investitionsausgaben in Verbindung mit der Lösung des Problems, wie die stetige Ausdehnung des Produktionspotentials in Einklang zu bringen ist mit der relativ zurückbleibenden Massenkaufkraft auf den Binnenmärkten. Dieses Problem resultiert aus der Priorität des Faktors Kapital. Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, H.-G. Sohl, ließ daran auf der Jahrestagung des Verbandes 1972 keinen Zweifel aufkommen: „... in Form von Löhnen und Gehältern (kann, G. B.) aus den Unternehmen nur soviel abgezogen werden, daß der Investitionsspielraum nicht beeinträchtigt wird ... Vorübergehend kann man den Lebensstandard der Arbeitnehmer einmal stärker erhöhen, aber auf die Dauer muß das auf Kosten der Investitionen gehen ..." [21]) Der hierauf beruhende Wachstumszwang involviert die systembedingte Notwendigkeit parasitärer Produktion. Rigorose Erweiterung des Exportanteils an der Güterproduktion, die Verschärfung der Handelskämpfe zwischen den kapitalistischen Wirtschaftsblöcken, Rüstungsexpansion und -verwertung sind die Folgeerscheinungen. Sie finden ihren Niederschlag in der Zerrüttung der Weltwährungsordnung. Allein der Vietnamkrieg verschlang mindestens 140 Mrd Dollar, deren Multiplikatorwirkung zur weltweiten Inflation führte.

Das der Vergangenheit angehörende Bretton-Woods-System war von vornherein auf die Profitinteressen der US-Trusts zugeschnitten gewesen. Die wirtschaftliche Nachkriegssituation in Westeuropa und Asien garantierte ihnen einen vorerst unbegrenzten Export ihrer Produkte. Der Marshallplan diente dabei als versteckte Subventionierung, sorgten die aus ihm fließenden Kapitalhilfen doch für eine erforderliche Ausgestaltung westeuropäischer Absatzmärkte. Montanunion und EWG waren die nächsten Etappen der Absatz- und Expansionsstrategie der US-Konzerne, wenn schon aus einer Akzentverschiebung heraus: die Beseitigung innereuropäischer Handelshemmnisse sollte nun die Ausdehnung amerikani-

21) „BDI-Mitteilungen", 6/7/1972, Köln 1972, S. 11.

schen Anlagekapitals in Westeuropa erleichtern. Der massive Kapitalexport brachte die Zahlungsbilanz der USA indes erstmals ins strukturelle Ungleichgewicht. Vehemente Rüstung, Export des Militärpotentials und Vietnamkrieg verursachten schließlich eine Stärkung der Währungskraft westeuropäischer Überschußländer und Japans, die zu Aufwertungen gedrängt wurden und damit zu Financiers des amerikanischen Vietnamkrieges avancierten.

Die Freigabe der Wechselkurse gegenüber dem US-Dollar seitens der EWG-Staaten, Japans und einer Reihe anderer Länder, die Bildung des Floating-Blocks im EWG-Bereich, die weltweiten Kapitalverkehrskontrollen zwecks Eindämmung der Dollarflut brachten 1973 nur eine trügerische Ruhe an der Währungsfront. Indem die globale Inflation inzwischen auch auf Rohöl übergriff, die ölexportierenden Staaten ihre Erlöse in US-Dollar anlegen, aber auf der anderen Seite „über eine nur verhältnismäßig geringe Absorptionsfähigkeit für westliche Industrieerzeugnisse verfügen" [22]), gerät das kapitalistische Systemgefüge in noch größere Instabilität. Hankel beschreibt die heraufziehenden Schwierigkeiten illusionslos: „Die ... Strukturkrise läßt sich in allen Volkswirtschaften nur noch mit mehr oder weniger Staatsinterventionismus bekämpfen. ... Den wachsenden Defiziten der Industrieländer steht ein zunehmendes Volumen internationaler Geldmarktanlagen der Erdöl produzierenden Länder gegenüber. Dies wird nicht nur zu einem weiteren massierten Abfluß aus europäischen Währungen in den US-Dollar führen, sondern auch zu einem jähen Anschwellen der intraeuropäischen Kapitalbewegungen. ... Ein Scheitern des Blockfloatings aber würde nicht nur Europas mühsam errichteten Integrationsstand gefährden, es wäre der Auftakt dafür, daß sich eine Mehrzahl von EWG-Mitgliedern aus Gründen nationaler Notstände ... in einen ökonomischen und monetären Nationalismus analog dem der 30er Jahre zu verstricken begännen." Zuzustimmen ist Hankel ebenso, wenn er schreibt: „Der US-Dollar und das Gold sind, so lange sie Währungsreservecharakter haben, stets zugleich Spekulationsobjekte", wobei er auf die „Identität von amtlichen Währungsreserven und privaten Anlagemitteln" verweist [23]). Hier hätte er unbedingt die einflußreiche Rolle der multinationalen Monopole, besonders ihr enormes quantitatives Gewicht im Rahmen der Währungsspekulationen beleuchten müssen, ansonsten bleibt das Adjektiv „privat" nichtssagend.

Was Hankel über die europäische Desintegration äußerte, ist inzwischen eingetreten: Frankreich hat den gemeinschaftlichen Währungsverbund verlassen und den Franc zur Abwertung freigegeben. Das globale kapitalistische Währungsgefüge ist abermals schweren Belastungen ausgesetzt, Kettenreaktion von Abwertungen nicht ausgeschlossen. Die aufkeimenden nationalen Produktions- und Absatzkrisen sollen dadurch quasi exportiert werden. Hektisch wird versucht, neue Auffanglinien zu errichten; denn ein um sich greifendes „Beggar my neighbour" würde eine empfindliche Eindämmung des kapitalistischen Welthandels einleiten, die in einer nächsten Phase das zur Systemerhaltung lebensnotwendige investive Wachstum beeinträchtigen müßte.

Schon steht der Yen in der Schußlinie der Abwertungsspekulation, und selbst der im europäischen Währungsblock verbliebene Belgische Franc kann nur durch relativ größere Stützungsaktionen der BRD daran gehindert werden, dem französischen zu folgen. Wieder einmal rückt eine D-Mark-Aufwertung ins Blickfeld, um wenigstens kurzfristig die internationale Währungsfront zu stabilisieren.

[22]) Wilhelm Hankel, Die Lehre des John Maynard Keynes wird wieder aktuell, in: „Handelsblatt", 11./12. 1. 1974, S. 2.
[23]) Wilhelm Hankel, a. a. O.

Wie immer in solchen Krisen, wird der Plan einer Erhöhung des Preises für Währungsgold hervorgeholt. Mit 42 US-Dollar je Unze (135 Dollar kostete die Unze Gold im Januar 1974 auf dem freien Markt) ist es in der Tat unterbewertet, was im Interesse der USA liegt. Daher haben die USA derzeit wohl keine Veranlassung — zumal ohne ersichtliche Gegenleistung —, besonders Italien und Frankreich aus potentiellen Schwierigkeiten zu helfen.

Hankels Alternative zu Abwertungswellen und antiquiertem Goldstandard sind die Sonderziehungsrechte. Eine nachhaltige Bereinigung der Währungskrisen wird damit ebenfalls nicht erreicht, bleibt doch davon das Überakkumulationsproblem unberührt; noch stärkerer Exportboom und noch mehr Inflation würden es lediglich für kürzere Zeit verdecken.

Was Hankel gar nicht zu erkennen vermag: Die sich in solcher Negativität offenbarende Dialektik des Kapitals vollzieht sich in jener eigentümlichen Gesetzlichkeit, welche gleichgültig ist gegen alle Versuche ihrer immanenten Beherrschung. Was an wissenschaftlichem Scharfsinn und statistischer Akribie aufgeboten wird, um zu lenken, um zu regulieren, um die scheinbar ziellose Bewegung in eine antizipierte Bahn zu zwingen — es kommt stets zu spät. Deterministisches Denken vermag eben allenfalls ex post zu reagieren, weil es den Umschlag von Quantitäten in Qualitäten nicht einmal modellhaft nachvollziehen kann. In Ansehung des Investitions-Profit-Mechanismus auf der Basis des monopolistischen Kapitaleigentums läge die Ex-ante-Lösung dieses Umschlagproblems allein auf dem Felde offener gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, mit dem Ziel, den monopolkapitalistischen Aneignungs- und Verteilungsmodus politisch außer Kraft zu setzen.

# Italien zwischen „Historischem Kompromiß" und Kulturkampf

Von Wilfrid Schilling, Gonte di Oggebbio

Italien bietet politisch wie wirtschaftlich das gewohnte Bild: eine Vielzahl von Krisen jeder Art, denen die von DC-Parteisekretär Fanfani nach dem Zusammenbruch der Andreotti-Regierung und ihrer Rechtstendenzen konstruierte Mitte-Links-Koalition unter Mariano Rumor zu begegnen versucht. Die dabei erzielten Ergebnisse sind keineswegs ermutigend. Kaum zu relativer Ruhe gekommen, liegt über der Koalition die Drohung eines neuen Bruches. Tritt er ein, und bei realistischer Betrachtung der Dinge erscheint er fast unvermeidlich, so steht für das, was später kommt, einmal mehr ein tiefschwarzes Fragezeichen.

Die Ursachen dieser das Land bedrohenden Krise liegen in einem gesellschaftlichen Umwandlungsprozeß, in einer grundlegenden Auseinandersetzung zwischen

scher Wachsamkeit, Selbstkritik und dem Zusammenwirken aller verfassungstreuen Kräfte gezogen werden. Welchen Rückhalt auch hier die größte kommunistische Partei Westeuropas mit ihren neun Millionen Wählern bietet, liegt auf der Hand. Die anachronistische Auseinandersetzung über das Scheidungsreferendum aber lenkt nur von den brennenden Problemen des Landes ab und gibt den faschistischen Todfeinden der Demokratie groteskerweise über eine Volksbefragung die hochwillkommene Möglichkeit, die politischen Wässer gründlich zu trüben, um darin zu fischen.

# Das monopolistische Problem der Massenbasis, die „Deutschen Führerbriefe" und Alfred Sohn-Rethel

## Anmerkungen und Dokumentation zu einer unvollkommenen Enthüllung

Von E. Berliner

In den Nummern 72 und 73 der „Deutschen Führerbriefe" vom 16. und 20. September 1932 erschien unter der Überschrift „Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus" ein Artikel, der bis zum heutigen Tage zu Recht von der marxistischen Geschichtsschreibung als ein Schlüsseldokument für den Nachweis der bewußten und planmäßigen Errichtung der nazifaschistischen Diktatur durch das Monopolkapital betrachtet wird [1]). Der erste Teil dieses Artikels, dessen Verfasser — wie bei den „Führerbriefen" allgemeine Brauch — anonym blieb, trug den Untertitel: Von der Sozialdemokratie zum Nationalsozialismus; der zweite Teil beschäftigte sich mit der „Eingliederung des Nationalsozialismus", womit die Eingliederung in das Herrschaftssystem des Kapitals gemeint war.

Der Kerngedanke des Artikels wird am besten aus folgenden Sätzen deutlich: „Das Problem der Konsolidierung des bürgerlichen Regimes im Nachkriegsdeutschland ist allgemein durch die Tatsache bestimmt, daß das führende, nämlich über die Wirtschaft verfügende Bürgertum zu schmal geworden ist, um seine Herrschaft allein zu tragen. Es bedarf für diese Herrschaft, falls es sich nicht der höchst gefährlichen Waffe der rein militärischen Gewaltausübung anvertrauen will, der Bindung von Schichten an sich, die sozial nicht zu ihm gehören, die ihm aber den unentbehrlichen Dienst leisten, seine Herrschaft im Volk zu verankern und dadurch deren eigentlicher oder letzter Träger zu sein. Dieser letzte oder ‚Grenzträger' der bürgerlichen Herrschaft war in der ersten Periode der Nachkriegskonsolidierung die Sozialdemokratie."

1) Siehe z. B. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin (DDR) 1966, S. 593 ff.

Der Verfasser führte im zweiten Teil des Artikels aus, daß die Sozialdemokratie im Ergebnis der Krisenauswirkungen nicht mehr imstande sei, diese Rolle des Grenzträgers zu spielen, daß sich deshalb das bürgerliche Regime in Deutschland „für die Sozialdemokratie einen Ersatz verschaffen und zu einer gebundenen Sozialverfassung übergehen" müsse; dieser Übergang sei bereits im Gange und durchlaufe nunmehr „das akute Gefahrenstadium", da „die Arbeiterschaft in der Richtung auf den Kommunismus ins Gleiten gerät und die bürgerliche Herrschaft sich der Grenze des Notstandes einer Militärdiktatur" nähere.

Der anonyme Verfasser weist dem bürgerlichen Regime den Weg zur Rettung mit den Worten: „Die Rettung vor diesem Abgrund ist nur möglich, wenn die Spaltung und Bindung der Arbeiterschaft ... auf andere, und zwar direkte Weise gelingt. Hier liegen die positiven Möglichkeiten und Aufgaben des Nationalsozialismus."

Wenige Tage nach Erscheinen des zweiten Teils des Artikels wurden kommentierte Auszüge in der kommunistischen Presse wiedergegeben, soweit sie nicht — wie z. B. die „Rote Fahne" —, gerade wieder einmal verboten war [2]). In der „Internationalen Presse-Korrespondenz", einem Periodikum, das von der Kommunistischen Internationale herausgegeben wurde, stellte der kommunistische Reichstagsabgeordnete Theodor Neubauer fest, die Bedeutung des Artikels liege darin, daß die „Deutschen Führerbriefe" ein vertrauliches Informationsblatt für die Spitzen des Finanzkapitals seien, in dem das ausgesprochen wird, was sonst nirgends vom Finanzkapital ausgesprochen werde. Sie — die „Deutschen Führerbriefe" — „informieren über die geheimen Gedanken, Gesichtspunkte und Erwägungen, welche die Politik des deutschen Finanzkapitals bestimmen" [3]).

Von kommunistischer Seite wurde also aus der ziemlich genauen Kenntnis der Herausgeber und Hintermänner der „Führerbriefe" [4]) der zutreffende Schluß gezogen, daß hier eine Konzeption des Finanzkapitals hinsichtlich der künftigen Verwendung der Nazipartei dargelegt wurde. Von anderer Seite fand dieser Artikel verständlicherweise keine sichtbare Beachtung. Weder bürgerliche noch sozialdemokratische Autoren konnten daran Interesse haben, einem solchen, sie beide kompromittierenden Dokument zu breiter Publizität zu verhelfen. Nur Verfasser, für die solche Bedenken nicht relevant waren, wie z. B. die Amerikaner Richard Sasuly und G. W. F. Hallgarten, übernahmen wesentliche Zitate aus diesem Artikel in ihre Arbeiten [5]), wobei sich Hallgarten allerdings vom Namen der Zeitschrift — „Führerbriefe" — zu der irrigen Annahme verleiten ließ, es handele sich bei ihr um eine „kluge Leistung nationalsozialistischer Propagandisten" [6]). Durch Forschungsergebnisse von DDR-Historikern konnte jedoch eindeutig klargestellt werden, daß, wie schon von Neubauer und anderen 1932 festgestellt, die „Führerbriefe" ein Sprachrohr bestimmter Kreise des Finanzkapitals selbst waren [7]). Am interessantesten war dabei die Entdeckung der sogenannten

[2]) Im September 1932 konnte die „Rote Fahne" nur an acht Tagen, vom 2.—9., erscheinen.

[3]) Theodor Neubauer, Sozialdemokratie, Nationalsozialismus und ihre Rolle für die Rettung des deutschen Kapitalismus, in: „Internationale Presse-Korrespondenz", Nr. 82, v. 4. 10. 1932, S. 2605.

[4]) Im Artikel Theodor Neubauers wurde als Herausgeber zutreffend Franz Reuter genannt, der vorher jahrelang beim Reichsverband der Deutschen Industrie tätig gewesen und eigens für die Herausgabe der „Führerbriefe" freigestellt worden sei.
Das „Führerbrief"-Exemplar mit dem Rekonsolidierungs-Artikel war im übrigen nicht das einzige, das der Führung der KPD zugänglich wurde; so zitierte beispielsweise Wilhelm Pieck in der Reichstagssitzung vom 7. Dezember 1932 aus einer „Führerbrief"-Nummer, die erst kurz vorher, am 2. 12., erschienen war (unser Dokument V); siehe Wilhelm Pieck, Reden und Aufsätze, Bd. IV, Berlin (DDR) 1955, S. 732 f.

[5]) Richard Sasuly, IG Farben, Berlin (DDR) 1952, S. 90; George W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt/M 1955, S. 124 f.

[6]) Hallgarten, a. a. O. (Hallgarten kannte nur den von Sasuly zitierten Auszug aus dem Artikel 1.)

[7]) Fritz Klein, Neue Dokumente zur Rolle Schachts bei der Vorbereitung der Hitlerdiktatur, „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" (künftig ZfG), Berlin (DDR), 4/1957, S. 819 f. Danach standen hinter den „Führerbriefen" die Schwerindustriellen Silverberg, Brandi und Poensgen; Werner Müller/Jürgen Stockfisch, die „Veltenbriefe", ZfG, 12/69, S. 1565 f. In dieser Arbeit werden die Herausgeber und Hintermänner der „Führerbriefe" noch genauer, als bisher bekannt, vorgestellt. Daraus geht hervor, daß auf die „Führerbriefe" außer Silverberg auch die IG-Farben (durch Gattineau) und die Vereinigten Stahlwerke (durch Pressechef Steinberg) Einfluß nahmen.

„Veltenbriefe" durch Werner Müller und Jürgen Stockfisch. Hinter den „Veltenbriefen" standen die gleichen Herausgeber wie hinter den „Führerbriefen"; der Kreis, an den sie versandt wurden, war aber noch enger und exklusiver, und ihre Vertraulichkeit wurde in solch hohem Maße von allen Empfängern gewahrt, daß bis zur Veröffentlichung von Müller und Stockfisch der einschlägigen Forschung noch kein einziges Exemplar davon zu Gesicht gekommen und noch nicht einmal der Name der Korrespondenz bekannt geworden war.

Nach den genannten Ergebnissen der DDR-Forscher war die Beweiskraft des Artikels über die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus als Selbstzeugnis des Finanzkapitals für sein Streben nach Errichtung der faschistischen Diktatur unerschütterlich. So schien es jedenfalls, bis im „Kursbuch" Nr. 21 von 1970 ein Artikel erschien, in dem behauptet wurde, der „Führerbrief"-Artikel sei gar nicht von einem Repräsentanten des Finanzkapitals, sondern von einem Marxisten geschrieben worden, und dieser Marxist sei kein anderer als der Verfasser dieser Enthüllung — Alfred Sohn-Rethel [8]).

Mit dieser sensationellen Enthüllung machte ein Mann auf sich aufmerksam, der bis dahin in der Bundesrepublik weithin unbekannt war; nur vereinzelt mögen sich politisch interessierte Angehörige der älteren Generation dunkel erinnert haben, daß da doch irgendwann nach dem Kriege irgendwo ein Alfred Sohn-Rethel einen recht aufschlußreichen Enthüllungsartikel über die Machenschaften eines der Lenkungsorgane der Finanzoligarchie, des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (MWT), veröffentlicht hatte; aber das war ja fast ein Menschenalter her, und seitdem hatte man nichts mehr von einem Mann dieses Namens gehört. Nun plötzlich also machte er wieder von sich reden, indem er den Führerbrief-Artikel im „Kursbuch" noch einmal im vollen Wortlaut nachdrucken ließ und in einem „Kommentar nach 38 Jahren" eine Version über die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte dieses Artikels gab, die, wie gezeigt werden soll, selbst dringend kommentarbedürftig ist. Die Darlegungen Sohn-Rethels lassen zwar seine Behauptung, der Verfasser des „Führerbrief"-Artikels zu sein, als durchaus glaubwürdig erscheinen. In hohem Grade unglaubwürdig bis nachweislich falsch und deshalb korrekturbedürftig sind jedoch seine Angaben über die Motive und Absichten, von denen er sich bei Abfassung des Artikels leiten ließ, sowie seine Selbstvorstellung als Marxist; dabei sind wir durchaus bereit, die fehlerhaften Angaben eines „Kommentars nach 38 Jahren" Gedächtnisirrtümern zugute zu halten.

Die Autorschaft Sohn-Rethels bestätigt — angesichts der Position, die Sohn-Rethel damals einnahm — die Einschätzung des „Führerbrief"-Artikels als eines Dokumentes aus dem inneren Kreis der Finanzoligarchie. Sohn-Rethel war als wissenschaftlicher Assistent der einzige Mitarbeiter Max Hahns, des Geschäftsführers des MWT. Bis zur Übernahme dieser Funktion (und auch danach) war Hahn enger Vertrauter von Max Schlenker, dem einflußreichen Geschäftsführer des mächtigen schwerindustriellen „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen" (des sogenannten Langnamvereins) und in Personalunion zugleich auch Geschäftsführer der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

Freilich war Sohn-Rethel in ein solches Milieu nicht hineingeboren worden. Er entstammte einer Künstlerfamilie, die sich der Mäzenatenschaft des Ruhrmagnaten Poensgen erfreute. Durch dessen Vermittlung wurde Alfred Sohn-Rethel Sekretär von Max Hahn im Mitteleuropäischen Wirtschaftstag, dessen Vorsitz

8) „Kursbuch", 21/1970, S. 17—35.

kein Geringerer innehatte als der Krupp-Schwager Tilo v. Wilmowski. Alle Gruppen des Finanzkapitals, die im Weimarer und im faschistischen Deutschland an Expansion und Aggression in Richtung Ost- und Südosteuropa interessiert waren, trafen sich unter dem gemeinsamen Dach des MWT, wo die strategischen und taktischen Pläne für das innen- und außenpolitische Vorgehen und der notwendige Ausgleich divergierender Interessen beraten und gegebenenfalls auch entsprechende Schritte beschlossen wurden. In dieser Kontaktstelle und Führungszentrale, einem echten „Rat der Götter", wirkte Sohn-Rethel von Anfang der 30er Jahre bis zum Jahre 1936 mit. Dann verließ er etwas eilig, aber immerhin mit einem Empfehlungsbrief von Poensgen an den Chefredakteur der „Times" versehen, Deutschland, um auch in England mit Hilfe Montagu Normans [8a]) bald Zugang zu den höchsten Zirkeln zu erhalten, wie z. B. zum Churchill-Kreis, auf dessen Tagungen er hin und wieder die Ergebnisse seiner Sammlung von Informationen über die Entwicklung in Deutschland vortragen durfte. So war es nur natürlich, daß Sohn-Rethel nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges seine gründlichen Erfahrungen mit dem MWT im Blatt der britischen Besatzungsmacht in Deutschland veröffentlichte [9]). Danach aber war von ihm, der seinen Wohnsitz weiterhin in England behielt, in Deutschland nichts mehr zu hören — bis zu jenem „Kursbuch"-Artikel aus dem Jahre 1970. Dieser Artikel verschaffte ihm in der Bundesrepublik den Ruf eines Marxisten; nicht lange nach Erscheinen dieses Artikels erfolgte seine Übersiedlung in die BRD [9a]).

Wie bereits erwähnt, besteht nach alledem kein Grund zum Zweifel an der Autorschaft Sohn-Rethels für einen Artikel, in welchem sehr kenntnisreich das strategische Konzept einer Gruppe des Finanzkapitals zur Konsolidierung des Kapitalismus in Deutschland dargelegt und begründet wurde.

Sehr anders verhält es sich indessen mit den folgenden Behauptungen Sohn-Rethels.

Im Widerspruch zu dem eindeutigen Inhalt des „Führerbrief"-Artikels, der darauf gerichtet ist, dem deutschen Großbürgertum den Weg zur Vermeidung des Absturzes in den Abgrund zu weisen, schreibt Sohn-Rethel in seinem Kommentar: „Der Artikel war von mir einzig zu dem Zweck dieses Wahlkampfes (zu den November-Reichstagswahlen von 1932, d. V.) für die Kommunisten verfaßt worden. Nicht, daß die Kommunistische Partei ihn etwa bestellt hätte. Die Partei wußte weder von der Abfassung noch von dem Verfasser des Artikels etwas. Ich schrieb ihn aus eigener Initiative und schickte, nachdem er in den ‚Führerbriefen' erschienen war, ein Exemplar an die ‚Rote Fahne'. Mehr bedurfte es zur Zündung der Bombe nicht. Aus didaktischen Gründen nahm ich in dem Artikel den Standpunkt des Großkapitals als Blickwinkel ein . . ." [10])

Welche didaktischen Gründe sollen das gewesen sein?

„. . . um den Arbeitern klarzumachen, daß sowohl die Sozialdemokraten wie die

[8a]) Damaliger Präsident der Bank of England.
[9]) Alfred Sohn-Rethel, Die politischen Büros der deutschen Großindustrie, in: „Blick in die Welt", 15/1948, S. 20—22. In der folgenden Nummer dieser Zeitschrift der Britischen Besatzungsbehörden in Deutschland wartete ein anderer deutscher Emigrant mit einer Enthüllung auf: Otto John; er veröffentlichte in der Nr. 16/1948 von „Blick in die Welt" „Tatsachen hinter den Geheimnissen der Geheimwaffe", einen Artikel über die V2-Waffe.
[9a]) Inzwischen hat Sohn-Rethel den „Führerbrief"-Artikel ein zweitesmal zum Nachdruck gebracht in dem in der Reihe „edition suhrkamp" erschienenen Buch „Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus", zusammen mit einigen Niederschriften, die er nach seiner Emigration nach England für seine neuen, englischen Freunde und Auftraggeber verfaßt hatte. In der Umgebung dieser Arbeiten, die für antideutsche und antinazistische Kreise der englischen Großbourgeoisie geschrieben wurden, nimmt sich der Rekonsolidierungs-Artikel, der für pronazistische Kreise der deutschen Großbourgeoisie verfaßt worden war, einigermaßen seltsam und fremd aus; er macht unübersehbar, daß der Autor zwischen 1932 und 1936/37 einen deutlichen politischen Standortwechsel vorgenommen hat.
[10]) „Kursbuch", 21, S. 33.

Nazis bloß der Kapitalherrschaft zur Stütze, zum ‚Grenzträger' dienten." Dem voraussehbaren Einwand, dies sei den Arbeitern ja schon viele Male vorher erklärt worden, begegnet Sohn-Rethel mit der noch einigermaßen plausiblen Erklärung: „aber noch niemals aus dem Sprachrohr des Großkapitals selbst und mit dem Anschein unumstößlicher Beweiskraft" [11]).

Aber bei den folgenden merkwürdigen Behauptungen muß Sohn-Rethel das Opfer gründlicher Erinnerungstäuschungen geworden sein: „Wenn man überhaupt wirksame marxistische Propaganda treiben, der Arbeiterschaft die drohende (wieso nur drohende?, d. V.) Spaltungsgefahr vor Augen stellen wollte, so konnte es am besten auf diesem Umwege geschehen. Und auf demselben Umwege konnte man auch der kommunistischen Partei ins Gewissen reiben, wie notwendig es war, die proletarische Revolution auf die Tagesordnung zu setzen als einzige mögliche praktische Alternative zur faschistischen Diktatur. Mit dieser Einsicht stand es bei der Parteiführung sehr faul. Über die Einheitsfront mit den Sozis zur Rettung der ‚Demokratie' schien ihr Denken nicht hinauszureichen, wo in Wahrheit nur die Revolution, mit nachfolgender industrieller Plangemeinschaft mit der Sowjetunion wenigstens theoretisch eine Alternative zum Faschismus hätte sein können" [12]).

Jeder Kenner der politischen Situation von 1932 kann nur den Kopf schütteln über eine solch kuriose Situationsbeschreibung. Lassen wir einmal beiseite, daß Sohn-Rethel sich offenbar bis heute noch nicht darüber schlüssig geworden ist, ob die proletarische Revolution damals eine *praktische* oder nur eine *theoretische* Alternative zum Faschismus gewesen sein soll; entscheidend ist, daß mit absoluter Bestimmtheit gesagt werden kann: was Sohn-Rethel in diesen Sätzen als Motiv für seinen Artikel ausgegeben hat, kann niemals das wirkliche Motiv und die wirkliche Absicht gewesen sein, weil es überflüssiger war, der KPD „ins Gewissen zu reiben", daß die einzige Alternative zum Faschismus die proletarische Revolution sei, als Holz in den Wald zu tragen. Gerade in den — später korrigierten — Thesen des 12. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, das vom 27. August bis 15. September 1932 tagte, wurde z. B. als aktuelle Grundaufgabe für Länder wie Deutschland formuliert: die „Vorbereitung der Arbeiterklasse ... auf die bevorstehenden Kämpfe um die Macht, um die Diktatur des Proletariats" [13]). Und speziell im Hinblick auf Deutschland wurde festgestellt: „Die Hauptlosung, die die KPD der Losung der faschistischen Diktatur (‚Drittes Reich') ebenso wie der Losung der Sozialdemokratischen Partei (‚Zweite Republik') gegenüberstellen muß, ist die Losung der ‚Arbeiter- und Bauernrepublik', d. h. die Losung des ‚Sozialistischen Sowjet-Deutschlands' " [14]).

Unter politisch Gebildeten hat es sich im allgemeinen auch herumgesprochen, daß 1935 im Anschluß an den VII. Weltkongreß der kommunistischen Internationale eine Parteikonferenz der KPD stattfand, die sogenannte Brüsseler Konferenz, in der eine sehr scharfe selbstkritische Analyse der Politik der Partei vor dem 30. Januar 1933 vorgenommen wurde [15]). Dabei wurde gerade als *vorhandene* fehlerhafte Orientierung der KPD das bezeichnet, was Sohn-Rethel der Partei als angeblich *fehlende* richtige Orientierung anlasten will. Die in der DDR 1966 herausgekommene Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung führt zu

11) Ebd.
12) Ebd.
13) Thesen und Resolutionen des XII. Plenums des EKKI, Hamburg 1932.
14) Ebd.
15) Siehe Wilhelm Pieck, Der neue Weg zum gemeinsamen Kampfe für den Sturz der Hitlerdiktatur, Berlin 1947, S. 16 ff.

diesen Fragen aus: „Allerdings spiegelte sich in den Referaten auf der Parteikonferenz (der 3. Parteikonferenz der KPD, 15.—18. Oktober 1932, d. V.) auch wider, daß zu jener Zeit — vor allem durch die Beratungen des XII. Plenums des EKKI, ... einige Auffassungen erneut erhärtet wurden, die der Lage nicht gerecht wurden. ... So wurde zum Beispiel die irrige Vorstellung wieder betont, daß die nächste Aufgabe der Partei darin bestehe, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf um die Macht zu gewinnen. Auch die falsche Einschätzung, daß die Sozialdemokratie die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie sei, wurde erneut bekräftigt" [16]).

Wie man sieht, paßt Sohn-Rethels Situationsschilderung zur wirklichen Situation wie die Faust aufs Auge. Dennoch soll seiner Deutung der Absichten seines Artikels das sprichwörtliche Körnchen Wahrheit nicht abgesprochen werden. Doch ist darauf in anderem Zusammenhang zurückzukommen.

Da Sohn-Rethel in seinem Kommentar behauptet, er habe diesen Artikel ganz bewußt geschrieben, um der Kommunistischen Partei Propagandamaterial für den Wahlkampf zu liefern, erwartet der Leser natürlich eine Erklärung dafür „wie es gelingen konnte, die politisch doch keineswegs blöde Schriftleitung der Führerbriefe zu einer ihr so extrem widersprechenden Funktion zu benutzen" [17]). Das wäre — so lautet seine Antwort — „auch wirklich unbegreiflich ..., wenn die schlauen Füchse des Kapitals nicht eben doch sehr dumm wären, wo Er-

[16]) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, S. 371 f.
[17]) „Kursbuch" 21, S. 33.


# Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht

**Herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Georg Fülberth, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Prof. Dr. Hans Karl Rupp. Redaktion: Dr. Horst Ermel.**

## Soeben erschienen:

1. **Horst Ermel, Der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus in Deutschland**
2. **Georg Fülberth, Die Wandlung der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Parteitag 1891 bis zum Ersten Weltkrieg**
3. **Dieter Halfmann, Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik**
5. **Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der BRD**

**Im Frühjahr 1974 erscheinen:**

4. **Dieter Halfmann, Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Außenpolitik**
6. **Anne und Gerhard Weiß, Geschichte der deutschen Spaltung von 1945 bis 1955**
7. **Hans Karl Rupp, Sozialismus und demokratische Erneuerung. Die Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945**

**Je Heft 48 Seiten Umfang, Preis DM 3,—**

# Pahl-Rugenstein Verlag

kenntnis und nicht bloß Manipulation zur Frage steht" [18]). Zudem habe in der Redaktion keine Seele etwas davon gewußt, daß er Marxist war.

Dazu muß allerdings bemerkt werden, daß es wohl auch damals schon schwerer war, zu entdecken, daß Sohn-Rethel Marxist ist, als festzustellen, daß er keiner ist. Seinen „Marxismus" hat er nicht bei Marx, sondern bei der Frankfurter Schule gelernt, und das ist ja bekanntlich ein „Marxismus", der seinen geschworenen Feinden und den Feinden der Arbeiterbewegung noch nie weh getan hat; im Gegenteil. Der marxistenfeindliche SFB wußte sehr genau, weshalb er in seiner Sendung vom 6. April 1973 Sohn-Rethel zu Worte kommen und ihn dort die Schlußfolgerungen *seines* „Marxismus" verbreiten ließ: daß nämlich die Arbeiter, bevor sie sich vom Kapitalismus befreien könnten, sich zuerst von ihren Klassenorganisationen, ihrer revolutionären Partei und ihren Gewerkschaften, befreien müßten [18a])! Wer das gehört hat, der braucht nicht Sohn-Rethels umständliche Erklärung darüber, weshalb die „Führerbrief"-Redaktion an seinem Artikel keinen Anstoß nahm; er ahnt es auch so, selbst wenn er diesen Artikel nicht gelesen hat. Und wer gar Sohn-Rethels Gipfelleistung, sein Buch über die geistige und körperliche Arbeit, zur Hand genommen hat, der weiß endgültig, daß dieser Mann nicht Marxist, sondern „Marxologe" ist, d. h. ein intellektueller Bürger, der nicht etwa Marx' Lehre in die Tat umsetzen, sondern den Nachweis führen will, daß diese Lehre veraltet und in unserer Gegenwart unanwendbar ist.

Um zum „Führerbrief"-Artikel zurückzukehren: Wir deuteten schon an, daß möglicherweise an der Behauptung Sohn-Rethels, mit diesem Artikel sollte die KPD-Führung von der Einheitsfront-Politik ab- und auf den Weg eines verschärften Kampfes gegen die Sozialdemokratie hingebracht werden, „etwas dran sein" könnte. Wenngleich, wie schon dargelegt, keine Rede davon sein kann, daß die KPD damals etwa nicht auf den Kampf um die Macht orientiert gewesen wäre, und wenngleich der „Vorwurf", das Denken der Parteiführung der KPD habe nicht „über die Einheitsfront mit den Sozis zur Rettung der Demokratie" hinausgereicht, ein sehr eindeutiges Licht auf die Zuverlässigkeit der Angaben Sohn-Rethels wirft, so ist doch Tatsache, daß bereits die — rückschauend betrachtet — noch keineswegs ausreichenden Bemühungen der KPD um die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern damals bei der deutschen Großbourgeoisie schon tiefe Beunruhigung ausgelöst hatten. So hieß es etwa in einem Bericht des Thüringischen Ministeriums des Innern vom 18. Juli 1932 an das Reichsinnenministerium: „Von seiten der Polizeibehörden werden wir darauf hingewiesen, daß die Organisierung einer ‚Antifaschistischen Aktion' zu einer außergewöhnlichen Gefahr für die bestehende Staatsordnung werden kann. Es sei fraglich, ob die sozialistischen Arbeiter noch weiterhin ihren Führern folgen werden, da in diesen Kreisen vielfach nur in dem Zusammenschluß mit den Kommunisten ein Ausweg aus den bestehenden Verhältnissen gesehen wird" [19]).

Auch die „Führerbrief"-Redaktion verfolgte sehr aufmerksam die Politik der KPD und gab sowohl ihren großbürgerlichen Lesern als auch den Behörden taktische Anweisungen zu ihrer wirkungsvollsten Bekämpfung. So liest man etwa in Nr. 85 der „Führerbriefe" vom 1. November 1932 in der Betrachtung, überschrieben „Die Kommunisten vor den Wahlen": „Die proletarische Einheitsfront der werk-

[18]) Ebd.

[18a]) Für Leser, die sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung auskennen, sind solche Aufrufe nicht neu; sie gehörten schon in den 20er und 30er Jahren zum Repertoire des Trotzkismus. So schrieb beispielsweise der Trotzkist Daniel Guérin, daß es „die Arbeiterklasse, gelähmt durch ihre Organisationen und Führer", nicht vermocht habe, „in der Stunde der Auflösung der kapitalistischen Wirtschaft die Macht zu ergreifen . . ." (Zitiert nach Ernst Nolte, Theorien über den Faschismus, Köln-Berlin [West], 1967, S. 272).

[19]) Die Antifaschistische Aktion, hrsg. v. Heinz Karl und Erika Kücklich, Berlin 1965, S. 188.

tätigen Massen als solche bleibt zwar nach wie vor eine der wichtigsten Parteilosungen, das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, wie es am 20. Juli und in der nachfolgenden Zeit versucht worden war, ist jetzt aber wieder preisgegeben worden" [20]). Es ist sehr wahrscheinlich, daß das „Körnchen Wahrheit" der Vorwürfe Sohn-Rethels an die Adresse der KPD über ihr Streben nach „Einheitsfront mit den Sozis" eben darin besteht, daß sie eine späte und verkehrte Widerspiegelung jener Besorgnisse der Bourgeoisie über die Einheitsfrontbemühungen der KPD darstellt. Dann wäre seinem Mitte September 1932 erschienenen Artikel, wenn nicht von ihm selbst, so doch von der Redaktion, die Funktion zugedacht gewesen, auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der KPD im Sinne einer Schwächung der als höchst bedrohlich empfundenen Aktionseinheitsbestrebungen und der Stärkung der sektiererischen, jede Einheitsfront mit den „Sozialfaschisten" ablehnenden Tendenzen einzuwirken. Tatsächlich wurden in dem Artikel Sohn-Rethels Formulierungen verwandt, die als Bestätigung der „Sozialfaschismus"-These wirken mußten (und tatsächlich auch in diesem Sinne aufgenommen wurden). So etwa, wenn Sohn-Rethel ausführte: „Die damalige (gemeint ist 1918, d. V.) Sozialdemokratie und der heutige Nationalsozialismus sind sich darin funktionell gleich, daß sie beide ... die von ihnen geführten Massen statt zu der proklamierten Revolution zur Neuformung der bürgerlichen Herrschaft lenkten. Der oft gezogene Vergleich zwischen Hitler und Ebert hat in dieser Hinsicht Gültigkeit" [21]). Sohn-Rethel führt für diesen „Parallelismus" noch viele weitere Beispiele an, die zu zitieren wir uns ersparen, da sie ja im „Kursbuch" nachgelesen werden können.

Es kann also zunächst einmal festgestellt werden: Sohn-Rethels Erklärung dafür, weshalb die „Führerbrief"-Redaktion seinen Artikel durchgehen ließ — weil sie nämlich zu dumm gewesen wäre, dessen „marxistischen" Inhalt zu erkennen —, entbehrt jeder Grundlage. Wenn dieser Artikel überhaupt darauf gezielt war, auf die Politik der KPD einzuwirken, konnte er das nur in einem der Redaktion durchaus erwünschten Sinne tun — nämlich im Sinne der Stärkung solcher Tendenzen in der KPD, die der Herstellung der antifaschistischen Aktionseinheit hinderlich waren. So gesehen, erwiese sich der Artikel Sohn-Rethels nicht als heimliche, im Alleingang vollbrachte Wahlhilfe des schlauen Sohn-Rethel für die KPD, zu der er die dumme, ahnungslose „Führerbrief"-Redaktion benutzte, sondern umgekehrt als raffinierte Provokation gegen die KPD durch den Klassengegner, zu der die schlaue Redaktion den — nun ja — nicht eben sehr klugen und erfahrenen Sohn-Rethel benutzt hätte.

Wir möchten ausdrücklich vermerken, daß wir auf solche Überlegungen überhaupt nicht verfallen wären, wenn Sohn-Rethel nicht selbst so nachdrücklich behauptete, der einzige Zweck seines Artikels habe darin bestanden, auf die KPD einzuwirken, und wenn er nicht versucht hätte, diese Behauptung mit so merkwürdig abwegigen Argumenten zu belegen. Denn wer Sohn-Rethels Artikel aufmerksam gelesen hat, für den ist es zweifelsfrei klar, daß der Hauptzweck dieses Artikels ein ganz anderer war, als auf die KPD einzuwirken, nämlich der, der deutschen Oberklasse klarzumachen, daß sie erstens ohne Massenbasis nicht hoffen konnte, ihre Herrschaft zu rekonsolidieren; daß zweitens diese Rekonso-

[20]) „Deutsche Führerbriefe", Nr. 85, v. 1. 11. 1932. Im letzten Absatz dieses Artikels geben die „Führerbriefe" folgende Empfehlungen für den wirkungsvollsten Kampf gegen die KPD: „Von Wichtigkeit ist schließlich für die Beurteilung der kommunistischen Erfolgsmöglichkeiten die Frage der behördlichen Abwehr. Wirksam sind nicht kleinliche Schikanen, sondern Maßnahmen wie Beschlagnahmung von Rotationsmaschinen und Verbote von Versammlungen kurz vor ihrem Beginn. Direkt töricht ist das kürzlich erfolgte Verbot der 1000 von der ‚Welt am Abend' in proletarischen Familien für die Notleidenden eingerichteten Freitische. Ein besonderes Augenmerk sollten die Behörden den Fünfzehnjahrfeiern der bolschewistischen Herrschaft widmen und nach Möglichkeit lediglich Darstellungen des gegenwärtigen Zustandes und nicht der Methoden und Wege, wie man Revolution macht, zulassen."
[21]) „Kursbuch", 21, S. 17 f.

lidierung nunmehr mit Hilfe der NSDAP versucht werden müßte, und daß drittens die NSDAP dazu berufen sei, die SPD in der Rolle der politischen Führung der Gewerkschaften abzulösen. Sohn-Rethel formulierte das so: „Durch ihre Loslösung von der Sozialdemokratie entfällt für die Gewerkschaften ihre bisherige politischen Akzentuierung legen aber die Vermutung nahe, daß sich hinter den Führung zu übernehmen und die Gewerkschaften in eine gebundene Sozialverfassung einzubringen ... so würde der Nationalsozialismus damit zum Träger einer für die künftige bürgerliche Herrschaft unentbehrlichen Funktion ..." [22]).

Der Hauptinhalt des Artikels besteht also darin, der deutschen Großbourgeoisie eine bestimmte politische Kombination als günstigste Variante zur Erreichung des erstrebten Zieles einer antiparlamentarischen Diktatur zu empfehlen. Es handelt sich dabei um eine Konzeption, die nicht die Konzeption einer einzelnen Person und eines einzelnen Artikels war, die vielmehr in den „Führerbriefen" im Jahre 1932 in zahlreichen Artikeln und Beiträgen erwogen wurde.

Zum Beweis dessen dokumentieren wir in diesem Heft sechs Artikel aus den „Führerbriefen", die zwischen Mai und Dezember 1932 erschienen sind. Vier von ihnen sind ebenso wie der Rekonsolidierungsartikel von Sohn-Rethel mit zwei Sternen gezeichnet. Daraus kann geschlossen werden, daß alle diese Zweisterne-Artikel von Sohn-Rethel stammen. Unterschiede in der Diktion und in der politischen Akzentuierung legen aber die Vermutung nahe, daß sich hinter den zwei Sternen verschiedene Autoren verbargen und daß durch die gemeinsame Kennzeichnung mit zwei Sternen nur auf das besondere Gewicht hingewiesen werden sollte, das die Redaktion jedem dieser Artikel beimaß [23]). Das würde aber erst recht das enge politische Vertrauensverhältnis unterstreichen, das zwischen Sohn-Rethel und der Redaktion bestand. Die Zweisterne-Artikel wären dann als Produkte einer Kollektiv-Persönlichkeit aufzufassen, von der auch Sohn-Rethel ein konstitutives Element darstellte und die in ihrer Gesamtheit Sprachrohr der — ja ebenfalls nicht monolithischen — Monopolistengruppierung darstellte, die hinter den „Führerbriefen" stand. (Der spiritus rector dieser Gruppierung war übrigens nicht, wie Sohn-Rethel in seinem Kommentar irrtümlich angibt, Hjalmar Schacht, sondern der einflußreiche Rhein-Ruhr-Magnat Paul Silverberg, der im Herbst 1932 u. a. durch die Vermittlung der beiden „Führerbrief"-Redakteure Franz Reuter und Otto Meynen einen Faden zur NSDAP zu knüpfen suchte [24]).

Stellt man den Rekonsolidierungsartikel Sohn-Rethels in die Reihe der von uns dokumentierten „Führerbrief"-Beiträge, dann ist unschwer zu erkennen, daß die von Sohn-Rethel behauptete exklusive Einmaligkeit seines Artikels nicht besteht. Er ist nur einer von vielen, in denen über die besten Wege zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems durch Beseitigung der parlamentarischen Demokratie reflektiert wurde. Diese Überlegungen kreisten um die eine Hauptfrage, wie der erstrebten Diktatur zur Vermeidung einer offenen Militärdiktatur eine möglichst breite Massenbasis verschafft werden könnte; in diesem Zusammenhang drängten sich notwendigerweise die Fragen nach der künftigen Rolle der Gewerkschaften und nach der Brauchbarkeit der Nazibewegung zur Lieferung der erwünschten Massenbasis auf.

Aus den dokumentierten Artikeln ist deutlich ablesbar, wie sich die Vorstellungen zu diesen Fragen in Abhängigkeit von der jeweils veränderten politischen

[22]) „Kursbuch", 21, S. 22.
[23]) So wurde z. B. der erste Teil des als Dokument IV wiedergegebenen Artikels „Jena oder Sedan" mit der redaktionellen Bemerkung eingeleitet: „Von besonders geschätzter Seite erhalten wir die folgenden grundsätzlichen Ausführungen zur deutschen Gesamtpolitik." Teil II des Artikels war mit zwei Sternen gezeichnet.
[24]) Henry Ashby Turner jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972, S. 146 ff.

Gesamtlage wandelten. Diese Dokumentation bietet mithin die Möglichkeit, dem komplizierten Prozeß der politischen Meinungs- und Strategiebildung in der herrschenden Oberschicht nachträglich und partiell beizuwohnen. Gerade diese Tatsache war es, die den Ausschlag dafür gab, diese Dokumentation zusammenzustellen. Denn würde sie nur dem Zweck dienen, Sohn-Rethels Kommentar zurechtzurücken, sie würde in krasser Weise das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel verletzten. Doch sie veranschaulicht, welche Bedeutung dem Problem der Massengewinnung oder politischen Integration prinzipiell — und notwendigerweise zu jeder Zeit — in den Strategieerwägungen der finanzkapitalistischen Führungskrise zukommt; sie dürfte daher geeignet sein, nicht nur zu einem präziseren Verständnis des 30. Januar 1933 beizutragen und zu einer dementsprechend größeren Fähigkeit, um seine Vorgeschichte geflochtene Legenden und Mythen von der historischen Wahrheit zu unterscheiden, sondern vor allem auch den Blick zu schärfen für Wesen und Herkunft derjenigen heutigen Integrationsstrategien in der Bundesrepublik, die eine neue durchgängige Bindung insbesondere der Gewerkschaften an ein angebliches „Gesamtwohl" bei gleichzeitiger Stärkung der „Staatsautorität" anvisieren und die in der immer unverhohlener in den Spalten der einschlägigen Konzernpresse durchklingenden Sympathie für die griechische und chilenische „Problemlösung" teils ihre Begleitmusik, teils ihre ungeduldig „vorwärts"drängende Kritik finden.

*

*Dokument I,* „Gregor Strasser und die Gewerkschaften", ist ein Zweisterne-Artikel und stammt möglicherweise aus der Feder Sohn-Rethels. Er wurde Anfang Juli 1932 veröffentlicht, anläßlich der Ernennung Gregor Strassers zum Leiter der Reichsorganisation der NSDAP. Zu diesem Zeitpunkt war man sich bei den „Führerbriefen" noch nicht darüber klar, was man von Strasser halten solle. Man befürchtete von ihm einen „radikalen", auf Verstaatlichung großer Teile der Wirtschaft abzielenden wirtschaftlichen Kurs der NSDAP, begrüßte jedoch zugleich die Fühlungnahme Strassers mit den Gewerkschaften, da es Aufgabe der Nazis sei, die Arbeiterschaft „zur Nation zurückzuführen". Dieser Artikel ist ein direkter Vorläufer des Rekonsolidierungsartikels von Sohn-Rethel.

*Dokument II* ist die Zuschrift eines, wie die „Führerbrief"-Redaktion schrieb, von ihr besonders geschätzten nationalsozialistischen Führers, überschrieben: „Wo steht der Nationalsozialismus?" Diese Zuschrift erschien bezeichnenderweise in der gleichen Nummer wie der erste Teil von Sohn-Rethels Rekonsolidierungsartikel. Der Abdruck dieses Werbeartikels für die Regierungsfähigkeit der „vernünftigen" und „aufbauwilligen" Kräfte der NSDAP war Symptom und Folge der zu dieser Zeit eingeleiteten Kontaktaufnahme Paul Silverbergs zur Naziführung. Der Zeitpunkt spricht dafür, daß Sohn-Rethels Artikel, soweit er sich an die Unternehmer-Leserschaft der „Führerbriefe" wandte, der Werbung für die hinter dieser Annäherung an die NSDAP stehenden Konzeption diente; soweit er sich an die Naziführung — insbesondere an den Strasserflügel — wandte, stellte er eine Art Orientierungshilfe und eine Ermunterung für die Übernahme der ihr zugedachten Rolle dar.

*Dokument III,* „Dillemma des Wählers — Dillemma der Regierung", ist ebenfalls ein Zweisterne-Artikel, der jedoch in seiner politischen Argumentation von Sohn-Rethels Rekonsolidierungsartikel stark abweicht: von den Gewerkschaften ist gar nicht, von den Nazis nur sehr zurückhaltend die Rede. Das könnte für einen anderen Verfasser sprechen, es kann dies jedoch auch lediglich der veränder-

ten politischen Situation geschuldet sein; möglicherweise trifft das eine wie das andere zu. Zum Zeitpunkt, da dieser Artikel erschien — Mitte Oktober 1932 —, hatten sich nahezu alle maßgebenden Gruppen des Monopolkapitals — auch der „Führerbrief"-Kreis — darin geeinigt, die Nazipartei in finanzieller Hinsicht kurzzuhalten, um sie im Hinblick auf den Wahlkampf zu den Anfang November stattfindenden Reichstagswahlen zu zwingen, ihre — notabene: von der Schacht-Thyssen-Gruppe eingeblasene — Intransigenz aufzugeben; bezeichnenderweise war es gerade diese Gruppe um Schacht und Thyssen, die in dieser für die Nazipartei so prekären Situation weiterhin finanzielle und moralische Durchhaltehilfe leistete.

Mit allen übrigen hat dieser Artikel jedoch das cetero censeo der „Führerbrief"-Redaktion gemeinsam: der Parlamentarismus muß — so oder so — vernichtet werden!

*Dokument IV*, „Jena oder Sedan", ist, wie der Rekonsolidierungsartikel, ein zweiteiliger Zweisterne-Artikel; Aufbau und Diktion sprechen dafür, daß es sich dabei um den gleichen Verfasser wie beim Rekonsolidierungsartikel handelt. Es ist dies der wichtigste aller hier abgedruckten sechs Artikel. er bringt am nacktesten und brutalsten die wirklichen Motive der Monopolherren für ihr Streben nach Errichtung der offenen Diktatur zum Ausdruck, nämlich ihre Furcht, nach Überwindung der Krise und nach dem Übergang zu einer neuen Konjunktur würde das Unternehmertum bei Aufrechterhaltung der Parlamentsdemokratie seine „Krisenerrungenschaften" — Krisenlöhne und niedrigste Sozialleistungen — wieder preisgeben müssen. Er weist aus, daß für die deutsche Monopolbourgeoisie 1932 nicht Furcht vor dem Verlust ihrer Herrschaft, sondern unersättliche Profitgier und grenzenloser Expansionsdrang das treibende Motiv für die Übertragung der Macht an die Hitlerfaschisten war. Veröffentlicht wurde dieser Artikel Anfang November 1932, am Vorabend der Reichstagswahlen und unter dem Eindruck der Ohnmacht der Papenregierung gegenüber der proletarischen Widerstands- und Streikwelle gegen die Lohnsenkungsnotverordnung vom 4./5. September 1932. Er widerspiegelt den Groll der deutschen Monopolbourgeoisie über die Unfähigkeit der Papenregierung, mit fester Hand ihr Programm durchzusetzen, und er fordert „die Wirtschaft" auf, das Ihre dazu beizutragen, endlich das „System" zu beseitigen. Bemerkenswert ist übrigens auch, daß in diesem Artikel bereits der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund angekündigt wird, „um unsere Gleichberechtigungspolitik konsequent durchzuführen"; bemerkenswert vor allem deshalb, weil es zu den Lieblingsthesen einer gewissen Geschichtsschreibung gehört, der Austritt aus dem Völkerbund wie überhaupt alle aggressiven Schritte Deutschlands nach 1933 seien gegen den Widerstand von Bürokratie, Wirtschaft und Generalität einzig und allein von Hitler und seiner Partei erzwungen worden.

*Dokument V*, „Gewerkschaften zwischen Partei und Staat", ebenfalls ein Zweisterne-Artikel, veröffentlicht Anfang Dezember, greift wieder die Thematik des als Dokument I veröffentlichten Artikels vom Juli auf und knüpft auch an die von Sohn-Rethel in seinem Rekonsolidierungsartikel angestellten Überlegungen an. Es geht ihm wieder um die Loslösung der Gewerkschaften von den Parteien, insbesondere natürlich um die Trennung der Freien Gewerkschaften von der SPD. Noch deutlicher als die anderen Artikel läßt er die große Bedeutung erkennen, die der „Führerbrief"-Kreis in seinen Überlegungen den Gewerkschaften beimaß, aber auch, wie eng die Verbindungen zwischen Monopolen, Staat und Gewerkschaftsführung (Leipart) geknüpft waren und wie weit ihr gegenseitiges Zusammenspiel gegen die Mitgliedermassen der Gewerkschaften

schon gediehen war. Bezeichnenderweise fehlt jedoch in diesem Anfang Dezember geschriebenen Artikel ein Gedanke, der in dem Mitte September geschriebenen Artikel Sohn-Rethels einer der Hauptgedanken war: mit keinem Wort ist mehr die Rede von der Unterstellung der Gewerkschaften unter die Führung der Nazibewegung.

Der Grund dafür dürfte in der Niederlage Gregor Strassers — der für die Verwirklichung dieser Variante in Aussicht genommen war — in seinem Zweikampf mit Göring zu suchen sein, eine Niederlage, die am 1. Dezember 1932 bereits darin sichtbar wurde, daß Hitler nicht zu dem von Strasser arrangierten Treffen mit General Schleicher erschien, und die am 9. Dezember 1932 zu Strassers Ausscheiden aus der Führung der NSDAP führte. Deshalb fiel man jetzt in den „Führerbriefen" auf eine Lösung zurück, die schon im Mai erwogen worden war [25]), auf den Einbau der Gewerkschaften in den Staat, d. h. auf ihre Verwandlung aus einer Klassenorganisation in ein direktes Instrument eines halb- oder ganzfaschistischen Staates.

*Dokument VI,* der Artikel „Gregor Strasser", stammt wiederum aus der Feder eines Naziführers, der Strasser nahestand. Die Tatsache, daß dieser Artikel in den „Führerbriefen" abgedruckt wurde und daß der darin zum Ausdruck gebrachte Wunsch, Strasser möge bald wieder an hervorragender Stelle wirksam werden, im Leitartikel der gleichen Nummer von der Redaktion ausdrücklich auch in ihrem Namen ausgesprochen wurde [26]), zeigt, wie sehr die politischen Pläne des „Führerbrief"-Kreises auf dem Sieg des Strasserflügels über seine Widersacher in den innerparteilichen Kämpfen der NSDAP aufgebaut gewesen waren.

## Dokument I *)

**Gregor Strasser und die Gewerkschaften** (Deutsche Führerbriefe, Nr. 51, v. 5. Juli 1932)

(Von **) Mit der Übertragung der Leitung der gesamten nationalsozialistischen Reichsorganisation an Gregor Strasser ist seine Persönlichkeit, auch was die Verantwortung für die Gestaltung der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Partei anbetrifft, in besonderem Maße in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten. Ihm ist gleichfalls der bisherige wirtschaftspolitische Berater Hitlers, H. Funck, wenn auch in loser Form attachiert worden. Wenn Funck dank seiner Sonderstellung bis zur Neuordnung einen größeren mäßigenden Einfluß auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei ausüben konnte, so liegt es nahe, in der erfolgten Unterstellung seiner Person unter Strasser eine Schwächung seiner Stellung zu erblicken.

Es ist bei der Persönlichkeit Strassers und den von ihm vertretenen Anschauungen, wenn man eine Prognose stellen soll, damit zu rechnen, daß von ihm nunmehr der Versuch gemacht wird, in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen die NSDAP einen radikalen Kurs mit dem Willen zur Umgestaltung der bestehenden Wirtschafts- und sozialen Verhältnisse einschlagen zu lassen. Über das voraussichtliche Ausmaß eines derartigen Radikalismus im gegenwärtigen Augenblick schon Klarheit zu gewinnen, ist allerdings nahezu unmöglich.

Man darf auch nicht vergessen, daß schließlich die letzte Entscheidung über die grundlegenden Fragen bei dem Führer, Adolf Hitler selbst, liegt. Er ist ein Mann mit so ausgesprochenem Verantwortungsgefühl und, so viel man weiß, auch von einer so ausgesprochenen Abneigung gegen radikale Experimente und die Geltendmachung und

*) Die Schreibweise in sämtlichen Dokumenten wurde unkorrigiert übernommen. D. Red.
25) In einem hier nicht dokumentierten Artikel der „Deutschen Führerbriefe", Nr. 35, v. 6. 5. 1932, überschrieben: Die Gewerkschaften in der Krise.
26) Im Leitartikel der „Deutschen Führerbriefe", Nr. 96, v. 9. 12. 1932, hieß es: „Dieser Artikel" (unser Dokument VI) „spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß die Partei sich doch wieder mit Strasser finden möge. Auch wir halten das für sehr wünschenswert, müssen aber auf die . . . nicht geringe Möglichkeit hinweisen, daß es nicht dazu kommt."

überstürzte Verwirklichung wirtschaftlich und sozialpolitisch unvernünftiger Forderungen, daß in seiner Person schon ein sehr starkes Kontroll- und Korrektivelement gegenüber einem etwaigen, der deutschen Gesamtheit abträglichen Radikalismus einer zukünftigen Parteipolitik liegt. Dabei kann sich Hitler auf zahlreiche maßgebende Persönlichkeiten der Parteileitung, vor allen Dingen auch der wichtigsten Stellen der SA und SS stützen. Eine gewisse Gegensätzlichkeit zwischen diesem sog. militärischen oder militanten Kurs der bewußt unpolitischen und auf rein soldatische Erziehung und Haltung nach dem Willen ihrer Führung bedachten SA und der Richtung Strasser läßt sich bereits seit geraumer Zeit — ohne daß man mit irgendwelcher hämischen Schadenfreude von „tiefgreifenden Differenzen" innerhalb der Partei sprechen sollte — beobachten. Den unmittelbaren Anlaß zu ihrem deutlicheren Hervortreten bildet jetzt wohl die von Gregor Strasser gesuchte Fühlungnahme mit den Freien Gewerkschaften, die von der militanten Organisation der Partei aus ihrer besonders unversöhnlichen Haltung gegen jede Art von Marxismus, namentlich auch in seiner engstirnig gewerkschaftlichen Interessenform, beanstandet wird. Diese Fühlungnahme geht allem Anschein nach auf eine schon vor längerer Zeit in Zürich stattgefundene Konferenz Strassers mit seinem Bruder Otto, dem Führer der „Schwarzen Front", und dem mit diesem eng befreundeten Herausgeber der „Tat" Hans Zehrer zurück. — Zehrer propagiert schon eine ganze Weile eine soziale Radikalisierung der NSDAP, da nach seiner Auffassung das bürgerliche Kräftereservoir durch die Partei gänzlich ausgeschöpft sei und sie trotz gewisser Einbrüche in die marxistische Arbeiterfront doch noch bei weitem nicht in der deutschen Arbeiterschaft Fuß gefaßt habe. Er sieht darin eine Lebensfrage für den Nationalsozialismus und tritt für die Herstellung etwa einer nationalrevolutionären Gewerkschaftsfront ein, als eines maßgebenden Faktors der deutschen Innenpolitik mit dem entscheidenden Willen zu einer umfassenden Umgestaltung der wirtschaftspolitischen und sozialen Verhältnisse.

Bisher haben zwischen Strasser und den Freien Gewerkschaften — auch mit einigen Vertretern der Christlichen und sogar des Reichsbanners soll Fühlung aufgenommen worden sein — nur einige ganz unverbindliche Besprechungen stattgefunden. Die Zurückhaltung und das Mißtrauen auf marxistischer Seite sind naturgemäß sehr stark. Es ist auch nicht etwa der ADGB als solcher beteiligt gewesen, sondern nur einige seiner führenden Mitglieder in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen. Die Haltung des ADGB selbst ist betont nationalsozialistenfeindlich und erst kürzlich durch verschiedene Kundgebungen offiziell bekräftigt worden.

Wer auf dem Standpunkt steht, daß der deutsche Wiederaufstieg nicht über eine Zerschlagung, sondern über eine Einordnung der Gewerkschaften in eine bewußt nationale und wirtschaftlich aufbauende Politik geht, könnte an sich nur seiner Freude über die Fühlungnahme der größten nationalen Partei Deutschlands mit maßgebenden Vertretern der Gewerkschaftsbewegung Ausdruck geben. Der Nationalsozialismus hat in der Tat eine gewaltige Aufgabe an einem großen Teil unserer Arbeiterschaft zu erfüllen: Ihre wirkliche Zurückführung zur Nation und ihre vernünftige, berufsständische Eingliederung in den Wirtschaftsprozeß, ihre Befreiung von einer volkswirtschaftsfremden, ja unwirtschaftlich-feindlichen Einstellung. Es kommt aber alles darauf an, wie er diese Aufgabe anpackt!

Es wurde bereits oben gesagt, daß Gregor Strasser zu einem gewissen Radikalismus neigt, dessen Ausmaß allerdings noch nicht klar ist. Die Tatsache, daß sein Bruder Otto und der Tatkreis die erwähnten Besprechungen anscheinend vermittelt haben, muß, bei der negativen, von zersetzender Kritik und mangelnder schöpferischer Konstruktivität geleiteten Einstellung der Schwarzen Front und des Tatkreises, die bezeichnenderweise keine Abgrenzungen gegenüber dem Kommunismus vornehmen können, doch einigermaßen bedenklich stimmen. Denn es gibt keine nur irgendwie gearteten gemeinsamen Plattformen mit dem Marxismus der Freien Gewerkschaften. Bei aller Notwendigkeit der Beseitigung wirtschaftlicher Mißstände und der Reformbedürftigkeit mancher Wirtschaftseinrichtung geht doch der Wiederaufbau Deutschlands nicht über die Leiche der Privatwirtschaft, sondern er wird und muß sich auf einer Ebene vollziehen, wo man

den nationalen, ebenso sehr wie den sozialen und privatwirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Der Nationalsozialismus sucht noch nach dieser Ebene, sein Schicksal und heute schon zum guten Teil das Schicksal des deutschen Volkes verlangt, daß er sie findet.

## Dokument II

**Wo steht der Nationalsozialismus?** (Deutsche Führerbriefe, Nr. 72, v. 16. September 1932)

*Ein von uns wegen seiner Fähigkeit zur objektiven Beurteilung besonders geschätzter nationalsozialistischer Führer versucht in den nachstehenden Ausführungen die politische und geistige Lage des Nationalsozialismus zu kennzeichnen:*

In der letzten Zeit hat der Nationalsozialismus im Griff nach der Macht schwere Niederlagen erlitten und steht, wenn nicht alles täuscht, in zwei Monaten vor einer weiteren. Es besteht aber auch wenig Veranlassung bei seinen Gegnern, hierüber zu triumphieren. Die offiziellen Barden auf beiden Seiten erweisen ihren Anhängern einen schlechten Dienst, wenn sie unentwegt auf der Leier des ununterbrochenen glänzenden Siegeslaufes oder des endgültigen Stillstandes der Bewegung herumharfen. Solange der Nationalsozialismus in Opposition steht, ist er ernsthaft nicht zu schlagen, während eine Machtübernahme nach dem 14. September 1930 oder 13. August 1932 ihm wahrscheinlich das Rückgrat gebrochen hätte.

Bisher war die Situation für Hitler noch nicht reif; seine große Chance kommt keinen Moment früher als im nächsten Frühjahr. Es ist dabei völlig gleichgültig, ob er aus den nächsten Wahlen mit einer Stimmenzahl von 12 oder 16 Millionen hervorgeht, weil sich sein Anspruch dann nicht auf die putschistische Schlagkraft seiner SA und nicht auf die Zahl seiner Wähler, sondern auf die innere Geschlossenheit der Bewegung, das Vertrauen des deutschen Volkes und eine günstige ökonomische Situation stützen wird.

Es wäre ein schlechter Deutscher und noch schlechterer Nationalsozialist, wer dem Kabinett Papen einen Mißerfolg, vor allem in der Ankurbelung der Wirtschaft, wünschen könnte. Was Papen tut, ist in der großen Linie Geist vom Geiste des Nationalsozialismus, undenkbar ohne seine geistige und agitatorische Vorbereitung, unerfüllbar ohne seine Reservestellung. Papen leistet in derselben Weise wie Brüning eine undankbare, aber notwendige Vorarbeit für das kommende nationalsozialistische Regime. Für seine spätere Stellung in der Geschichte kann man ihm nur wünschen, daß er im Gegensatz zum Zentrumskanzler die Begrenzung seiner Aufgabe erkennt und nach deren Erfüllung den Platz räumt, damit die zweite Phase des Aufbaus des deutschen Staats-, Wirtschafts- und Soziallebens beginnen kann, die ohne den mächtigen Schwung einer großen Volksbewegung nicht durchzuführen ist.

Noch notwendiger ist aber, daß die NSDAP die Aufgaben des nächsten halben Jahres erkennen möchte. Sie wird dann nicht in den Fehler verfallen, mit einer fehlgeleiteten Agitation einem trügerischen Zahlenrausch nachzujagen. Nicht durch die Anstrengungen der Gegner, sondern nur durch eigene Fehler kann dem Nationalsozialismus der Weg zur Macht verbaut werden! Es sind gewisse Anzeichen vorhanden, daß Hitler das Problem der inneren Konsolidierung der Partei und geistigen Ausreifung ihres Ideengutes erkannt hat. In dieser Beziehung lag bisher vieles im argen. Aus der Epoche der Propaganda haben mehr als sich mit positiver Arbeit verträgt, ideenlose Schreier und Asphaltrevolutionäre sich in einflußreiche Posten gedrängt, und das gerade in Berlin, wo am Sitz der obersten Reichsbehörden eine Politik erforderlich wäre, die nicht mit Hetzartikeln des „Angriffs" und aufgeregten Sportpalastversammlungen zu führen ist. Solange Typen vom Schlage des Herrn Goebbels auf diese Weise die Politik Hitlers maßgebend zu beeinflussen versuchen, werden Quittungen in der Art der mißglückten Präsidentschaftskampagne und des 13. August nicht ausbleiben.

Es ist zu bedauern, daß in der Reichstagssession Feder keine Gelegenheit blieb, die vorbereitete Erklärung über das Papen-Programm abzugeben, weil sie vor aller Öffentlichkeit den Beweis geliefert hätte, daß gerade auf dem Gebiete der Wirtschaft die Gerüchte unwahr sind, welche von einer pseudomarxistischen Neigung der Reichsleitung

wissen wollten. Der revolutionäre Schwung der NSDAP, der ihr als Weltanschauungspartei bleiben muß und bleiben soll, wird nicht durch Schimpfkanonaden und Bürgerkriegshetze a outrance bewiesen, sondern durch die Herausarbeitung der neuen Linie in Politik, Kultur und Wirtschaft, um die Hitler sich in seinen Reden bemüht. Man möchte ihm wünschen, daß in der bisher nicht immer glücklichen Auswahl von Sacharbeitern ein Wandel eintreten möge, um den Richtlinien des Führers eine einwandfreie und mit den realen Möglichkeiten in Kontakt stehende Formulierung zu geben. Werden die kommenden Monate weiter in diesem Sinne ausgenutzt, so wird Hitler vom Vertrauen des deutschen Volkes getragen, den moralischen Anspruch auf die Staatsführung erneut erheben dürfen, und keine Macht in Deutschland wird es dann wagen, die Tür vor ihm verschlossen zu halten."

## Dokument III

**Dillemma des Wählers — Dillemma der Regierung** (Deutsche Führerbriefe, Nr. 81, v. 18. Oktober 1932)

(Von **) Viele Wähler befinden sich heute in einer ausgesprochenen Verlegenheit, der immer wieder Ausdruck gegeben wird. Das deutsche Zoon politikon ist auch als Wahltier im allgemeinen ein zählederner und hoffnungsloser Dogmatiker. Es wählt nicht aus einem politischen Instinkt heraus eine Richtung, um das Gewicht der Politik zu verschieben, das Pendel nach einer anderen Seite zu lenken, neue Männer und Methoden im Dienst an der Nation zu erproben, sondern es wählt aus Gesinnung heraus eine Idee und ein Programm. Und wenn es seine ihm parteipolitisch vertraute Gesinnung und Idee nicht mehr wählen kann, weil ihm nüchterner Menschenverstand sagt, daß seine bisherige Partei zusammengeschrumpft ist und nichts mehr zu melden hat, daß seine Stimme nicht mehr zum Zuge kommt, dann wandert es in der Regel zur benachbarten Gesinnung ab, um nur den schwerfälligen Kontakt mit dem deutschen Dogmatismus nicht zu verlieren. Hitler hat hier durch seine Werbung zum erstenmal tief aufgelockert und viele deutschen Menschen daran gewöhnt, Fronten entschieden zu wechseln und beim Verlassen der bisherigen politischen Stellung auch die Nachbarschaft zu überspringen.

Was aber dem bevorstehenden Wahlgang seine besondere Note, aber auch sein besonderes Dillemma gibt, ist, daß diesmal viele Wähler bereit sind, nicht eine parteipolitisch abgezirkelte Gesinnung und Programmatik zu wählen, sondern einem praktischen Verfahren, einem Arbeitsprinzip ihr Vertrauen auszusprechen. Mit anderen Worten: Sehr viele deutsche Menschen möchten diesmal weder eine Partei noch Abgeordnetenliste wählen, sondern möchten die Regierung wählen. Genauer gesagt, sie möchten Hindenburg plus Präsidialkabinett plus wirtschaftlichen Wiederaufbau, ungestört von Parteien und Parlament, wählen. Aber viele dieser Wähler wissen nicht, wie sie diesen Willen zum Ausdruck bringen sollen. Eine Präsidialpartei besteht nicht. Sie ist versucht worden, auch die Regierung hat sie gewünscht und hätte einen brauchbaren Aufmarsch nach dieser Richtung unterstützt. Eine solche Partei wäre aber ein Widersinn gewesen. Eine Regierung, die immer wieder betont, daß sie parteiunabhängig sei, die darüber hinaus der Parteien- und Parlamentsdemokratie offenen Kampf angesagt hat, kann nicht als Parteigründerin auftreten und sich eine Präsidialpartei bestellen. Unser Wähler aber ist der Parteien müde und möchte einfach „Regierung" wählen. Nur weiß er nicht, wie er das ausdrücken soll; denn der Wahlakt ermöglicht ihm nur, Parteien und Abgeordnete zu wählen, die er beide für überflüssig hält oder wenigstens für die Zeit der Krisenüberwindung ausgeschaltet sehen möchte.

Die Deutschnationale Partei, die für die Regierung und die Ausschaltung des Parlaments ist, bietet hier manchen suchenden Wählern keinen Ausweg. Es ist immer wieder erstaunlich festzustellen, wie viele Menschen heute bereit wären, allenfalls deutschnational, aber nicht Hugenberg zu wählen. Eine gewisse Erleichterung bietet daher die Wahlkombination von Deutschnationalen und Volkspartei, obwohl es vielleicht wünschenswerter wäre, die Volkspartei hätte sich eine größere Unabhängigkeit bewahrt.

Schließlich stammt die ganze Verlegenheit aus einer sehr grundsätzlichen Quelle. Im

Grunde sind das heutige Regierungssystem und die Wahl zum Parlament ja zwei unvereinbare Dinge. Zwei ganz verschiedene politische Welten stehen einander gegenüber. Die Präsidialregierung leitet die Souveränität ihrer Arbeit nicht vom Volk ab, dessen Willen durch Parteien und Wahlen ausgedrückt wird, sondern von der Nation, die durch den seinerzeit vom Volk gewählten Reichspräsidenten repräsentiert wird. Die Tatsache, daß eine Präsidialregierung besteht und dennoch Reichstagswahlen möglich sind, schafft Unklarheit und bedeutet im Kern eine Schwäche der Regierung. Somit ist die Zulassung des Wahlakts ein offenes Experiment.

Sie hat nur einen Sinn in folgenden zwei Fällen: Entweder können Reichspräsident und Regierung dem Volk und der Welt durch das Wahlergebnis zum zweitenmal in diesem Jahr beweisen, daß die Volksvertretung nicht arbeitsfähig ist und daß daher auch die Regierungsarbeit nicht auf sie gestützt werden darf. Das wäre Verwertung des Wahlergebnisses zu einer Maßnahme a la Cromwell: Ausschaltung des Parlaments auf kurze Sicht, Einschränkung der Parlamentsrechte innerhalb der Verfassung auf lange Sicht, Abbau des bisherigen Parteienstaats. Oder aber — und das dürfte zunächst die Erwartung der Regierung sein — die Wahl soll taktisch wirken. Sie soll die Schwächung der Nationalsozialisten und des Zentrums erweisen, die Gruppen, die zur Regierung halten, relativ stärken und schließlich durch das Anwachsen des Kommunismus, mit dem gerechnet werden muß, das Bürgertum aufrütteln. In diesem Falle würde die Autorität der Reichsregierung gestärkt, Zentrum und Nationalsozialisten erhielten eine Lektion und würden gefügiger zu einer Tolerierung oder sogar zu einer Unterstützung des Präsidialkabinetts. Jedenfalls muß sich nach der Wahl die Regierung klar mit Reichstag und Parteien auseinandersetzen. Es gibt nur drei Lösungen: Erstens Kompromiß mit den Mehrheitsparteien a la Brüning, zweitens die Parteien tolerieren und dulden für eine bestimmte Aufbauzeit ihre Ausschaltung, drittens Kaiserschnitt am Parlamentarismus. Hingegen ist die Methode, Reichstag und Parteien sich zu Tode wählen zu lassen, falsch. Sie schafft einen Sumpf von Unsicherheit in dem Wirtschaft und Vertrauen ebenso wenig gedeihen können wie eine ruhige Autorität und folgerichtige Arbeit der Regierung.

## Dokument IV

**Jena oder Sedan** (Deutsche Führerbriefe, Nr. 85 u. 86, v. 1. u. 4. November 1932)

*Von besonders geschätzter Seite erhalten wir die folgenden grundsätzlichen Ausführungen zur deutschen Gesamtpolitik, die, unabhängig vom jeweiligen Tageskampf der Dinge und manchen Einzelheiten jedenfalls sorgfältiger Beachtung wert sind.*

Die deutsche Politik bietet in der nächsten Zeit einem gestaltenden Staatsmann die größten Chancen, sie bedrängt gleichzeitig den politischen Hasardeur, Draufgänger und Dilettanten mit den größten Versuchungen. Es gilt, zu den Aufgaben ein gläubiges und tatkräftiges Ja, zu den Versuchungen ein unbeirrtes Nein zu sagen. Es gilt, ein Jena der deutschen Politik zu vermeiden, ein Sedan zu gewinnen.

Wir haben vor nicht langer Zeit ein Jena in der Außenpolitik erlebt, das wir methodisch selbst verschuldet hatten: die Niederlage des Zollunionvorstoßes. Den Patrioten, der in den letzten Monaten die deutsche Außenpolitik aufmerksam verfolgte, beschleichen Sorgen, ob die Wert- und Rangfolge unserer außenpolitischen Ziele richtig abgestimmt ist und wir nicht nach dem Grundsatz verfahren: Qui trop embrasse, mal etreint. Der Gleichberechtigungsschritt erfordert einen sehr langen Atem und vielleicht weittragende Konsequenzen, von denen man wissen muß, ob man sie wagen kann. Während der Abrüstungskonferenz haben wir einen Trumpf in der Hand und können wir „warten". Nachher ist das Warten bei den andern, ein problematisches Tun bei uns. Ferner muß man fragen, ob die deutsche Außenpolitik immer die Mittel auf das Ziel einstellt. Die Vorbereitung der Gleichberechtigungsdemarche war mangelhaft; wie konnte es zu dem völligen Abreißen des Fadens nach London kommen? War es zweckmäßig, die Italiener kurz vor Stresa devisenpolitisch vor den Kopf zu stoßen? Man muß weiter die deutsche Außenpolitik vor einem allzu „westlichen" Kurs warnen. Ist es richtig, die

Rapallopolitik so sichtbar verfallen zu lassen? Kann uns die vom Reich her gesehen zentrifugale Entwicklung der Dinge in Österreich so gleichgültig lassen? Wie stehen wir zum Völkerbund? Vielleicht müssen wir uns in Bälde von ihm distanzieren, um unsere Gleichberechtigungspolitik konsequent durchzuführen. Paßt es aber in die Linie, wenn man die Entsendung eines diplomatischen Vertreters Deutschlands beim Völkerbund betreibt? Alle diese Fragen gehen von der sorgenvollen Erwägung aus, daß schließlich die Außenpolitik das Paradepferd eines neuen nationalen und autoritären Kurses ist, vor allem, nachdem man der Mitte und der Linken so lange und weitgehend mit Recht Weichheit und Erfolglosigkeit in der außenpolitischen Arena vorgeworfen hat.

Für die Innenpolitik gilt die Alternative „Jena oder Sedan" in besonders eindringlichem Maße. Gerade bei der notwendigen Verfassungsreform treten große Versuchungen an den Politiker heran. Vor zwei dieser Antoniusversuchungen muß besonders gewarnt werden, vor einer Restauration und dem Föderalismus. Die Haltung der Regierung sollte hier, auch in den Andeutungen und Vorbereitungen, stets so klar und unzweideutig sein, daß jene beiden Begriffsreliquien erst gar nicht in die nationale Diskussion kommen. Hier muß sich die Regierung sowohl Kronprinzen wie bayerische Belange weit vom Leibe halten. Es liegt auf der Hand, daß Reichsverweserschaft Reichsverwesung bedeuten würde, oder glaubt jemand, das in Gegensätzen bis zum Zerreißen gespannte Deutschland könnte auch dies leichtfertige, überdies konstruktiv und machtpolitisch ganz und gar unnütze, Experiment noch auf seinem geduldigen Buckel tragen? Die Überspitztheit der angelesenen Patentdemokratie läßt sich nicht durch einen gedankenlosen Griff in deutsche Vergangenheit überwinden, sondern nur durch einen Schritt vorwärts, der sich wirklich um Realität, um die Grundlegung eines neuen Zusammenarbeitsverhältnisses von Staatsbürgertum und Staatsführung bemüht. Und der gewerkschaftliche Paritätsfimmel kann nicht durch eine romantische Berufsstandsmystik, durch den Einbau eines ausgeleierten Stück Mittelalters in die moderne Wirtschaft mit ihrer ständigen Fluktuation überwunden werden. Wir sind ferner der Ansicht, daß sich bei einer Rückkehr zu Bismarck in dem Verhältnis von Reich und Ländern der Reichsbaumeister im Grabe herumdrehen würde. Wenn er wiedererscheinen könnte, würde er wahrscheinlich wieder im schärfsten Konflikt mit den „Konservativen" liegen. Die Aufgabe, die mit der Reichsgründung gleichzeitig den Geschlechtern und der deutschen politischen Oberschicht gestellt wurde, war stetige Überwindung des bundesstaatlichen Charakters, Wachsen des Reichs, Absinken der Länder bis zur Bedeutung von Verwaltungsprovinzen. Weil Republik und Demokratie, das „System", den Einheitsstaat auf ihr Programm geschrieben hatte, ist es noch keineswegs national, gegen den Einheitsstaat und für Stärkung des föderativen Charakters zu sein. Aus dieser politischen Krise muß das Reich, muß die Reichsverwaltung gestärkt hervorgehen, sonst war die Krise nur Not und Sumpf, sonst gebar sie nicht aus Erschütterung und Läuterung neue staatliche Kraft.

Nicht minder mahnend drängt sich die Frage „Jena oder Sedan" im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf. Es besteht jetzt die Chance, das tatsächliche „System", das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, zu ändern. Aber es fehlt an Einheit und Willen in der Wirtschaft. Wir sind heute endlich soweit, ohne Sozialdemokraten zu regieren, aber der Einsatz eines bürgerlich-privatwirtschaftlichen Regimes wird zunächst geschwächt durch einen starken Gegensatz von liberalem und feudalem Kapitalismus in den Zielen und Maßnahmen, durch den alten Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft, der nach demokratischen Spielregeln durch ein Junktim überbrückt wird, das paritätisch beiden Interessen Befriedigung gewährt und so die Politik der Wirtschaftsbelebung, wie in der Kontingentsfrage, zur Echternacher Springprozession macht. Eine Verschärfung des Agrarkurses in der bisherigen Linie muß das Wirtschaftsprogramm des Kabinetts aushöhlen; die Ankurbelung kann auch für die Landwirtschaft wesentlich nur von der industriellen und gewerblichen Seite kommen. Hier liegen Jena und Sedan dicht nebeneinander. Mit einer Mehrbeschäftigung von nur einer Million und einer Überleitung der Krise zur Depressionstabilität wird vor allem eins erreicht: die ganze verkrampfte, teils snobistische, teils romantische Problemstellung der Zehrer und Fried, Spann und Feder wird wieder in weitesten Kreisen der vernünf-

tigen Erkenntnis Platz machen, daß auch diese Krise nur auf dem Boden des Kapitalismus durch Einmünden in eine neue gedämpfte Prosperität überwunden werden kann. Dann muß der Rest unserer Sorgen mit Vernunft und Planmäßigkeit gelöst werden. Die Windbeutel aller um Massengunst, Jugend oder Intellektuelle buhlenden Lager und Kreise können dann nicht mehr mit Wundermedizinen, die aus 2 mal 2 fünf machen wollen, kommen.

Aber dazu muß man fragen: Was ist bereits getan, um unser wirtschaftlich-sozialpolitisches System in seiner Struktur zu ändern? Und hat man in der Wirtschaft wirklich den Willen zu dieser Änderung, zu einer neuen wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit? Vorläufig wird man die große Sorge nicht los, daß nach dem Ablaufen des Krisenwassers alles wieder wie einst im Mai der „Systemzeit" wird; denn Apparat und Einstellung sind ja geblieben. Sobald wieder die Konjunktur einsetzt, werden Bürokratie und Parteien jenen Apparat wieder bedienen. Nur ein Beispiel: Die Lohnsenkungsverordnung bringt keinen Umbruch des sozialpolitischen Systems, sondern im Gegenteil seine Befestigung. Für das Linsengericht einer Lohnsenkung durch Staatsinitiative tauscht die Wirtschaft eine Stärkung des Schlichtereinflusses bis ins Betriebsleben ein. Ein Systemwandel wäre es gewesen, wenn die Regierung die Tarifauflockerung und Lohnsenkung freigegeben und die Wirtschaft dann beides im freien Spiel durchgepaukt und ein der Wirtschaft gemäßes System ausbalanziert hätte.

So ist das staatliche Lohnamtssystem gestärkt worden. Zwar arbeitet es zur Zeit mit Minusvorzeichen, bequem für den Unternehmer. Man wird erleben, wie es daraus gerade eine historische Rechtfertigung ziehen und später dafür wieder um so emsiger mit Plusvorzeichen arbeiten wird. Der Sinn der Krise müßte für das Unternehmertum sein, dies System, auch mit vorübergehenden Unbequemlichkeiten, los zu werden und den Gewerkschaften zu beweisen, daß man den Staat nicht braucht. In der Konjunkturzeit wird man es nie mehr los werden. Auch die jüngste Heraufsetzung der Sozialleistungen, die übrigens mit der Ermächtigung zu sozialpolitischen Verordnungen, die „vereinfachen und verbilligen" sollen, nicht in Einklang gebracht werden kann und als Wahlmanöver versagen muß, deutet als Vorwegnahme konjunktureller Entwicklung schon an, wie der Apparat in der Konjunktur wieder funktionieren wird.

Sedan oder Jena? Wirklich Reform am bisherigen System oder nur Einschrumpfungen und Verkleistern von Rissen? Ausschöpfen der Krise und ihrer Kraft zur Reinigung und Neuorientierung oder Fortwursteln von einem Tag zum andern mit der sicheren Gewißheit, daß nach Jahr und Tag wieder das alte Theater losgeht? Das ist auch die epochale Frage an die Wirtschaft. Gerade sie müßte zurzeit viel mehr grundsätzliche Kämpfer auf lange Sicht an die Front schicken, die über den Tagesopportunismus hinaussehen und -streben.

## Dokument V

**Gewerkschaften zwischen Partei und Staat** (Deutsche Führerbriefe, Nr. 94, v. 2. Dezember 1932)

(Von **). Die Gewerkschaften befinden sich gegenwärtig in einer äußerst schwierigen Situation. Da sie sich nach und nach notgedrungen doch einiges von ihren sozialpolitischen Errungenschaften haben nehmen und von dem früheren Lohnniveau wenigstens erhebliche nominelle Abstriche gefallen lassen müssen, verlieren sie in empfindlicher Weise an Vertrauen in der Arbeiterschaft, während gleichzeitig von unten her die radikalen Strömungen es an keiner Anstrengung fehlen lassen, die Lage für sich auszunutzen und die Arbeiterschaft zu sich hinüberzuziehen. Die letzten Wahlergebnisse gestatten die sichere Vermutung, daß zwischen 1,5 und 2 Millionen freigewerkschaftlich organisierter Mtiglieder ihre Stimme für die kommunistische Partei abgegeben haben. Hätten die Kommunisten in ihrer Gewerkschaftsarbeit bisher nicht so ausgesprochen ungeschickt manövriert, so wäre es schon jetzt um den Bestand der freien und wohl auch der christlichen Gewerkschaften schlecht bestellt.

Bis zum gegenwärtigen Augenblick allerdings kann, was die Gewerkschaftsführung sel-

ber angeht, die Regierung mit den Wirkungen der politischen Entwicklung recht zufrieden sein. Diese hat der Bürokratie, insbesondere der freien Gewerkschaften, deutlich zu spüren gegeben, daß sie um ihrer selbst willen einer engeren Anlehnung an den Staat bedarf, und je weiter wir uns von dem Parlamentarismus Weimarer Stils entfernen, um so wertloser wird für die Gewerkschaften die Bindung an die sozialdemokratische Partei. Die Rede Leiparts an der freigewerkschaftlichen Bundesschule in Bernau hat gezeigt, daß er die Logik der Entwicklung verstanden hat und bereit ist, die Konsequenzen aus ihr zu ziehen. „Als Gewerkschaften gehen wir auch über die Parteibindung hinaus... Wir sind zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen." Diese erfreulichen Sätze sowie das dem Kundigen freilich weniger überraschende Bekenntnis zur Nation haben denn auch den gebührenden Widerhall gefunden. Sie sind um so ernster zu nehmen, als sie in der Tat von Leipart Wort für Wort überlegt waren, wie überhaupt von ihm die Bernauer Rede mit ihrem Verfasser, dem Direktor der Bernauer Schule, Seelbach, der vor etwa zwei Jahren von der Düsseldorfer Staatlichen Schule für Wirtschaft und Verwaltung nach Bernau gekommen und seitdem der intime Berater Leiparts geworden ist, auf das Genaueste durchgesprochen worden war. Skeptiker weisen demgegenüber auf das Dementi hin, das einige Zeit darauf im Vorwärts unter Leiparts Namen angebliche Loslösungsbestrebungen von der Sozialdemokratie in Abrede zu stellen suchte; in Wahrheit aber hat sich Leipart die Unterschrift unter dem ihm von anderer Seite vorgelegten Text nur sehr widerwillig abnötigen lassen. Bedeutsamer als dieses Dementi und der Wahlaufruf des ADGB ist die weitere Tatsache, daß, wie wir hörten, Leipart dem Schriftleiter des wissenschaftlichen Organs des ADGB, Dr. Lothar Erdmann, den Auftrag gegeben hat, ihm ein Gutachten über den staatsrechtlichen Charakter der Gewerkschaften auszuarbeiten, in dem Sinne, daß die Gewerkschaften für ihre Stellung zum Staat durchaus auf eigenen Füßen stehen und daher unabhängig von jeder Bindung an eine Partei gleichsam die ständische Staatsunmittelbarkeit für sich in Anspruch nehmen dürfen. Es ist in der Tat kein Zweifel, daß Leipart und sein noch immer stattlicher Anhang, zu dem man sicherlich auch Tarnow zu rechnen hat, zur Loslösung von der Sozialdemokratie bereit ist, sobald es die Regierung für richtig hält, ihm auf diesem Wege entgegen zu kommen.

Hierfür nun gäbe es eine Reihe nicht ungünstiger Möglichkeiten, die trotz der mit Rücksicht auf die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft gebotenen Behutsamkeit sehr wohl genutzt werden könnten und auch den Gewerkschaften die nötigen Vorteile bieten würden. Ein am 6. Oktober in der „Tgl. Rundschau" erschienener Aufsatz „Die Gewerkschaften und der Staat", der unter dem Pseudonym Edmund Kleinschmidt ein führendes Mitglied der christlichen Gewerkschaften zum Verfasser hatte, vertrat den beachtenswerten Gedanken, man solle die Gewerkschaften in dem Maße, in dem sie sich von der alten klassenkämpferischen Einstellung entfernen und der Idee der nationalen Gemeinschaft im übergeordneten Ganzen des Staates zuwenden, schrittweise in den Dienst staatlicher und halbstaatlicher Aufgaben stellen und ihnen in zunehmendem Maße öffentlich-rechtliche Funktionen anvertrauen. Schon jetzt haben die Gewerkschaften von sich aus Wert darauf gelegt, sich in den freiwilligen Arbeitsdienst einzuschalten. Die Siedlung ist ein weiteres Gebiet, zu dem man sie heranziehen kann. Von der Seite des Reichsbanners in enger Verbindung mit den Gewerkschaften nimmt man in offenem Gegensatz zur sozialdemokratischen Parteileitung ein lebhaftes Interesse am Wehrsport und möchte im Reichskuratorium für Jugendertüchtigung vertreten sein. Auch die Organisierung und stärkere Bindung der Arbeitslosen im Rahmen der einzelnen Verbände wird, um jene nicht völlig den Kommunisten auszuliefern, neuerdings im ADGB erwogen. Auf allen diesen Gebieten sehen die Gewerkschaften sich von Gefahren bedroht, solange diese Dinge allein in den Händen der staatlichen Stellen liegen, so daß sie bereitwillig zugreifen würden, wenn die Regierung ihnen die Möglichkeit bietet, sich an ihnen einen Anteil zu erobern und einen gewissen Einfluß auf sie zu sichern. Dies aber ist um so weniger vermeidlich, als die Wirtschaftskrise lohnpolitische Konzessionen für absehbare Zeit völlig ausschließt. Da andererseits die Bedrohung der Gewerkschaften von links her vorderhand nicht nachlassen wird, kann man der Anlehnungsbedürftigkeit und daher der positiven Einstellung der Gewerkschaftsbürokratie zum Staate weitgehend versichert sein.

Dazu kommt ein Umstand, der nur selten beachtet wird, aber von nicht geringer taktischer Bedeutung ist. Schon jetzt besitzt nämlich die Regierung eine faktische Kontrolle über die Verwendung, die die einzelnen gewerkschaftlichen Verbände von ihrem Vermögen machen. Dieses Vermögen, dessen Realwert man nach annähernden Schätzungen immer noch mit insgesamt 90—95 Mill. RM ansetzen kann, ist weitaus überwiegend in Pfandbriefen festgelegt. Um diese in Geld zu verwandeln, sind die Verbände entweder zur Lombardierung auf die Reichsbank oder zum Verkauf auf die Börse angewiesen. Beide Wege kann die Regierung im Notfall versperren, wenn die Gewerkschaften von ihren Mitteln anstatt etwa zur Auszahlung von Unterstützungen zur Finanzierung von großen wirtschaftsschädlichen Arbeitskämpfen Verwendung machen wollten.

Besondere Beachtung verdient die Diskussion, die in letzter Zeit auch innerhalb der Gewerkschaften und von der Arbeiterschaft her in wachsendem Maße über die Tarifverträge geführt wird. Es wird gegen die Rahmen- und Bezirkstarife immer häufiger geltend gemacht, daß sie sich in der Krise aus einem Instrument der erfolgreichen Interessenvertretung der Arbeiterschaft in Instrumente des Lohndrucks von oben verwandelt haben, und es wird darauf hingewiesen, daß sich der Lohn in manchen Betrieben, in denen bloße Firmen- und Werkstarife bestehen, besser gehalten habe, als in den Fällen übergreifender Bindungen. Daher haben manche Verbände schon jetzt ihre Bezirks- und Ortsverwaltungen angewiesen, neue Tarifbindungen möglichst gar nicht oder doch nur mit größter Vorsicht und Zurückhaltung abzuschließen. Diese Skepsis gegen den Tarifvertrag wird aber zweifellos durch die kürzlich gefällte Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts, wonach die Friedenspflicht der Gewerkschaften sich auch auf die Bestimmungen der Notverordnung vom 5. Sept. erstreckt, noch erheblich gestärkt werden, da gesagt wird, daß nun die Gewerkschaften an Verträge gebunden seien, in die der Staat ihnen willkürlich Bestimmungen hineindekretieren könne, denen sie gar nicht zugestimmt haben, womit praktisch das Koalitionsrecht aufgehoben werde. Politisch aber liegt die Sache so, daß die Gewerkschaftsbürokratie an der tarifvertraglichen Lohnregelung um ihrer eignen Stellung willen aufs höchste interessiert ist, während auf der andern Seite die betriebsweisen Lohnkämpfe in kürzester Zeit vollständig unter kommunistischen Einfluß geraten müßten. Der Kampf der Gewerkschaftsbürokratie um die Erhaltung des Tarifvertrages ist nicht zuletzt der innere Kampf gegen den Kommunismus. Deshalb sollte man auch solche Äußerungen nicht überhören, wie sie Tarnow auf der Kundgebung des ADGB und des Afa-Bundes im Reichswirtschaftsrat getan hat, daß organisierte Arbeitskämpfe für die Regierung bedeutend angenehmer sein müßten als wilde Streiks, d. h. kommunistisch geführte Aktionen. So richtig es daher war, den Dingen bis jetzt ihren Lauf zu lassen und die Gewerkschaftsführung gefügig und mürbe zu machen, so mehren sich doch nunmehr die Anzeichen, daß der Zeitpunkt sich nähert, an dem die Regierung in die Entwicklung wird eingreifen müssen.

## Dokument VI

**Gregor Strasser** (Deutsche Führerbriefe, Nr. 96, v. 9. Dezember 1932)

*Von gut unterrichteter nationalsozialistischer Seite erhalten wir folgende Darstellung, welche die Gründe des Ausscheidens Gregor Strassers als Organisationsleiter der NSDAP sowie aus seinen sonstigen Parteiämtern, das trotz des offiziellen Dementis Tatsache ist, beleuchtet.*

Der beste Mann Hitlers — die Zuneigung und genauere Unterrichtung eines Freundes könnte sagen, der beste, jedenfalls aber der staatsmännischste Kopf der NSDAP — hat seinen Posten verlassen, auf dem weiter auszuhalten ihm sein Gewissen als deutscher Mann und seine Gewissenhaftigkeit als Leiter der Parteiorganisation verbot. Im Kriege ein tapferer Frontsoldat, in der stürmischen Zeit des Nachkrieges ein fröhlicher und unerschrockener Aktivist, hatte er in den letzten Jahren eine Weite des politischen Blickes, eine Reife des Urteils und eine Höhe des Verantwortungsbewußtseins gegenüber dem deutschen Volke erlangt, die ihm ein über die Grenzen der Partei hinausgehendes Ansehen verschafften und ihn eine deutsche Hoffnung werden ließen. Stets ein Vorkämpfer für die große Idee der nationalen und sozialen Befreiung und Erneuerung des deutschen Menschen, hatte er seine Tätigkeit früh mit der aufstrebenden Hitlerbewegung

verbunden, deren Verbreitung im Norden und Nordwesten Deutschlands und vor allem deren Organisation als Partei sein Werk waren.

Als Sozialist im echten und wahren Sinne des Wortes hatte er aus kleinsten Anfängen heraus die nationalsozialistischen Betriebszellen zu einem 300 000 Mitglieder zählenden mächtigen Gebilde entwickelt. In seiner bekannten Sportpalastrede bezeichnete er diese ihm besonders am Herzen liegenden Betriebszellen als den Anfang einer neuen Arbeitnehmerfront, die er fern vom Materialismus internationaler Arbeiterorganisationen aufgefaßt wissen wollte, durch die eine unbedingt notwendige Erziehungsarbeit am deutschen Arbeiter in geistiger und ethischer Hinsicht vorgenommen werden müsse und wodurch seine Überführung von der Arbeiterschaft zum Arbeitertum durchgeführt werde. Seine Reichstagsreden und die beiden Rundfunkreden, in denen er eine fundierte Gesellschafts- und Staatslehre darlegte und sein heißes Bemühen um die Schaffung von Arbeit und Brot kundtat, sicherten ihm das Ohr des gesamten deutschen Volkes. Wenn er immer wieder die Notwendigkeit hervorhob, daß eine breite Regierungsbasis geschaffen werden müsse und unter Ablehnung aller Experimente neue Gedanken in Wirtschaft und Politik zum Durchbruch kommen müßten, so fand er gleichmäßig die Zustimmung aufgeweckter und nationalbewußter Unternehmerkreise wie die begeisterte Anhängerschaft von Gruppen des Mittelstandes und der Arbeitnehmerschaft, auch soweit sie nicht in der Front seiner Partei standen.

In der praktischen Politik vertrat er seit geraumer Zeit die Forderung, daß die NSDAP in die Staatsgeschäfte eingeschaltet werden müsse. Er kannte die Kräfte, die einzusetzen waren, und die Gefahren, die aus einer weiteren Fernhaltung entspringen mußten. Er fühlte, daß die Stunde der NSDAP nunmehr gekommen war, „auf daß sie sich bewähre oder beim Versagen zu Grunde gehe".

Aus dieser Haltung ergeben sich die wirklichen Gründe seines Ausscheidens, die er nach unseren Informationen in seinem Briefe an Hitler dahin bezeichnete, daß er nicht mehr in der Lage sei, als deutscher Mann die Katastrophenpolitik der letzten Zeit mitzumachen und in der Auseinandersetzung mit den heute noch dem Marxismus anhängenden Teilen der Arbeiterschaft nur die Brachialgewalt herrschen zu lassen. In demselben Maße, in dem seit der unglückseligen Parole „Hitler wird unser Reichspräsident" der Einfluß des verantwortungslosesten und innerlich unwahrsten Demagogen der NSDAP auf den Führer stieg, traten besonnene und aufbauende Köpfe wie Strasser und Frick in den Hintergrund. Es machte sich die Neigung zu einer Desperadopolitik breit, die im Choas, d. h. der Herbeiführung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und der Erzeugung einer Präsidentschaftskrise das nächstliegende Ziel der Anstrengungen der NSDAP sehen wollte. Niemand wußte besser als Strasser, daß eine solche Politik nicht nur von mehr als zweifelhaftem Erfolge sein mußte, sondern auch einer großen Bewegung, die sich das Ziel der Erneuerung Deutschlands gesetzt hatte, unwürdig war. Er wußte, daß der in diesen Tagen zum Ausdruck gekommenen scheinbaren Tolerierung der Regierung Schleicher nicht der Wille zur positiven Mitarbeit an den deutschen Problemen zu Grunde lag, sondern nur eine völlig irrige und gefährliche Beurteilung der Gesamtlage.

Als er immer mehr merken mußte, daß der Führer dem in mancher Hinsicht geradezu depravierenden Einfluß von Göbbels und seinem Kreis unterlag, zog er mannhaft die Konsequenzen, zu denen er innerlich um so mehr berechtigt war, als nicht etwa der Nationalsozialismus ihn zu etwas gemacht hatte, sondern umgekehrt der Nationalsozialismus ihm einen großen Teil seines Aufstiegs und seiner Stärke zu verdanken hatte. Es wäre schlimm für die Bewegung, wenn sie es nicht mehr fertigbringen würde, unter Ausschaltung der in ihr heute herrschenden destruktiven und negierenden Elemente Strasser wieder an sich zu ziehen und ihm die gebührenden Möglichkeiten des Aufbauens und Wirkens bereitzustellen. Das deutsche Volk aber muß und wird verlangen, daß die politischen Fähigkeiten und das hohe nationale Denken eines solchen Mannes sehr bald an hervorragender Stelle in seinen Dienst gestellt werden.

# Technik und gesellschaftliche Wertordnung

Von Hans Heinz Holz

## I

Ein oft gebrauchtes Argument in den Diskussionen über politische Entscheidungen beruft sich auf sogenannte „Sachzwänge", insbesondere solche, die sich aus der technischen Durchführbarkeit beziehungsweise Optimierung von Projekten ergeben. Wird zum Beispiel eine Straßentrasse gezogen, ein Brückenbau geplant, ein Flugplatz angelegt, so liefern die Bauingenieure die Sachdaten, aufgrund deren die Ausführungsbeschlüsse gefaßt werden; ihrem sachverständigen Rat sich zu beugen, erscheint vernünftig und sinnvoll. Es erhellt, daß damit das System der Zwecke, aus welchem gesellschaftliches Handeln als rationale Selbstbestimmung zu begründen wäre, durch materiale Fremdbestimmungen limitiert und modifiziert wird — und es ändert nichts daran, wenn wir abstrakt einsehen, daß diese „Sachzwänge" Fetischcharakter haben, nämlich zu Fremdbestimmung verselbständigte Resultate unserer eigenen menschlichen Tätigkeit sind; vielmehr ließe sich der „technologische Schein" durchaus als Ergebnis eines objektiven geschichtlichen Prozesses des Menschengeschlechts im ganzen verstehen, indem die Entlastung von natürlichen Abhängigkeiten in die Herrschaft des Apparats über den Produzenten, des Instruments über den Benutzer umschlägt [1]). Und dieser Umschlag hat dann zur Folge, daß das System der Bedürfnisse, dem die Zwecke letzlich entspringen, in einer Art Rückkopplung durch die Fetischisierung des technisch Machbaren „umfunktioniert" wird. „Die Automatisierung und Versachlichung können auch so beschrieben werden, daß das Verhalten des Menschen zur sogenannten ‚Umwelt' sich gegenüber der Person verselbständigt, und zwar das Verhalten einschließlich der dazugehörigen Ideologien, Gewohnheitsmotive, Gesinnungen und Selbstinterpretationen" [2]). Bürgerliche Philosophen haben daraus die Ideologie vom schicksalhaften Charakter der Technik entwickelt — möge dieser nun, wie bei Heidegger, als „Seinsgeschick", wie bei Freyer als Verselbständigung des Machen-Könnens, wie bei Marcuse als Vorprägung gesellschaftlicher Herrschaftsstruktur aufgefaßt werden.

Dieser gleichsam mythologisierenden, dämonisierenden Auffassung von Technik ist die eher positiv-wissenschaftlich klingende Definition keineswegs entgegengesetzt, die Habermas vorlegt. Er geht davon aus, daß Technik im industriellen Zeitalter mit Wissenschaft verschmolzen ist [3]) und daß beide wiederum mit der ökonomischen Verwertung eine Einheit eingehen („Mit der Industrieforschung großen Stils wurden Wissenschaft, Technik und Verwertung zu einem System zusammengeschlossen") [4]). Daraus folgt, daß als Titel für Technik „die wissenschaftlich rationalisierte Verfügung über vergegenständlichte Prozesse" gebraucht wird; „damit ist dann das System gemeint, in dem Forschung und Technik mit Ökonomie rückgekoppelt sind" [5]). Wenn auch mit dieser Definition das

1) So Arnold Gehlen, Die Seele im technischen Zeitalter, red. 53, Reinbek bei Hamburg 1957, S. 104 ff.
2) Gehlen, a. a. O., S. 109.
3) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", edition suhrkamp 287, Frankfurt/M 1968, S. 108: „Die Masse technischen Wissens beschränkt sich nicht mehr auf die pragmatisch erworbenen Techniken der klassischen Handwerke, es hat die Gestalt wissenschaftlicher Informationen angenommen, die sich für Technologien verwerten lassen".
4) Habermas, a. a. O., S. 79.
5) Habermas, a. a. O., S. 113.

Syndrom der industriegesellschaftlichen Produktions*weise* richtig charakterisiert ist, so fehlt doch gerade die für die Produktions*verhältnisse* definitive Aneignungsweise und damit der Schlüssel zum Verständnis der gesellschaftlichen Rolle der Technik. Die — positivistischem Verfahren entsprechende — deskriptive Oberflächendefinition erlaubt dann, den *Schein* technischer „Sachzwänge" zwar als solchen zu durchschauen [6]), weil diese eingebettet in den Komplex gesellschaftlicher Interessen kenntlich gemacht werden; aber als die Objektivation der gesellschaftlichen Gesamtarbeit bleibt Technik ein irrevozibles Schicksal der Gattung Mensch, nämlich die „Selbstverdinglichung der Menschen unter Kategorien zweckrationalen Handelns und adaptiven Verhaltens" [7]); und dieses Schicksal wird von der Produktionssphäre her um so nachdrücklicher unaufhebbar, als die wissenschaftlich-technische Verfahrensweise auch auf die Manipulation der Vergesellschaftungsprozesse angewandt wird [8]). Der aus der Entfaltung der Produktivkräfte sich bestimmende und in der Veränderung der Produktionsverhältnisse sich ausdrückende Geschichtsprozeß wird nach dieser Theorie, in der Habermas an Marcuse anknüpft, des immanent forttreibenden Moments seiner eigenen Widersprüche beraubt und stillgestellt [9]). An die Stelle der Geschichte determinierenden Klassenkämpfe tritt nun bei Habermas die — wohl als anthropologische Grundkonstante zu begreifende — „Interaktion" [10]). Deren Erfüllung wäre in der „Entschränkung der Kommunikation" zu sehen, die sich als „öffentliche, uneingeschränkte und herrschaftsfreie Diskussion über die Angemessenheit und Wünschbarkeit von handlungsorientierenden Grundsätzen und Normen" [11]) realisieren müßte.

Eine Diskussion dieser Art könnte aber doch immer nur über die Gegenstände statthaben, die in der Erfahrung gegeben oder aus ihr durch Abstraktion gewonnen sind. Jeder andere Inhalt von Kommunikation würde in unverbindliche Beliebigkeit verfallen. Auch Antizipationen, sogar Fiktionen werden relevant durch ihre Interpretation auf Erfahrungsgehalte — zumeist solche des Gattungssubjekts, also solche einer historischen Lage. Sind es nicht die in der Kommunikation bewußt werdenden gesellschaftlichen Widersprüche innerhalb der Produktionsverhältnisse sich ausdrückende Geschichtsprozeß wird nach dieser Theo- der Organisation gegenständlicher Arbeit, also „die Technik", hinausführen. Und werden vollends diese Widersprüche nicht in Interessenkämpfen der Klassen manifest, werden sie also nicht als gesellschaftliche Praxis virulent und erfahren, so hilft auch die Diskussion über handlungsorientierende Normen nicht weiter. Die Interaktion erwiese sich mithin nur dann als der Bereich und die Struktur des historischen Fortschritts, wenn sie wesentlich als Klassenkampf konstituiert würde — was die neueren, den Klassenkampf aus der Gesellschaftstheorie eliminierenden Autoren (die Marx unter dem einen oder anderen Vorwand revidieren wollen) ja gerade bestreiten. Ihnen bleibt dann in der Tat nur noch die Ohnmacht einer von der Praxis abgehobenen „kritischen Theorie", die den „techno-

[6]) Habermas, a. a. O., S. 80 f.: „Die private Form der Kapitalverwertung und ein loyalitätssichernder Verteilerschlüssel für soziale Entschädigungen bleiben a l s s o l c h e der Diskussion entzogen. Als unabhängige Variable erscheint dann ein quasi autonomer Fortschritt von Wissenschaft und Technik, von dem die wichtigste einzelne Systemvariable, nämlich das wirtschaftliche Wachstum, in der Tat abhängt. So ergibt sich eine Perspektive, in der die Entwicklung des gesellschaftlichen Systems durch die Logik des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bestimmt s c h e i n t. Die immanente Gesetzlichkeit dieses Fortschritts scheint die Sachzwänge zu produzieren, denen eine funktionalen Bedürfnissen gehorchende Politik folgen muß."
[7]) Habermas, a. a. O., S. 82.
[8]) Vgl. Habermas, a. a. O., S. 112.
[9]) Habermas, a. a. O., S. 84: „Der staatlich geregelte Kapitalismus, der aus einer Reaktion auf die durch den offenen Klassenantagonismus erzeugten Systemgefährdungen hervorgegangen ist, stellt den Klassenkonflikt still" (sic!).
[10]) Habermas, a. a. O., S. 92: „Der Zusammenhang von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen müßte durch den abstrakteren von Arbeit und Interaktion ersetzt werden."
[11]) Habermas, a. a. O., S. 98.

kratischen" Entscheidungsmechanismen keine Alternative entgegenzusetzen hat. Marcuses „große Weigerung", Adornos „negative Dialektik", Habermas' „Kraft der Selbstreflexion" sind Formeln politischer Hilflosigkeit [12]). In ihnen offenbart sich der unheilbare Bruch zwischen kritischer Vernunft und gegenständlicher Praxis.

## II

Nun fragt sich aber, ob der „technologische Schein", der ein Kontinuum naturwissenschaftlicher Determinanten in gesellschafts-wissenschaftliche Determinationen verzaubert, nicht gerade an den Stellen durchstoßen werden kann, an denen seine Widersprüchlichkeit sich als solche von Klasseninteressen erweisen läßt. Mit anderen Worten: es geht darum, den Ideologiecharakter technisch begründeter Präferenzen bei gesellschaftspolitischen Entscheidungen zu entlarven und Technologie von Ökonomie reinlich zu scheiden.

Es scheint nicht nur bei den Philosophen der Technik, sondern ebenso bei den Technikwissenschaftlern und Technikern selber eine Verwirrung zu herrschen über das, was an technischen, zum Beispiel durch Materialbeschaffenheiten oder Verfahrensweisen vorgegebenen „Sachzwängen" in gesellschafts-politische Entscheidungen eingeht; solche „Sachzwänge" gehörten logisch zu den Voraussetzungen richtiger Entscheidungen, ontologisch zu den Bedingungen richtigen Handelns. Sie sind — soweit sie in der Tat naturgesetzliche oder materielle Determinanten ausdrücken — nicht eliminierbar, liegen also außerhalb des Freiheitsspielraums menschlicher Entscheidungen und begrenzen diesen. Insofern die Technik das System der produktiven Beherrschung, beziehungsweise Verwertung der Natur durch den Menschen ist, gehen solche naturgesetzlichen und materiellen Determinanten konstitutiv in sie ein. Anerkennt man außerdem mit Gehlen [13]), daß die Technik der „Ergänzung", der „Verstärkung" und der „Entlastung" der biologischen Ausstattung des Menschen dient, so ergeben sich aus diesen Funktionen wohl zusätzliche Prinzipien, denen technische Geräte oder Verfahren gehorchen müssen, wenn sie zweckmäßig oder „rational" sein sollen; wobei das System technischer Zwecke sich dann als ein Subsystem anthropologischer Zwecke (sei es, wie in der Mehrzahl der Fälle, gesellschaftlicher, sei es individueller) erweist.

Die anthropologischen Zwecke konstituieren sich realiter im System der Bedürfnisse und ihrer Befriedigung [14]). Das System der Bedürfnisbefriedigung ist nicht das der technischen Mittel, sondern das der ökonomischen Organisation. Die Produktivkräfte, zu denen die technischen Mittel gehören, gehen in das ökonomische System der Produktionsverhältnisse ein, sind deren materielle Grundlage und ein Teil ihrer Determinanten. Prinzipien, die sich aus der ökonomischen Struktur der Produktionsverhältnisse ergeben, sind nicht „technische Sachzwänge" und bestimmen die Technik und Technologie nur insoweit, als diese Elemente eben jenes ökonomischen Systems sind. Ökonomische Zwecke als „technische Sachzwänge" auszugeben, ist eine logische Verkehrung, die die Autonomie technischer Mittel gegenüber ihrer ökonomischen Verwertung übersieht. Sie erzeugt den „technologischen Schein", als welcher eben die Hypostasierung ökonomischer Zwecke zu technischen Notwendigkeiten bezeichnet werden soll.

---

12) Vgl. hierzu Hans Heinz Holz, Utopie und Anarchismus, Zur Kritik der kritischen Theorie Herbert Marcuses, Köln 1968. Ders., Mephistophelisches Philosophieren, in: Die neue Linke nach Adorno, hrsg. von Winfried Schöller, München 1969.
13) Arnold Gehlen, Die Seele im technischen Zeitalter, red. 53, Reinbek bei Hamburg 1957, Seite 8.
14) Zum System der Bedürfnisse vgl. Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Rechtsphilosophie, §§ 182 ff.

Um die Konfusion technologischer und ökonomischer Kriterien zu verdeutlichen, möchte ich beispielsweise (und ohne damit der Theorie Gehlens eine Prävalenz vor anderen Technik-Theorien zu geben) die von Gehlen angegebene Gruppe von „technischen Prinzipien" untersuchen, „die sich auch in den sozialen und zwischenmenschlichen Beziehungen vollständig durchgesetzt haben":

— „Das Prinzip der vollen Beanspruchung, der Ausschaltung des Leerlaufs toter Gewichte und ungenutzter Energien".

— „Das Prinzip der vorbereiteten Vollzüge (der Mann am Druckknopf oder Schalthebel ist die Modellfigur aller gut funktionierenden Regie)".

— „Das Prinzip der Normgröße und auswechselbaren Teile".

— „Das Prinzip der Konzentration auf den Effekt" [15]).

Es ist einsichtig, daß diese Prinzipien, die als Postulate an technische Vollzüge herangetragen werden, von Wertsetzungen ausgehen, die auf die Effizienz des Vollzugs gemäß dem Prinzip des kleinsten Aufwands abzwecken. In methodologischem und heuristischem Sinne ist das Prinzip des kleinsten Aufwandes von Leibniz als metaphysisches und von Maupertuis bis Mach als physikalisches eingeführt worden; doch bezeichnenderweise hat man von ihm als einer denk*ökonomischen* Regel gesprochen. Und schon die allgemeinste Fassung bei Leibniz, die Erzielung des größtmöglichen Resultats mit den geringstmöglichen Mitteln stelle ein Optimum dar, zeigt in der Tat, daß hier ein ökonomisches Maß generalisiert wurde. Denn wohl errechnet sich der Profit aus der Differenz zwischen Gestehungskosten und Preis eines Produkts, nicht aber ist die Differenz zwischen kleinstem Aufwand und größtem Nutzen eine für die bloß technische Effizienz eines Geräts konstitutive Relation. So ist zum Beispiel das Prinzip der Normgrößen und auswechselbaren Teile erst unter den Bedingungen der industriellen Massenproduktion — also abhängig von ökonomischen Veränderungen in den Produktionsverhältnissen — technisch relevant geworden; und es gewinnt seine Rationalität sowohl im Hinblick auf massenhafte, gleichmäßige Herstellung als auch im Hinblick auf leichte, schnelle und billige Auswechslung schadhafter Teile. Auch die Konzentration auf den Effekt meint den maximalen Nutzen einer durch ein Instrument vollbrachten Leistung; es ließe sich indessen — für einen hier nur fiktiv eingeführten Fall — denken, daß bei einer Konstruktion von geringerem Ausnutzungskoeffizienten der maschinellen Leistung etwa eine ästhetisch befriedigendere, der Umgebung angepaßtere Form gefunden werden könnte — und eine solche Alternative würde nicht den technischen, sondern den ökonomischen Zweck betreffen. Vollends das Prinzip der vollen Beanspruchung ist ein solches der ökonomischen Rentabilität, nicht der technischen Leistung. Ein technisches Gerät kann seinem Zweck vollauf gerecht werden, auch wenn es nur unregelmäßig oder selten in Betrieb genommen wird; beim Handwerkszeug im Haushalt ist dies sogar der Normalfall — die sprichwörtlich gewordene Axt im Hause, die den Zimmermann erspart, wird nicht voll ausgelastet, oder (um ein der neueren Technik entnommenes Beispiel zu gebrauchen): der Schlagbohrer, der es dem Hausherrn ermöglicht, in Betonwände Schrauben einzudübeln, bleibt ökonomisch ein Luxus, weil er nur selten benötigt wird.

Nun wäre es allerdings müßig, die Technik isoliert von dem ökonomischen System betrachten zu wollen, das sie hervorgebracht hat oder in dem sie angewendet wird. Wenn auch Gehlen — partiell wohl nicht zu Unrecht — eine Verselbständigung technologischer Denkweisen dergestalt feststellt, daß Technik nicht mehr instrumentell vorgegebenen Zwecken dient, sondern Zwecke selber

[15]) Gehlen, a. a. O., S. 36 f.

aus der Erprobung technischer Möglichkeiten heraus gesetzt werden [16]), so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Produktionsverhältnisse — also die Organisation der Produktivkräfte im politisch-ökonomischen System ihrer Verwertung — die Richtung bestimmen, in der der technologische Fortschritt entwickelt und genutzt wird. Ropohl hat darum nicht zu Unrecht — in einem wissenschaftsgeschichtlich reizvollen Rückgriff auf die „Technologie" des Ökonomen Johann Beckmann von 1806 [17]) — den politökonomischen Horizont der Technik hervorgehoben; und er moniert, daß dieser Horizont theoretisch bisher noch nicht zulänglich abgebildet worden sei [18]). Allerdings kehrt Ropohl das Verhältnis von allgemeiner Technologie und Politökonomie um, wenn er als Bestandteil der Technologie fordert: „eine umfassende Theorie soziotechnischen Handelns, welche ... insbesondere auch kommunikationstheoretische, herrschaftssoziologische und politisch-ökonomische Aspekte zu berücksichtigen hätte" [19]).

Nun ist die Verkehrung, die hier in der Fundierung von politischer Ökonomie auf allgemeine Technologie statthat, nicht zufällig und auch nicht bloß ideologisch. Vielmehr umfaßt das System der Technik ebenso wie das der Wirtschaft die Gesellschaft insgesamt — und es könnte scheinen, daß den Produktivkräften und den aus ihnen erwachsenden Produktionsweisen, da sie die Produktionsverhältnisse materiell fundieren, wissenschaftstheoretisch auch die Fundamentalwissenschaft entspreche, die die gesellschaftliche Systembildung begründet. Nur wenn die Systemrelation von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als eine hierarchische beschrieben werden könnte, wäre jedoch das System der Produktionsverhältnisse als abhängig von System der Produktivkräfte zu interpretieren, und ökonomische Strukturen müßten dann logisch wie ontisch ihren Grund in technischen Strukturen haben und als deren Derivate begriffen werden, so daß das ökonomische System von technischen „Sachzwängen" gesteuert würde.

In der Tat ließen sich dann die vier Prinzipien Gehlens als die Indices von „Rationalisierung technischer Vollzüge" formulieren und damit als „Sachzwänge" technischer Perfektion interpretieren. Doch dieser Interpretation liegt ein ideologisches quid pro quo zugrunde, das durch den formalistischen Gebrauch der Kategorien Rationalität und Perfektion verschleiert wird; beide gewinnen nämlich als Verhältnisbegriffe ihre inhaltliche Bestimmung erst durch den Zweck, an den sie angemessen sind. Das System der Zwecke, das eine Ordnung von Präferenzen nach sich zieht, ist jedoch durch die Produktionsverhältnisse nicht ein für allemal — sozusagen als natürliche Ordnung — vorgegeben, sondern selbst historisch variabel und nach Maßgabe objektiver Möglichkeiten [20]) dem Entscheidungsfreiraum des historischen Subjekts einbeschrieben; der Entschei-

16) „Es handelt sich immer weniger darum, für schon definierbare Zwecke die technischen Mittel der Herstellung, für vorgegebene Gegenstandsgebiete die besten Erkenntnismethoden zu finden ..., sondern umgekehrt: die Darstellungsmittel, Denkmittel, Verfahrensarten selbst zu variieren, durchzuprobieren, bis zur Erschöpfung aller Möglichkeiten ins Spiel zu bringen und zu sehen, was dabei herauskommt. Auch in der Technik geht man natürlich, wie früher, oft noch von Zwecken aus und sucht die Mittel dafür ... Daneben aber und anscheinend zunehmend wichtig gibt es die umgekehrte Art der Problemstellung, nämlich die Frage, was sich Unvorhergesehenes aus einer gegebenen Verfahrensart herausholen läßt." Gehlen, a. a. O., S. 28 f.

17) Günter Ropohl, Prolegomena zu einem neuen Entwurf einer allgemeinen Technologie, Vortrag beim X. deutschen Kongreß für Philosophie, Kiel, 11. 10. 1972, Manuskript, S. 1 f.

18) Ropohl, a. a. O., S. 3: „Es fehlen bis heute hinlänglich bewährte theoretische Modelle, in denen die Entwicklungszusammenhänge zwischen Technik, Wirtschaft und Gesellschaft umfassend und für gesellschaftlich-politische Praxis auswertbar beschrieben und erklärt würden." Warum Ropohl das marxistische System-Modell, das die Beziehungen von Produktivkräften, Produktionsweisen und Produktionsverhältnissen sowie staatlich-rechtlichen Institutionalisierungen bestimmt, dabei außer acht läßt, ist nicht einzusehen. Auch wenn er dieses Modell nicht als adäquat erachtet, müßte er es doch als ein in der gesellschaftlichen Planungspraxis der Sowjetunion „hinlänglich bewährtes theoretisches Modell" zur Kenntnis nehmen.

19) Auch der von Ropohl herangezogene A. Timm, Kleine Geschichte der Technologie, Stuttgart 1964, verfällt dieser Umkehrung, wenn er schreibt, es gelte „die übergreifende, Wirtschaft, Gesellschaft und Technik verklammernde Funktion der Technologie" wiederherzustellen. A. a. O., S. 63.

20) Zum Begriff der „objektiven Möglichkeit" vgl. Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/M 1959, Kap. 18.

dungsprozeß ist ein politischer, der nur durch materiale Bedingungen — zum Beispiel Naturgesetze, Niveau der Kenntnisse, Entwicklungsstand der Produktivkräfte — limitiert ist, aber die Reformulierung der Zwecke in diesem Rahmen durchaus zuläßt. In diesem Sinne ist der von Marcuse und Habermas gegen den von Max Weber eingeführten Begriff der „Rationalisierung" vorgetragenen Kritik (wenn auch nicht ihren Folgerungen) zuzustimmen: „Weil sich Rationalität dieser Art auf die richtige Wahl zwischen Strategien, die angemessene Verwendung von Technologien und die zweckmäßige Einrichtung von Systemen (bei gesetzten Zielen in gegebenen Situationen) erstreckt, entzieht sie den gesamtgesellschaftlichen Interessenzusammenhang, in dem Strategien gewählt, Technologien verwendet und Systeme eingerichtet werden, der Reflexion und einer vernünftigen Rekonstruktion ... Deshalb ist die ‚Rationalisierung' von Lebensverhältnissen nach Maßgabe dieser Rationalität gleichbedeutend mit der Institutionalisierung einer Herrschaft, die als politische unkenntlich wird: die technische Vernunft eines gesellschaftlichen Systems zweckrationalen Handelns gibt ihren politischen Inhalt nicht preis" [21]). Nur übersehen Marcuse und Habermas, daß die vorgebliche „technische Rationalität" gar nicht die Zweckverfassung des dynamischen Systems der Produktivkräfte, sondern die des Systems der Produktionsverhältnisse ist; und ist auch die Entwicklung der Produktivkräfte ein irrevozibler historischer Prozeß, so sind die in die Produktionsverhältinsse eingegangenen gesellschaftlichen Zwecke keineswegs unveränderlich. Im Gegenteil, aus der Entfaltung der Produktivkräfte resultieren auf jeder Stufe des historischen Fortschritts neue gesellschaftliche Zwecke, die neue politische Präferenzentscheidungen fordern [22]).

Betrachtet man nun unter diesen Gesichtspunkten die von Gehlen formulierten Prinzipien, so erkennt man leicht, daß die in ihnen sich ausdrückenden Zwecke nicht insgesamt primär technische, sondern ökonomische sind. Man wird die *vorbereiteten Vollzüge* als Moment der durch Technik bewirkten Objektivation und Entlastung menschlicher Arbeit betrachten [23]), die anderen drei Prinzipien stehen klar im Zusammenhang der Kosten-Nutzen-Rechnung und stellen nur deren Anwendung auf den Bereich technischer Vorgänge dar. Die Minimierung der Kosten ist aber keinesfalls ein technisches, sondern ein ökonomisches Prinzip. Und auch als ökonomisches Prinzip steht es in der Präferenzliste nur da im oberen Rang, wo die Profitmaximierung die private Antriebskraft der gesellschaftlichen Produktion ist, also da, wo das Kapitalverhältnis die Produktionsverhältnisse determiniert.

Um sich zu verdeutlichen, wie verschieden rein technische von ökonomischen Kriterien sind, möge man an die Konstruktion eines Automobils denken: der vorgegebene, nicht-technische Zweck ist die schnelle Fortbewegung des Benutzers, evtl. noch die optimale Größe der Nutzlast — sei es die Zahl der Mitfahrer, sei es das Gewicht oder auch der Ausdehnungsspielraum der Ladung. Je nach dieser Zweckbestimmung sind verschiedene Wagentypen entwickelt worden: der schnelle, leichte Sportwagen, die Familienlimousine, der Caravan etc. Die technischen Daten ergeben sich aus der vorgegebenen Zweckbestimmung, die zum Beispiel bestimmte Relationen zwischen Geschwindigkeit, Nutzlast, Binnenraum etc. zu optimieren erlaubt. Ein technisches Datum in diesem Zusammenhang

21) Habermas, a. a. O., S. 49.
22) Zum Beispiel erzeugen die Produktionsweisen industrieller Technik zusammen mit dem Anwachsen der Bevölkerungsziffern das Problem des Umweltschutzes; zum Beispiel erzeugt die Verminderung der Frühsterblichkeit und damit das Anwachsen der Bevölkerung das Problem der Geburtenkontrolle.
23) Sicher ist die Beschreibung richtig, daß sich „allein mit den Begriffen der fortschreitenden Objektivation menschlicher Arbeit sowie der zunehmenden Entlastung des Menschen" die Gesamtentwicklung der Technik beschreiben läßt; Gehlen, a. a. O., S. 19. Hermann Schmidt, VDI-Zeitschrift Band 96, S. 119 ff. nennt drei Phasen oder Stufen dieses Prozesses: Werkzeug, Arbeits- und Kraftmaschine, Automat.

# DAS ARGUMENT

**Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften**

# 84

## Zum Verhältnis von Logischem und Historischem Streitfragen materialistischer Dialektik (II)

Klaus Holzkamp
Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verleugnung durch J. Bischoff

Hansgeorg Conert
Gibt es einen jugoslawischen Sozialismus? (2. Teil)

**Besprechungen**
Schwerpunkte: Wissenschaftstheorie; Theorien der Sprachwissenschaft; Literatur und Politik im 19. Jahrhundert; Soziologie der Freizeit; Wilhelminische Kriegspolitik; Imperialismus der USA; Probleme der Entwicklungsländer

16. Jahrgang · Februar 1974 · Heft 1/2 · Doppelheft
Einzelpreis 8,— DM, im Abonnement 6,— DM; für Schüler und Studenten 6,— DM, im Abonnement 5,— DM
Argument-Verlag GmbH · 75 Karlsruhe 21
Postfach 21 0730

wäre etwa das Fassungsvermögen des Kraftstofftanks: ein schneller Wagen mit hohem Kraftstoffverbrauch muß einen entsprechend großen Tank haben, damit nicht die Marschgeschwindigkeit durch zu häufiges Auftanken wieder vermindert wird. Oberstes technisches Kriterium ist die Betriebssicherheit, danach die Leichtigkeit der Bedienung. Treffend unterscheiden die Autoproduzenten zwischen technisch notwendiger beziehungsweise zweckmäßiger und luxuriöser Ausstattung — letztere dient nicht technischen, sondern anderen humanen Zwecken.

Im System der durch technische Konstrukte zu realisierenden Zwecke sind nur wenige *rein* technischer Natur, also technische „Sachzwänge". Profitmaximierung beziehungsweise Kostensenkung ist gewiß kein technologisch bedingter Zweck — das heißt die Verringerung der Betriebssicherheit aus Gründen der Preisreduktion, die Vernachlässigung des Umweltschutzes aus Kostenerwägungen etc. setzen bereits eine Wert- und Präferenzordnung voraus, die an kapitalistischen Zielvorstellungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses orientiert ist.

Diese Vermischung technischer und ökonomischer Zwecke tritt in der heute als „technology assessment" bezeichneten systematischen Wertanalyse technischer Voränge zutage. Deren formale Definition (von B. Bertocha) lautet: „Technology assessment kann beschrieben werden als eine systematische Analyse, in der direkte und indirekte, gegenwärtige und künftige, willkommene und schädliche Aus- und Nebenwirkungen einer Technologie möglichst ausführlich bestimmt, bewertet und bemessen und zugleich die Ursache-Folge-Verhältnisse festgestellt werden". In der VDI-Richtlinie 2801 heißt es: „Die Wertanalyse ist eine Methode zur Steigerung des Unternehmenserfolgs; sie kann dementsprechend angewandt werden, um die Produktivität zu steigern, die Kosten zu senken, den Nutzen (für den Abnehmer) zu steigern, die Qualität zu verbessern und um den Verkaufswert zu erhöhen". Und ein Vorentwurf dazu wird noch deutlicher: „Wertanalyse ist eine Methode mit dem Ziel, verlangte Funktionen mit minimalem Kostenaufwand zu erfüllen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden zu vorhandenen oder geplanten Mitteln für die Erfüllung der Funktionen systematisch alle vorstellbaren Alternativen ermittelt und überprüft sowie anschließend diejenigen ausgewählt, die dem gesteckten Kostenziel am nächsten kommen ... Ein wesentlicher Bestandteil der Wertanalyse ist die Festsetzung eines Kostenziels, das im Idealfall dem Kostenminimum nahekommt" [24]). Und Huning resumiert treffend: „Bei den bisherigen Technology Assessments hat sich gezeigt, daß der gemeinsame Nenner am ehesten in den finanziellen Aufwendungen zu finden ist. So lassen sich beispielsweise auch gesundheitliche Schädigungen in dem Aufwand ausdrücken, der auf die Individuen und auf die Gesellschaft als Folgelast zukommt. Zu den Rechnungen, die der einzelne zu zahlen hat, und zu den Einkommensverlusten, die er erleidet, kommen die Aufwendungen der Gesellschaft, die etwa in Bau, Einrichtung und Unterhaltung von Krankenhäusern und in der Ausstattung mit medizinischem und pflegerischem Personal — und dessen Ausbildung — unter Einschluß der Verwaltung exakte berechenbare Kosten verursachen, die sich im Verhältnis zu Zeiteinheiten berechnen lassen" [25]). Die Unmenschlichkeit solcher Rechnungen, die zum Beispiel menschliches Leiden als Kostenfaktor nur dann zu berücksichtigen brauchen, wenn es sich als Anspruch auf Schmerzensgeld niederschlägt, liegt auf der Hand. Hier aber technische „Sachzwänge" oder gar die Struktur einer „Technokratie" verantwortlich zu machen (in der — wie Marcuse meint — „die Wissenschaft *aufgrund ihrer eigenen Methode* und Begriffe

24) Alle Zitate dieses Abschnitts nach Alois Huning, Wertanalyse in neuer Sicht, VDI-Nachrichten 1972/49, S. 24.
25) Huning, a. a. O., S. 24.

ein Universum entworfen und befördert hat, worin die Naturbeherrschung mit der Beherrschung des Menschen verbunden blieb" [26]), heißt das quid pro quo des „technologischen Scheins" unbesehen übernehmen und so dessen apologetische Funktion für das kapitalistische System reproduzieren. Nicht die von Marcuse beschworene quasi religionsphilosophische Illusion einer „Neuen Wissenschaft und Neuen Technik", aber auch nicht die von Habermas in Anspruch genommene, von den Inhalten des Klassenkampfs abgesperrte „Interaktion", sondern nur die Herstellung neuer Produktionsverhältnisse kann diese Fremdbestimmung menschlicher Zwecksetzungen aufheben. Um einen ersten Schritt auf diesem Wege zu gehen, scheint es notwendig, die Ursprünge und den systematischen Zusammenhang der in gesellschaftliche Zwecksetzungen eingehenden Wertpräferenzen freizulegen, um zu rationalen, mithin in ihrer Genese, ihrem Beziehungscharakter und ihren Implikationen eingesehenen Entscheidungsmerkmalen bei der Willensbildung zu kommen. Das heißt aber, eingegrenzt auf das Subsystem Technik, daß die strukturalen, funktionalen und hierarchischen Aspekte der in technischen Prozessen leitenden Präferenzen aufgehellt werden müssen, daß also eine Systemtheorie technologischer Wertungskriterien erarbeitet werden muß, die ihrerseits die Determination des Subsystems Technik durch die übergeordneten Merkmale des Gesellschaftssystems berücksichtigt und die Verwirrung technologischer und sozialer Determinanten im soziotechnischen System entflicht.

Die Schwierigkeiten des systhemtheoretischen Ansatzes rühren nun allerdings gerade daher, daß die Theorie eines Systems um so exakter ausgearbeitet werden kann, je enger begrenzt der Umfang des Systems oder je kleiner die Menge der in ihm vereinigten Elemente ist. Daraus folgt, daß die Theorie eines Systems um so größeren operationalen Nutzen haben wird, je weniger Determinanten sie systemintern als Variable einführen muß, oder anders gesagt: je mehr Determinanten sie „systemextern" in die „Umwelt" des Systems verbannen kann, durch die die Rationalität des Systems selbst nicht tangiert wird. Der Systemzweck technischer Systeme wird zum Beispiel immer außerhalb ihrer selbst liegen und braucht den Konstrukteur oder das bedienende Personal nicht zu kümmern. Die Ingeniosität der Todesmaschine in Kafkas „Strafkolonie" wird durch ihren infernalischen Zweck nicht gemindert; oder, an einem Beispiel geschichtlicher Wirklichkeit statt literarischer Fiktion: unabhängig von ihrem unmenschlichen Zweck konnten die Gaskammern von Auschwitz nach den Kriterien technischer Perfektion errichtet und bedient werden; und die Funktionäre des Mords haben dort wie je die moralische Verantwortung für ihr Tun bestritten. Wie schwer die Kollision eines partiellen Zwecks — der Perfektion eines Subsystems — mit übergeordneten Zwecken den einzelnen Wissenschaftler oder Techniker belastet, hat der sogenannte „Fall Oppenheimer" der Öffentlichkeit bewußt gemacht und wurde mit Nachdruck in der Erklärung der „Göttinger Achtzehn" vom 12. April 1957 ausgesprochen: „Unsere Tätigkeit, die der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit".

Das Beispiel zeigt, weil hier in der Tat die Hierarchie der Zwecke deutlich zutage tritt, daß eine Interdependenz oberster Zwecke und untergeordneter Teilzwecke vorliegt und bei der Beschreibung von Subsystemen der Gesellschaft nicht vernachlässigt werden darf. Modellhaft könnte man das System der Zwecke als eine Kugel darstellen, in deren Mittelpunkt sich der systemkonstituierende Zentralzweck befände, mit dem jeder der konzentrisch darum angeordneten Teilzwecke

[26]) Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Neuwied und Berlin (West) 1967, S. 180.

durch eine radiale Beziehungslinie verbunden wäre. Ohne ausführliche Deduktion möchte ich hier als akzeptierbar setzen, daß der einzig deduzierbare, das heißt nicht auf Vermutungen zu gründende *erste* Zweck des Menschen die Erhaltung des Menschengeschlechts ist; zum mindesten wäre für uns kein System der Zwecke zu denken, wenn es nicht Menschen gäbe, die Zwecke setzen und verwirklichen. Kein Teilzweck darf also diesem ersten Zweck widersprechen, den ich das „anthropologische Apriori der Wertlehre" nennen möchte.

Nun war die Technik — und zwar von ihren prähistorischen handwerklichen Anfängen bis zur Industrietechnik heute — auf Erhaltung, Erleichterung und Verbesserung des Lebens gerichtet; sie war und ist ein Teil des „Stoffwechsels des Menschen mit der Natur" (Marx), ein Teil seiner Überlebensanstrengungen. Die Deformation der Technik wie der Wissenschaft zu einer die Lebenswelt bedrohenden Übermacht hängt von dem Verwertungszusammenhang ab, in dem Technik steht, nicht von den Mitteln, aus denen sie besteht. Immerhin gibt der biologische Kontext der Technik, nämlich Organersatz, -verstärkung und -entlastung zu sein, die Rückkopplung der der Technik eigenen Werte mit Lebenswerten zu erkennen. Genuin technologische Präferenzen werden gesetzt durch die Funktion des technischen Mittels, quasi Organ und lebensdienlich zu sein. Lebensdienlich heißt, in Umkehrung: wenigstens nicht lebensschädlich; der Gebrauchswert eines technischen Mittels muß so beschaffen sein, daß es, bei richtigem Gebrauch, Leben und Gesundheit des Benutzers nicht gefährdet. Erstes und oberstes technologisches Kriterium ist mithin die Betriebssicherheit; davon deriviert ist das Postulat der Vermeidung oder Minimierung schädlicher Nebenwirkungen (für das Maß der Minimierung muß die unbedingte Garantie der Erhaltung der Gesundheit gelten). In den meisten Fällen bedarf es genau so eines Schutzes der Umwelt wie des Benutzers.

Im Zusammenhang mit dem Lebenswert steht ein weiteres technologisches Kriterium: der Gebrauchswert eines technischen Mittels wird nur hinreichend sichergestellt, wenn die Eindeutigkeit der Wirkung garantiert ist. Ein Wecker, der mich zur falschen Stunde aus dem Schlaf reißen würde, nützte mir nichts; ein Auto, das beim Anlassen unvorhersehbar vorwärts oder rückwärts losfahren würde, könnte lebensgefährlich sein. Dieses Kriterium ist so selbstverständlich, daß es oft mit der Betriebssicherheit in eins gesetzt wird; logisch muß es aber davon unterschieden werden.

Da Technik der Lebenserleichterung dient, darf es als ein technologisches Kriterium angesehen werden, daß technische Mittel leicht zu bedienen oder anzuwenden sein müssen. Natürlich ist „leicht" ein Maß, das nur in Relation zu der Aufgabe bestimmt werden kann; wohl aber lassen sich, von einer Ausgangslage her, Erleichterungen genau und meist sogar quantifizierbar feststellen. Diese sind allerdings sekundär gegenüber der Priorität der Betriebssicherheit und der Vermeidung schädlicher Nebenwirkungen. So können wir bereits bei diesen drei Beispielen innerhalb der Gruppe der technologischen Werte wiederum Rangordnungen statuieren.

Vorausgesetzt, daß der Funktionszweck eines technischen Mittels bestimmt ist, bleibt es dann ein intern technologisches Problem, im Rahmen der vorgegebenen Parameter eine Optimierung des Effekts zu erzielen, die rechnerisch bestimmt werden kann. Hier verwirklicht sich jene — scheinbar „wertfreie" — technologische Rationalität, die, allgemein auf die Zweck-Mittel-Relation bezogen, von Horkheimer als Charakteristikum einer bloß „instrumentellen Vernunft" herausgearbeitet und denunziert wurde. Nun schließt aber die Optimierung des

Effekts stillschweigend die Zwecksetzungen ein, die durch die Effektivität des Mittels verwirklicht werden sollen (wie wir am Beispiel der Gaskammern von Auschwitz oder der Erklärung der „Göttinger Achtzehn" anzudeuten versuchten). Diese Zwecksetzungen könnten zum Beispiel dadurch modifiziert werden, daß die Optimierungskalkulationen der Technologen zum Vorschlag von Mitteln führen, die das zwecksetzende Subjekt aus anderen Gründen als denen, die den Partialzweck bedingen, ablehnen muß. Zum Beispiel: die Entwicklung eines optimal effektiven nuklearen Waffensystems könnte eine langfristige Versuchsserie nötig machen (technologischer Sachzwang!), deren Nebenwirkungen (etwa durch fall out) unvorhersehbare genetische Veränderungen bei einer großen Zahl von Menschen hervorrufen könnten; in einem solchen Falle müßte der Partialzweck, die Entwicklung eines optimal effektiven nuklearen Waffensystems, aufgegeben, bzw. modifiziert werden. Eine Hierarchie der Zwecke, die das System technologischer Rationalität bei weitem überschreitet, ist in jeder Entscheidung impliziert. Der „technologische Schein" kann nur dann entstehen, wenn die Integration der Partialzwecke zu einem System der Zwecke — letztlich also zu einem System der Bedürfnisse" — nicht vorgenommen wird. Ein solches System würde eine deduktive Konstruktion der Präferenzkriterien einschließen.

Nun leuchtet ein, daß der Entwurf eines Systems der Zwecke und Bedürfnisse von keiner partiellen Einzelwissenschaft geleistet werden kann; ja, daß ein solcher Entwurf auf die grundsätzlichen Fragen der traditionellen philosophischen Disziplinen zurückführt: ontologische, metaphysische, erkenntnistheoretische Probleme sind mit dem Entwurf eines Systems der Zwecke verknüpft. Die Frage nach den Wertpräferenzen führt auf eine philosophia perennis zurück, von der sich der Einzelwissenschaftler nicht entbunden fühlen kann; die Philosophie selber muß aber im Blick auf die Methoden und Ergebnisse der Einzelwissenschaften das Denkinstrumentarium bereitstellen, um diese ihre perennierenden Fragen zeitgemäß und für den Wissenschaftler plausibel beantworten zu können.

## III

Wir haben zu zeigen versucht, daß die Rede von „Sachzwängen", die den politischen Entscheidungen aus immanenten Gesetzmäßigkeiten technischer Vollzüge und technologischer Prozesse vorgegeben sein sollen, sich als eine Verschleierung ökonomischer Wertpräferenzen erweist, die ihrerseits aus dem System der Produktionsverhältnisse entspringen. So wenig es ein aus der Organisationsform hochindustrialisierter Produktion hervorgehendes „Regime der Manager" gibt, das jenseits der Interessen der Kapitalverwertung die Stabilisierung des kapitalistischen Systems an sich verfolgen würde (was eine contradictio in adjecto wäre) — ebensowenig gibt es eine von der Gesellschaftsformation unabhängige „Technokratie", die, von den Tendenzen des technologischen Fortschritts gesteuert, die Gesellschaft den Optimierungsparametern der Apparate unterwürfe. Beide Konzeptionen projizieren die Inhumanität des Kapitalismus auf äußerliche Determinanten, um damit das System unausweichlich, um es zugleich ubiquitär erscheinen zu lassen.

Auf dem quid pro quo, Präferenzen der Kapitalverwertung als solche der Technik auszugeben, beruht auch die sogenannten „Konvergenztheorie", die die progredierende Annäherung des kapitalistischen und des sozialistischen Systems mit der Begründung behauptet, daß die Technologie und deren industrielle Verwertung universale, die Gesellschaftssysteme übergreifende Produktions- und (sekundär) Konsumtionsstrukturen hervorbrächten, die langfristig eine Anglei-

chung der gesellschaftlichen Organisationsformen und der individuellen Lebensweise bewirkten. Das Argument der „technischen Sachzwänge", der durch Technologie vorgegebenen gesellschaftlichen Wertpräferenzen, erscheint hier unverhüllt in seiner apologetischen, nämlich Kritik am Kapitalismus beschwichtigenden Form, mit der Absicht, den Klassenkampf für obsolet zu erklären.

Es wäre müßig, zu bestreiten, daß es in den Verfahren wissenschaftlich-technologischer Forschung und Anwendung von Forschungsergebnissen sowie in der Organisation technisch-industrieller Prozesse Übereinstimmungen zwischen den gegensätzlichen Gesellschaftssystemen gibt, die einer bloß deskriptiv verfahrenden Soziologie als partielle „Systemkonvergenzen" erscheinen mögen [27]). Die Behauptung, daß damit die Strukturen selbst der Systeme sich annäherten, geht von einer falschen Verallgemeinerung aus: sie setzt nämlich Teilrationalität von Verfahren und Subsystemen mit der Verfassung des Systems im ganzen gleich und beachtet nicht, daß diese sich erst als Ausdruck eines integralen Systems der Zwecke verstehen läßt, dessen Gliederung sich an Präferenzhierarchien ablesen läßt. Darum bemerken Jürgen Harrer und Heinz Jung mit Recht: „Die Reduktion der Rationalität einer Wirtschaft auf einzelne Kennziffern und technische Daten läßt vielmehr die langfristigen Potenzen außer acht, die sich aus der Struktur der Gesamtgesellschaft ergeben, und übersieht, daß wirtschaftliche Leistung an sich kein Maßstab sein kann und ihren Stellenwert erst im gesamtgesellschaftlichen Kontext erhält. Entscheidend ist vielmehr die Frage, wozu und wem die erbrachte Leistung dient, wer sich die produzierten Werte aneignet, nach welchen Gesichtspunkten und zu welchem Zweck und wie sie auf die Gesellschaftsmitglieder verteilt werden" [28]). Systemvergleiche sind also auf eine Konfrontation der Systemzwecke zurückverwiesen, die wiederum nur durchgeführt werden kann, wenn die inhaltliche Beziehung der Einzelzwecke genau unterschieden wird: technische „Sachzwänge" haben in einem System der Kapitalverwertung einen anderen Stellenwert und damit qualitativ andere Eigenschaften und Funktionen als in einem sozialistischen System [29]). Solche Systemanalysen scheinen auf der Ebene philosophischer oder soziologischer Verallgemeinerung einen willkürlich-definitorischen Charakter zu behalten, sie füllen sich indessen sofort inhaltlich auf, wenn man sie durch politökonomische Detailuntersuchungen untermauert [30]).

---

27) Siehe Frank Deppe, Probleme der betrieblichen Organisation der Produktion in der BRD und DDR, in: BRD-DDR — Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971, S. 93 ff. Hier S. 94: „Gewiß kann nicht bezweifelt werden, daß gegenwärtig in der sozialistischen Produktionsweise — zumal im Prozeß der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution — Kategorien wirken, ‚die eine formale Ähnlichkeit mit den entsprechenden Kategorien des Kapitalismus haben' (Walter Ulbricht."

28) Jürgen Harrer/Heinz Jung, Das ökonomische System in der BRD und der DDR, in: BRD-DDR — Vergleich der Gesellschaftssysteme, a. a. O., S. 35.

29) Ich halte es für möglich, daß dieser qualitativ unterschiedene Charakter des Selbigen innerhalb verschiedener Strukturen systemtheoretisch quantitativ-formalisiert gefaßt werden kann, wenn man den Vorschlag Gotthart Günthers zu einer Modifikation des 3. Peano-Axioms aufgreift; vgl. dessen Vorschlag beim Internationalen Hegelkongreß in Antwerpen 1972.

30) Vgl. Deppe, a. a. O., S. 134 f.: „Die Strukturkrise im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebiets sollte durch systematische Vernichtung von Förderungskapazitäten, d. h. durch die Schließung von Zechen bereinigt werden. Die Bergleute wurden zum größten Teil unvorbereitet von diesen Maßnahmen getroffen. Der erzwungene Berufswechsel war meist mit einer Verminderung des Einkommens und der Qualifikation verbunden. Sogenannte ‚Sozialpläne', die auf den Druck der Gewerkschaften und der Belegschaften zustandekamen, verschleierten nur dürftig die reale Einschränkung des Lebensniveaus der Arbeitenden, während die Kapitaleigner noch mit sogenannten staatlichen ‚Stillegungsprämien' honoriert wurden. Die Möglichkeit der demokratischen Kontrolle der Unternehmensentscheidungen waren — trotz der Geltung des Mitbestimmungsgesetzes in diesem Bereich — nicht gegeben. Die betroffenen Arbeiter und Angestellten wurden oft erst nach den definitiven Entscheidungen der Leitungsorgane der Unternehmen von ihrer Entlassung informiert. Auch in der sozialistischen Wirtschaft erfordert die Realisierung strukturbestimmter Aufgaben die Stillegung bzw. Umstellung vieler Produktionsanlagen, so z. B. im Braunkohlentagebau. Hier verbindet sich aber langfristige Planung, Diskussion und gesellschaftliche Kontrolle solcher Prozesse mit der umfassenden Information, Qualifikation und materiellen Absicherung der Werktätigen. Keine Produktionsumstellung kann also vorgenommen werden, bevor nicht auf allen Ebenen Entscheidungen beraten und beschlossen worden sind, die die Abstimmung von gesellschaftlich-ökonomischen, betrieblichen und individuellen Interessen ermöglichen".
Daneben die allgemeine Gegenüberstellung S. 94 f: „Die Durchsetzung und Verallgemeinerung der industriel-

Vergleichende Systemanalysen des kapitalistischen und des sozialistischen Systems lassen jedoch den deduktiv konstruierbaren Aufbau der jeweiligen Zweckhierarchien erkennen. Diese entspringen keineswegs willkürlichen Setzungen, sondern den Eigenschaften des grundlegenden Verhältnisses, das die Produktionsweise determiniert; dieses aber ist das Eigentumsverhältnis an Produktionsmitteln. Denn „Mensch und Technik sind keine abstrakten Erscheinungen, wie es die Konvergenztheorie unterstellt. Die soziale Funktion der Technik und damit ihr Wesen ist in der kapitalistischen Gesellschaft vor allem durch ihre Kapitaleigenschaft bedingt... In der sozialistischen Gesellschaft besitzt die wissenschaftlich-technische Revolution einen völlig entgegengesetzten sozialen Inhalt... Deshalb hat die Arbeitskraft aufgehört, eine Ware zu sein; die Produktionsmittel haben sich aus Kapital in gesellschaftliche Fonds verwandelt... Der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß ist im Sozialismus seinem Inhalt nach erstmals realer Aneignungsprozeß der Produktionsmittel durch die ganze Gesellschaft" [31]). Daraus folgt, daß an die Stelle der Verfolgung partieller Zwecke durch die Kapitaleigner nun nur mehr die Gattungszwecke treten, die die Entscheidungspräferenzen bestimmen [32]), daß also Systemmängel aus grundsätzlicher Disparität zwischen Sonder- und Gemeininteressen bei der Festsetzung von Präferenzen nicht mehr auftreten können, sondern Mängel nur auf Fehleinschätzungen oder unvollkommene Analysen zurückgehen. Entscheidungspräferenzen in einem sozialistischen System orientieren sich an einem — seinerseits dynamischen, dem jeweiligen Stand der Produktivkräfte sich anpassenden und ihm vorauseilenden — System der Bedürfnisse [33]). Wenn im kapitalistischen System die Ausrichtung der Bedürfnisse zum Beispiel auf kurzlebige Konsumgüter erfolgt, so ist dies selbst wieder eine aus den Interessen der Kapitalverwertung hervorgehende und — etwa durch Werbung — manipulierte Präferenzordnung, die letztlich (nämlich durch Vernachlässigung der Bedürfnisse einer allseitigen Entfaltung und Bildung der Persönlichkeit) den materiellen Fortschritt selbst hemmt; und umgekehrt: die wissenschaftlich-technische Revolution bringt

---

len Produktion ist geschichtlich Bedingung wie Resultat der kapitalistischen Gesellschaftsformation gewesen. Diese beruht auf der Investition von akkumuliertem Geldvermögen in vergegenständlichter und lebendiger menschlicher Arbeit, in Produktionsmittel und Arbeitskraft, die als Eigentum des Kapitalisten im Produktionsprozeß fungieren und deren Kombination die eigentümliche Quelle des Kapitalprofits, mithin der erweiterten kapitalistischen Produktion und Reproduktion bildet. Kapital ist kein bloßer Eigentumstitel, keine statische Eigentumsbeziehung zu den Produktionsmitteln, sondern ein ständiger Prozeß der Aneignung von Arbeitskraft und unbezahlter Mehrarbeit. Die Klassenverhältnisse im Kapitalismus, der Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital sind Ausdruck und Bewegungsform dieses gesellschaftlichen Aneignungsprozesses, der auf dem Privateigentum an vergegenständlichter Arbeit, an den Produktionsmitteln beruht.
In der sozialistischen Gesellschaft ist diese Aneignungsweise, in der privat über die Resultate gesellschaftlicher Arbeit verfügt wird, beseitigt... Die Entwicklungsgesetze der sozialistischen Produktionsweise werden nicht durch das Motiv der profitablen Kapitalverwertung, durch die Konkurrenz der Warenproduzenten untereinander sowie durch das Regulativ des Profit-Markt-Mechanismus, das im staatsmonopolistischen Kapitalismus den Gesetzen der monopolistischen Konkurrenz unterliegt, bestimmt. Die Gesetze der sozialistischen Aneignung können sich nur durch die — mittels der zentralen staatlichen Planung und Leitung verwirklichte — Abstimmung individueller, betrieblicher und gesellschaftlicher Interessen entwickeln."
Das eingangs zitierte Beispiel macht die Verallgemeinerung, die das System der Wertpräferenz-Bildung verdeutlicht, am konkreten Fall einsichtig.

31) Politische Ökonomie des Sozialismus, Berlin (DDR) 1969, S. 45 f und 219 f.

32) Demgemäß heißt es auch a. a. O.: „Im Mittelpunkt der im Sozialismus mit der Entwicklung der Produktivkräfte verbundenen Fragen steht der Mensch, steht die schöpferische menschliche Arbeit und die Entwicklung des Menschen zur sozialistischen Persönlichkeit." S. 294.

33) Vgl. Harrer, Jung, a. a. O., S. 37: „Gesamtgesellschaftliche Aneignung des gesellschaftlich erstellten Produkts impliziert die Ausrichtung der sozialistischen Ökonomie auf die ständige Verbesserung der Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft. Die Ökonomie wird Mittel zum Zweck der Bedürfnisbefriedigung, der Verwirklichung des Individuums als gesellschaftlichem Wesen und der Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und ihrer schöpferischen Potenzen." Der letzte Satz setzt voraus, daß die wissenschaftlich-technische Revolution einen neuen Typus Mensch hervorbringt, dem die Entfaltung seiner geistig-schöpferischen Kräfte ein aus gesellschaftlichen Notwendigkeiten hervorgehendes individuelles Ziel ist. Vgl. Politische Ökonomie des Sozialismus, a. a. O., S. 312 ff, insbesondere 321 f: „Damit gewinnen neue Anforderungen wie Dispositionsvermögen, schnelles Reaktionsvermögen, Entscheidungsfähigkeit, die besonders bei automatisierten Prozessen in Konfliktsituationen erforderlich sind, als auch moralische Qualitäten wie Verantwortungsbewußtsein, hohe Arbeitsmoral, Disziplin, Gewissenhaftigkeit und andere immer mehr an Bedeutung... Gestützt auf hohe Allgemeinbildung und solide wissenschaftlich-technische Grundkenntnisse, ist der Werktätige in der Lage, sich die zur Meisterung des sich rasch verändernden modernen Produktionsprozesses notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten auf dem speziellen Gebiet seiner Tätigkeit selbständig anzueignen."

Bildungsbedürfnisse hervor, die, wenn sie nicht durch das Kapitalverhältnis gehemmt werden, zur Erweiterung der individuellen und Gattungsmöglichkeiten des Menschen führen.

Es erscheint in dem hier vollzogenen Dreischritt — der Feststellung des „technologischen Scheins", der Aufdeckung angeblich technisch bedingter „Sachzwänge" als Präferenzen der Kapitalverwertung und der Charakterisierung der ideologischen Argumentationsweise der Konvergenztheorie — ein Komplex der Theorienbildung, der sich deutlich als ein Überbauprodukt der spätkapitalistischen Produktionsweise darstellt. Das Instrumentalsystem der Technik wird hier zu einem eigengesetzlichen Bereich einer „zweiten Natur" fetischisiert, der sich der Mensch als einer Notwendigkeit zu unterwerfen habe; während es in der Tat die Zwecke der Kapitalverwertung sind, die durchgesetzt werden. Diesen Schein gilt es zu durchschauen, wenn die ihn produzierenden Verhältnisse verändert werden sollen.

# Aus ausländischen Zeitschriften

## Zum Problem der Truppenreduzierung in Europa

Von Juri Kostko

*Der nachstehende Beitrag, entnommen der sowjetischen Zeitschrift „Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija" („Weltwirtschaft und internationale Beziehungen"), Heft 6/1973, wurde uns in einer Übersetzung von Eva-Ursula Melzer von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) zur Verfügung gestellt. Der Verfasser bezieht seine Ausführungen primär auf die folgenden angelsächsischen Publikationen: Christoph Bertram, Mutual Force Reductions in Europe: The Political Aspects. London, The International Institute for Strategic Studies, 1972, 35 pp.; John Newhouse with M. Croan, E. Fried and T. Stanly, U. S. Troops in Europe: Issues, Cost and Choices. Washington, The Brookings Institution, 1971, XII + 177 pp. D. Red.*

Das Problem der Truppenreduzierung und der Aufrüstung in Europa hat sich aus einem Diskussionsthema in einen Tagesordnungspunkt der Wiener vorbereitenden Konsultationen verwandelt, die die Erörterung und Entscheidung von organisatorischen und Verfahrensfragen im Zusammenhang mit der Durchführung der Verhandlungen zum Ziele haben.

Die Sowjetunion hat dem Stopp des Rüstungswettlaufs immer große Bedeutung beigemessen. Seit Jahren legt sie zusammen mit anderen sozialistischen Staaten ein ausgedehntes Programm zur Stärkung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der ganzen Welt vor. Einen integrierenden Teil dieses Programms stellen die Vorschläge zur Truppen- und Rüstungsreduzierung dar. „Die Sowjetunion" — unterstrich der Generalsekretär des ZK der KPdSU, L. I. Breschnew, in seinem Referat über das 50jährige Bestehen der UdSSR — „tritt für eine ernsthafte Vorbereitung und wirksame Durchführung dieser Verhandlungen ein" [1].

[1] L. I. Breschnew, Über das 50jährige Bestehen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Moskau 1973, S. 39.

Es ist bekannt, daß die Länder der NATO 1968 auf der Sitzung in Reykjavik einen Appell über die sogenannten MBFR — Mutual Balanced Force Reduction („Gegenseitige und ausgewogene Truppenreduzierung") — annahmen, der als Friedensinitiative des Westens dargestellt wurde. Welche Ziele verfolgte dieser Appell aber wirklich? Welches ist die tatsächliche Beziehung des Westens zur Truppenreduzierung?

Der Analyse dieser Fragen sind die in einer Publikationsreihe („Adelphi Papers") des Londoner Internationalen Instituts für Strategische Forschungen erschienene Arbeit von Christoph Bertram „Gegenseitige Truppenreduzierung in Europa: politische Aspekte" und die Monographie eines Autorenkollektivs des Brookings-Instituts „Amerikanische Truppen in Europa" gewidmet. Unter den zu diesem Thema in der letzten Zeit erschienenen Büchern sind dies die bedeutendsten Untersuchungen.

C. Bertram, leitender Mitarbeiter am Institut für Strategische Forschungen, unterzieht die Gründe für die Entstehung des MBFR-Problems, seinen möglichen Einfluß auf die Ost-West-Beziehungen und auf die NATO einer detaillierten Prüfung und versucht, die für den Westen vorteilhafteste Politik auf diesem sehr komplizierten und außerordentlich wichtigen Gebiet herauszuarbeiten. In den Fällen, in denen in seiner Arbeit die Frage der MBFR untersucht oder die Position des Westens analysiert wird, geschieht dies überaus sachkundig.

C. Bertram bemerkt ganz richtig, daß die Versuche, die MBFR als Beweis dafür hinzustellen, daß die Initiative, das Problem der Abrüstung dargestellt zu haben, vom Westen ausgegangen sei, nicht den Tatsachen entspreche. Seitens der sozialistischen Länder wurden noch früher wiederholt Vorschläge (z. B. der bekannte Vorschlag der Volksrepublik Polen — der sogenannte Rapacki-Plan —, entsprechende Teile von Erklärungen des Politischen Konsultativausschusses der Warschauer-Vertrags-Organisation (WVO) zur europäischen Sicherheit, u. a.) gemacht.

Mehr noch, C. Bertram gibt zu, daß die Staaten der NATO, als sie 1968 den Vorschlag zur MBFR einbrachten, nicht an eine wirkliche Truppenreduzierung dachten, da sie annahmen, daß dieses Problem noch nicht so bald zu einem realen Thema in den Verhandlungen zwischen Ost und West werden würde. Sie verfolgten daher „mehr oder weniger taktische Ziele: eine einseitige Reduzierung, vor allem der amerikanischen Truppen, im Westen zu vermeiden, und die sowjetische Initiative zur Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz durch einen konkreten Vorschlag zum Problem der Sicherheit zu parieren" (S. 2).

Unter dem Einfluß der aktiven Politik der sozialistischen Länder sah sich der Westen jedoch nach und nach gezwungen, das Problem der MBFR im Kern zu erörtern. Seine Verwandlung von einem taktischen Mittel zu einem Tagesordnungspunkt bei den Verhandlungen zwischen Ost und West, bemerkt C. Bertram, „wurde ohne jeden Enthusiasmus in westlichen Regierungskreisen aufgenommen" (S. 2—3). Die Westmächte verstanden, daß sie, „sobald sie in multilaterale Verhandlungen mit dem Osten eintreten würden, in einen umfassenden Prozeß hineingezogen würden, den sie möglicherweise nicht kontrollieren könnten" (S. 1).

C. Bertram schreibt, daß im Westen drei Ansätze zur Truppenreduzierung bestehen: vom Standpunkt des militärischen Gleichgewichts, vom politischen Standpunkt und der sogenannte instrumentale Ansatz. Obwohl der Autor auch sagt, daß diese drei Ansätze praktisch schwer zu trennen sind und einander nicht ausschließen, so konzentriert er doch seine ganze Aufmerksamkeit auf die Behandlung des politischen Ansatzes. Seine Grundthese besteht darin, daß jedwede Maßnahmen auf dem Gebiet der Truppenreduzierung in Europa nicht unter dem Gesichtspunkt ihrer Auswirkungen auf die militärische Situation und das militärische Gleichgewicht, sondern vor allem im Hinblick auf ihre politischen Folgen erörtert werden müßten. Ein Abkommen zwischen Ost und West auf diesem Gebiet, ja, schon Verhandlungen, heißt es in dem Buch, werden politische Folgen haben, die das bestehende Sicherheitssystem unmittelbar beeinflussen und neue Abhängigkeiten schaffen werden. „Eine symbolische oder eine sehr bescheidene Reduzierung wird die gleichen politischen Folgen haben wie ein beliebig gewichtiger

Schritt, nur mit dem Unterschied in der Stärke, nicht aber der Qualität der Auswirkungen" (S. 2).

Betrachten wir diese Grundthese des Autors etwas genauer. Seine Einteilung in einen „militärischen", „politischen" und einen „instrumentalen" Ansatz, die vom methodologischen Standpunkt aus einen in höchstem Maße konventionellen Charakter trägt, ist gleichzeitig für das Verständnis der Politik des Westens in dieser Frage von Interesse. Indem C. Bertram den sogenannten instrumentalen Ansatz genauer betrachtet, kritisiert er diejenigen westlichen Kreise, die in der MBFR lediglich ein Mittel zur Erreichung weitgesteckter Ziele sehen möchten — nämlich, politische Veränderungen in Osteuropa in der von ihnen gewünschten Richtung zu erreichen und den Einfluß der UdSSR in diesem Raum zu begrenzen. Bertram warnt vor der Annahme, daß solche Abkommen als Grundinstrument zur Erlangung politischer Veränderungen in Europa dienen und die UdSSR zur Änderung ihrer Politik zwingen könnten. In dem Buch wird richtig vermerkt, daß zwischen den militärischen und politischen Faktoren eine dialektische Verbindung besteht; daß die Abkommen über eine Truppenreduzierung „ein Ausdruck der veränderten politischen Lage sind: sie folgen auf die politischen Veränderungen", die ihnen vorausgehen; und daß der „instrumentale Ansatz für den Westen nicht realistisch ist", um so mehr, als die MBFR ihrerseits einen negativen Einfluß auf die NATO haben kann, indem sie die Divergenzen und Widersprüche zwischen den Verbündeten stärkt (S. 13, 15, 18).

Wenn C. Bertram die Interdependenz zwischen der Truppenreduzierung und der Entspannung auch eingehend erörtert, behandelt er sie doch äußerst einseitig. Indem er auf die Tatsache hinweist, daß die „politische Entspannung in Europa nicht als Resultat regionaler Abkommen über Rüstungskontrolle, sondern trotz ihres Fehlens zustandegekommen sei" (S. 10), zieht er daraus den Schluß, daß die „MBFR kein nützliches politisches Instrument zur Entspannung darstellt" und deshalb eine fehlende Rüstungskontrolle ein unangenehmes Ärgernis, aber nicht mehr, sei (S. 17).

Solchen Behauptungen kann man wohl kaum zustimmen. Die Vertiefung der Entspannung fordert gebieterisch Maßnahmen zur Beendigung des Rüstungswettlaufs und zur Truppenreduzierung. Und dies wird seinerseits die Linderung des politischen Klimas positiv beeinflussen.

Noch kategorischer lehnt C. Bertram den Ansatz „vom Standpunkt des militärischen Gleichgewichts" ab. Wie er erklärt, bestehen die Ziele eines solchen Ansatzes in der Herabminderung des Niveaus der militärischen Stärke zu dem Zweck, den gegen den Rüstungswettlauf gerichteten politischen Druck der Öffentlichkeit zu mindern, den militärischen und politischen Status quo jedoch zu erhalten. Einen solchen Ansatz charakterisiert er als unrechtmäßig, insoweit, als „das, was vom Standpunkt des militärischen Gleichgewichts richtig, vom Standpunkt der politischen Sicherheit unrichtig sein kann", da das „militärische Gleichgewicht kein Synonym für Sicherheit in Europa ist" (S. 16).

Mit dem Hinweis darauf, daß viele Menschen in den westlichen Ländern Truppenreduzierung mit der Hoffnung auf Frieden verbinden, argwöhnt er, daß das Eingehen auf MBFR vom Standpunkt des „militärischen Gleichgewichts" die „Gefahr", wie er meint, verstärken kann, daß „die westliche öffentliche Meinung Entspannung mit Sicherheit identifizieren und infolgedessen kein Verlangen mehr danach haben wird, militärische Anstrengungen auch weiterhin zu unterstützen" (S. 25).

Auf diese Weise zielt C. Bertrams Kritik „vom Standpunkt des militärischen Gleichgewichts" faktisch auf die Rechtfertigung der Notwendigkeit „militärischer Anstrengungen", d. h. auf den Rüstungswettlauf. Dabei verschließt der Autor vor den negativen und gefährlichen Folgen eines solchen Kurses die Augen: der Rüstungswettlauf verschlingt ungeheure materielle Ressourcen, wodurch er die Wirtschaft und den sozialen Wohlstand schädigt, er erzeugt Angst, wachsendes Mißtrauen und steigenden Argwohn zwischen den Ländern, führt zu wachsendem Militarismus und stärkt den Einfluß militärisch-industrieller Komplexe. Von hier aus kann sich jeder beliebige Konflikt

oder sogar ein einfaches Mißverständnis leicht zu einer militärischen Konfrontation ausweiten. Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da die Aufgabe, den Krieg als politisches Mittel auszuschließen, realen Charakter annimmt, ist eine Fortsetzung des Rüstungswettlaufs nicht nur nutzlos, sondern auch sinnlos.

In bedeutend größerem Maße entspricht die in der zweiten der oben genannten Arbeiten durchgeführte Analyse des europäischen „militärischen Gleichgewichts" der Wirklichkeit. In der Monographie wird die offizielle westliche Konzeption des „Gleichgewichts der militärischen Kräfte" in Europa einer überzeugenden Kritik unterworfen. Ihre Autoren halten die bekannten Einschätzungen des „militärischen Gleichgewichts" für die Jahre 1970—1971 seitens des Londoner Instituts für Strategische Forschungen für „sehr spezifisch" und faktisch unrichtig (S. 57). Indem die Autoren unter anderem bemerken, daß in den Angaben über die Zahlenstärke der NATO-Panzer in Europa beispielsweise 5 000 Panzer nicht eingeschlossen sind, die sich in der Reserve in Alarmbereitschaft befinden, äußern sie gleichzeitig Zweifel an der Zuverlässigkeit der angeführten Angaben über die mögliche Zahlenstärke der im Falle der Mobilisierung von den Ländern des Warschauer Paktes aufgebotenen Panzerstreitkräfte (S. 58).

Die in der Monographie enthaltenen Schlüsse sind eine Bestätigung der Tatsache, daß die im Westen gestartete breit angelegte Propagandakampagne über die tatsächliche, „drohende militärische Überlegenheit" der Länder des Warschauer Paktes spekulativen Charakter hat. Die Ziele dieser Kampagne sind klar: sie dient zur Rechtfertigung der notwendigen Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der Fortsetzung des Rüstungswettlaufs; sie benutzt die USA aktiv, um auf die Bündnispartner in der Frage der Erhöhung ihrer Beiträge zur sogenannten Verteidigung Europas Druck auszuüben; und schließlich dient sie zur Begründung der Förderung von verschiedenen Modellen einer „asymmetrischen Truppenreduzierung", deren mangelnde Realitätsbezogenheit und Stichhaltigkeit bereits jetzt offenbar geworden sind.

In der Arbeit von C. Bertram werden die Positionen der wichtigsten Länder des Westens zur Frage der MBFR untersucht. Der Autor zählt die allgemein bekannten Gründe auf, aus denen Frankreich eine Teilnahme an den MBFR-Verhandlungen überhaupt ablehnt, während England ihr ohne jeden Enthusiasmus gegenübersteht, „da die Regierung Heath die westeuropäische politische Integration und nicht eine Annäherung zwischen Ost und West in den Mittepunkt ihrer Politik stellt" (S. 3—4). Was die Regierung der USA angeht, heißt es in dem Buch, so scheint sie an den MBFR-Verhandlungen interessiert zu sein, aber nur deshalb, weil sie sie als Mittel zur Verringerung des innenpolitischen Druckes benötigt und den möglichen politischen Nutzen einer multilateralen Entspannungsdiplomatie höchst skeptisch beurteilt (S. 19).

Bei der Analyse möglicher Resultate der MBFR gelangt C. Bertram zu dem Schluß, daß die Durchführung solcher Maßnahmen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht im Interesse des Westens liege: „Die MBFR wird keine Veränderung der Sicherheitsstruktur Osteuropas nach sich ziehen ..., sie kann aber das westeuropäische System schwächen, ... sie verstärkt die Divergenzen zwischen den NATO-Mitgliedern und schädigt ihre Einheit" (S. 18).

Nach Bertrams Meinung sind die MBFR auch deshalb nicht möglich, weil die NATO-Streitkräfte sich ohnehin schon auf einem minimalen Niveau befinden und ihre Reduzierung die Strategie der „Vorwärtsverteidigung" in Zweifel ziehen würde. Eine Reduzierung nur der amerikanischen Streitkräfte in Europa beispielsweise würde jedoch „neue Zweifel an der Zuverlässigkeit der amerikanischen Verpflichtungen hervorrufen" (S. 20).

Also meint der Autor, indem er die Vorschläge der NATO-Länder zur „gegenseitigen ausgewogenen Truppenreduzierung" untersucht, daß sie im ganzen gesehen den Interessen des Westens nicht entsprechen, wobei er offensichtlich die politischen Interessen bestimmter Kreise im Auge hat und das echte Interesse der Völker Europas an der Beendigung des Rüstungswettlaufs ignoriert.

Welche Politik aber schlägt C. Bertram dem Westen in der Frage der Truppen- und Rüstungsreduzierung in Europa vor? „Eine Opposition gegen die Verhandlungen über gegenseitige Truppenreduzierung", so erklärt er, „ist keine Antwort" (S. 23). Deshalb wird nichts weiter vorgeschlagen als lediglich endlose Verhandlungen. Dies kann nach Meinung C. Bertrams dem Westen folgende Vorteile bringen. Erstens werden langwierige Debatten über eine gegenseitige Truppenreduzierung es ermöglichen, den Vorschlag über die MBFR aus einem Mittel der warnenden Ankündigung einer einseitigen Reduzierung der amerikanischen Truppen zu verwandeln in ein Mittel, mit dessen Hilfe eine einseitige Truppenreduzierung durch die westeuropäischen Länder ausgeschlossen werden kann. Zweitens werden sie erlauben, die öffentliche Meinung ihrer Länder davon zu „überzeugen", daß Entspannung noch nicht Frieden ist und daß sie nur dann zum Frieden führen kann, wenn das Gleichgewicht der militärischen Kräfte ins Auge gefaßt wird. Drittens unterstützen sie auf dem Wege von Verhandlungen die Neutralisierung der Forderung nach einer Reduzierung der Rüstungsausgaben im Westen, da diese Entscheidung von der entsprechenden Senkung der Ausgaben im Osten abhängig gemacht wird. C. Bertram hält es für notwendig, den sogenannten Ansatz auf die MBFR-Verhandlungen mit den politischen Implikationen anzuwenden, dessen Wesen darin besteht, daß der Abschluß von Abkommen über eine Truppenreduzierung vom Grad der „politischen Sicherheit" abhängig gemacht wird. Wenn C. Bertram auch nicht präzisiert, was „politische Sicherheit" ist, so wird doch aus seinen Überlegungen verständlich, daß er für die wichtigsten Elemente einer solchen „Sicherheit" die militärisch-politische Integration Westeuropas und den „politischen Fortschritt in den Ost-West-Beziehungen" hält. Mit anderen Worten: es wird faktisch empfohlen, die Frage der Truppenreduzierung bis zur Bildung der westeuropäischen militärischen und politischen Integration aufzuschieben und mit einem so unbestimmten Begriff wie „politischem Fortschritt" in den Beziehungen zwischen Ost und West, in den man jeden x-beliebigen Inhalt hineinlegen kann, zu verbinden.

Worüber sollen dann nach diesen Vorstellungen Verhandlungen geführt werden? In seinem letzten, in der Januar-Nummer der Zeitschrift „World Today" von 1973 erschienenen Artikel schreibt Bertram: „Die Truppenreduzierung wird weder die erste Etappe der Verhandlungen, noch ihr sogar wichtigstes Ergebnis sein: ihr grundlegendes Ziel ist die Bestimmung der Rolle und nicht die Beschränkung des Niveaus der Streitkräfte" [2]).

Im Zusammenhang damit wird vorgeschlagen, die Erörterung sogenannter „vertrauenschaffender Maßnahmen" ingangzusetzen, an deren erster Stelle solche rangieren wie die gegenseitige Benachrichtigung von Truppenbewegungen und der Austausch von Beobachtern bei Manövern. Es bedarf keines Beweises, daß derartige Maßnahmen sehr weit sowohl von einer Truppenreduzierung als auch von „der Schaffung von Vertrauen" entfernt sind. Es ist beispielsweise bekannt, daß in den 30er Jahren die Gepflogenheit bestand, ausländische militärische Beobachter zur Teilnahme an Manövern einzuladen, während sich die Welt zur gleichen Zeit in raschem Tempo dem Zweiten Weltkrieg näherte. Das Wesen dieser Vorschläge besteht darin, daß sie, indem sie die nicht vorhandene Bereitschaft zur Ausarbeitung von Maßnahmen zu einer wirklichen Beendigung des Rüstungswettlaufs und einer Truppenreduzierung verschleiern, die Aufrechterhaltung der Unantastbarkeit des militärischen Mechanismus der NATO zum Ziele haben. Von daher erweist sich C. Bertrams Konzeption der europäischen Sicherheit, obwohl er in seiner Untersuchung auch versucht, von der Notwendigkeit einer nüchternen Einschätzung des Verhältnisses politischer und militärischer Faktoren zu sprechen, letzten Endes als auf demselben „Gleichgewicht der Kräfte" basierend, nämlich dem Prinzip, das den Kern der bekannten NATO-„Konzeption der Abschreckung" ausmacht. Wie die historische Erfahrung gezeigt hat, hat diese These mehr als zwei Jahrzehnte lang als Rechtfertigung des Rüstungswettlaufs gedient. Alle Versuche, den Frieden auf der Basis des „Gleichgewichts der Kräfte" zu stabilisieren, haben immer nur zu verstärkter Aufrüstung, zu Kriegen geführt. Wenn C. Bertram zu behaupten versucht, daß „das Nichtvorhandensein einer Waffe noch keinen Frieden bedeutet", so möchten wir mit

2) C. Bertram, The Politics of MBFR („The World Today", January 1973, S. 7).

noch größerem Nachdruck betonen, daß Rüstungswettlauf nie ein Symptom der Stärkung des Friedens war. In der heutigen Zeit, in der ein Verständnis dafür besteht, daß es für die Beziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern keine andere Alternative als eine friedliche Koexistenz gibt, entsteht eine reale Möglichkeit und Notwendigkeit zur Verringerung der Streitkräfte und zum Aufbau der Beziehungen nicht auf einem „Gleichgewicht der Kräfte", sondern einem „Gleichgewicht gegenseitiger Interessen".

# Bücher

## Zur Wirtschaftsreform in der UdSSR

*Autorenkollektiv, Grundlagen und Praxis der Wirtschaftsreform in der UdSSR, Dietz-Verlag, Berlin (DDR) 1972, 611 S., 11,50 DM.*

„Aufgabe der Wirtschaftsreform in der UdSSR ist es, ein System der Leitung, der Volkswirtschaftsplanung und der ökonomischen Stimulierung auszuarbeiten, welches ermöglicht, auf der Basis des erreichten Entwicklungsstandes der Produktivkräfte die Vorzüge des Sozialismus noch besser zu nutzen und das Tempo bei der Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion zu beschleunigen" (11).

Die Autoren des vorliegenden Buches, in der Mehrzahl Mitarbeiter des Staatlichen Plankomitees der UdSSR, versuchen in dieser Arbeit, die theoretischen und methodologischen Grundlagen der Durchführung der Wirtschaftsreform, die Prinzipien und Hauptwege der Durchführung, die bisher erzielten Ergebnisse sowie daraus zu ziehende Schlußfolgerungen dem komplexen Charakter des 1965 vom ZK der KPdSU beschlossenen Programms gemäß umfassend zu formulieren. Dementsprechend gilt die besondere Aufmerksamkeit der Autoren den Problemen der komplexen und konsequenten Durchsetzung der Reform sowie Fragen, die sich aus der wirtschaftlichen Praxis ergeben, und Vorschlägen, die bereits weitgehend für eine Realisierung vorbereitet wurden.

Die Erläutertung der theoretischen und methodologischen Grundlagen der Durchführung der Wirtschaftsreform setzt an bei den Zielen der Produktion im Sozialismus und den sich im Produktionsprozeß realisierenden ökonomischen Interessen. Gemäß den herrschenden Eigentumsverhältnissen, d. h. gemäß dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln, existieren keine antagonistischen Widersprüche zwischen gesellschaftlichen, kollektiven und persönlichen Interessen; vielmehr bilden diese, bei gleichzeitigem Primat der gesellschaftlichen Interessen, eine Einheit. Im Zuge der Reform werden früher aufgetretene Probleme u. a. dadurch gelöst, daß sich die Rolle der kollektiven Interessen, als Bindeglied zwischen den gesellschaftlichen und persönlichen Interessen, beträchtlich verstärkt, „da die Wurzeln für Produktionserfolge, für die Zunahme der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion in den Betrieben liegen" (19).

„Der Übergang der Betriebe zu den neuen Methoden der Planung und ökonomischen Stimulierungen schafft Möglichkeiten für die komplexe Realisierung der gesellschaftlichen, kollektiven und persönlichen Interessen" (18). Dies bedeutet aber nicht, wie es in oft vertretenen Auffassungen zum Ausdruck kommt, daß die Betriebe zu „relativ verselbständigten sozialistischen Warenproduzenten" werden, sondern es wird nur das Faktum reflektiert, daß der sozialistische Staat in der Sphäre der materiellen Produktion keine andere Produktionseinheit als die Betriebe hat, über die die Ziele der sozialistischen Produktion und Distribution realisiert werden können.

# Medienkritik

AUFREGEND, DIE TAGESSCHAU

Eine Lüge, denkt man, klar, das ist eine einfache Sache. Unter Zuhilfenahme von Wahrheiten zu lügen, das sieht schon komplizierter aus. Die objektive Information aber als ihr eigenes Gegenteil zu veranstalten, das ist ein öffentlich-rechtlicher Hoheitsakt, und sein Gelingen hängt an dem Faden, an dem die unabhängigen Anstalten hängen: Mit einem vielfach verschlungenen Knoten ist ihre Objektivität an den Bedürfnissen unserer herrschenden Klasse aufgeknüpft.

Um die Tagesschau geht es, die ich Abend für Abend zusammen mit 20 bis 30 Millionen anderen Zuschauern beobachte: Sie ist eine Night-Show, in der sich die nackten Fakten den verhüllten Interessen willig zeigen.

Trau ich der Tagesschau, sieht die Welt ungefähr so aus: Der blutig niedergeschlagene Aufstand in Athen war nur eine „blutige Studentenrevolte" (17. 11. 73). „Panzer im Stadtbild zeigen", zack zack, „wer Herr im Haus ist". Der Putsch in Chile rückte schon am zweiten Tag ins Ende der Sendung, hinter einen Frankfurter Hausbrand. Später war von den durchschnittlich 300prozentigen Preiserhöhungen der Junta nichts, gar nichts zu hören — dafür wurde unkommentiert faschistische Propaganda ausgestrahlt: „Die Junta gibt den Arbeitern Land" — wie bitte? Da müssen 200 Landarbeiter von Allende enteignetes Land in 30 Jahren abbezahlen. Ach so.

Über Solschenizyn, viele Tage lang der running gag der Tagesschau, heißt es: Er würde häufig angerufen, rechne deshalb mit seiner baldigen Ermordung. Folterungen von Palästinensern in israelischen Gefängnissen, israelische Bombardements ziviler Ziele im Libanon, von den großen Agenturen gemeldet, kommen nicht in die Fernseh-Nachrichten. Dafür aber sowas: „Israel hält sich streng an den Befehl, kein Eigentum in den besetzten Gebieten zu beschädigen" (25. 1. 74). Warum, verrät die Tagesschau drei Tage später: „Die Israelis nehmen alles mit, was nicht niet- und nagelfest ist."

Streik im öffentlichen Dienst? Am 24. 1. 1974 läßt die Tagesschau den Kanzler eine Minute lang vor Lohnforderungen warnen. Brandt macht scharf, Carstens und Filbinger machen schärfer — Gewerkschaftler kommen nur mit einem Satz vor.

Die Tagesschau verdreht uns den Kopf aber nicht nur mit ihren falschen, oder meistens jedenfalls nicht richtig richtigen Informationen. Der Sprecher, im Brustbild der Überzeugung, wirkt als Schamane, von dem sich einige Prozent der Zuschauer genauso angesehen fühlen, wie sie ihn selbst beobachten können. Er ist das Medium der TV-Traumwelt, in audiovisueller Trance erhält und vermittelt er Botschaften von ihrer anderen Seite, der Wirklichkeit — ein umgedrehter Okkultismus. Der Kultus der Objektivität, die Riten der Augenzeugenschaft passen bestens zu diesen spiritistischen Techniken. Der kleinste Bankraub, die belangloseste Geiselnahme — wenn's life-Aufnahmen gibt, erschüttern sie den Abend. Im Geschüttel der Hände, im Vorfahren der Limousinen, im Fallen von Bomben, im Aufschlecken von Blut aus Flugzeugtrümmern mittels einer Kamera (eine amerikanische Nachrichtensendung lehnte tatsächlich Filme von einem Flugzeugabsturz ab, „weil kein Blut zu sehen war") — mit dieser sogenannten fernsehgerechten Präsentation wird der Zuschauer verzaubert. In seinem Fernsehsessel, angeschnallt von seiner Faszination, bestrahlt von der Röhre, fühlt er sich als Pilot der Welt. Ein Politiker kommt ins Bild — das Ektoplasma der Rhetorik quillt aus seinem Mund — seine Gesten schreiben magische Zeichen auf den Schirm — was hat er gesagt? Im Bundestag kriegen die Neulinge Broschüren zugesteckt, mit dramaturgischen Gebrauchsanweisungen: Wie man fernsehgerechte Gesichter schneidet.

Aus den Halluzinationen der Tagesschau erwacht man mit dem ungefähren Gefühl: Schrecklich, die Radikalen. Fürchterlich, die Lohnforderungen. Aufregend, die Tagesschau. Daß gegen diese komplizierte Falschmeldungs-Industrie nur das einfachste Mittel hilft — die Stärkung der Arbeiterklasse; ist das nun einfach zu begreifen? Schwer! Denn *wie* sich die Verschärfung des politischen Kampfes aufs Fernsehen auswirkt, ist ein ganz anderes Thema. Rolv Heuer

# Dokumente zum Zeitgeschehen

## Dokument über die „europäische Identität", beschlossen auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der neun EG-Staaten in Kopenhagen am 14. Dezember 1973

(Wortlaut)

Die neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften halten die Zeit für gekommen, ein Dokument über die europäische Identität auszuarbeiten, mit dem sie vor allem ihre Beziehungen zu den übrigen Ländern der Welt sowie ihre Verantwortlichkeiten und ihren Platz in der Weltpolitik näher bestimmen wollen. Sie haben die nähere Bestimmung dieser Identität in eine dynamische Perspektive gestellt und beabsichtigen, sie zu einem späteren Zeitpunkt im Lichte der Fortschritte beim europäischen Einigungswerk zu vertiefen.

Eine nähere Bestimmung der europäischen Identität macht es erforderlich,
— das gemeinsame Erbe, die eigenen Interessen, die besonderen Verpflichtungen der Neun und den Stand des Einigungsprozesses in der Gemeinschaft zu erfassen,
— den bereits erreichten Grad des Zusammenhalts gegenüber der übrigen Welt und die daraus erwachsenden Verantwortlichkeiten festzustellen,
— den dynamischen Charakter des europäischen Einigungswerks zu berücksichtigen.

*I. Der Zusammenhalt der neun Mitgliedstaaten der Gemeinschaft*

1) Die neun europäischen Staaten, deren Vergangenheit ebenso wie die egoistische Verteidigung falsch verstandener Interessen sie zur Zerrissenheit hätte drängen können, haben ihre Gegnerschaft überwunden und in Erkenntnis der fundamentalen europäischen Notwendigkeiten beschlossen, sich zusammenzuschließen, um das Überleben einer Zivilisation zu sichern, die ihnen gemeinsam ist.

In dem Wunsch, die Geltung der rechtlichen, politischen und geistigen Werte zu sichern, zu denen sie sich bekennen, in dem Bemühen, die reiche Vielfalt ihrer nationalen Kulturen zu erhalten, im Bewußtsein einer gemeinsamen Lebensauffassung, die eine Gesellschaftsordnung anstrebt, die dem Menschen dient, wollen sie die Grundsätze der repräsentativen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der sozialen Gerechtigkeit, die das Ziel des wirtschaftlichen Fortschritts ist, sowie die Achtung der Menschenrechte als die Grundelemente der europäischen Identität wahren. Die Neun sind davon überzeugt, daß dieses Vorhaben dem inneren Streben ihrer Völker entspricht, die an seiner Verwirklichung, vor allem durch ihre gewählten Vertreter, teilhaben müssen.

2) Die Neun haben den politischen Willen, das europäische Einigungswerk zum Erfolg zu führen.

Auf der Grundlage der Verträge von Paris und Rom über die Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie des Folgerechts haben sie einen gemeinsamen Markt auf der Basis einer Zollunion errichtet, Organe geschaffen und gemeinsame Politiken sowie Mechanismen der Zusammenarbeit entwickelt, die Bestandteil der europäischen Identität sind. Sie sind entschlossen, die Wesenselemente ihrer Einheit und die Grundziele ihrer künftigen Entwicklung zu wahren, wie sie bei den Gipfeltreffen von Den Haag und Paris definiert worden sind.

Die neun Regierungen haben auf der Grundlage der Berichte von Luxemburg und Kopenhagen ein System der politischen Zusammenarbeit geschaffen, um abgestimmte Haltungen zu erarbeiten und, soweit möglich und wünschenswert, gemeinsam zu handeln. Sie wollen diese Zusammenarbeit weiterentwickeln.

Gemäß den Beschlüssen der Pariser Konferenz bekräftigen die Neun ihre Absicht, vor Ablauf dieses Jahrzehnts die Gesamtheit ihrer Beziehungen in eine Europäische Union umzuwandeln.

3) Diese Vielfalt der Kulturen im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Zivilisation, dieses Bekenntnis zu gemeinsamen Werten und Prinzipien, diese Annäherung der Lebensauffassungen, dieses Bewußtsein ihnen eigener gemeinsamer Interessen sowie diese Ent-

schlossenheit, am europäischen Einigungswerk mitzuwirken, verleihen der europäischen Identität ihren unverwechselbaren Charakter und ihre eigene Dynamik.

4) Das europäische Einigungswerk, wie es die neun Mitgliedstaaten der Gemeinschaft unternehmen, steht den anderen europäischen Nationen offen, die die Wertvorstellungen und Ziele der Neun teilen.

5) In ihrer Geschichte haben die Länder Europas sehr enge Bindungen zu zahlreichen anderen Teilen der Welt entwickelt. Mögen diese Beziehungen auch einer ständigen natürlichen Weiterentwicklung unterworfen sein, so sind sie doch ein Unterpfand für Fortschritt und internationales Gleichgewicht.

6) In der Vergangenheit konnten die europäischen Länder auf der internationalen Bühne einzeln eine bedeutende Rolle spielen; heute sehen sie sich jedoch weltpolitischen Problemen gegenüber, die sie schwerlich allein lösen können. Die in der Welt eingetretenen Veränderungen und die wachsende Zusammenballung von Macht und Verantwortung in den Händen ganz weniger Großmächte verlangen, daß Europa sich zusammenschließt und mehr und mehr mit einer einzigen Stimme spricht, wenn es sich Gehör verschaffen und die ihm zukommende weltpolitische Rolle spielen will.

7) Die Gemeinschaft, die im Welthandel den ersten Platz einnimmt, kann nicht eine nach außen abgeschlossene Wirtschaftseinheit sein. Eng mit der übrigen Welt verbunden, was ihre Versorgung und Märkte angeht, will die Gemeinschaft die Entscheidung über ihre Handelspolitik in der Hand behalten, aber gleichzeitig einen positiven Einfluß auf die Weltwirtschaftsbeziehungen ausüben und dabei die Verbesserung des Wohlergehens aller im Auge behalten.

8) Ein wesentliches Ziel der Neun ist die Erhaltung des Friedens; sie werden dieses Ziel jedoch nie erreichen, wenn sie ihre eigene Sicherheit vernachlässigen. Diejenigen unter ihnen, die Mitglieder des Atlantischen Bündnisses sind, gehen davon aus, daß es gegenwärtig keine Alternative zu der Sicherheit gibt, die die Kernwaffen der Vereinigten Staaten und die Präsenz der nordamerikanischen Streitkräfte in Europa gewährleisten, und stimmen darin überein, daß Europa angesichts seiner relativen militärischen Verwundbarkeit, wenn es seine Unabhängigkeit bewahren will, seine Verpflichtungen einhalten und in ständiger Anstrengung darauf bedacht sein muß, über eine angemessene Verteidigung zu verfügen.

*II. Die europäische Identität in der Welt*

9) Das Europa der Neun ist sich der weltpolitischen Verpflichtungen bewußt, die ihm aus seiner Einigung erwachsen. Diese Einigung ist gegen niemanden gerichtet und entspringt auch keinerlei Machtstreben. Die Neun sind vielmehr überzeugt, daß ihr Zusammenschluß der gesamten Völkergemeinschaft nützt, weil er ein Element des Gleichgewichts und ein Pol der Zusammenarbeit mit allen Nationen ungeachtet ihrer Größe, ihrer Kultur und ihres Gesellschaftssystems ist. Sie wollen in der Weltpolitik eine aktive Rolle spielen und so unter Achtung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen dazu beitragen, daß die internationalen Beziehungen sich auf mehr Gerechtigkeit gründen, daß Unabhängigkeit und Gleichheit der Staaten besser gewahrt, der Wohlstand besser verteilt und die Sicherheit jedes einzelnen besser gewährleistet werden. Dieser Wille soll die Neun schrittweise dazu führen, auf dem Gebiet der Außenpolitik gemeinsame Positionen zu erarbeiten.

10) Bei der näheren Ausgestaltung einer gemeinsamen Politik gegenüber Drittländern wird sich die Gemeinschaft von den folgenden Grundsätzen leiten lassen:

a) Als eigenständiges Ganzes handelnd, werden die Neun bemüht sein, harmonische und konstruktive Beziehungen zu diesen Ländern zu fördern; diese Beziehungen dürfen ihren Willen, auf dem Wege zu der Europäischen Union nach dem vorgesehenen Zeitplan voranzuschreiten, weder gefährden noch verzögern oder beeinträchtigen.

b) In den künftigen Verhandlungen, die die Neun als Einheit mit anderen Ländern führen, müssen Rahmen und Verfahren so gewählt werden, daß der eigenständige Charakter des europäischen Ganzen gewahrt wird.

c) In ihren bilateralen Kontakten mit anderen Ländern werden sich die Mitgliedstaaten

der Gemeinschaft in steigendem Maße auf miteinander festgelegte gemeinsame Positionen stützen.

11) In den bestehenden Rahmen wollen die Neun ihre Bande zu den Mitgliedstaaten des Europarats sowie zu anderen europäischen Ländern festigen, mit denen bereits enge Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit bestehen.

12) Die Neun messen der Assoziierungspolitik der Gemeinschaft wesentliche Bedeutung bei. Ohne die Vorteile zu schmälern, die den Ländern zugute kommen, mit denen sie besondere Beziehungen unterhält, beabsichtigt die Gemeinschaft, gemäß den in der Pariser Gipfelerklärung genannten Prinzipien und Zielen schrittweise eine umfassende, weltweite Politik der Entwicklungshilfe zu verwirklichen.

13) Die Gemeinschaft wird die Verwirklichung der Gemeinschaftsverpflichtungen gegenüber den Ländern des Mittelmeerbeckens und Afrikas sicherstellen, um die seit langem mit diesen Ländern bestehenden Bande zu verstärken. Die Neun wollen ihre historischen Bande mit allen Ländern des Nahen Ostens bewahren und bei der Herstellung und Wahrung von Frieden, Stabilität und Fortschritt in dieser Region mitwirken.

14) Die bestehenden engen Bande zwischen den Vereinigten Staaten und dem Europa der Neun, die einem gemeinsamen Erbe entspringende Werte und Ziele teilen, bringen beiden Seiten Nutzen und müssen gewahrt bleiben. Sie berühren nicht die Entschlossenheit der Neun, als ein eigenständiges, unverwechselbares Ganzes aufzutreten. Die Neun wollen ihren konstruktiven Dialog mit den Vereinigten Staaten beibehalten und ihre Zusammenarbeit mit ihnen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und im Geiste der Freundschaft weiterentwickeln.

15) Die Neun bleiben entschlossen, mit den übrigen Industrieländern, wie Japan und Kanada, deren Rolle für die Erhaltung einer offenen und ausgewogenen Weltwirtschaftsordnung wesentlich ist, Beziehungen enger Zusammenarbeit zu unterhalten und einen konstruktiven Dialog zu führen. Sie begrüßen die fruchtbare Zusammenarbeit mit diesen Ländern vor allem in der OECD.

16) Die Neun, die einzeln und gemeinsam zu den ersten Ergebnissen einer Politik der Entspannung und der Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen osteuropäischen Ländern beigetragen haben, sind bestrebt, diese Politik auf der Grundlage der Gegenseitigkeit weiterzuentwickeln.

17) Im Bewußtsein der bedeutenden Rolle Chinas in den internationalen Beziehungen wollen die Neun ihre Beziehungen zu der chinesischen Regierung intensivieren und den Austausch auf den verschiedenen Gebieten sowie die Kontakte zwischen europäischen und chinesischen Führungskräften fördern.

18) Desgleichen sind sich die Neun der wichtigen Rolle bewußt, die den anderen asiatischen Ländern zukommt. Sie sind entschlossen, ihre Beziehungen zu diesen Ländern zu entwickeln, wie auf dem Gebiet des Handels die Absichtserklärung bezeugt, die die Gemeinschaft bei ihrer Erweiterung abgegeben hat.

19) Die Neun, zu deren Tradition freundschaftliche Beziehungen und Austausch verschiedenster Art mit den Ländern Lateinamerikas gehören, wollen beides weiterentwickeln. Sie messen in diesem Zusammenhang den zwischen den Europäischen Gemeinschaften und einigen lateinamerikanischen Ländern geschlossenen Abkommen große Bedeutung bei.

20) Wahren Frieden kann es nicht geben, wenn die entwickelten Länder den weniger begünstigten Völkern nicht noch mehr Aufmerksamkeit widmen. In dieser Gewißheit und im Bewußtsein ihrer besonderen Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen messen die Neun dem Kampf gegen die Unterentwicklung in der Welt entscheidende Bedeutung bei. Sie sind deswegen entschlossen, ihre Anstrengungen auf dem Gebiet des Handels und der Entwicklungshilfe zu intensivieren und zu diesem Zweck die internationale Zusammenarbeit zu stärken.

21) Die Neun werden unter Wahrung der Wesenselemente ihrer Einheit und ihrer Grundziele im Geiste der Weltoffenheit an den internationalen Verhandlungen teilnehmen. Die Neun sind außerdem entschlossen, zum internationalen Fortschritt nicht nur im Rahmen ihrer Beziehungen zu Drittländern, sondern auch durch die gemeinsamen

Positionen beizutragen, die sie wann immer möglich in den internationalen Organisationen, vor allem in der Organisation der Vereinten Nationen und den Sonderorganisationen einnehmen wollen.

*III. Dynamik des europäischen Einigungswerks*

22) Die Entwicklung der europäischen Identität wird sich nach der Dynamik des europäischen Einigungswerks richten. In den Außenbeziehungen werden die Neun vor allem bemüht sein, ihre Identität im Verhältnis zu den anderen politischen Einheiten schrittweise zu bestimmen. Damit stärken sie bewußt ihren inneren Zusammenhalt und tragen zur Formulierung einer wirklich europäischen Politik bei. Sie sind überzeugt, daß die fortschreitende Verwirklichung dieser Politik ein wesentlicher Faktor sein wird, der es ihnen erlaubt, die weiteren Stadien des europäischen Einigungswerks mit Realismus und Vertrauen in Angriff zu nehmen; diese Politik erleichtert auch die vorgesehene Umwandlung der Gesamtheit ihrer Beziehungen in eine Europäische Union.

## Politische Erklärung der Konferenz der Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas in Brüssel vom 28. Januar 1974

**(Wortlaut)**

*Vom 26. bis 28. Januar 1974 fand in Brüssel eine Konferenz der Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas statt, an der Delegationen aus folgenden Ländern teilnahmen: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande (Beobachter), Österreich, Portugal, San Marino, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, Westberlin, Zypern.*
*Am 28. Januar hat die Konferenz eine politische Erklärung angenommen, deren Wortlaut wir nachstehend dokumentieren. — D. Red.*

Eine tiefgreifende Krise in den kapitalistischen Ländern Europas erfaßt im Augenblick alle Lebensbereiche. Sie ist Ausdruck der Tatsache, daß der Kapitalismus nicht nur nicht in der Lage ist, die brennenden Probleme der heutigen Gesellschaft zu lösen, sondern sie im Gegenteil noch verschärft.

Die allgemeine Krise des Imperialismus, die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus, läßt die Werktätigen und die breiten Massen immer deutlicher erkennen, daß soziale und politische Veränderungen unbedingt erforderlich sind. In allen Ländern des kapitalistischen Europas nimmt der Kampf der Völker ein immer größeres Ausmaß an. In diesem Teil der Welt sind heute günstigere Voraussetzungen für politische Veränderungen gegeben. Eine neue Situation entsteht in Europa. Auf internationaler Ebene haben sich bedeutsame Veränderungen vollzogen. Sie sind das Ergebnis der Errungenschaften und der internationalen Politik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder der Aktion der internationalen Kommunistischen und Arbeiterbewegung sowie des Kampfes der nationalen Befreiungsbewegungen, der demokratischen und der Friedenskräfte.

Diese Veränderungen künden davon, daß sich in der Welt ein neues Kräfteverhältnis zugunsten des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit, des Sozialismus entwickelt hat. Der Imperialismus — insbesondere seine Hauptstütze, der amerikanische Imperialismus — hat schwere Rückschläge erlitten. Er ist nicht mehr in der Lage, der Welt ungestraft sein Gesetz der Gewalt, der Unterdrückung und der Eroberung aufzuzwingen.

In Europa wurden auf dem Wege der Entspannung und der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen bedeutende Fortschritte erzielt. Heute bestehen auf unserem Kontinent reale Möglichkeiten für eine entscheidende Wende in Richtung auf Entspannung und Frieden, für die Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit und Zusammenarbeit.

Dennoch müssen die Völker wachsam bleiben. Der Imperialismus gibt die Ziele nicht auf, die sich aus seinem Wesen selbst ergeben. Auch weiterhin verfolgt er seine Ziele der Ausbeutung und Beherrschung der Völker, paßt sich dabei den neuen Bedingungen an und versucht, ganze Regionen der Welt unter seiner Kontrolle zu halten. Mit neuen Aktivitäten und in neuen Formen setzt er hartnäckig seine Politik der Blockbildung und des Wettrüstens, der Aufrechterhaltung von Spannungs- und Aggressionsherden in den verschiedensten Teilen der Welt, des direkten und indirekten Angriffs auf die Unabhängigkeit, die Freiheit und auf das Recht der Völker, den Weg des Sozialismus zu beschreiten, fort.

Die auf dem Gebiete der friedlichen Koexistenz erzielten Ergebnisse, die den Kampf gegen das Großkapital und den Imperialismus bei weitem nicht abschwächen, bieten den Werktätigen und Völkern im Gegenteil bessere Bedingungen, durch Stärkung und Festigung ihrer Aktionseinheit und Entwicklung ihrer gegenseitigen Solidarität für Frieden, Freiheit, Unabhängigkeit, Fortschritt und Sozialismus den Klassenkampf in jedem einzelnen Land und auf internationaler Ebene mit größerer Festigkeit zu führen.

Die Arbeiterklasse und die Volksmassen der kapitalistischen Länder Europas sind heute dazu aufgerufen, gemeinsame Probleme, die an Kompliziertheit und Dringlichkeit zugenommen haben, auf nationaler und insgesamt auf westeuropäischer Ebene in Angriff zu nehmen.

Die tiefgreifende Krise, die alle kapitalistischen Länder Europas erschüttert, zeugt von der Unfähigkeit des Kapitalismus, für die gegenwärtige Entwicklung und die großen Probleme der Gesellschaft Lösungen zu finden, die den Interessen, den unmittelbaren Bedürfnissen und Bestrebungen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung entsprechen. Sie spiegelt sich nicht nur in den immer schwieriger werdenden und oft unerträglichen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und werktätigen Massen wider, sondern auch in ihrer verstärkten Ausbeutung, in dem Unvermögen, ihren neuen Bedürfnissen gerecht zu werden, in der Unzufriedenheit, die immer breitere Bevölkerungsschichten erfaßt, in dem Fehlen echter Perspektiven für die junge Generation, in den ständigen Angriffen auf die demokratischen Rechte sowie auf ideologischem und kulturellem Gebiet, in der Herabsetzung essentieller Werte.

Die größten Schwierigkeiten lasten unmittelbar auf der Arbeiterklasse, auf den vielen Millionen von ausländischen Arbeitern, die besonders stark ausgebeutet werden, auf den Bauern und auf allen Mittelschichten sowie auf den kleinen und mittleren Betrieben, die die Auswirkungen der monopolistischen Konzentration zu spüren bekommen. Es wächst die Unzufriedenheit der Angestellten sowie breiter Schichten der Intelligenz — Ingenieure, Techniker, Lehrer, Studenten. Die Frauen werden gesellschaftlich und beruflich noch immer in skandalöser Weise diskriminiert.

Die autoritären Tendenzen, die in der Großbourgeoisie sichtbar werden, die Einschränkung der gemeinschaftlichen und individuellen Freiheiten sowie auch der gewählten Vertretungen und Organe, die Pläne, die von den reaktionärsten Kreisen entwickelt werden, die Streitkräfte zu Unterdrückungsmaßnahmen einzusetzen, stellen eine ständige Bedrohung der demokratischen Errungenschaften der Völker in den kapitalistischen Ländern Europas dar. Sie gehen einher mit den verschiedenartigen Bemühungen, eine reaktionäre Lösung für die Unzufriedenheit jener sozialen Schichten zu finden, die in ihren Lebensinteressen durch die Politik des Großkapitals geschädigt werden. Eine untragbare Diskriminierung trifft die Kommunisten, Arbeiterfunktionäre und andere Demokraten in einer Anzahl von Ländern.

Die Tatsache, daß die reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitalismus, der NATO und der Vereinigten Staaten die faschistischen Regimes in Spanien, Griechenland und in Portugal, die Diktatur in der Türkei hartnäckig am Leben halten, stellt eine Gefahr und eine Schande für den ganzen Kontinent dar. Diese Regimes verneinen und verhöhnen die elementarsten demokratischen Freiheiten und Rechte. Ungeheuerliche Gerichtsurteile werden verhängt für eine einfache Tat der Organisierung der Arbeiter, für die Verteidigung ihrer Rechte. Die faschistische Unterdrückung trifft gleichzeitig die Kommunisten, die Sozialisten, die Christen und die Demokraten aller Richtungen, die einen harten Kampf führen. Die breitesten Teile der europäischen Öffentlichkeit werden sich

dessen bewußt, daß diese Regimes nicht weiterbestehen dürfen und daß sie auch als Stützen neofaschistischer Bewegungen in einigen Ländern eine Gefahr darstellen.

Die Politik des Großkapitals sowie der seinen Interessen dienenden Regierungen und politischen Kräfte ist den Bedürfnissen der Völker im kapitalistischen Europa entgegengesetzt und hat zusammen mit den Währungsschwierigkeiten und der zunehmenden Inflation eine hemmungslose Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Mächten zur Folge. Der Ausbruch der Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Energieversorgung ist ein Ausdruck dieser Krise, die sich dadurch zugleich verschärft. Gleichzeitig trägt das Großkapital die Verantwortung für schwere und dramatische Entwicklungen. Es zeigt sich unfähig, Probleme wie die Unterentwicklung, den Hunger, die Umweltveränderung, die Nutzbarmachung der wissenschaftlich-technischen Revolution zum Wohle des Menschen und der Gemeinschaft sowie die rationelle Nutzung der Ressourcen zu lösen.

Die multinationalen Gesellschaften, zu 75 Prozent von der amerikanischen Hochfinanz beherrscht, belasten das wirtschaftliche Leben unserer Länder in immer stärkerem Maße. Besonders in den hochtechnisierten Sektoren (Datenverarbeitung, Atomindustrie, Fernsprechwesen, Chemie) und denen des Großkonsums (Nahrungsmittel-, Automobil- und optische Industrie) übernehmen sie allmählich die Kontrolle und bestimmen die Ausrichtung der großen nationalen Produktion und des internationalen Austausches. In den kapitalistischen Ländern begünstigen und schützen die Regierungen das Vorgehen der Riesenkonzerne, sie intervenieren mittelbar und unmittelbar zugunsten jener Gruppen, die sich auf den Territorien ihrer Länder festgesetzt haben. Die polypenartige Aktivität der multinationalen Firmen beeinträchtigt die wirtschaftliche und sogar die politische Unabhängigkeit der kapitalistischen Staaten Europas. Ihre Macht gibt ihnen zusätzliche Mittel, die Ausbeutung, die Arbeits- und Existenzbedingungen zu verschlimmern. Sie wollen sich über die gewerkschaftlichen Rechte und sozialen Errungenschaften hinwegsetzen, die von den Werktätigen der verschiedenen Länder erkämpft wurden. Sie unterstützen die reaktionärsten und autoritärsten Strömungen, einschließlich der faschistischen.

Durch eine rasche und massive Verlagerung ihrer Kapitalien und andere Aktivitäten zum Zwecke des maximalen Profits entziehen sie Tausenden von Werktätigen mit einem Schlag ihre Arbeitsplätze. Sie tragen unmittelbar die Verantwortung an der Inflation. Sie reißen einen immer bedeutenderen Teil der öffentlichen Finanzen an sich. So wie es die Londoner Konferenz der Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas herausgearbeitet hat, sehen sich politische und gewerkschaftliche Organisationen verschiedenster Orientierung immer mehr dazu veranlaßt, die Aktivitäten der multinationalen Firmen zu brandmarken.

Das Bewußtsein, daß es notwendig ist, einen geeigneten Kampf der Werktätigen auf der Ebene des kapitalistischen Europas und innerhalb der Betriebe zu führen, wächst ebenso wie die Erkenntnis, daß Maßnahmen ergriffen werden müssen, die die Interessen der Werktätigen und der Völker garantieren, das wirtschaftliche Potential und die Unabhängigkeit unserer Länder bewahren und eine echte internationale Zusammenarbeit fördern.

Die wirtschaftliche Integration im Rahmen der EWG entwickelt sich z. Z. unter der Leitung und im Interesse des Großkapitals. Sie äußert sich vor allem in einer verstärkten und umfassenden Konzentration der Industrien, der Monopole und der mächtigsten multinationalen Gesellschaften. Sie ist schädlich für die Drittländer. Die Vorhaben und Vorschläge, die auf eben dieser Basis auf einen politischen Zusammenschluß der Länder des Gemeinsamen Marktes abzielen, stoßen auf den Widerstand der Völker.

Verschiedenartige Situationen stellen sich heute für die Länder Westeuropas dar. In einigen Ländern, für die durch ihre 15jährige Zugehörigkeit zur EWG enge ökonomische Verbindungen geschaffen worden sind, kämpfen die Kommunistischen Parteien gegen die monopolistische Orientierung der EWG und deren Folgen sowie für ihre Demokratisierung. In anderen Ländern dagegen, die erst jüngst dem Gemeinsamen Markt beitraten, setzen sich die kommunistischen Parteien für den Austritt aus der EWG ein. In den westeuropäischen Ländern, die weder Mitglied noch assoziiert sind, kämpfen die Kommunistischen Parteien gegen die Bestrebungen, ihr Land in die Einflußsphäre der Monopole, die die EWG beherrschen, einzubeziehen. Alle Kommunistischen Parteien

sprechen sich auf jeden Fall gegen den Beitritt oder die Assoziierung der faschistischen Regimes zur EWG aus.

Trotz dieser Verschiedenartigkeit der Situationen bekräftigen die Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas erneut, daß eine gemeinsame Antwort auf die Politik der monopolistischen wirtschaftlichen Integration möglich und notwendig ist. Zu diesem Zweck wollen sie gemeinsam handeln, um — in Anbetracht der Probleme, die sich allen Völkern Westeuropas stellen — Lösungen, die im Interesse der Völker liegen, sowie eine wahrhaft demokratische Kooperation durchzusetzen, die im Interesse jedes einzelnen ihrer Länder und aller Länder liegen würde.

Die feindliche Haltung der reaktionärsten Kreise der europäischen Rechten zur Entspannung zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Ländern führt sie dazu, sich für die Beibehaltung der amerikanischen Streitkräfte in Europa, für die verstärkte Teilnahme der europäischen Länder an den Aktivitäten der NATO, für eine Verstärkung des Wettrüstens auszusprechen. Es werden auch Versuche unternommen, eine mit Atomwaffen ausgerüstete „europäische Verteidigungsgemeinschaft" aufzubauen. Die Schaffung einer neuen westeuropäischen Militärorganisation, die unter allen Umständen mit der NATO verbunden und gegen den Sozialismus gerichtet wäre, würde dem Fortschritt der internationalen Entspannung, der europäischen Sicherheit und Abrüstung widersprechen, die heute auf der Tagesordnung stehen; sie würde schwerwiegende Ausgaben für die Bevölkerung der Mitgliedsländer nach sich ziehen.

Weit davon entfernt, die Unabhängigkeit in Europa zu gewährleisten, würde sie die Völker den Vereinigten Staaten noch weiter unterwerfen. Immer dringender wird daher die Forderung nach dem gemeinsamen Handeln, der gemeinsamen Aktion aller Werktätigen, der demokratischen und nationalen Kräfte für die Verwirklichung der kollektiven Sicherheit auf unserem Kontinent.

Die monopolistische Orientierung auf Wirtschaftsintegration innerhalb des Gemeinsamen Marktes, die beschleunigte und verallgemeinerte Inflation, die Währungskrise und die Entwicklung der multinationalen Gesellschaften verschärften die regionalen Disproportionen und die ungleiche Entwicklung der verschiedenen Länder und ziehen schwere Folgen für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und Werktätigen in Stadt und Land nach sich, schränken die effektive Wahrnehmung demokratischer Rechte ein und stehen im Widerspruch zu den nationalen Interessen der Völker. Zugleich wachsen und verschärfen sich die Widersprüche sowohl innerhalb der EWG und des kapitalistischen Europas als auch zwischen den kapitalistischen Ländern Europas und dem amerikanischen Imperialismus.

Die USA sind darauf aus, die ohnehin wirtschaftlich und politisch weitgehend von ihnen abhängigen westeuropäischen Länder noch stärker zu bevormunden. Sie wollen heute die europäischen Märkte überschwemmen, den atlantischen Block „wiederbeleben", die die westeuropäischen Länder belastenden Militärausgaben erhöhen und sie in das Fahrwasser ihrer neuen imperialistischen Strategie hineinziehen. Das beinhaltet der Nixon-Kissinger-Plan.

Gegenwärtig versuchen sie, die Energiekrise sowie die Währungskrise, für die die Monopole und ihre Regierungen verantwortlich sind, für sich mit dem Ziel auszunutzen, die ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten der Länder Westeuropas zu beeinträchtigen und so das Kräfteverhältnis mit diesen Ländern zu ihren Gunsten zu verändern. In diesem Zusammenhang wird die Suche nach einer gemeinsamen Politik der — durch eine grundlegende Klassensolidarität geeinten — Monopole und der sie stützenden Regierungen gegen die Werktätigen und Völker immer stärker.

Jetzt, da sich alle Widersprüche und alle Übel der vom Kapitalismus beherrschten Gesellschaft verschärfen, stehen alle Völker und Werktätigen des kapitalistischen Europas vor großen Problemen. Lösungen können und müssen unverzüglich herbeigeführt werden.

Was muß heute getan werden?

Den vordringlichen Forderungen, die die werktätigen Massen und Völker des kapitalistischen Europas vereinen, muß dringend entsprochen werden. Es sind dies: Sicherung und Verbesserung des Lebensstandards, Bekämpfung der Inflation, Sicherung der Arbeits-

plätze, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Herabsetzung des Rentenalters, soziale Sicherheit und weitere soziale Rechte. Der beherrschende Einfluß des Großkapitals, insbesondere der multinationalen Gesellschaften, auf das gesamte Leben muß überwunden werden.

Für die ausländischen Arbeiter, die heute besonders von Arbeitslosigkeit und Ausweisung bedroht sind, müssen die gleichen Arbeitsbedingungen, die gleichen Löhne und die gleichen Rechte in bezug auf soziale Sicherheit durchgesetzt werden wie für die Arbeiter des gastgebenden Landes. Ihr Recht auf Arbeit und Aufenthalt und überhaupt ihre sozialen, kulturellen und politischen Rechte müssen anerkannt werden.

Dies ruft nach einer koordinierten Aktion in bezug auf diese großen Fragen und auf kühne soziale Maßnahmen, wie etwa die Verbesserung der sozialen Gesetzgebung der verschiedenen Länder, um sie auf dem für die Werktätigen günstigsten Niveau anzugleichen, die Ausarbeitung von Statuten oder Abkommen auf westeuropäischer Ebene hinsichtlich solcher Fragen wie die Garantie der Rechte der ausländischen Arbeiter und des Rechts auf den Arbeitsplatz, eine Reglementierung des Kapitalverkehrs, der industriellen Niederlassungen und Umstrukturierungen mit dem Ziel, die Machenschaften der großen Monopole zu unterbinden.

Es ist auch dringend notwendig, die individuellen und kollektiven demokratischen Rechte und Freiheiten zu erweitern, die Unterdrückungsgesetze abzuschaffen, die gegen die Arbeiterbewegung und die Demokratie gerichtet sind, jeglicher antikommunistischer Diskriminierung ein Ende zu bereiten — auch in dem beruflichen Bereich —, die gerechte Repräsentation der Werktätigen und ihrer Organisationen in den Institutionen und in den sozialen und wirtschaftlichen Organen zu sichern, ihre Rechte am Arbeitsplatz auszudehnen, die Meinungsfreiheit, Gedankenfreiheit, Pressefreiheit und schöpferische Freiheit zu sichern, kurz, alle Bereiche des Lebens und der Gesellschaft zu demokratisieren. Der Kampf zur Verteidigung und zur Ausweitung der demokratischen Freiheiten ist um so notwendiger, als sich die Krise des Kapitalismus vertieft, als sich die autoritären und reaktionären Strömungen in der Politik des Großkapitals verschärfen.

Dringend notwendig ist es, den gerechten Kampf der werktätigen Bevölkerung Nordirlands für die demokratischen Freiheiten und das souveräne Recht des irischen Volkes, ohne Einmischung des britischen Imperialismus frei über seine Zukunft zu entscheiden, zu unterstützen.

Dringend notwendig ist es, dem Skandal ein Ende zu setzen, der für Europa darin besteht, daß sich in Spanien, Griechenland und Portugal faschistische Regimes aufrechterhalten. Es ist dringend notwendig, der einheitlichen Solidarität mit der Bewegung jener Volksmassen einen Aufschwung zu geben, die das Überleben der faschistischen Regimes in diesen Ländern infrage stellen und die für die Freiheit und Demokratie ringen, was diesen Ländern ermöglichen würde, ihren vollen Beitrag zur allgemeinen Sache des Friedens und der europäischen Zusammenarbeit zu leisten.

Es ist dringend notwendig, zu tiefgehenden demokratischen Umgestaltungen zu schreiten, die es den Völkern der kapitalistischen Länder ermöglichen, die Krise, die sie betroffen hat, mit Erfolg zu bekämpfen, und die den Erfordernissen der Freiheit und des Fortschritts, der Gerechtigkeit und der Sicherheit der Werktätigen, der Volksmassen und der Jugend entsprechen. Diese Umgestaltungen, die den jedem Land eigenen Bedingungen Rechnung tragen, müssen darauf zielen, die Vorherrschaft der Monopole über die Nation einzuschränken und dann zu brechen, das politische, ökonomische und soziale Leben zu demokratisieren. Sie beinhalten im allgemeinen die Verstaatlichung der Schlüsselsektoren der Wirtschaft oder die Ausweitung des öffentlichen Sektors, unter demokratischer Kontrolle, mit wirksamer Beteiligung der Gewerkschaften, die Ausweitung der Rechte und Positionen der Arbeiter im Betrieb, deren Beteiligung bei der Führung und Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten.

Die Entwicklung der Kämpfe der Arbeiterklasse und anderen sozialen Schichten, die Opfer der Politik des Großkapitals sind, die Herausbildung einer breiten Massenbewegung, die von politischen, auf jenem antimonopolistischen Inhalt basierenden Bündnissen gefördert würde, können dazu führen, solche Umgestaltungen zu erzwingen. Der

Kampf um diese demokratischen Umgestaltungen ist Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus. Sein Erfolg wird die günstigsten Bedingungen für den Erfolg in diesem Kampf schaffen.

Den Forderungen des USA-Imperialismus, seinen wirtschaftlichen, politischen und strategischen Interessen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die politischen Rechte der europäischen Nationen unterzuordnen, muß entschieden entgegengetreten werden. Ein solches friedliches, demokratisches und unabhängiges Westeuropa, das sich aus der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und den internationalen Monopolen freigemacht hat, kann eine Rolle im Interesse der Völker und des Friedens in der ganzen Welt spielen, es kann seinen eigenen Beitrag zur Entspannung, zur Abrüstung und zur Verständigung zwischen den Völkern leisten. Ein solches Westeuropa und seine einzelnen Länder können Beziehungen der friedlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung und im Interesse der Völker sowohl zu den Vereinigten Staaten als auch zu den sozialistischen Ländern, zu den jungen Nationalstaaten und allen anderen Ländern herstellen.

Angesichts der Hindernisse, die die Kräfte des Kalten Krieges und der Reaktion den Fortschritten der Entspannung und der friedlichen Koexistenz in den Weg legen, muß die Volksbewegung für den Frieden weiterentwickelt werden, damit die bereits erzielten Ergebnisse und abgeschlossenen Verträge gesichert werden, damit die in Europa eingeleitete Wende nicht rückgängig gemacht werden kann.

Bei der Aktion für einen baldigen Abschluß der Staatenkonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit auf höchster Ebene geht es darum, ein festes Fundament für die kollektive Sicherheit, für die Entwicklung normaler und gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zwischen den europäischen Staaten auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz zu legen. Der Prozeß der politischen Entspannung muß durch eine militärische Entspannung ergänzt werden, insbesondere durch die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen. So eröffnet sich die Perspektive der Überwindung der einander entgegengesetzten Militärblöcke, die heute Europa und die Welt teilen.

Für die Erreichung dieser Ziele sind heute dank der Fortschritte auf dem Wege der Entspannung, die auf Grund der Friedensinitiativen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder Europas erzielt werden konnten, günstigere Voraussetzungen gegeben. Gleichzeitig setzte sich in einigen dieser Länder unter dem Druck dieser Kämpfe und der Widersprüche zwischen den Imperialisten eine realistischere, um die Herstellung neuer Beziehungen zwischen Ost und West bemühte Politik durch.

Der Mittelmeerraum muß unter Mitwirkung der Staaten, der antiimperialistischen, antifaschistischen und Friedenskräfte dieser Region zu einer Zone des Friedens und der Entspannung werden. Die Kommunistischen Parteien bekräftigen erneut ihre Solidarität mit den arabischen Völkern und unterstreichen, daß es notwendig ist, umgehend eine politische Lösung im Nahostkonflikt herbeizuführen, die auf der Anwendung der UNO-Resolutionen, dem Abzug der israelischen Truppen aus den okkupierten arabischen Gebieten, der Anerkennung der legitimen nationalen Rechte des arabischen Volkes Palästinas sowie dem Recht aller Völker und aller Staaten in diesem Gebiet auf Existenz, Unabhängigkeit, Souveränität und Sicherheit beruht. Sie unterstützen den Kampf des zypriotischen Volkes für seine nationale Unabhängigkeit und territoriale Integrität.

Die Notwendigkeit der Herstellung grundlegend neuer Beziehungen zwischen den Ländern des kapitalistischen Europas und den Entwicklungsländern stellt sich unseren Völkern heute mit noch nie dagewesenem Nachdruck. Das Problem der Rohstoffe und vor allem des Erdöls macht deutlich, daß hier eine echte Lösung nur in der Anerkennung des souveränen Rechts eines jeden Landes auf die Verfügung über seine eigenen Bodenschätze, in der völligen Überwindung des Kolonialismus und Neokolonialismus, in einer breiten Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichheit und der gegenseitigen Vorteile liegt.

Im Bewußtsein der Solidarität, die die Arbeiter mit den Völkern der für ihre politische und ökonomische Befreiung kämpfenden Länder vereint, bekräftigen die Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas ihre absolute Verurteilung von Kolonialkriegen und imperialistischen Aggressionen sowie ihre Entschlossenheit, mit allem

Nachdruck gegen Ausbeutung und Unterdrückung der Völker anderer Kontinente durch den Imperialismus zu kämpfen.

Bei ihrem Kampf für den sozialen Fortschritt, die Demokratie, den Frieden, den Sozialismus in einem Teil der Welt, in dem sie eigene Verantwortlichkeiten haben, vernachlässigen die Kommunistischen Parteien Westeuropas jetzt und in Zukunft keineswegs ihre gesamten internationalistischen Aufgaben. In einer Zeit, in der die Vereinigten Staaten und die Thieu-Verwaltung in zynischer Weise die Verträge von Paris brechen, bekräftigen sie ihre Entschlossenheit, die aktive Solidarität mit dem vietnamesischen Volk sowie mit den Völkern von Laos und Kambodscha fortzusetzen. Sie rufen die Arbeiterklasse, die demokratische und antifaschistische Bewegung in ihren Ländern auf, noch aktiver die Völker und Kräfte zu unterstützen, die in der Welt, von den portugiesischen Kolonien bis zu Chile, vom Nahen Osten bis zu Südafrika, für die Freiheit, nationale Unabhängigkeit, die Demokratie und den Fortschritt kämpfen.

Die Krise macht den Widerspruch zwischen der von den monopolistischen Großkonzernen aufgezwungenen Politik — sie zielt auf die Erhaltung ihrer Herrschaft und auf die Realisierung von Maximalprofiten ab und findet gegenwärtig ihren Ausdruck in einem verschärften Druck auf den Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung — und der Notwendigkeit deutlich, auf die Forderungen der breiten Volksmassen nach Freiheit, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Fortschritt eine positive Antwort zu geben.

Dieser Widerspruch kann nur dann überwunden werden, und diese Forderungen können nur dann wirklich und dauerhaft erfüllt werden, wenn es durch mächtige Kämpfe der Volksmassen auf allen Gebieten zu tiefgreifenden demokratischen Umgestaltungen kommt, die darauf abzielen, die Macht der Monopole zu beschränken und den Weg zu ihrer Überwindung zu öffnen und damit zur Lösung der dringendsten Probleme, die die Struktur der Gesellschaft berühren, beigetragen wird. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für den Fortschritt der Nationen, für die Entwicklung der Produktivkräfte und die Befriedigung der Bedürfnisse der Volksmassen, und zwar unabhängig davon, ob es sich um die Industrie, die Landwirtschaft, den Städtebau, den Umweltschutz, das Bildungswesen, die Kultur, die Wissenschaft, das Gesundheitswesen, den Wohnungsbau oder das Transportwesen handelt.

Der Sozialismus wird immer mehr zu einer objektiven Voraussetzung für den Fortschritt auf allen Gebieten des Lebens, für die Entwicklung der Nationen und die Zukunft der Welt. In dieser Richtung verläuft die Weltgeschichte, seit die Oktoberrevolution vom Jahre 1917 die Alleinherrschaft des Imperialismus zerschlagen hat und mit Lenin und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion der erste sozialistische Staat in der Welt aufgebaut wurde, der jetzt erfolgreich die materiell-technische Basis des Kommunismus errichtet. Die historischen Erfahrungen beweisen, daß nur der Sozialismus eine grundlegende Antwort auf die großen Fragen zu geben vermag, die vor den Volksmassen in den kapitalistischen Ländern stehen.

In der Entwicklung des revolutionären Prozesses in allen Ländern gibt es allgemeine objektive Wesenszüge, die unter den konkreten Bedingungen der einzelnen Länder auf mannigfaltige Art und Weise zum Ausdruck kommen. Jede Partei erarbeitet in voller Selbständigkeit den Weg zur demokratischen und sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft und zum Aufbau des Sozialismus entsprechend den Bedingungen und Traditionen des eigenen Landes. Ausgehend von diesen Prämissen, kämpfen die Kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern Europas für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

Heute bestehen umfassendere Möglichkeiten, um eine Wende in Richtung auf tiefgreifende demokratische Umgestaltungen der Gesellschaft in den verschiedenen kapitalistischen Ländern und in Westeuropa überhaupt herbeizuführen. Die Entwicklung der Arbeiter- und Volkskämpfe, ihr nunmehr gewerkschaftlich wie politisch einheitlicherer Charakter und ihr höheres Bewußtsein ermöglichen in vielen Ländern wichtige politische und soziale Fortschritte, die zu einem Ausbau der Rechte der Arbeiterklasse, ihres Einflusses und ihrer Bündnisse mit breiten Schichten der Gesellschaften führten.

Es ist in verschiedenen Ländern möglich geworden, auf dem Weg der Einheit der politischen und gewerkschaftlichen demokratischen Kräfte konkret voranzukommen, bis

hin zur Schaffung bedeutsamer Vereinbarungen auf der Grundlage gemeinsamer Plattformen. Positive und neue Entwicklungen fanden ebenfalls auf internationaler Ebene statt. Die bedeutende Zusammenkunft der Führer der europäischen Gewerkschaften in Genf zeugt davon. Diese Fortschritte stellen die Perspektiven des Kampfes auf neue Grundlagen, der auf die Verwirklichung der Forderungen und der Bedürfnisse der Arbeiterklasse und des Volkes sowie auf die Verwirklichung umfassender demokratischer Umgestaltungen auf dem Wege zum Sozialismus gerichtet ist.

Die Stärkung der Beziehungen der Zusammenarbeit und Verständigung unter den Kommunistischen und Arbeiterparteien des kapitalistischen Europas gewinnt neue Bedeutung. In Anbetracht der entstehenden neuen und schwerwiegenden Probleme setzen sich die Kommunistischen Parteien des kapitalistischen Europas das Ziel, ihre Aktionseinheit dem Niveau der durch die heutigen Ausmaße des Kampfes bedingten Forderungen anzugleichen. Die Stärkung ihrer Bindungen und die Koordinierung ihrer Anstrengungen sind entscheidende Elemente, die es ermöglichen, die großen Schlachten für die soziale Befreiung, die demokratischen Umgestaltungen und den Sozialismus erfolgreich zu führen. Gleichzeitig sind sie ein Beitrag zur Stärkung der Einheit der internationalen Kommunistischen und Arbeiterbewegung sowie ihrer Solidarität und Zusammenarbeit auf der Grundlage der großen Ideen von Marx, Engels und Lenin und des proletarischen Internationalismus bei gleichzeitiger Achtung der Unabhängigkeit und Gleichheit einer jeden Partei.

Es geht darum, daß die werktätigen und demokratischen Kräfte, die gemeinsamen Problemen gegenüberstehen, auch ihren gemeinsamen Kampf verstärken. Heute ist es möglich, Ziele der demokratischen Erneuerung festzulegen, mit denen sich alle Kräfte, die heute die Arbeiterklasse, die Werktätigen und die Mittelschichten der kapitalistischen Länder Europas bilden, identifizieren und bei deren Verwirklichung sie zusammenarbeiten können. Diese breite Bündnispolitik aller demokratischen, fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte des Volkes gründet sich auf die gegenseitige Achtung und Anerkennung der Gleichberechtigung, der Verschiedenartigkeit und des jeweils eigenen Beitrags jeder Kraft. Sie ist für die Kommunisten eine dauerhafte und grundsätzliche Politik, die sie nach den konkreten Bedingungen eines jeden Landes anwenden, heute ebenso bei der Entwicklung der Demokratie und der Erneuerung der Gesellschaft wie morgen beim Aufbau des Sozialismus.

Um dieses neue und demokratische Westeuropa zu schaffen und auf dem Wege zum Sozialismus voranzukommen, müssen die Schranken, die Hindernisse und Vorurteile — wie Antikommunismus und Antisowjetismus —, die die Arbeiter und Demokraten jahrelang gespalten haben, beseitigt werden. In zahlreichen Ländern konnten bereits bedeutende Fortschritte auf diesem Wege erzielt werden. Die Erkenntnis der Notwendigkeit demokratischer Umgestaltungen hat neue soziale und politische Kreise erfaßt. Diese stellen mehr oder weniger weitgehend und in verschiedenen Formen solche Probleme wie eine planmäßige Organisation der Wirtschaft, die demokratische Leitung und die demokratische Mitbestimmung im Interesse der Gemeinschaft gegen die Allmacht der Monopole und das Profitdenken, die gesellschaftliche Kontrolle, sogar den gesellschaftlichen Besitz der wichtigsten Produktions- und Austauschmittel.

Der Wille nach Fortschritt und sozialer Erneuerung, der einen wachsenden Teil der Mittelschichten in Stadt und Land erfaßt, ermöglicht gegenwärtig neue Bündnisse der Arbeiterklasse. Desgleichen erweitert die aktuelle Situation die objektive Grundlage für das heute besonders wichtige Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den Intellektuellen. Die Kommunistischen Parteien unterstützen mit Entschlossenheit diese Bündnisse, die zur Verstärkung der demokratischen und Arbeiterbewegung beitragen.

Die Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas sind entschlossen, ihr Bemühen um gemeinsame Ziele, Aktionen und Initiativen mit sozialistischen und christlichen Kräften fortzusetzen. Mit allen Werktätigen und demokratischen Kräften wenden sie sich in erster Linie und insbesondere an die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, ungeachtet der unterschiedlichen Auffassungen, ja sogar Gegensätzlichkeiten, die es zwischen ihnen gibt.

Günstigere Bedingungen wie auch die Erfordernisse des Kampfes gegen die Auswirkun-

gen der Krise machen die gemeinsame Aktion zugleich dringlicher und besser realisierbar. Die Zahl der gemeinsamen und unmittelbaren Aufgaben wächst. Wenn auch gewisse sozialdemokratische Führer sich weiterhin zum Verteidiger des kapitalistischen Systems machen, so entwickeln sich doch innerhalb der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien — wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und in sehr unterschiedlichen Situationen — die Infragestellung der Klassenharmonie, die Sorge um eine konsequente Aktion gegen die Vorherrschaft des Großkapitals, der Gedanke, daß tiefgreifende politische und ökonomische Umgestaltungen notwendig sind. Wenn auch unterschiedlich und manchmal noch zu begrenzt, so übt diese Entwicklung doch schon in mehreren Ländern einen positiven Einfluß auf die Beziehungen der Werktätigen und demokratischen Kräfte aus.

Die Kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern Europas unterstreichen ihren Willen, auf dieser Grundlage mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Kontakte, Konsultationen, gemeinsame Aktionen einzuleiten für Ziele, die den dringenden Bedürfnissen der Werktätigen und den Interessen der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa entsprechen. Von diesem Dialog, von dieser gemeinsamen Aktion hängt in entscheidendem Maße der Erfolg der Kämpfe der Arbeiterklasse und der Werktätigen für den sozialen Fortschritt, die Demokratie, den Frieden und den Sozialismus ab.

Die Tatsache, daß Christen sich in Anbetracht der Krise der heutigen Gesellschaft in wachsendem Maße Fragen stellen, führt viele von ihnen dazu, die Ungerechtigkeit dieser Gesellschaft zu verurteilen und zu der Schlußfolgerung zu kommen, daß man sie tiefgreifend umgestalten muß. Ihre Besorgnisse reichen bis in die Kirchen hinein. Die Anziehungskraft des Sozialismus wächst unter den christlichen Arbeitern und in einigen ihrer Organisationen. Die Kommunistischen Parteien verfolgen mit Aufmerksamkeit diese Entwicklung und Annäherungen, die sich zwischen den Arbeitern, ob sie nun gläubig sind oder nicht, vollziehen. Sie sprechen sich für übereinstimmende und einheitliche Aktionen mit den repräsentativen Kräften der Volksmassen und der christlichen Bewegung aus. Sie sind der Meinung, daß der Kampf für die Verteidigung der Forderungen des Volkes und für den Sozialismus die Begegnung, Diskussion und das gemeinsame Handeln der Werktätigen aller Glaubensrichtungen in gegenseitiger Achtung notwendig macht. Das gleiche gilt für die Zusammenarbeit mit allen antifaschistischen und fortschrittlichen Kräften, mit den Organisationen des Volkes, die das Streben der verschiedenen sozialen Schichten widerspiegeln.

Die Kommunistischen Parteien sind bereit, mit all diesen Kräften den Dialog zu führen und zusammenzuarbeiten, auch auf der Ebene des kapitalistischen Europas. Die Kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern Europas bieten für die dringen-

Das politische Buch des Jahres

**Chile – Ein Schwarzbuch**

Großband, 228 Seiten mit 200 Abbildungen
Ganzleinen mit farbigem Schutzumschlag DM 12,80

„Dieses Buch sagt die Wahrheit über Chile. Für mich ist es zugleich ein Zeichen großartiger solidarischer Sympathie für das chilenische Volk."

Beatriz Allende

Der Bild- und Dokumentarband über die Politik der Unidad Popular, die Hintergründe des Putsches sowie die ersten vier Monate des Terrors der Junta wurde vom **Antiimperialistischen Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK)** in Zusammenarbeit mit den Herausgebern Prof. Hans-Werner Bartsch, Martha Buschmann, Prof. Gerhard Stuby, Prof. Erich Wulff und dem **Pahl-Rugenstein Verlag** erarbeitet.

**Bestellung**

**An das Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika**

**6 Frankfurt/Main**

**Eichwaldstraße 32**

**Ich bestelle zur kostenfreien Lieferung ____ Exemplar(e)**

**Chile – Ein Schwarzbuch**
**zum Preis von DM 12,80 je Exemplar**

**Anschrift:** _____

den Probleme, die sich den Werktätigen und den Völkern stellen, Lösungen an. Sie wollen dadurch, daß sie Ziele des Kampfes vorschlagen, dazu beitragen, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften der verhängnisvollen Politik der großen Monopole und den Anmaßungen des Imperialismus die unumgänglich notwendige einheitliche und kraftvolle Antwort entgegenzusetzen.

*Am Ende ihrer Konferenz wenden sich die Kommunistischen Parteien des kapitalistischen Europas an alle politischen und gewerkschaftlichen Gruppierungen der Arbeiterbewegung und an alle demokratischen Kräfte. Sie schlagen ihnen vor, gemeinsame Aktionen zu den brennenden Fragen der Gegenwart gemeinsam zu beschließen und unverzüglich einzuleiten.*

*In Anbetracht der gegenwärtigen Krise schlagen sie ihnen vor, gemeinsame Aktionen für die Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Volksmassen zu führen, für den Kampf gegen die schädlichen Machenschaften der multinationalen Gesellschaften, und zu ermöglichen, daß ihnen eine offensive Antwort entgegengesetzt wird, die den Weg zu neuen, den Interessen der Werktätigen und der Völker dieses Teils Europas entsprechenden Lösungen öffnet.*

*Sie schlagen ihnen gemeinsame Aktionen vor, um die Versuche der Gegner der Entspannung, die Politik der Blöcke zu retten und die atomare Bewaffnung Westeuropas zu verwirklichen, zum Scheitern zu bringen, um neue Erfolge auf dem Weg zur europäischen Sicherheit durchzusetzen.*

*Die Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas sind bereit, in diesem Geist mit den anderen demokratischen und Arbeiterkräften, die Westeuropa ein neues Gesicht geben wollen, den Dialog zu führen.*

*Die Kommunisten der kapitalistischen Länder Europas rufen vertrauensvoll auf zu Aktionen, zum Bündnis breitester sozialer Schichten, aller Werktätigen und demokratischen Kräfte, zum Aufschwung ihrer gemeinsamen Kämpfe. Dieser Appell richtet sich mit besonderem Nachdruck an die Millionen Jugendlichen, die die ungerechten, vom Gesetz des Profits beherrschten Regimes ablehnen, die sich bereitwillig dem Kampf anschließen.*

*Dem Europa der Monopole die Alternative eines Europas der Arbeiter entgegenzusetzen, Westeuropa auf den Weg der Sicherheit und Zusammenarbeit zu führen, das Recht unserer Völker auf freie Entscheidung über ihre Zukunft zu verteidigen, einen eigenen Beitrag zum weltweiten Kampf für den sozialen und menschlichen Fortschritt, für den Sozialismus zu leisten, das ist eine große Aufgabe, die der Initiativfähigkeit der Arbeiterklasse, der werktätigen Massen, der Jugend, der fortschrittlichen Kräfte dieses Teils Europas entspricht.*

*Um diese Aufgabe zu erfüllen, wollen die Kommunisten gemeinsam mit allen Kräften des Fortschritts, der Demokratie, des Friedens kämpfen.*

---

*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Verlag und Vertrieb: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 37 41 01. Redaktion: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 183, Telefon 37 31 04. Postscheck: Köln 65 14-503. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 28,—/56,—; öSch. 175,—/350,—; hfl. 25,—/50,—; bfr. 360,—/720,—; franz. fr. (NF) 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lire 5500,—/11000,—; dkr. 55,—/110,—; nkr. 50,—/100,—; skr. 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.*

## Autoren dieses Heftes

*RILLING, Rainer,* geb. 1945 in Stetten/Württ., Studium der Soziologie, Politischen Wissenschaften und Geschichte in Marburg; Veröffentlichungen u. a.: Die NPD, Frankfurt/M 1969 (Mitautor); Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970. *** *SCHILLER, Dr. Theo,* geb. 1942 in Unterberken/Württ., Professor für Politikwissenschaft in Marburg; zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GÄRTNER, Edgar Ludwig,* geb. 1949 in Magdlos/Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *DEPPE, Dr. Frank,* geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ETZEL, Dr. jur. Hermann,* geb. 1882 in Eisenfelden/Obb., ehemals Mitglied des Deutschen Bundestages und Präsident der Handwerkskammer München, Mitbegründer der „Blätter", lebt in Bamberg. *** *BESSAU, Gerhard,* geb. 1935, Diplomvolkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Seminar für Politische Wissenschaft an der Universität Köln. *** *SCHILLING, Wilfrid,* geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *HOLZ, Dr. Hans Heinz,* geb. 1927 in Frankfurt/M, Professor für Philosophie an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KOSTKO, Juri,* geb. 1922, wissenschaftlicher Sekretär des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR; Autor einer Reihe von wissenschaftlichen Beiträgen zu den militärischen Aspekten der europäischen Sicherheit. *** *ENGELHARDT, Albert,* geb. 1951 in Erbach/Odw., Studium der Soziologie und Politischen Wissenschaften an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BOSCH, Manfred,* geb. 1947 in Bad Dürrheim, Studium der Soziologie in München; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HEUER, Rolv,* geb. 1946 in Faßberg/Krs. Celle, lebt als freier Schriftsteller und Fernsehkritiker in Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

## Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen Werbekarten des Dr. Wenzel-Verlages und des Pahl-Rugenstein Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

## *Es schrieben bisher u. a.*

*Wolfgang Abendroth*
*Frank Allaun*
*Günther Anders*
*Stefan Andres †*
*Manfred v. Ardenne*
*Otmar Frhr. v Aretin*
*Axel Azzola*
*Hans-Dieter Bamberg*
*Geoffrey Barraclough*
*Hans Werner Bartsch*
*Friedhelm Baukloh †*
*Arno Behrisch*
*Martin Bennhold*
*Max Bense*
*Frank Benseler*
*Igor Bestushew*
*Kurt Beutler*
*Wilhelm R. Beyer*
*Charles Bloch*
*Heinrich Böll*
*Bogislaw v. Bonin*
*Dieter Boris*
*William Borm*
*Achim v. Borries*
*Wilfried Frhr. v. Bredow*
*Wilhelm M. Breuer*
*Klemens Brockmöller*
*Fenner Brockway*
*Vittorio de Caprariis*
*John Collins*
*Hans Conzelmann*
*Eberhard Czichon*
*Wilfried Daim*
*Wolfgang Däubler*
*Frank Deppe*
*Hans-Ulrich Deppe*
*Karlheinz Deschner*
*Philippe Devillers*
*Roshan Dhunjibhoy*
*Johannes Dieckmann †*
*Barbara Dietrich*
*Klaus Ehrler*
*Bernt Engelmann*
*Hans Magnus Enzensberger*
*Hermann Etzel*
*Ossip K. Flechtheim*
*Friedrich Wilhelm Foerster †*
*Gertrud v. le Fort †*
*Wolfgang Friedmann*
*Erich Frister*
*Klaus Fritzsche*
*Georg Fülberth*
*Hans-Jochen Gamm*
*Christian Geißler*
*Albrecht Goes*
*Werner Goldschmidt*
*Helmut Gollwitzer*
*Wilfried Gottschalch*
*Walter Grab*
*Kurt R. Grossmann*
*Heinrich Grüber*
*Max von der Grün*
*Dshermen Gwischiani*
*Wilmont Haacke*
*Sebastian Haffner*
*Martin Hall*
*George W. F. Hallgarten*
*Hildegard Hamm-Brücher*
*Heinrich Hannover*
*Friedrich Heer*
*Eckart Helmendahl*
*Hans G. Helms*
*Ernst Henry*
*Werner Otto v. Hentig*
*Joachim Hirsch*
*Werner Hofmann †*
*Hans Heinz Holz*
*Alfred Horné*
*J. L. Hromadka †*
*Jörg Huffschmid*
*Nikolai Inosemzew*
*Hans Joachim Iwand †*
*Hans Henny Jahnn †*
*Walter Jens*
*Gerhard Kade*
*Matti Kekkonen*
*Robert M. W. Kempner*
*Klemens Keplicz*
*Hans Hellmuth Kirst*
*Dietrich Kittner*
*Friedrich Klein*
*Arno Klönne*
*Heinz Kloppenburg*
*Fritz Köhler*
*Oswald A. Kohut*
*Karsten Kullmann*
*Erich Küchenhoff*
*Reinhard Kühnl*
*Helmut R. Külz*
*Karl Kupisch*
*Manfred Lachs*
*Bernard Lavergne*
*Stephan Leibfried*
*Sidney Lens*
*Walter Lewald*
*Carlo Levi*
*Albert J. Luthuli*
*Gérard Lyon-Caen*
*Walther Maas*
*Werner Malhofer*
*Iwan Maiski*
*Bodo Manstein*
*Basil Mathiopoulos*
*L. L. Matthias †*
*Gunnar Matthiessen*
*Ernst May †*
*Seymour Melman*
*Daniil Melnikow*
*Eberhard Menzel*
*Jules Moch*
*Herbert Mochalski*
*Wayne Morse*
*Friedrich Müller*
*Kalixte Mukendi*
*Wolf-Dieter Narr*
*Oswald v. Nell-Breuning*
*Knut Nevermann*
*Friedhelm Nyssen*
*Gustav Obermair*
*Paul Oehlke*
*Reinhard Opitz*
*Hans Joachim Orth*
*László Márton Pákozdy*
*Sven G. Papcke*
*Wolfgang Plat*
*Linus Pauling*
*Helveg Petersen*
*Claudia Pinl*
*Ulf Preuss-Lausitz*
*Ulrich K. Preuß*
*Helge Pross*
*L. A. Puntila*
*Adam Rapacki †*
*Harold Rasch*
*A. J. Rasker*
*Hermann Rauschning*
*Marcel Reding*
*Marianne Regensburger*
*Michael Regus*
*Gerhard Reintanz*
*Stefan Reisner*
*Rolf Rendtorff*
*Felix Rexhausen*
*Helmut Ridder*
*Renate Riemeck*
*Rainer Rilling*
*Alfred Rinken*
*Henry Rolin*
*Günther Rose*
*Peter Römer*
*Wolfgang Ruge*
*Hans Karl Rupp*
*Bertrand Russell †*
*Paul Schallück*
*Franz R. Schick*
*Theo Schiller*
*Richard Schmid*
*Franz Paul Schneider †*
*Robert Scholl †*
*Rudolf Schottlaender*
*Conrad Schuhler*
*Seiei Shinohara*
*William L. Shirer*
*Julius Silverman †*
*Ulrich Sonnemann*
*Ilse Staff*
*A. S. Graf v. Stauffenberg †*
*Max Steenbeck*
*Gerhard Stuby*
*Horst Symanowski*
*Jerzy Sztucki*
*Bassam Tibi*
*Tomas Torsvig*
*Dragoljub Trailović*
*Grigori Tunkin*
*John E. Ullman*
*Imre Vajda †*
*Fritz Vilmar*
*Todor Vladigerov*
*Heinrich Vogel*
*Karsten D. Voigt*
*Roderich Wahsner*
*H. Günter Wallraff*
*William Warbey*
*James P. Warburg*
*Rudolf Weckerling*
*Günther Weisenborn †*
*Wilhelm Wengler*
*Hans Wirtz †*
*Michail Woslenski*
*Konni Zilliacus †*
*Anton Zischka*
*Gerhard Zwerenz*

## Autoren dieses Heftes

*RILLING, Rainer,* geb. 1945 in Stetten/Württ., Studium der Soziologie, Politischen Wissenschaften und Geschichte in Marburg; Veröffentlichungen u. a.: Die NPD, Frankfurt/M 1969 (Mitautor); Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970. *** *SCHILLER, Dr. Theo,* geb. 1942 in Unterberken/Württ., Professor für Politikwissenschaft in Marburg; zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GÄRTNER, Edgar Ludwig,* geb. 1949 in Magdlos/Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *DEPPE, Dr. Frank,* geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ETZEL, Dr. jur. Hermann,* geb. 1882 in Eisenfelden/Obb., ehemals Mitglied des Deutschen Bundestages und Präsident der Handwerkskammer München, Mitbegründer der „Blätter", lebt in Bamberg. *** *BESSAU, Gerhard,* geb. 1935, Diplomvolkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Seminar für Politische Wissenschaft an der Universität Köln. *** *SCHILLING, Wilfrid,* geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *HOLZ, Dr. Hans Heinz,* geb. 1927 in Frankfurt/M, Professor für Philosophie an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KOSTKO, Juri,* geb. 1922, wissenschaftlicher Sekretär des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR; Autor einer Reihe von wissenschaftlichen Beiträgen zu den militärischen Aspekten der europäischen Sicherheit. *** *ENGELHARDT, Albert,* geb. 1951 in Erbach/Odw., Studium der Soziologie und Politischen Wissenschaften an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BOSCH, Manfred,* geb. 1947 in Bad Dürrheim, Studium der Soziologie in München; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HEUER, Rolv,* geb. 1946 in Faßberg/Krs. Celle, lebt als freier Schriftsteller und Fernsehkritiker in Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

## Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen Werbekarten des Dr. Wenzel-Verlages und des Pahl-Rugenstein Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.